

Rüdiger Frizberg Bakk.

Die Rolle einer Informationsagentur
am Beispiel der regionalen Verkehrsmittelwahl

Masterarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Magisters der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
der Studienrichtung VWL
an der Karl-Franzens-Universität Graz

Begutachter: ao. Univ.-Prof. Dr. Richard Sturn

Institut für Finanzwissenschaft und öffentliche Wirtschaft

Graz, am 23. Februar 2012

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen inländischen oder ausländischen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht. Die vorliegende Fassung entspricht der eingereichten elektronischen Version.

Graz, am 23. Februar 2012

Danksagung

Mit den Überlegungen hinsichtlich des Zusammenspiels zwischen Informationen und Gütern im Bereich der Konsumation bewegt sich der Verfasser dieser Arbeit in mancherlei Hinsicht auf sehr dünnem Eis. Großer Dank gebührt daher Herrn Univ.-Prof. Dr. Richard Sturn, der mich – weit über das übliche Betreuungsausmaß hinaus – in unzähligen Gesprächen, Telefonaten und Mails vielfach davor bewahrt hat, auf diesem dünnen Eis einzubrechen, bzw. mich mit vielen Anregungen und Hilfestellungen wieder aus dem Wasser geholt und diese Arbeit publizierbar gemacht hat.

Ich danke auch meinen Studienkollegen für die anregenden und unterhaltsamen Gespräche sowie ihre Unterstützung – vor allem im Bereich der mir suspekten Computertechnik.

Meiner Mutter danke ich, dass sie 31 Jahre auf meinen Studienabschluss gewartet hat.
Meiner Gerlinde danke ich für ihre Geduld in dieser Hinsicht über zwei Jahre hinweg.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte	8
2.1	Individuelle und institutionelle Vergleichsebene	9
2.1.1	Vergleichsergebnis auf der individuellen Ebene – pro PKW	9
2.1.2	Vergleichsergebnis auf der Delegierungsebene – pro S-Bahn.....	11
2.2	Unterschiedliche Vergleichsgrundlagen – unreflektierter und reflektierter Vergleich	15
2.2.1	Unreflektierter Vergleich	15
2.2.2	Reflektierter Vergleich	17
2.3	Wechselwirkungen zwischen Informations- und Gütermarkt.....	18
2.4	Resümee des Kapitels 2.....	21
2.5	Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen.....	22
2.5.1	Citoyen-Bourgeois-Ansatz.....	22
2.5.2	Externe Effekte – Abgrenzungsproblem	23
2.5.3	Ad Diskontierung	24
2.5.4	Ad Nudges und Anreizstrukturen:.....	25
2.5.5	Offene Fragen.....	25
3	Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter	27
3.1	Informationsbedingter, unendlicher Güterbündelregress	27
3.2	UGR-bedingte Probleme der individuellen Characteristic-Wahl.....	30
3.3	Partialgüter I – Informationsreduzierte dynamische Partialgüter als Ergebnis einer individuellen Characteristic-Wahl.....	31
3.4	Resümee des Kapitels 3.....	34
3.5	Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen.....	35
3.5.1	Die Stellung der Information in verschiedenen Modellen	35
3.5.2	Wert und Nutzen	37
3.5.3	Offene Fragen.....	37
4	Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen.....	38
4.1	Status quo und informationsreduzierter Status quo.....	39
4.1.1	Status quo-Orientierung nach von Weizsäcker	40
4.1.2	Informationsreduzierter Status quo	41
4.1.3	Dynamisches Element des Status quo: Entstehungsbedingungen und Weiterentwicklung	42
4.2	Reflektierter Vergleich – Erfordernis eines reflektierten bzw. verhandelten Status quo	44
4.3	Änderungen von Präferenzen und Güterkonfigurationen	46
4.3.1	Geschmacksbedingte und informationsbedingte Präferenzänderungen.....	46
4.3.2	Präferenzen und adaptierte Präferenzen	47

4.3.3	Präferenzsplitting und schwaches Axiom der enthüllten Präferenzen – Widersprüche zwischen der Güter- und der Characteristic-Ebene.....	48
4.3.4	Präferenzsplitting und starkes Axiom der enthüllten Präferenzen – Widersprüche zwischen der Güter- und der Characteristic-Ebene.....	51
4.3.5	Präferenzsplitting – Konsequenzen für die Adaptivität von Präferenzen	54
4.4	Partialgüterkonfiguration II– Erzwungene Präferenzen und erzwungene Verfehlung der Nutzenmaximierung.....	56
4.5	Resümee des Kapitels 4.....	58
4.6	Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen.....	60
4.6.1	Präferenzen.....	60
4.6.2	Statik und Dynamik.....	61
4.6.3	Information – Empirismus – Essentialismus.....	62
4.6.4	Offene Fragen.....	62
5	Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen ...	63
5.1	Partialgüterkonfiguration III – Entscheidungsprobleme bei der Informations- und Characteristic-Auswahl.....	64
5.1.1	Informationsdilemma – drei unterschiedliche Annahmen	65
5.1.2	Ausweg aus dem Informationsdilemma: Nutzenmaximierung gemäß einem informationsbasierten Lancaster-Modell.....	66
5.2	Partialgüterkonfiguration IV – Nutzenmaximierung als Entscheidungsregel für die individuelle Partialgüterkonfiguration	68
5.3	VISQ und reflektierter Vergleich: Entscheidungsregeln zur Partialgüterveränderung – Konfiguration von Kompromissgütern	68
5.3.1	Der VISQ als Basis für die Konfiguration von Kompromissgütern	69
5.3.2	VISQ und reflektierter Vergleich PKW/S-Bahn.....	69
5.3.3	Reflektierter Vergleich PKW/S-Bahn – temporäre Lösung.....	71
5.4	Resümee des Kapitels 5.....	72
5.5	Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen.....	73
5.5.1	Das Lancaster-Modell: Schritt in die Richtung eines Subjektivismus – Bindeglied zwischen unendlichem Güterbündelregress und Realität.....	74
5.5.2	Das Lancaster-Modell: Ausschluss des Status quo-Aspekts auf Grund der Beschränkung durch die Rationalwahltheorie.....	74
5.5.3	Offene Fragen.....	75
6	Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen.....	76
6.1	Gesellschaftlich anzustrebende Gesamtallokationen – Probleme traditioneller Modellannahmen und Entscheidungsregeln.....	77
6.2	Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 1: minimale Hegemonie am Informations- und Gütermarkt.....	77
6.3	Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 2: Umgang mit einer relativierten Rationalität.....	80

6.3.1	Rationalität und Homo Oeconomicus-Modell – Relativierung durch von Weizsäcker	80
6.3.2	Ausdehnung von Weizsäckers Relativierung der Rationalität und des Homo Oeconomicus-Modells – Konsequenzen	81
6.3.3	Von Weizsäckers zweites Fortschrittspfad-Theorem und informationsbasierte Güter – informationsbasierte Definition der Rationalität	82
6.4	Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 3: Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens	83
6.5	Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 4: Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv	85
6.5.1	Partieller Rückschritt - Korrektiv zur Vermeidung von Fehlentwicklungen	85
6.5.2	Partieller Rückschritt als Teil eines generellen Fortschritts	86
6.5.3	Exkurs: Fortschrittspfad und gesplittete adaptive Präferenzen	87
6.5.4	Weizsäckers erstes Fortschrittspfad-Theorem und informationsbasierte Güter	88
6.5.5	PKW, S-Bahn und Gehen – Beispiele für informationsbasierte Güter als Ursache für teil-zirkuläre Fortschrittspfade	89
6.6	Resümee des Kapitels 6	93
6.7	Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – offene Fragen	94
7	Am Informationsmarkt wirkende Institutionen	96
7.1	Die Stiftung Warentest und die vier Entscheidungsregeln	96
7.1.1	Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 1 – Minimierte Hegemonie am Informations- und Gütermarkt	97
7.1.2	Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 2 – Umgang mit einer relativierten Rationalität	97
7.1.3	Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 3 – Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens	97
7.1.4	Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 4 – Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv	98
7.2	Die Stiftung Warentest – institutionelle Defizienzen	98
7.2.1	Kompetenzen der SWT – Kontrolle durch unabhängige Instanzen	98
7.2.2	Fehlende Zwangskompetenz der Stiftung Warentest zur Schaffung bestimmter Informationsallokationen	99
7.2.3	Stiftung Warentest – Wahrung der Interessen zukünftiger Generationen	99
7.3	Die EU-Wettbewerbskommission	100
7.4	Resümee des Kapitels 7	100
7.5	Offene Fragen	101
8	Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen	102
8.1	Informationsagentur als Regulativ am Informationsmarkt – in Analogie zur EZB als Regulativ am Finanzmarkt	103

8.1.1	IA-Zwangskompetenz am Informations- und Gütermarkt – in Analogie zur EZB-Zwangskompetenz hinsichtlich der EU-Konvergenzkriterien	103
8.1.2	IA-Ziel: langfristige Wohlfahrt dominiert kurzfristige Interessen – analog zu EZB-Ziel: geringe Inflation dominiert geringste mögliche Arbeitslosigkeit.....	104
8.1.3	Die Unabhängigkeit und Transparenz der IA in Analogie zur Unabhängigkeit und Transparenz der EZB	105
8.2	Weitere Argumente für die Einführung einer Informationsagentur.....	105
8.2.1	Argument für die Einführung der IA: Verzerrung des Informationsmarktes.....	106
8.2.2	Argument für die Einführung der IA – Missverhältnis zwischen Zielsetzungen und Zwangskompetenzen bei bestehenden Institutionen	107
8.3	Einflüsse der Informationsagentur auf die Individuen im Rahmen der Entscheidungsregeln 1 und 2.....	107
8.3.1	Effekt einer Informationsemission durch die IA – Schutzwirkung im Sinne der Entscheidungsregel 1.....	107
8.3.2	Die IA als wohlmeinender Hegemon gemäß der Entscheidungsregel 1 – individuelle Indifferenzkurven als Begrenzung für institutionelle Eingriffe	109
8.3.3	Informationsziel der IA im Sinne der Entscheidungsregel 2: Transparente Adaptierung individueller Präferenzen	111
8.3.4	Informationsziel der Informationsagentur: Erweiterung individueller Budgets durch güterrelevante Informationen	111
8.3.5	Hohe Effizienz der IA für die Individuen durch hohe Glaubwürdigkeit	112
8.4	Die IA und die Entscheidungsregel 3 – das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftswachstum und Informationsoptimierung.....	112
8.5	Einflüsse der Informationsagentur auf den Fortschrittspfad – Beiträge zu Einhaltung der Entscheidungsregel 4.....	114
8.5.1	Spannungsfeld zwischen adaptierten Präferenzen und Fortschrittspfad	114
8.5.2	Fortschrittspfad und IA-Bereitschaft zum Konflikt mit kurzfristigen Firmeninteressen – ein Beispiel	116
8.6	Die Rolle der Informationsagentur als Institution im Sinne einer Verfassung der Freiheit	118
8.6.1	Kompetenzen der IA – Kontrolle durch unabhängige Instanzen	119
8.6.2	Zwangskompetenz der IA zur Schaffung bestimmter Informationsallokationen	119
8.6.3	Wahrung der Interessen zukünftiger Generationen.....	120
8.6.4	Kompetenzverschiebungen – Zusammenarbeit zwischen bestehenden Institutionen und der IA.....	120
8.7	Resümee des Kapitels 8.....	121
9	Zusammenfassung.....	124
10	Ausblick	132

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1 Vergleich PKW/S-Bahn – Ergebnis pro PKW	11
Abbildung 2-2 Vergleich PKW/S-Bahn – Ergebnis pro S-Bahn	12
Abbildung 2-3 Güterveränderung durch unterschiedliche Characteristic-Auswahl	13
Abbildung 2-4 Partialgüter - fließende Güterabgrenzung.....	16
Abbildung 3-1 Unendlicher Güterbündelregress: Güterbündel – Güter – Characteristics	28
Abbildung 3-2 Zeitliche Einbettung des unendlichen Güterbündelregresses	29
Abbildung 3-3 Analoge Wirkungen von Güter- und Informationsänderungen	32
Abbildung 3-4 Informationsreduziertes dynamisches Partialgut	33
Abbildung 4-1 Informationsreduziertes Partialgut und Status quo	43
Abbildung 4-2 Vereinigung zweier RISQ – Vereinigung zu einem VISQ.....	45
Abbildung 5-1 Status quo und UGR als Basis für die Erstellung von Vergleichsgrundlagen.....	64
Abbildung 5-2 Lancaster-Modell - Erweiterung um einen Informationsparameter	67
Abbildung 6-1 Einfluss über die Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.....	78
Abbildung 6-2 Drei Allokationen von Gütern und güterrelevanten Informationen.....	84
Abbildung 6-3 Quasi-Indifferenzkurven – Widersprüche zwischen verschiedenen Ebenen.....	90
Abbildung 8-1 Nach Abbildung 6-1 Gegensteuerung der Informationsagentur.....	109
Abbildung 8-2 Maximale Gestaltungsmöglichkeit durch Informationsemissionen	110
Abbildung 8-3 Wirkungen einer Informationsemission der IA auf zwei Märkte	117
Abbildung 8-4 Informationsemission – Arbeitslosigkeits- und Klima-Reversibilitätskosten	118

1 Einleitung

Obwohl Umwelt- Gesundheits- und Infrastrukturinteressen die stärkere Nutzung der steirischen S-Bahn als Ersatz für den privaten PKW nahe legen, wird diese im Verhältnis zum PKW nur in einem geringen Ausmaß genutzt. Dabei entstehen vermeidbare Kosten auf zwei Ebenen: Auf der volkswirtschaftlichen bzw. institutionellen Ebene müssen u. a. laufend Überkapazitäten der S-Bahn finanziert und hohe Kosten einer starken Umweltbelastung durch die PKW-Nutzung getragen werden. Auf der individuellen Ebene entstehen für die PKW-Nutzer als Marktakteure Nachteile u. a. durch höhere Steuern bzw. Abgaben für Umweltmaßnahmen sowie durch Opportunitätskosten, beispielsweise, weil die Fahrzeiten beim PKW nicht für Büro- und Vorbereitungsarbeiten oder zur gesundheitsfördernden Entspannung genutzt werden können.

Im Ansatz dieser Arbeit wird versucht, die Frage zu beantworten, warum sich Individuen in ihrer Rolle als Marktakteur oft für den PKW entscheiden, obwohl sie die starken pro S-Bahn-Argumente der Regierung als institutioneller Ebene, deren Teil sie als politische Akteure gewissermaßen selbst sind, kennen. Ausgehend von der gegenwärtig allgemein akzeptierten Auffassung, dass ein freiwilliger Umstieg auf die S-Bahn einem Umstieg unter Zwang vorzuziehen ist, wird zuerst eine Begründung dafür skizziert, warum dieser freiwillige Umstieg nicht vollzogen wird. Danach wird, aufbauend auf der Überlegung, dass die Produktion, die Konsumation und der Vergleich von Gütern untrennbar mit einem jeweils zu definierenden Informationsstatus verbunden sind, gezeigt, wie ein freiwilliger Umstieg vom privaten PKW auf die S-Bahn trotz bestimmter individueller Widerstände erreicht werden kann.

Den Ausgangspunkt dabei bildet die Gegenüberstellung zweier alltäglicher Vergleichsmodi zwischen dem privaten PKW und der S-Bahn mit unterschiedlichen Ergebnissen: Das Ergebnis pro PKW des ersten Vergleichs basiert auf den Präferenzen und den Informationen eines Individuums in seiner Rolle als Marktakteur. Das Ergebnis pro S-Bahn des zweiten Vergleichsmodus wird vom selben Individuum, allerdings in seiner Rolle als politischer Akteur erzielt. Dabei beauftragt das Individuum eine institutionelle Ebene (beispielsweise die Steiermärkische Landesregierung) eine volkswirtschaftlich optimale Entscheidung bezüglich des Nutzungsverhältnisses zwischen PKW und S-Bahn vorzugeben. Diese basiert ebenfalls auf einem Vergleich, einem gegebenen Informationsstatus sowie den Präferenzen der *Delegierungsebene*¹.

¹ Gleichzeitig entsteht mit der Delegierung des zweiten Vergleichs durch das Individuum ein Gegenüber in Form einer Institution, die, je nach dem gegebenen politischen System mit (Zwangs)kompetenzen gegenüber diesem Individuum ausgestattet ist. Um die enge Verbindung zwischen dem Individuum und der institutionellen Ebene zu betonen, wird die institutionelle bzw. politische Ebene in der Folge als Delegierungsebene im Unterschied zur individuellen Ebene des Akteurs bezeichnet.

¹ In der Folge ist mit der individuellen Ebene die Rolle des Individuums als Marktakteur gemeint. Genau genommen, kann man in diesem Falle nicht mehr vom Individuum als dem „Unteilbaren“ sprechen, da es einerseits in der Rolle des Marktakteurs und andererseits in der Rolle des politischen Akteurs unterschiedliche, ja sogar entgegen gesetzte Entscheidungen treffen kann. Der Begriff wird jedoch beibehalten, sofern nicht ausdrücklich auf diese Aspekte eingegangen wird.

1 Einleitung

Das Individuum erlaubt dabei auch die Möglichkeit, dass sich deren Entscheidung mit seiner eigenen Entscheidung² auf der individuellen Ebene nicht deckt.

Es zeigt sich, dass in beiden Vergleichsmodi unterschiedliche Gütereigenschaften ausgewählt und als Vergleichsbasis herangezogen werden. Das Individuum wählt also in seiner Rolle als Marktakteur im ersten Vergleich ein bestimmtes Eigenschaftsbündel des PKW und ein bestimmtes Eigenschaftsbündel der S-Bahn als Vergleichsgrundlage. In seiner Rolle als politischer Akteur ermöglicht es der institutionellen Ebene die Wahl eines jeweils anderen Eigenschaftsbündels der beiden Güter als Vergleichsgrundlage. Vereinfacht gesagt, sind damit der PKW und die S-Bahn, die in den beiden Vergleichen betrachtet werden, nicht dieselben.

Soll der bisher nicht vollzogene Umstieg auf die S-Bahn nicht durch Zwang, sondern durch entsprechende Anreize erreicht werden, müssen zuerst die den beiden ursprünglichen Vergleichsmodi zugrunde liegenden Argumente analysiert und in einem weiteren Vergleich mit dem Ziel eines Ergebnisses pro S-Bahn zusammengeführt werden.

In dieser Arbeit wird angenommen, dass die Wahl unterschiedlicher Eigenschaftsbündel als Vergleichsgrundlage und die sich daraus ergebenden divergierenden Vergleichsergebnisse sehr wesentlich auf unterschiedliche Informationszustände auf der individuellen und der Delegierungsebene zurück zu führen sind. Um die individuelle und die Delegierungsebene des vergleichenden Akteurs zusammenzuführen, wird daher die Einführung eines Informationsparameters vorgeschlagen. Dieser zielt direkt auf die zu vergleichenden Güter und führt so zusammen mit einer Reflexion (bzw. im Falle mehrerer Individuen zusammen mit einer entsprechenden Vereinbarung) auf beiden Ebenen des Akteurs zur gleichen Auswahl und Bewertung von Eigenschaftsbündeln. Willkürlich gewählte Vergleichsmodi mit einer nicht reflektierten Auswahl und Bewertung von Gütereigenschaftsbündeln werden damit durch Vergleichsmodi ersetzt, die auf Basis einer bestimmten Menge von einheitlichen, zwischen verschiedenen Akteuren vereinbarten Informationen zustande kommen.

Die Informationsabhängigkeit von Gütern als Erklärung für unterschiedliche Ergebnisse von Gütervergleichen ist ein eigenständiger Ansatz, der versucht, einen Bereich abzudecken, der von anderen diesbezüglichen Erklärungsansätzen, wie etwa den externen Effekten, dem individuellen Status quo im Sinne von Weizsäcker, den verschiedenen Citoyen-Bourgeois-Ansätzen, den verschiedenen Diskontierungsmodellen usw. überhaupt nicht oder nur teilweise erfasst wird. Die Informationsabhängigkeit von Gütern bleibt auch erhalten, wenn die Voraussetzungen für das Wirken der in diesen Ansätzen beschriebenen Effekte nicht gegeben sind.

² In der Folge ist mit der individuellen Ebene die Rolle des Individuums als Marktakteur gemeint. Genau genommen, kann man in diesem Falle nicht mehr vom Individuum als dem „Unteilbaren“ sprechen, da es einerseits in der Rolle des Marktakteurs und andererseits in der Rolle des politischen Akteurs unterschiedliche, ja sogar entgegen gesetzte Entscheidungen treffen kann. Der Begriff wird jedoch beibehalten, sofern nicht ausdrücklich auf diese Aspekte eingegangen wird.

1 Einleitung

Aus dem hier skizzierten Ansatz werden im Weiteren ökonomisch begründete Entscheidungsregeln für eine volkswirtschaftlich und gesellschaftlich anzustrebende, effiziente und gerechte Allokation von Gütern bzw. Gütereigenschaften abgeleitet. Diese Allokationen sind auf Grund der Informationsbasierung der Güter untrennbar mit einer Allokation³ güterrelevanter Informationen verbunden, in der einzelne Individuen oder Gruppierungen die anderen Marktteilnehmer nur dann in ihrem Sinne mit Informationen beeinflussen dürfen, wenn auch diesen daraus Vorteile, mindestens aber keine Nachteile erwachsen und die Gefahr langfristiger Nachteile für die gesamte Gesellschaft minimiert wird.

Dieser Ansatz legt nahe, dass die allgemeine Wohlfahrt sowohl über eine Steigerung im Produktionsbereich, als auch über eine Verbesserung des Zugangs zu güterrelevanten Informationen optimiert werden kann. Dabei geht es auch um einen ausgewogenen Gebrauch dieser Steigerungsmöglichkeiten, um einerseits den Produktionsbereich nicht zu schädigen und andererseits die Konsumenten ausreichend über die Vor- und Nachteile von Gütern zu informieren und damit deren Wohlfahrt zu erhöhen.

Als Konsequenz aus dem Zusammenhang zwischen Gütern und Informationen wird in Ergänzung zu bereits bestehenden diesbezüglichen Institutionen, wie etwa die deutsche Stiftung Warentest oder die EU-Wettbewerbskommission die Einrichtung einer „Informationsagentur“ vorgeschlagen. Diese hätte u. A mit der Schaffung bzw. Wahrung einer dominanten Stellung von langfristig wohlfahrtsmaximierenden Interessen einer Mehrheit gegenüber kurzfristig nur für eine Minderheit wohlfahrtsmaximierenden Interessen ähnliche Aufgaben, wie die Nationalbanken oder die EZB (Dominanz langfristiger Geldwertstabilität gegenüber kurzfristigen politischen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung oder zur Senkung der Arbeitslosigkeit) zu erfüllen. Dafür müsste sie auch ähnlichen konstitutionellen Ansprüchen wie diese (Unabhängigkeit von kurz- und langfristigen Einzel- oder Gruppeninteressen, parteipolitische Unabhängigkeit usw.) genügen.

Eines der Hauptziele dieser Informationsagentur ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Marktteilnehmer möglichst gleiche Chancen hinsichtlich des Zuganges und der Bewertung von güterrelevanten Informationen erhalten und kein Marktteilnehmer eine in dieser Hinsicht hegemoniale Stellung aufrecht erhalten bzw. in Zukunft erlangen kann. Der Zugang zu güterrelevanten Informationen und damit auch die Verteilung von Gütern sind gegenwärtig massiv durch eine Informationshegemonie bestimmter Firmengruppen sowie privater und öffentlicher Institutionen bestimmt. Diese Informationshegemonie ist von einer mit unkontrollierten Zwangsmaßnahmen arbeitenden Diktatur zu unterscheiden. In ihr werden offene unkontrollierte Zwangsmaßnahmen durch eine Vorherrschaft bestimmter Gruppen ersetzt, in der die Mehrheit der wirtschaftlichen Akteure nur begrenzte Möglichkeiten hat, ihre Interessen durchzusetzen. Im Sinne Gramscis stellt diese Vorherrschaft ein Gleichgewicht dar, in dem die Mehrzahl der Akteure sich gleichsam mit den dominanten Gruppen arrangiert und das

³ Die Begriffe „Verteilung“ und „Allokation“ beziehen sich im Zusammenhang mit Informationen als nicht rivalen, in unterschiedlichem Grad ausschließbaren Klubgütern auf deren Grad der Zugänglichkeit. Die Allokation und Verteilung von Informationen sind vom Grad ihrer Zugänglichkeit abhängig. Siehe dazu die Punkte 2 bis 5 auf Seite 20 ff.

1 Einleitung

Überwiegen von deren Interessen akzeptiert. Dieses Arrangement und diese Akzeptanz zeigen sich auch am Informations-, Güter- und Finanzmarkt: Von einer Mehrheit der Akteure wird der erschwerte Zugang zu Informationen über die Gesundheits- und Umweltschädigung durch bestimmte Güter (beispielsweise durch Gentechnik-Produkte) als manipulativ und ineffizient empfunden. Diese Mehrheit hat sich allerdings insofern mit den dominanten Gruppen arrangiert, als sie – bis auf wenige Ausnahmen – nichts gegen die von ihr kritisierten Zustände unternimmt bzw. bestimmte Aktivitäten wie etwa Regelungen am Finanzmarkt auf so lange Zeiträume hin anlegt, dass die erwünschten Wirkungen für die gegenwärtig dominierenden Gruppen kaum mehr zum Tragen kommen. Sowohl die Kritisierenden als auch die Kritisierten nehmen damit in Kauf, dass die kurzfristigen Interessen Weniger die Entwicklung einer langfristigen gesellschaftlichen Wohlfahrt und damit die Interessen Vieler dominieren. Mit der Einrichtung einer Informationsagentur soll erreicht werden, dass dieses Arrangement mit den Hegemonen und die Akzeptanz von deren Interessensdominanz durch die Emission und Kontrolle güterrelevanter Informationen sowie durch optimierte Zugangsmöglichkeiten zu diesen in möglichst kurzer Frist abgebaut oder wenigstens minimiert werden.

Dieser Ansatz ist trotz der vielen ihm innewohnenden Indeterminiertheiten hinsichtlich der Güter- und Informationsallokationen sowie hinsichtlich der Anforderungen an damit befasste Institutionen ein Argument für eine Wirtschaftspolitik innerhalb einer Verfassung der Freiheit. Er zeigt aber auch deren Grenzen auf.

Für die Darstellung dieses Ansatzes und seiner Konsequenzen im Hinblick auf die Märkte, Individuen und Institutionen wurde folgende Vorgangsweise gewählt:

Im Kapitel 2 werden als Ausgangssituation zwei unterschiedliche Vergleiche der Vor- und Nachteile der Nutzung des privaten PKW und der S-Bahn dargestellt. Die unterschiedlichen Ergebnisse dieser Vergleiche werden mit einer unreflektierten und unterschiedlichen Auswahl sowie unterschiedlichen Bewertungen der als Vergleichsbasis herangezogenen Gütereigenschaften begründet. Dabei werden unreflektierte Vergleiche mit einer unreflektierten Auswahl von Gütereigenschaften als Vergleichsgrundlage von reflektierten Vergleichen mit einer reflektierten Auswahl unterschieden. Als Ursache für die unterschiedliche Auswahl der Gütereigenschaften werden unterschiedliche Informationssituationen der Akteure identifiziert. Daraus wird geschlossen, dass Akteure für Vergleiche nicht Güter im Ganzen, sondern nur Aspekte von diesen – Partialgüter – als Vergleichsgrundlagen und für ihre Nutzenmaximierung heranziehen. Welche Aspekte das sind, hängt vom jeweiligen individuellen Informationsstatus ab. Das Kapitel 2 beschreibt weiters den Markt güterrelevanter Informationen als Teil des Marktes aller Informationen. Der Markt güterrelevanter Informationen und der Gütermarkt sind untrennbar miteinander verbunden. Daraus ergeben sich auch Beeinflussungsmöglichkeiten des Gütermarktes über den Informationsmarkt.

1 Einleitung

Aus den Überlegungen dieses Kapitels werden zwei Fragestellungen abgeleitet:

1. Aus welcher Gesamtheit von Gütereigenschaften werden die als Vergleichsgrundlage herangezogenen Gütereigenschaften ausgewählt? Dabei geht es in erster Linie um die Güterseite.
2. Nach welcher individuellen Entscheidungsregel werden diese bestimmten Gütereigenschaften aus der Gesamtheit ausgewählt? Dabei geht es in erster Linie um die Seite des auswählenden Akteurs selbst.

Am Schluss des Kapitels 2 erfolgt eine Abgrenzung des eigenen Ansatzes gegen andere Ansätze, wie den Citoyen-Bourgeois-Ansatz, externe Effekte, Diskontierungen, Nudges und verschiedene Anreizstrukturen, die ebenfalls als Erklärung für die Unterschiedlichkeit von Vergleichsgrundlagen dienen können.

Das Kapitel 4 beschreibt, die erste der obigen Fragen aufgreifend, einen theoretisch unendlichen Regress bezüglich der Zerlegbarkeit von Güterbündeln, Gütern und Gütereigenschaften sowie dessen Nicht-Operationalisierbarkeit infolge der Nicht-Abgrenzbarkeit von Gütern und Gütereigenschaften innerhalb dieses Regresses. Es zeigt sich, dass Güter selbst keinen Anhaltspunkt bezüglich der Auswahl ihrer Eigenschaften für Vergleiche liefern. Demnach existiert von der Güterseite her eine unendliche Menge an Auswahlmöglichkeiten von Gütereigenschaften als Vergleichsgrundlage.

Den Schluss des Kapitels 4 bildet eine Abgrenzung zu verschiedenen Aspekten anderer Modelle hinsichtlich der Aussagekraft von Total- oder Partialmodellen, der Wert- und Nutzenfrage usw.

Das Kapitel 4 behandelt, die zweite der obigen Fragen aufgreifend, verschiedene Formen der Status quo-Orientierung der Individuen, also die Frage, inwieweit die Situation, in der sich ein Individuum gerade befindet, seine Handlungen am Markt beeinflusst. Dabei wird das komplexe Zusammenspiel von Status quo-Faktoren, wie Religion, Kultur, Emotionalität usw. auf den diesen Faktoren gemeinsamen Aspekt der Information reduziert. In diesen „informationsreduzierten“ Status quo werden daraufhin die Präferenzen und Markthandlungen der Individuen eingebettet.

In Analogie zu dem im Kapitel 3 dargestellten unendlichen Güterbündel-Regress erfolgt danach die Darstellung gesplitteter Präferenzen, die sich nicht, wie monolithische Präferenzen auf monolithische Güter, sondern auf bestimmte Gütereigenschaften beziehen. Diese gesplitteten Präferenzen entwickeln sich wie die in Gütereigenschaften gesplitteten Güter dynamisch. Sie haben auch Auswirkungen auf die Interpretation des schwachen und starken Axioms der enthüllten Präferenzen: Durch neu hinzutretende Informationen werden für die Individuen neue Gütereigenschaften relevant, die ihre Präferenzen beeinflussen können. Darauf aufbauend, wird gezeigt, wie sich Präferenzen ändern können, ohne beide Axiome der enthüllten Präferenzen zu

1 Einleitung

verletzen. Anschließend werden die Präferenzen mit der Darstellung ihrer möglichen Veränderung im Rahmen eines Fortschritts in zeitlicher Hinsicht weiter ausdifferenziert.

Aus diesen Relativierungen ökonomischer Größen folgt, dass einheitliche Vergleichsgrundlagen nicht in objektiver Weise, sondern immer nur mittels einer Vereinbarung zwischen Individuen festgelegt werden können. In einer solchen Vereinbarung muss auch ein gemeinsamer Status quo enthalten sein. Damit sind aber auch die Ergebnisse solcher (reflektierten) Vergleiche nicht „objektiv richtig“, sondern immer nur hinsichtlich bestimmter vorher festgelegter Vereinbarungen „richtig“.

Auch das Kapitel 4 schließt mit einer Abgrenzung des eigenen Ansatzes zu entsprechenden Aspekten anderer Modelle.

Das Kapitel 5 beschreibt mit der individuellen Güterkonfiguration einen Ausweg aus zwei Dilemmata: der unendlichen Menge logisch möglicher Gütereigenschaften im unendlichen Güterbündelregress (UGR) und der unendlichen Menge möglicher güterrelevanter Informationen und individueller Status quo-Situationen. Dabei formen die Individuen in Abhängigkeit von den ihnen zur Verfügung stehenden güterrelevanten Informationen, jeweils jene individuellen Bündel von Gütereigenschaften, die ihren Nutzen maximieren. Da sie dabei nicht alle objektiv existierenden Gütereigenschaften verwenden, wird in diesem Falle von Partialgütern gesprochen. Als Entscheidungsregel für diese Güterkonfiguration wird die individuelle Nutzenmaximierung unter einer bestimmten Budgetbeschränkung identifiziert: Die Akteure sind bei der Auswahl und Nutzung von Informationen und Gütern bzw. deren Eigenschaften zeitlich und finanziell beschränkt. Sie können also nur einen Teil der unendlich vielen Gütereigenschaften aus dem UGR wählen. Sie wählen dabei jene Gütereigenschaften, die ihren Nutzen maximieren. Damit kann die Allokation zweier Güter (in diesem Falle PKW und S-Bahn) aus dem Blickwinkel zweier Akteure erklärt werden.

Im Kapitel 6 werden die Anzahl der Güter und die Anzahl der handelnden Akteure erhöht. Auf den bisherigen Überlegungen aufbauend, werden vier Entscheidungsregeln, die zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Allokationen aller Güter und Informationen innerhalb eines Marktes notwendig sind, dargestellt. Diese Entscheidungsregeln lauten: 1. Die Möglichkeiten hegemonialer Einflussnahmen sind zu minimieren. 2. Rationales Verhalten darf nur in Abhängigkeit von einem Informationsstatus beurteilt werden. 3. Nicht nur der Nutzen aus der Güterproduktion sondern auch jener aus Informationen muss maximiert werden. 4. Es muss die Möglichkeit eines partiellen Rückschritts innerhalb eines generellen Fortschritts geben.

Wesentliche in diesem Kapitel sichtbar werdende Konsequenzen sind die enorme Beeinflussungsmöglichkeit der Definition der Rationalität über Informationen und in der Folge die Möglichkeit, in einen sehr intimen individuellen Bereich einzugreifen.

Die Abgrenzung des eigenen Ansatzes gegen andere Modelle, wie von Weizsäckers Überlegungen zu einem Fortschrittspfad oder die enge Bindung einer Wohlfahrtssteigerung an eine Produktionssteigerung erfolgt hier bereits im Verlauf des Kapitels.

1 Einleitung

Im Kapitel 7 werden mit der deutschen Stiftung Warentest und der Europäischen Wettbewerbskommission kurz zwei bereits existierende Institutionen beschrieben, die sich aus verschiedenen Ansätzen und Zielsetzungen heraus mehr oder weniger direkt mit der Implementierung bzw. der Anwendung der im Kapitel 6 beschriebenen vier Entscheidungsregeln beschäftigen.

Im Vordergrund stehen dabei die Defizienzen der Ansätze und Zielsetzungen dieser Institutionen hinsichtlich der vier Entscheidungsregeln sowie etwaige in dieser Hinsicht zu geringe oder nicht optimal ausgerichtete Zwangskompetenzen.

Das Kapitel 8 beschreibt mit einer die im Kapitel 7 dargestellten Institutionen ergänzenden überstaatlichen „Informationsagentur“ eine institutionelle Voraussetzung dafür, dass die vier im Kapitel 6 formulierten Entscheidungsregeln auch tatsächlich zur Anwendung kommen. Diese ähnlich den staatlichen Zentralbanken oder der EZB strukturierte unabhängige Informationsagentur wird vorgeschlagen, weil Firmen und Institutionen oft interessensgeleitet sind und versuchen, über eine hegemoniale Verteilung von Informationen ihre eigene Wohlfahrt auf Kosten einer allgemeinen Wohlfahrt zu steigern. Die Analogie zu den staatlichen Zentralbanken bzw. zur EZB besteht in der Aufgabe der Schaffung bzw. Wahrung der Dominanz langfristig wohlfahrtsmaximierender Interessen einer Mehrheit gegenüber kurzfristigen Interessen einer Minderheit. Das sind im Bereich der Banken beispielsweise die Dominanz einer langfristigen Geldwertstabilität gegenüber kurzfristigen politischen Interventionen zur Wirtschaftsbelebung oder zur Senkung der Arbeitslosigkeit und im Bereich der Informationsagentur beispielsweise die Durchsetzung eines langfristigen wohlfahrtsmaximierenden Fortschritts für eine Mehrheit gegenüber kurzfristigen Interessen einer Minderheit. Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhang auch auf einen kategorialen Unterschied zwischen diesen beiden Bereichen hingewiesen: Die Maßnahmen im Bankensektor wirken über die Geldpolitik nur indirekt auf den Gütermarkt und die Wohlfahrtsentwicklung während die Maßnahmen der Informationsagentur am Informationsmarkt direkt die Güterwerte und damit auch die Wohlfahrtsentwicklung direkter beeinflussen.

Es ist daher die Aufgabe der Informationsagentur, dafür zu sorgen, dass alle relevanten Marktinformationen über die Zeit hinweg so verteilt bzw. zugänglich sind, dass kein Individuum und keine staatliche, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Institution über die Zeit hinweg eine marktbeherrschende Stellung zum Nachteil anderer Individuen oder Gruppen erreichen kann. Hinsichtlich der Wohlfahrtsentwicklung besteht die Aufgabe der Informationsagentur darin, das Verhältnis zwischen einer Wohlfahrtssteigerung durch die Optimierung von Informationen über die bestmögliche Güternutzung und einer Wohlfahrtssteigerung über die Ausweitung der Güterproduktion auszugleichen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben muss die Informationsagentur mit weitreichenderen Zwangskompetenzen als die im Kapitel 7 beschriebenen Institutionen ausgestattet sein. Als Ausgleich dafür muss sie von der öffentlichen Hand besonders genau kontrolliert werden.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Schlüsselbegriffe

Unreflektierter Vergleich: Ein unreflektierter Vergleich liegt dann vor, wenn die Auswahl und Bewertung der Vergleichsgrundlagen, sowie die Umstände (Status quo), unter denen beide erfolgen, nicht reflektiert werden. Beispiel: Beim Vergleich zwischen einem PKW und der S-Bahn wird die Eigenschaft bzw. das Characteristic⁴ der Unpünktlichkeit nur bei der S-Bahn, nicht aber beim PKW als Vergleichskriterium herangezogen, obwohl sie bei beiden Gütern gegeben ist.

Reflektierter Vergleich: Ein reflektierter Vergleich liegt dann vor, wenn die Auswahl und Bewertung der Vergleichsgrundlagen, sowie die Umstände (Status quo), unter denen beide erfolgen, reflektiert werden. Beispiel: Beim Vergleich von Eigenschaften eines Güterpaares wird darauf geachtet, dass ordinal (kardinal) messbare Eigenschaften eines Gutes immer mit ordinal (kardinal) messbaren Eigenschaften eines anderen Gutes verglichen werden.

Partialgut: Ausgehend von den nur einen Teil der Realität erfassenden Partialmodellen werden von Akteuren für einen Vergleich bzw. für die Konsumation aus der Gesamtheit aller Characteristics eines Gutes herausgegriffene Characteristic-Bündel als Partialgüter bezeichnet.

In diesem Kapitel soll anhand des Beispiels der Güter PKW⁵ und S-Bahn eine in der Realität sehr oft gegebene Situation analysiert werden, in der mehrere Vergleiche, in denen auf den ersten Blick dieselben Güter als Vergleichsbasis herangezogen werden, unterschiedliche Ergebnisse liefern. Eine Analyse zweier Vergleiche zwischen dem PKW als privatem Gut und der S-Bahn als Mischgut identifiziert unterschiedliche Beziehungen zwischen Akteuren und Informationen als Gründe für widersprüchliche Vergleichsergebnisse: Akteure verfügen über unterschiedliche Informationen und Zugangsmöglichkeiten zu diesen. Sie ziehen auch unterschiedliche Konsequenzen aus Informationen. Daraus ergeben sich unterschiedliche individuelle Wahrnehmungen und Umgangsmodi mit Informationen sowie Gütern und deren Characteristics.

Im folgenden Beispiel maximieren die Akteure aus ihrer individuellen Sicht heraus ihren kurz bzw. mittelfristigen Nutzen durch eine vermehrte Nutzung des privaten PKW, was sich über

⁴ In der Folge wird in Anlehnung an das in dieser Arbeit verwendete Lancaster-Modell für Gütereigenschaften der Ausdruck „Characteristics“ verwendet. Siehe dazu: Lancaster, Kelvin, A New Approach to Consumer Theory, Journal of Political Economy 74, 1966, Seite 132 – 157.

⁵ In der Folge werden, der Einfachheit halber, Begriffe bzw. Güterbezeichnungen wider die semantische Regel nicht mehr in Anführungszeichen gesetzt.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

erhöhte Infrastruktur- und Umweltkosten jedoch langfristig für sie selbst und die gesamte Gesellschaft wohlfahrtsmindernd auswirkt. Dabei wird angenommen, dass die Akteure auf Grund mangelhafter Informationen oder beschränkter Zugänge zu diesen den langfristigen Schaden ihrer Entscheidung negieren.

Im Gegensatz dazu streben die Akteure auf der staatlichen Ebene bzw. der Delegierungsebene durch die vermehrte Nutzung der S-Bahn und die damit verminderten Umweltkosten nach einem langfristigen gesellschaftlichen Nutzen. Es wird davon ausgegangen, dass diese gesellschaftliche Nutzenmaximierung auch Teil der individuellen Nutzenmaximierung der Akteure sein kann. Die Akteure auf der Delegierungsebene verfügen über andere Informationen sowie andere Zugangsmöglichkeiten zu diesen und ziehen auch andere Konsequenzen aus den Informationen. Das Übergewicht der auf einem bestimmten Informationsstatus beruhenden individuellen Nutzenmaximierung führt im gegebenen Falle zu einer Allokation innerhalb des Marktes der beiden Güter PKW und S-Bahn, in der mehr vom PKW und weniger von der S-Bahn konsumiert wird.

Solche Fehlallokationen gibt es am gesamten Gütermarkt. Es liegt daher nahe, ein Zusammenspiel zwischen dem Markt aller Güter und dem Markt aller Informationen zu vermuten. Auf dieses Zusammenspiel wird im Unterkapitel 2.3 näher eingegangen, nachdem in den folgenden beiden Unterkapiteln einige Wirkungen von Informationen auf die Güterdefinition und die aus ihnen resultierende Unterschiedlichkeit der Ergebnisse verschiedener Vergleichsmodi dargestellt wurden.

2.1 Individuelle und institutionelle Vergleichsebene

Die folgende Vergleichsanalyse wird vorläufig ohne Rücksicht auf logische Erfordernisse oder eine formale Geschlossenheit durchgeführt. Sie orientiert sich anfangs an der gängigen Alltagspraxis.

2.1.1 Vergleichsergebnis auf der individuellen Ebene – pro PKW

In diesem Unterkapitel wird eine Auswahl von Eigenschaften des privaten Gutes PKW und des Mischgutes Steirische S-Bahn als Vergleichsgrundlage dargestellt, auf deren Basis eine Entscheidung pro PKW fällt. Diese Auswahl wird von einem Akteur in seiner Rolle als Marktteilnehmer getroffen.

Dabei gelten folgende Annahmen und Vorgangsweisen:

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

1. Preise⁶ werden als untrennbar mit einem Gut verbunden angenommen und in diesem Sinne als Gütermerkmale aufgefasst.
2. Die Auswahl von Gütermerkmalen als Vergleichskriterien erfolgt ex post betrachtet, willkürlich⁷, ohne Rücksicht auf eine logische oder formale Stringenz bei deren Gegenüberstellung im Vergleich.
3. Im Vergleich zwischen dem PKW und der S-Bahn werden vorerst nur die unmittelbar anfallenden benützungabhängigen Preise (Kosten) berücksichtigt. Das sind beim PKW der Treibstoffpreis und bei der S-Bahn der Preis für den Fahrschein. Die Anschaffungs- und Fixkosten⁸ beider Güter werden in diesem Falle nicht berücksichtigt, weil sie beim PKW einer anderen Nutzung (Urlaubsfahrten usw.) zugerechnet werden bzw. bei der S-Bahn unter anderem in Form von nicht zurechenbaren Steuern anfallen.
4. Es wird kein Wert auf die Anzahl der Vergleichskriterien gelegt. Es ist eine unterschiedliche Anzahl an Vergleichskriterien auf den beiden Seiten eines Vergleichs möglich. Vergleichskriterien werden auf den Vergleichsseiten verschieden differenziert (z. B. Umweltbelastung als ein einziges Characteristic im Unterschied zum Zeitaufwand in dreifacher Unterteilung).
5. Die Vergleichskriterien sind hinsichtlich ihrer Messbarkeit auf verschiedenen Ebenen des Skalenniveaus angesiedelt: Ihre Messung erfolgt teilweise auf der qualitativen (Komfortmangel), teilweise auf der quantitativen Ebene (in Geldeinheiten gemessene Treibstoffkosten) der Skalierung.

Es wird angenommen, dass die in der folgenden Abbildung dargestellte Auswahl der Vergleichskriterien bezüglich beider Güter eine Entscheidung pro PKW bewirkt⁹.

⁶ Preise bzw. Kosten werden hier nur unter ihrem Aspekt als Gütermerkmale betrachtet. Die Preisproblematik (Preisbildung usw.) ist nicht Gegenstand dieser Arbeit.

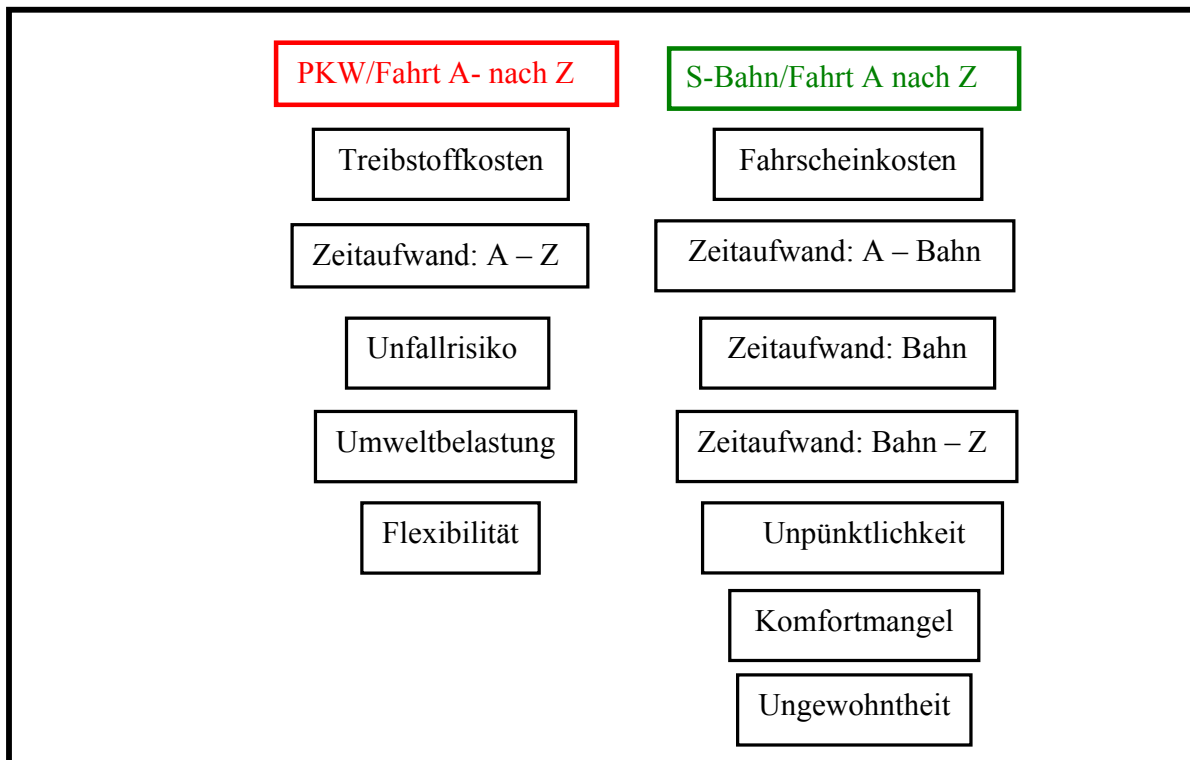
⁷ Auf die Tatsache, dass der Auswahl der Vergleichskriterien für Gütervergleiche grundsätzlich auch bestimmte „verpflichtende“ Auswahlkriterien (z. B. überlebensnotwendige Güter) zu Grunde liegen können, wird in den späteren Kapiteln (u. a. Unterkapitel 4.4) näher eingegangen.

⁸ Siehe dazu Kemetmüller, Wolfgang, Bogensberger, Stefan, Handbuch der Kostenrechnung, 2004, Seite 22 ff, 201 ff und Thommen, Jean-Paul, Achleitner, Ann-Kristin, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2003, Seite 313 ff, 443 ff.

⁹ In dieser Abbildung ist mit der Umweltbelastung ein externer Effekt als Gütereigenschaft in die Vergleichsbasis einbezogen. Auf die Stellung der externen Effekte in Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit wird im Kapitel 2.5.2 im Besonderen eingegangen.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Abbildung 2-1 Vergleich PKW/S-Bahn – Ergebnis pro PKW



Quelle: Eigene Darstellung

Diese Entscheidung pro PKW muss natürlich keine ausschließliche Nutzung des PKW bedeuten. Sie kann auch eine Nutzenmaximierung auf individueller Ebene darstellen, in der bei gegebenem Budget, bezüglich der Ortsveränderung ein geringer Anteil mit der S-Bahn und ein hoher Anteil mit dem PKW als nutzenmaximierend erscheinen. Der Vergleich wird in diesem Falle sehr wahrscheinlich eine neue Güterallokation mit einem stärkeren Gewicht auf der PKW-Nutzung bewirken.

In diesem Partialmodell mit lediglich zwei Gütern und einem den Vergleich anstellenden Individuum repräsentiert die vermehrte Nutzung des PKW gegenüber einer geringeren Nutzung der S-Bahn eine vom Individuum angestrebte Güterallokation zwischen zwei Gütern. An dieser Stelle wird noch nicht auf die Unterschiede zu traditionellen Beschreibungen gesellschaftlich anzustrebender Güterallokationen (Aspekt der Pareto Effizienz, individuelle Rechte, individuelle Möglichkeiten der Güternutzung usw.) eingegangen. Diese Unterscheidung erfolgt später in den Kapiteln 5 und 6.

2.1.2 Vergleichsergebnis auf der Delegierungsebene – pro S-Bahn

In diesem Unterkapitel wird eine Auswahl von Characteristics dargestellt, auf deren Basis sich eine Institution, in diesem Falle die Steiermärkische Landesregierung, in einem Vergleich

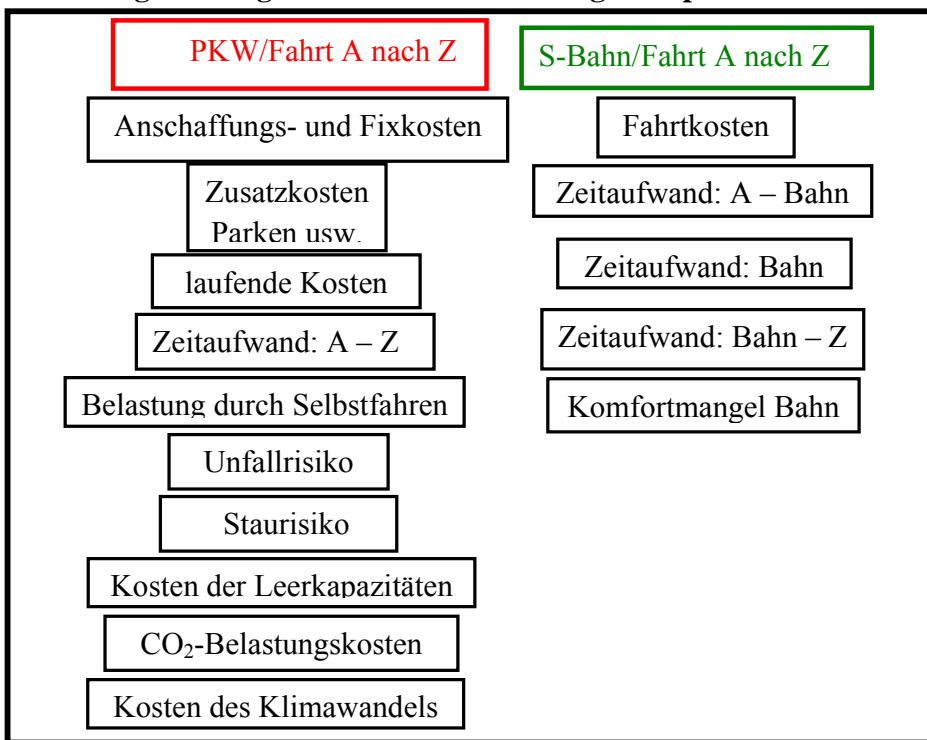
2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

zwischen PKW und S-Bahn pro S-Bahn entscheidet, bzw. eine verstärkte Nutzung der S-Bahn anstrebt. Das Vergleichsergebnis pro S-Bahn wird indirekt vom selben Individuum herbeigeführt, welches sich im vorigen Unterkapitel in seiner Rolle als Marktakteur (Bourgeois) für den PKW entschieden hat. Dabei ist das Individuum nun in die Rolle des politischen Akteurs (Citoyen) geschlüpft und hat die Steiermärkische Landesregierung als institutionelle Ebene beauftragt, auf Grund eines Vergleichs eine volkswirtschaftlich optimale Entscheidung zwischen PKW und S-Bahn vorzugeben, die sich mit seinen Entscheidungen als Marktakteur decken kann, aber nicht decken muss.

Im hier dargestellten Vergleich gelten bis auf die darin gesondert berücksichtigten Anschaffungs- und Fixkosten beim PKW dieselben Annahmen wie auf der individuellen Ebene.

Die folgende Abbildung zeigt, dass sich die auf der Delegationsebene getroffene Auswahl der Vergleichskriterien auf beiden Vergleichsseiten von jener der individuellen Ebene unterscheidet. Auch hier wurde ohne Rücksicht auf eine logische oder formale Stringenz vorgegangen.

Abbildung 2-2 Vergleich PKW/S-Bahn – Ergebnis pro S-Bahn



Quelle: Eigene Darstellung

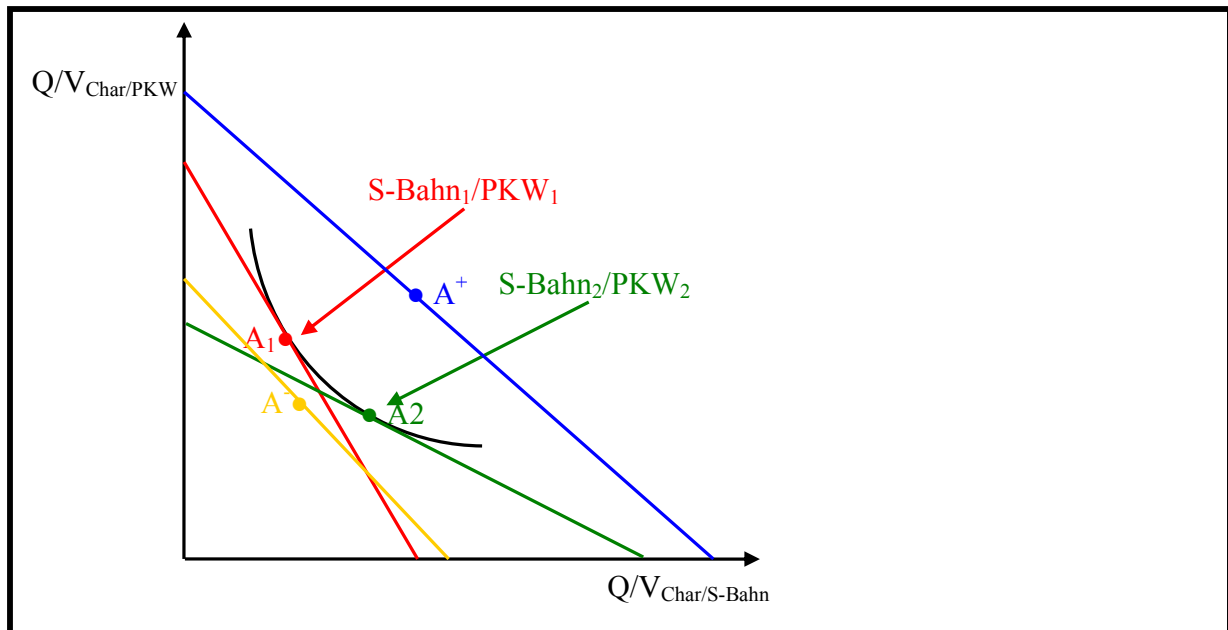
Auch die Entscheidung pro S-Bahn muss keine ausschließliche Nutzung der S-Bahn bedeuten. Sie kann auch eine Nutzenmaximierung auf der Delegationsebene darstellen, in der bei gegebenem Budget, bezüglich der Ortsveränderung ein geringer Anteil mit dem PKW und ein hoher Anteil mit der S-Bahn nutzenmaximierend erscheinen. Der Vergleich wird in diesem Falle sehr wahrscheinlich eine neue Güterallokation mit einem stärkeren Gewicht auf der S-Bahn-Nutzung bewirken.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

In diesem Partialmodell mit lediglich zwei Gütern und einer den Vergleich anstellenden Institution bzw. Delegierungsebene repräsentiert die vermehrte Nutzung der S-Bahn gegenüber einer geringeren Nutzung des PKW eine von der Delegierungsebene angestrebte Güterallokation zwischen zwei Gütern.

Die folgende Darstellung beschreibt den Unterschied zwischen der Characteristic-Auswahl im vorigen und in diesem Unterkapitel:

Abbildung 2-3 Güterveränderung durch unterschiedliche Characteristic-Auswahl



Quelle: Eigene Darstellung

Die obige Grafik unterscheidet sich durch sechs wesentliche Punkte von traditionellen Grafiken, die eine veränderte Wahl eines Güterbündels auf einer Indifferenzkurve auf Grund einer Preisänderung beschreiben:

1. Es werden nicht unterschiedliche gewählte Güterbündel, sondern veränderte Güter bzw. unterschiedliche Characteristic-Bündel dargestellt.
2. Es wird davon ausgegangen, dass die Güter PKW und S-Bahn
 - a) über eine Schnittmenge gemeinsamer Characteristics und
 - b) jeweils über eine Menge von Characteristics verfügen, die nur ihnen zu eigen ist. In diesem Sinne repräsentieren die Abszisse nur S-Bahn-Characteristics und die Ordinate nur PKW-Characteristics. Alle anderen Punkte des von diesen beiden Koordinaten aufgespannten ersten Quadranten repräsentieren Mengenverhältnisse von S-Bahn- und PKW-Characteristics. In diesem Sinne werden der PKW und die S-Bahn nur graduell voneinander unterschieden. Auf der Güterebene betrachtet, konsumiert der Akteur daher in der Allokation A_1 ein Mengenverhältnis eines bestimmten PKW und einer bestimmten

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

S-Bahn und in der Allokation A_2 ein Mengenverhältnis eines anderen PKW und einer anderen S-Bahn.

3. Die beiden Koordinaten beschreiben keine Güter- sondern Characteristic-Mengen und damit den Veränderungsgrad von Gütern, gemessen in Characteristic-Mengen. Die Veränderung der beiden Güter kann durch eine veränderte Characteristic-Auswahl durch die Akteure beschrieben werden:

Die Allokation A_1 repräsentiert dann die im Kapitel 2.1.1 beschriebene Konfiguration der beiden Güter PKW und S-Bahn, die eine Entscheidung pro PKW nahe legt. Die Allokation A_2 repräsentiert dann die in diesem Kapitel beschriebene Konfiguration der beiden Güter, die eine Entscheidung pro S-Bahn nahe legt.

4. Die Veränderungen werden nicht durch Preisänderungen, sondern durch eine unterschiedliche Auswahl der Characteristics auf Grund eines unterschiedlichen individuellen Informationsstatus ausgelöst.

5. Die Indifferenzkurve hat in diesem Zusammenhang folgende Bedeutung: Der Akteur ist bezüglich der Fortbewegung in erster Linie hinsichtlich verschiedener Mengenverhältnisse von PKW- und S-Bahn-Characteristics indifferent und erst in zweiter Linie hinsichtlich dem PKW und der S-Bahn als Gütern selbst. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Fortbewegung mit allen Mengenkombinationen von PKW- und S-Bahn Characteristics, die im von den beiden Koordinaten aufgespannten ersten Quadranten wählbar sind, möglich ist.

Die Indifferenzkurve kann in diesem Falle als differenzierbar gezeichnet werden, weil von der Möglichkeit eines fließenden Überganges von einem Gut zu einem anderen ausgegangen wird.

6. Die Budgetgeraden bezeichnen in diesem Falle die auf Grund der gegebenen Informationen vorhandenen Nutzungsmöglichkeiten. Die Drehung der roten in die grüne Budgetgerade kann bei konstant angenommenen Preisen folgendermaßen interpretiert werden:

a) Es wurden zusätzliche¹⁰ Informationen bezüglich positiver S-Bahn-Characteristics – beispielsweise die Arbeits- oder Entspannungsmöglichkeit während der Fahrt – emittiert, was auf Grund der als konstant angenommenen Preise eine Budgeterhöhung und damit eine Verschiebung der Budgetgeraden nach rechts bedeutet.

b) Gleichzeitig wurden unter denselben Bedingungen zusätzliche Informationen bezüglich negativer Characteristics des PKW – beispielsweise anfallende Umweltkosten – emittiert, was eine Budgetverminderung und damit eine Verschiebung der Budgetgeraden nach unten bedeutet.

Beide Budgetverschiebungen summieren sich zur Drehung der roten in die grüne Budgetgerade. Diese Bewegung der Budgetgeraden beschreibt eine durch

¹⁰ Zur Bedeutung des Terminus „zusätzliche Informationen“ siehe die Punkte 2 bis 5 auf Seite 20ff.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Informationsemissionen oder eine Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen bewirkte Änderung der Characteristic-Auswahl, bei welcher der Akteur seine Indifferenzkurve nicht verlassen muss.

c) Daneben gibt es aber auch andere Formen der Änderung, bei denen der Akteur entweder ein höheres Nutzenniveau (A^+ , blaue Budgetgerade) oder ein niedrigeres Nutzenniveau (A^- , gelbe Budgetgerade) erreicht.

7. Ein wesentlicher Aspekt der obigen Abbildung liegt in ihrer Doppelbedeutung: Sie beschreibt nicht nur Allokationsänderungen von Gütern, sondern – gleichsam eine Etage tiefer – auch Veränderungen von Characteristic-Bündeln, also die Veränderung von Gütern.

Im Kapitel 8.3.2 wird eine vom Staat bzw. der Informationsagentur induzierte, auf freiwilliger Basis erfolgende Änderung einer Characteristic-Allokation dargestellt, in der das Nutzenniveau der Indifferenzkurve auf Grund der Anforderung der Freiwilligkeit eine Untergrenze für die Änderungsmöglichkeiten darstellt.

2.2 Unterschiedliche Vergleichsgrundlagen – unreflektierter und reflektierter Vergleich

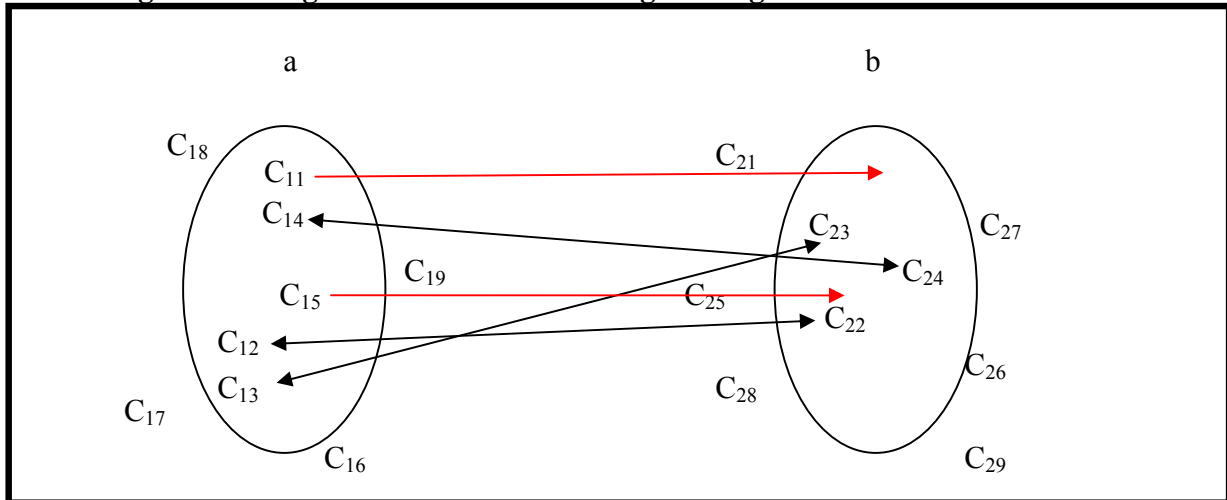
Die unterschiedlichen Zuordnungen zwischen Characteristics und Gütern zeigen, dass das Individuum in seiner Rolle als Marktteilnehmer quasi einen anderen PKW mit einer anderen S-Bahn vergleicht, als in seiner Rolle als politischer Akteur. In diesem Sinne sind in Anlehnung an die Idee der nur einen Teil der Realität erfassenden Partialmodelle, jene Bündel von Characteristics, die jeweils miteinander verglichen werden, als *Partialgüter* aufzufassen.

2.2.1 Unreflektierter Vergleich

In der folgenden Abbildung befindet sich der Partialgut-Anteil der beiden Güter, also die in diesem Falle zum Vergleich herangezogenen Characteristics in der Ellipse. Darüber hinaus gibt es noch weitere Characteristics der beiden Güter. Sie werden absichtlich gleichsam als „im freien Raum“ befindlich dargestellt:

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Abbildung 2-4 Partialgüter - fließende Güterabgrenzung



Quelle: Eigene Darstellung

Diese Darstellung wurde gewählt, um anzudeuten, dass

1. beide Güter prinzipiell nicht gegeneinander abzugrenzen sind;
2. prinzipiell unendlich viele Informationen über ein bestimmtes Gut angehäuft und damit prinzipiell unendlich viele Characteristics eines Gutes konfiguriert werden können;
3. Güter an sich keinen Hinweis darauf geben
 - a) welche Informationen über sie für welchen Akteur relevant sind,
 - b) welche Characteristics aus unendlich vielen möglichen für einen Akteur relevant sind.
4. Güter hinsichtlich ihres Wertes bzw. hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit über die unterschiedliche Auswahl von Bündeln ihrer Characteristics stark manipulierbar sind.

Auf diese Überlegungen wird im folgenden Unterkapitel sowie im Unterkapitel 3.3 nochmals eingegangen.

Abbildung 2-1 und Abbildung 2-2 zeigen

1. eine unterschiedliche Anzahl an Characteristics als Vergleichsbasis;
2. unterschiedliche Formen von deren Gegenüberstellung;
3. unterschiedliche Verteilungen der qualitativ und quantitativ skalierbaren Characteristics.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Betrachtet man in beiden Abbildungen das Characteristic „Unfallrisiko“, so erscheint dieses nur auf der PKW-Seite, obwohl es in der Realität auch auf der S-Bahn-Seite anzutreffen ist. In diesem Sinne kann man in beiden Fällen von „*unreflektierten Vergleichen*“ sprechen.

Die mangelhafte Reflexion eines Vergleiches ist in der obigen Abbildung durch die schwarzen und roten Pfeile dargestellt: Die schwarzen Doppelpfeile beschreiben eine gegenseitige Entsprechung der im Vergleich gegenübergestellten Characteristics. In diesem Bereich liegt entweder eine Reflexion vor oder die Entsprechungen beruhen auf einem Zufall. Die roten einfachen Pfeile beschreiben die mangelhafte Reflexion in diesem Vergleich: Sie weisen von einem als Vergleichskriterium herangezogenen Characteristic des Gutes a auf eine Leerstelle beim Gut b.

Diese mangelhafte Reflexion der beiden Vergleiche zeigt sich in der unterschiedlichen Auswahl der Characteristics durch den Akteur (in seinen beiden Rollen). Zusammen mit den Annahmen im Kapitel 2.1 begründen die obigen drei Punkte die unterschiedlichen Vergleichsergebnisse.

2.2.2 Reflektierter Vergleich

Die in unreflektierten Vergleichen auftretenden Probleme lassen es sinnvoll erscheinen, diese durch reflektierte Vergleiche zu ersetzen, deren Ergebnisse auf einer einheitlichen, zwischen verschiedenen Akteuren vereinbarten Auswahl der Vergleichskriterien beruhen. Orientiert man sich an den beschriebenen Merkmalen unreflektierter Vergleiche, müsste ein reflektierter Vergleich folgende Kriterien erfüllen:

1. Die Auswahl von Characteristics als Vergleichskriterien erfolgt nicht willkürlich, sondern mit Rücksicht auf eine logische und formale Stringenz bei deren Gegenüberstellung im Vergleich.
2. Es wird Wert auf die Anzahl der Vergleichskriterien gelegt. Eine unterschiedliche Anzahl an Vergleichskriterien auf den beiden Seiten des Vergleichs ist nur dann möglich, wenn sie durch die verglichenen Güter begründet werden kann (beispielsweise die nur beim PKW gegebene Möglichkeit einer Cabrio-Eigenschaft).
3. Vergleichskriterien werden auf beiden Seiten in gleicher Weise differenziert (z. B. werden Characteristics auf beiden Seiten in gleich viele Sub-Characteristics zerlegt).
4. Es werden jeweils nur auf demselben Mess-Skalenniveau angesiedelte Vergleichskriterien miteinander verglichen.
5. Die Verteilung der qualitativ und quantitativ skalierbaren Characteristics ist auf beiden Seiten des Vergleichs dieselbe. Unterschiedliche Verteilungen sind durch die verglichenen Güter begründet.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Mit dieser Gegenüberstellung eines unreflektierten und eines reflektierten Vergleichs soll keineswegs behauptet werden, dass es in einem unreflektierten Vergleich überhaupt keine Kriterien für die Auswahl von Vergleichskriterien gibt. Es wird dadurch lediglich nahe gelegt, dass die Auswahlkriterien auch von der Situation des auswählenden Individuums abhängig sind. Nicht aus dem Fehlen von Auswahlkriterien, sondern aus deren (teilweisen) Abhängigkeit von der jeweiligen Situation des Individuums entsteht der im Punkt 2 auf Seite 10 angesprochene ex post-Eindruck der Willkür.

Will die Delegierungsebene gesellschaftlich akzeptierte Allokationen von Gütern erreichen, muss sie dabei eine Vorgehensweise wählen, welche die Situationsbedingtheit individueller Wahlentscheidungen für Allokationen überwindet. Dabei hat sie folgende Möglichkeiten:

1. Zwangsmaßnahmen;
2. Manipulation der Wahlentscheidungen der Akteure in Verfolgung eigener Ziele, ohne Berücksichtigung der allgemeinen Wohlfahrt;
3. Beeinflussung der Wahlentscheidungen der Akteure auf demokratische Weise zur Erreichung einer maximalen allgemeinen Wohlfahrt.

Die erste Möglichkeit wird in dieser Arbeit nicht diskutiert. Die zweite Möglichkeit, von der vor allem Firmenlobbys und bestimmte Interessensgruppen Gebrauch machen, wird im Kapitel 6.2 hinsichtlich ihrer hegemonialen Aspekte und ihrer wohlfahrtsmindernden Wirkung kritisiert. Die dritte Möglichkeit bildet den Ausgangspunkt für die Überlegungen in den folgenden Kapiteln. Dabei werden auch ihre theoretischen Probleme beschreiben.

2.3 Wechselwirkungen zwischen Informations- und Gütermarkt

Die Informationen bezüglich des PKW und der S-Bahn sind Teil des Gesamtmarktes aller Informationen bzw. des Marktes aller güterrelevanten Informationen (Güterinformationsmarkt GIM). Für die folgenden Kapitel werden in diesem Zusammenhang der Einfachheit halber folgende Annahmen getroffen:

1. Informationen bezeichnen den Unterschied zwischen zwei Wissenszuständen: Zwischen einem Wissenszustand zum Zeitpunkt t_0 und einem Wissenszustand zu einem Zeitpunkt t_1 , in dem zusätzliche, den Wissensstand zu t_0 erhöhende Informationen vorliegen, bzw. zugänglich werden. Damit implizieren Informationen einen Zeitparameter.
2. Informationen werden als Klubgut verstanden. Ihre Nutzung ist nicht rival. Hinsichtlich der Ausschließbarkeit von Akteuren gibt es mehrere Möglichkeiten:
 - a) Seitens der Produzenten von Wissen bzw. Informationen können Zugangsbarrieren

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

- errichtet werden. Güterproduzenten können Zugangsbarrieren zu (nachteiligen) Informationen hinsichtlich ihrer Güter errichten.
- b) Durch die Wissenssegmentierung, die große Auswahl an Wissen bzw. Informationen usw. sind „natürliche“ Zugangsbarrieren gegeben, deren Überwindung durch die Konsumenten ein Geld- bzw. Zeitbudget erfordert.
3. In diesem Sinne beziehen sich die Begriffe „Allokation“ und „Verteilung“ auf Grund der Nichtrivalität nicht auf die (Wissens)inhalte von Informationen, sondern auf die Zugangsmöglichkeiten zu Informationen. Es handelt sich also um Allokationen bzw. Verteilungen von Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.
 4. In diesem Sinne können die Begriffe „Informationsveränderung“ bzw. „Informationsoptimierung“ zwei Bedeutungen haben:
 - a) Veränderung bzw. Optimierung des Informationsgehalts;
 - b) Veränderung bzw. Optimierung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.
 5. In diesem Sinne kann der Terminus „zusätzliche Informationen“ zwei Bedeutungen haben:
 - a) das Entstehen neuer Informationen;
 - b) die Beseitigung von Zugangsbarrieren zu bereits bestehenden Informationen, sodass diese von einem Marktakteur genutzt werden können.
 6. Die Menge aller für die Individuen eines Marktes theoretisch mittels einer Budgetaufwendung in Form von zeitlichen und finanziellen Ressourcen erreichbaren güterrelevanten Informationen wird als Güterinformationsmarkt (GIM) bezeichnet. Dabei wird angenommen, dass nicht güterrelevante Informationen keinen Einfluss auf die Konsumententscheidungen und damit die Güterallokationen haben. Der GIM umfasst also den vom Gesamtmarkt aller (denk)möglichen Informationen als unabhängig angenommenen Teilmarkt der güterrelevanten Informationen.
 7. Der Begriff Güterrelevanz von Informationen umfasst in diesem Ansatz jene Informationsaspekte, welche den Nutzen von Gütern bzw. deren Characteristics beeinflussen. Beispiele dafür sind auch solche Informationen, die altruistische Entscheidungen, etwa die Entscheidung pro S-Bahn im Sinne der Umwelterhaltung, bewirken. Die hier angesprochene Güterrelevanz von Informationen geht also über die welfaristische Auffassung von Informationen, in der ausschließlich Informationen über den direkten individuellen Nutzen von Gütern berücksichtigt werden, hinaus¹¹¹².

¹¹ Siehe dazu Gaertner, Wulf, Amartya Sen in Kurz, Heinz Dieter, Klassiker des ökonomischen Denkens, 2008, Seite 361 ff.

¹² Auf diese Unterscheidung von der welfaristischen Auffassung von Informationen wird im Unterkapitel 4.1.2 „Informationsreduzierter Status quo“ genauer eingegangen.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

8. Abseits der Sprache und der Schrift können sich Informationen in unterschiedlicher Form manifestieren: Auch bestimmte Verhaltensweisen der Marktakteure, institutionelle Strukturen usw. können als (indirekte) Informationen aufgefasst werden. Auf diese verschiedenen Manifestationen von Informationen wird in dieser Arbeit jedoch nicht weiter eingegangen: Informationen werden hier lediglich in ihrer dem vorhergehenden Punkt entsprechenden Grundform behandelt.
9. Der Einfachheit halber werden im Ansatz dieser Arbeit, soweit dies für die Überlegungen relevant ist, konstante, von verschiedenen Angebots- und Nachfragesituationen unabhängige Informations- und Güterpreise angenommen.

Die in dieser Arbeit analysierte Fehlallokation zwischen PKW und S-Bahn wird auf unterschiedlich informierte Individuen zurückgeführt und so als Argument für ein Versagen des GIM herausgearbeitet.

Dieses Versagen des GIM zeigt sich auch darin, dass Firmen oder Interessensgruppen Informationen über bestimmte Güter so verteilen¹³, dass diese in einem hohen Ausmaß konsumiert werden, obwohl sie nur kurzfristig wohlfahrtsmaximierend, langfristig jedoch wohlfahrtsmindernd wirken (Beispiel Atom- und Gentechnik). Der auf diese Weise verzerrte Informationsmarkt trägt damit wesentlich zu Fehlallokationen am Gütermarkt und damit zu Wohlfahrtsminderungen bei.

Bei diesem Aspekt des Grundversagens des GIM setzt später das Kapitel 8, in dem die Einführung einer Informationsagentur (IA) argumentiert wird, an.

Die Informationsabhängigkeit der Characteristics wird in den folgenden Kapiteln als Basis für ein Instrumentarium dienen, mit dem Institutionen die Bürger zum Umstieg auf die S-Bahn bewegen können. Es wird davon ausgegangen, dass damit eine optimale Allokation zwischen den beiden Gütern privater PKW und S-Bahn erreichbar ist.

Die Informationsabhängigkeit der Güter dient später im Kapitel 6 auch als Basis für allgemeine ökonomisch begründete Kriterien für die Erreichung und Erhaltung gesellschaftlich anzustrebender Allokationen aller Güter eines Marktes bei gleichzeitiger Minimierung von Fehlallokationen am Informationsmarkt. Daraus ergeben sich im Weiteren auch Kriterien für die dazu erforderlichen Institutionen.

Der Vollständigkeit halber sei hier festgehalten, dass ein unterschiedlicher Informationsstatus, mit unterschiedlichen Informationszugangsmöglichkeiten, Informationsmengen und individuellen Konsequenzen aus Informationen nicht hinsichtlich aller Güter ein Problem darstellen muss: Es ist zweifellos ein gesellschaftliches Problem, wenn im Bereich der Atom- oder der Gen-Industrie nur einige Produzenten über die Nachteile und Gefahren dieser Techniken informiert sind, während die Masse der Konsumenten auf Grund einer Verzerrung des Informationsmarktes nur deren Vorteile kennt.

¹³ Zur Bedeutung des Verbs „verteilen“ im Zusammenhang mit Informationen siehe die Punkte 2 bis 4 auf Seite 20ff.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Es ist aber zweifellos kein gesellschaftliches Problem, wenn Dirigenten auf Grund ihres Informationsvorsprunges die instrumentationstechnisch problematische Stelle im Finale des ersten Satzes von Schuberts Großer C-Dur Symphonie auf verschiedene Weise für das Publikum unmerkbar verändern, also manipulieren, um ein für sie persönlich befriedigendes Klangerlebnis zu erreichen. Im Unterschied zum Atom- und Gentechnikbereich ist hier der Informationsvorteil der „Produzenten“ für die Mehrheit der Bürger bedeutungslos. Es ist ja gerade die Unbegrenztheit der Reproduktions- und Rezeptionsmöglichkeiten, welche Meisterwerke und meisterliche Interpretationen ausmacht.

2.4 Resümee des Kapitels 2

1. Die unterschiedlichen Ergebnisse, die von einem Individuum einerseits in seiner Rolle als Bourgeois (Marktakteur) und andererseits in seiner Rolle als Citoyen (politischer Akteur) beim Vergleich seines privaten PKW und der S-Bahn erzielt werden, lassen auf eine unzureichend reflektierte Auswahl der Vergleichskriterien schließen.
2. Diese unzureichende Reflexion zeigt sich unter Anderem
 - a) in einer nicht durch die Güter, sondern nur durch die individuelle Auswahl bedingten ungleichen Anzahl der als Vergleichskriterien herangezogenen Characteristics auf beiden Vergleichsseiten;
 - b) in der oft auftretenden Ansiedelung direkt verglichener Gütermerkmale auf unterschiedlichen Ebenen des Mess-Skalenniveaus (Vermischung der qualitativen und quantitativen Ebene).
3. Die Tatsache, dass einem Characteristic eines Gutes auf einer Vergleichsseite auf Grund einer falschen Zuordnung kein entsprechendes Characteristic des Gutes auf der anderen Vergleichsseite gegenübersteht, wird mit dem Begriff „unreflektierter Vergleich“ erfasst.
4. Es ist anzunehmen, dass Vergleiche keine widersprüchlichen Ergebnisse liefern – also „reflektiert“ sind, wenn sie unter Anderem folgende Kriterien erfüllen:
 - a) Wenn auf Grund eines gegebenen Informationstandes direkt vergleichbare Characteristics vorhanden sind, werden diese auch paarweise verglichen.
 - b) Die Characteristics solcher Paare sind auf derselben Ebene des Mess-Skalenniveaus angesiedelt.
5. Da in Vergleichen offensichtlich immer nur ein Teil der Characteristics von Gütern verglichen wird, erscheint es sinnvoll, in diesem Zusammenhang in Anlehnung an den Begriff des Partialmodells von Partialgütern zu sprechen.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

6. Die Auswahl der Characteristics für die Zusammenstellung von Partialgütern ist offensichtlich von der gegebenen Situation des Individuums abhängig.
7. Im Ansatz dieser Arbeit wird diese gegebene individuelle Situation auf ihren Aspekt der Information reduziert, sodass sich die Characteristic-Auswahl auch als Funktion des individuellen Informationsstatus ergibt (Genauerer dazu in den Kapiteln 3 und 4).
8. Die Analyse des Zusammenhanges zwischen Informationen und der Bestimmung von Vergleichsgrundlagen legt die Annahme von Wechselwirkungen zwischen dem Informations- und dem Gütermarkt auf zwei Ebenen nahe:
 - a) bei der Konfiguration eines Partialgutes in Form einer Auswahl bestimmter Characteristics aus der Gesamtheit der Characteristics eines materiellen Gutes durch die Individuen;
 - b) bei der Konfiguration von Bündeln dieser Partialgüter zur Konsumation¹⁴.
9. Im Ansatz dieser Arbeit werden aus dem gesamten Informationsmarkt nur güterrelevante Informationen herausgegriffen und berücksichtigt (Genauerer dazu in den Kapiteln 3 und 4). Sie werden als Klubgüter aufgefasst. Deren Preise werden als Angebots- und Nachfrage-unabhängig angenommen.
10. Grundsätzlich müssen unterschiedliche Informationsstatus von Akteuren keinen Nachteil für Marktaktivitäten bedeuten (Kunstsektor). Im Ansatz dieser Arbeit werden aber ausschließlich Situationen betrachtet, in denen diese Unterschiede eine Rolle spielen.

2.5 Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen

Auf den ersten Blick liegt es nahe, die unterschiedlichen Ergebnisse der beiden hier beschriebenen unreflektierten Vergleiche durch einige bereits bekannte Ansätze zu erklären. Darum folgen in den nächsten Unterkapiteln einige Abgrenzungen zu diesen Ansätzen.

2.5.1 Citoyen-Bourgeois-Ansatz

In diesem Ansatz werden den Akteuren gleichsam zwei unterschiedliche Status quo-Situationen zugeordnet: Der Akteur tritt einerseits in der Rolle des Marktakteurs (Bourgeois), andererseits in der Rolle des politischen Akteurs (Citoyen) auf. Beispielsweise kann die Entscheidung pro PKW auf der individuellen Ebene vom Gesellschaftsstatus oder der Bequemlichkeit geleitet sein, während die Entscheidung auf der institutionellen Ebene pro S-Bahn eher von Umwelt-,

¹⁴ Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die Überlegungen in dieser Arbeit hinsichtlich des Gütermarktes sinngemäß auch für den Markt der Dienstleistungen gelten.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

Infrastruktur- oder auch bestimmten politischen Machtinteressen geleitet ist. Diese beiden Ausprägungen einer individuellen Situation zeigen auf den ersten Blick keine Möglichkeiten ihrer Veränderung, um bestimmte Verhaltensweisen der Individuen zu erreichen.

Mit dem Ansatz dieser Arbeit soll unter anderem versucht werden, die Unterschiede zwischen verschiedenen individuellen Situationen messbar zu machen und so wenigstens teilweise zu begründen. Es sei an dieser Stelle jedoch festgehalten, dass auch damit nur eine Teilerklärung hinsichtlich des Zustandekommens einer Auswahl von Characteristics als Vergleichsgrundlage geliefert werden kann.

Diese Einschränkung begründet sich

1. aus den zahlreichen für die Erklärung einer Characteristic-Auswahl notwendigen Annahmen;
2. aus den damit verbundenen Indeterminiertheiten hinsichtlich der den Individuen zur Verfügung stehenden Informationen und deren Nutzbarkeit sowie hinsichtlich der Konsequenzen, welche die Individuen aus ihnen ziehen.

Darüber hinaus müssen auch zahlreiche Annahmen bezüglich anzustrebender individueller und gesellschaftlicher Situationen gemacht werden.

Damit enthält dieser Erklärungsansatz zahlreiche normative Elemente, welche weder für die Auswahl von Vergleichsgrundlagen, noch für gesellschaftlich anzustrebende Güterallokationen im traditionellen Sinne objektive, allgemeingültige Kriterien ohne vorhergehende Ausgangs- und Zielvereinbarungen zulassen. Dieser Ansatz ist jedoch umso wirkungsvoller, je deutlicher seine normativen Elemente und Indeterminiertheiten bewusst gemacht werden. Das soll in den folgenden Kapiteln geschehen.

2.5.2 Externe Effekte – Abgrenzungsproblem

Externe Effekte beschreiben vorwiegend die Außenwirkungen von Gütern, nicht aber die Güter selbst. Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass die im Ansatz dieser Arbeit angesprochenen Informationen lediglich verschiedene externe Gütereffekte betreffen. Unterschiedliche Vergleichsergebnisse könnten dann einfach mit einer unterschiedlichen Einbeziehung und Bewertung externer Effekte in die Vergleichsbasis – ohne den Umweg über die besondere Berücksichtigung von Informationen – begründet werden. Damit würden allerdings nicht auf externen Effekten beruhende Unterschiede zwischen Vergleichsergebnissen ausgeklammert. So lässt sich mit externen Effekten beispielsweise nicht erklären, warum Akteure Characteristics, die keine externen Effekte haben (z. B. Komfortmangel und Ungewohntheit im Vergleich PKW/S-Bahn – pro PKW), unterschiedlich auswählen und bewerten. Die ausschließliche Berufung auf externe Effekte würde einen Bereich an Auswahlkriterien, der für

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

das Gesamtergebnis eines Vergleichs Ausschlag gebend sein könnte, ausklammern. Die in dieser Arbeit vorgestellte Informationsbasierung von Gütern versucht auch diesen Bereich abzudecken.

Der im nächsten Kapitel dargestellte unendliche Güterbündelregress (UGR) macht das Problem der Abgrenzung externer Effekte sichtbar: Die auf der Güterebene als externer Effekt bezeichnete Wirkung von Gütern auf deren Umwelt bzw. auf andere Güter und verschiedene Individuen findet sich ebenso auf der Ebene der Characteristics. Von der Güterebene her gesehen, sind die externen Effekte auf der Ebene der Characteristics gleichsam internalisiert, wenn die externen Effekte zwischen zwei Eigenschaften ein und desselben Gutes wirken.

So, wie etwa auf der Güterebene beim PKW dessen übermäßige Konsumation auch die übermäßige Konsumation CO₂-belasteter Luft erzwingt, bedingt auf der Ebene der Gütereigenschaften des PKW die Konsumation seiner Eigenschaft Flexibilität auch die Konsumation der Eigenschaft Nervenbelastung durch Selbstfahren. Dasselbe Verhältnis kann auch auf allen anderen Ebenen des UGR gegeben sein. Die Externalität von Effekten muss daher relativiert werden. Die Unterscheidung zwischen externen und nicht externen Effekten hängt vom Betrachtungsstandpunkt ab. Sie sind also nicht grundsätzlich zu unterscheiden, sondern liegen nur in unterschiedlichen Abstufungen vor.

Welche Bedeutung hat diese Relativierung externer Effekte für die Begründung unterschiedlicher Vergleichsergebnisse? Während die externen Effekte auf der Güterebene neben der Umwelt vorwiegend andere Individuen betreffen, wirken sie, wie das obige PKW-Beispiel zeigt, auf der Ebene der Gütereigenschaften vorwiegend innerhalb der persönlichen Sphäre des Individuums. Gerade diese Wirkung innerhalb der persönlichen Sphäre bietet aber die Möglichkeit, durch eine gezielte Beeinflussung des individuellen Informationsstatus die Auswahl von Gütereigenschaften als Vergleichsgrundlage zu verändern, um damit gewünschte Vergleichsergebnisse (in diesem Falle pro S-Bahn) und in der Folge gewünschte Gesamtallokationen von Gütern zu erreichen. Diese Beeinflussungsmöglichkeit gibt es auch bei Gütern, die keine externen Effekte gemäß der traditionellen Auffassung aufweisen. Sie kann damit ein Teil jenes bereits angesprochenen Instrumentariums sein, mit dem Institutionen die Bürger zum Umstieg auf die S-Bahn bewegen können und aus dem im Weiteren allgemeine, ökonomisch begründete Kriterien für effiziente institutionelle Instrumentarien zur Erreichung gesellschaftlich anzustrebender Güterallokationen abgeleitet werden können.

2.5.3 Ad Diskontierung

Unterschiedliche Vergleichsergebnisse könnten auf den ersten Blick auch einfach auf unterschiedlich angenommene Diskontierungsraten bzw. Diskontierungszeiträume bezüglich des Wertes verglichener Güter zurückgeführt werden. Damit würden aber Unterschiede zwischen Vergleichsergebnissen, die nicht auf Diskontierungen beruhen, ausgeklammert. Die Argumentation für eine auch ohne Diskontierungen gegebene Informationsabhängigkeit der Güter entspricht jener hinsichtlich der externen Effekte.

2.5.4 Ad Nudges und Anreizstrukturen:

Nudges und Anreizstrukturen können einen wesentlichen Beitrag zur Veränderung der Auswahl und der Bewertung von Gütereigenschaftsbündeln als Vergleichsbasis und damit zur Veränderung von Vergleichsergebnissen leisten. Sie wirken allerdings vorwiegend über eine Beeinflussung des Umfeldes der Güter.

Demgegenüber können über ihre Informationsabhängigkeit die Güter direkt in der Wahrnehmung des Individuums verändert werden. Damit können unterschiedliche Vergleichsergebnisse auch dann erklärt werden, wenn sie nicht auf Nudges bzw. Anreizstrukturen zurückzuführen sind.

2.5.5 Offene Fragen

Das Problem der weitgehend unreflektierten unterschiedlichen Auswahl von Characteristics für Gütervergleiche aus der Gesamtheit der Characteristics der verglichenen Güter kann in zwei Teilprobleme zerlegt werden:

1. Aus welcher Gesamtheit von Characteristics werden die als Vergleichsgrundlage verwendeten Characteristics ausgewählt? Gibt es eine bestimmte begrenzte Menge von Characteristics eines Gutes? Dabei geht es in erster Linie um die Güterseite (Siehe dazu das folgende Kapitel 3).
2. Nach welcher individuellen Entscheidungsregel werden gerade diese und keine anderen Characteristics aus dieser Gesamtheit ausgewählt? Dabei geht es in erster Linie um die Seite des auswählenden Akteurs selbst (Siehe dazu das Kapitel 4).

Eine die reale Bildung von Vergleichsgrundlagen darstellende Formalisierung muss zuerst diese Fragen beantworten. Erst dann können folgende weitere Fragen beantwortet werden:

3. Wie kommen bei zwei Vergleichen von augenscheinlich ein und demselben Güterpaar
 - a) unterschiedliche Vergleichsgrundlagen,
 - b) aus diesen resultierende unterschiedliche Vergleichsergebnisse,
 - c) aus diesen Vergleichsergebnissen resultierende unterschiedliche Allokationen der beiden Güter dieses Paares zustande?
4. Wie können die Vergleichsgrundlagen und damit die Vergleichsergebnisse hinsichtlich zweier verglichener Güter verändert werden? Auf diese beiden Fragen wird im Kapitel 5 eingegangen.

2 Volatile Vergleichsergebnisse durch Informationseffekte

5. Welche allgemeinen Entscheidungsregeln, Vorgangsweisen und institutionellen Voraussetzungen zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güterallokationen können aus dem Prozess des individuellen Gütervergleichs abgeleitet werden? (Siehe dazu die Kapitel 6 bis 8)

Vereinfacht gesagt, geht es um die Fragen: Warum fahren die Bürger trotz der Umweltproblematik zu viel mit dem PKW und zu wenig mit der S-Bahn? Wer kann das wie verändern? Wer kann und soll ohne Zwangsmaßnahmen die individuellen Entscheidungsregeln der Bürger so beeinflussen, dass diese alle Güter eines Marktes in jenem Verhältnis nutzen, das die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt langfristig maximiert?

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

Schlüsselbegriffe:

Unendlicher Güterbündelregress (UGR): Logische Möglichkeit, materielle Güter in einem unendlichen Regress in immer weitere Eigenschaften, Subeigenschaften usw. zu zerlegen.

Analogie der Wirkungen von Güter- und Informationsveränderungen¹⁵: Um Änderungen des individuellen Nutzens materieller Güter herbeizuführen, können entweder der individuelle Informationsstatus über deren Eigenschaften alleine oder verbunden mit den relevanten Informationen, die Eigenschaften der materiellen Güter selbst bzw. deren Menge verändert werden.

Informationsreduziertes Partialgut: Partialgut, das von einem Akteur auf Grund seines Informationsstatus aus den Eigenschaften, Subeigenschaften usw. eines materiellen Gutes konfiguriert wird.

Informationsbedingtes, dynamisches Partialgut: Partialgut, das sich auf Grund von Änderungen eines individuellen Informationsstatus verändert.

Wie die unterschiedlichen Auswahlmodi der beiden im vorigen Kapitel dargestellten Vergleiche zwischen PKW und S-Bahn zeigen, werden Güter nicht als monolithische Einheiten, sondern als Mengen auf verschiedene Weise miteinander verbundener Characteristics wahrgenommen. Aus diesen Mengen treffen die Akteure im Rahmen von Vergleichen unterschiedliche Auswahlen. In diesem Kapitel wird die in den offenen Fragen des vorigen Kapitels angesprochene Güterseite hinsichtlich dieser Auswahlproblematik behandelt.

3.1 Informationsbedingter, unendlicher Güterbündelregress

Das Verhältnis zwischen Characteristics und Characteristic-Bündeln entspricht jenem zwischen Gütern und Güterbündeln. Fasst man Güter als Characteristic-Bündel auf, sind Güter prinzipiell nicht von Güterbündeln zu unterscheiden. Characteristics können selbst wieder in Sub-Characteristics zerlegt werden. Beispielsweise ist das Gut S-Bahn ein Teil des Güterbündels der Verkehrsmittel. Sein Characteristic Komfort könnte weiter in Sub-Characteristics, wie

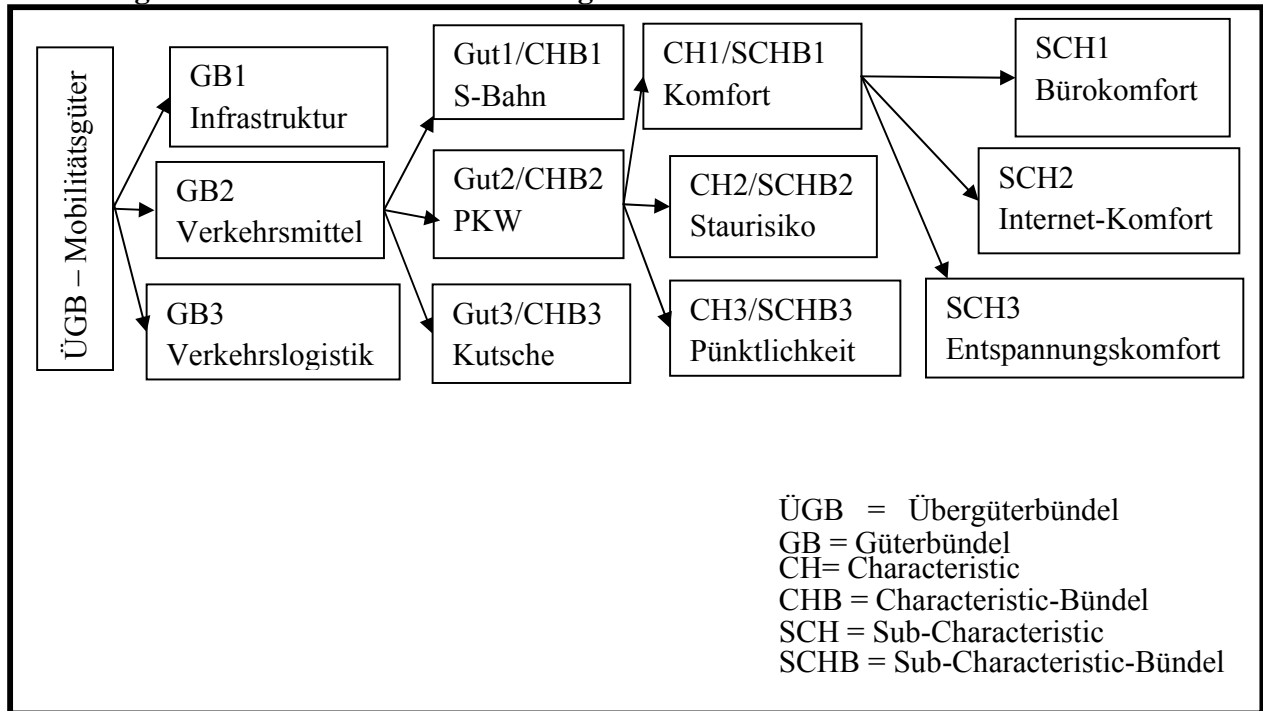
¹⁵ Zur Bedeutung des Terminus „Informationsveränderung“ siehe die Punkte 2 bis 5 auf Seite 20 ff

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

Bürokomfort oder Komfort zur Entspannung unterteilt werden. Prinzipiell ist hier ein unendlicher Regress denkbar.

Einen solchen unendlichen Regress zeigt die folgende Abbildung:

Abbildung 3-1 Unendlicher Güterbündelregress: Güterbündel – Güter – Characteristics



Quelle: Eigene Darstellung

Aus der obigen Abbildung ist ersichtlich, dass das Verhältnis zwischen Güterbündeln, Gütern und Characteristics nur einen Ausschnitt aus der Realität darstellt: Einerseits können Güterbündel in immer weiterer Folge in höhere Ordnungen („Übergüterbündel“) – beispielsweise Produktgruppen, Wirtschaften usw. eingegliedert werden. Andererseits können den Characteristics in immer weiterer Folge zusätzliche Sub-Characteristics zugeordnet werden. Je nachdem, welche Sequenzen aus Characteristics, Sub-Characteristics usw. dieses **theoretisch unendlichen Güterbündelregresses (UGR)** man bei einem Vergleich herausgreift, wie man diese bewertet und in gewünschte Berechnungen einbezieht, wird man unterschiedliche Vergleichsergebnisse erzielen.

Damit erhält der UGR eine zusätzliche Tiefendimension: Ein Marktakteur kann sich auf Grund seiner Rolle beispielsweise auf der Güterebene, also der Ebene verschiedener PKW-Typen für ein bestimmtes PKW-Modell entscheiden. Er kann aber auch auf der Ebene der Characteristics (oder Sub-Characteristics) eine Entscheidung treffen. Die Entscheidung zwischen PKW und S-Bahn wurde in diesem Falle auf der Güterebene (der verschiedenen Fortbewegungsmittel PKW und S-

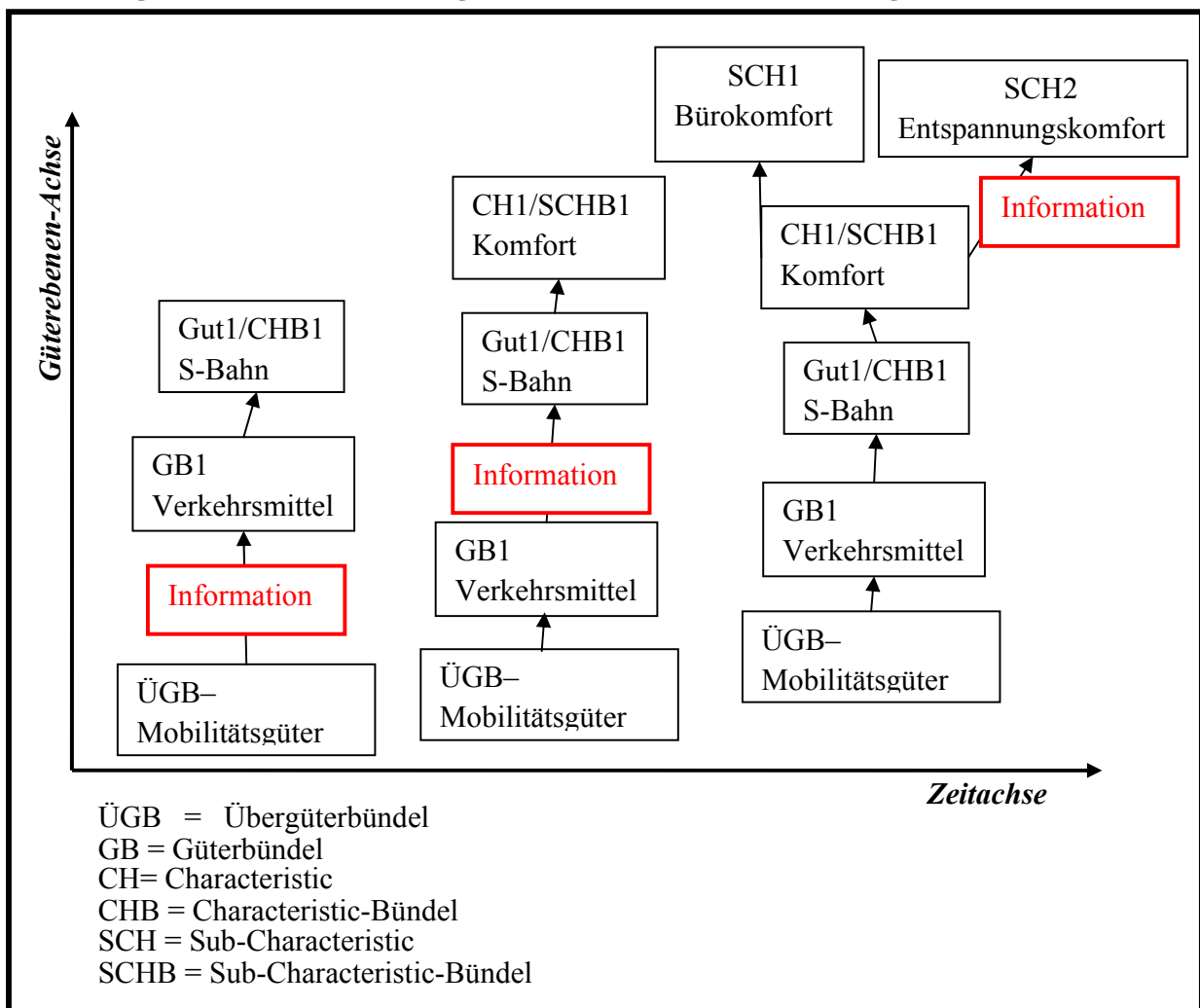
3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

Bahn) getroffen. Die Basis für diese Entscheidung bildete aber ein Vergleich auf der darunter liegenden Ebene der Characteristics.

Der Ansatz zu diesen Überlegungen aus den beiden Vergleichen heraus legt nahe, dass diese unendliche Regression nicht im traditionellen Sinne objektiv gegeben ist, sondern eine Aktivität der Marktteilnehmer darstellt, also auf der Seite der Akteure stattfindet. In diesem Ansatz wird davon ausgegangen, dass der individuelle Informationsstatus, also die dem Individuum zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen diesen Regressionsprozess als wesentliche Parameter mitbestimmen.

Bezieht man die Informationsabhängigkeit der Auswahl von Characteristics bzw. deren Sub-Characteristics in die Betrachtung ein, erhält der unendliche Güterbündelregress eine zusätzliche zeitliche Dimension, also ein dynamisches Element. Dieses wird in der folgenden Abbildung dargestellt:

Abbildung 3-2 Zeitliche Einbettung des unendlichen Güterbündelregresses



Quelle: Eigene Darstellung

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

In der obigen Abbildung wurde der in Abbildung 3-1 auf Seite 28 dargestellte unendliche Güterbündelregress in ein nach rechts, in die Zukunft offenes Zeitkontinuum eingebettet. Dabei werden drei (hier willkürlich gewählte) Positionen des Wirksamwerdens von Informationen und damit drei verschiedene Möglichkeiten der Ausbreitung ihrer Wirkungen in diesem unendlichen Güterbündelregress dargestellt.

Im Falle der S-Bahn wirken Informationen auf der Ebene der Verkehrsmittel beispielsweise in Form von Erkenntnissen über Umwelt- und Infrastrukturzusammenhänge. Auf der Characteristic-Ebene können sie beispielsweise neue Möglichkeiten der Internetnutzung in der S-Bahn eröffnen.

Beide Ebenen wirken in der Realität auf komplexe Weise zusammen. Die Position einer Information auf einer bestimmten Ebene präjudiziert zusammen mit der im folgenden und im Unterkapitel 5.2 angesprochenen finanziellen und zeitlichen Restriktion bei der Beschaffung und Nutzung von Informationen

1. die individuelle Auswahl von Characteristics,
2. deren Bewertung und Gewichtung als Vergleichskriterien,
3. damit im Weiteren das Marktverhalten der Individuen.

3.2 UGR-bedingte Probleme der individuellen Characteristic-Wahl

Das erste vom UGR aufgeworfene Problem liegt darin, dass sich aus ihm ebenso wenig, wie aus einzelnen Gütern (im traditionellen Sinne) an sich irgendwelche Kriterien für die Auswahl von Characteristics ableiten lassen.

Das zweite vom UGR aufgeworfene Problem liegt darin, dass er eine Abgrenzung von Gütern untereinander und gegenüber ihrem Umfeld unmöglich macht: Rein logisch gesehen, kann nämlich jedes Characteristic eines bestimmten Gutes auch als Characteristic oder Sub-Characteristic usw. eines beliebigen anderen Gutes aufgefasst werden, wenn man bestimmte Wechselwirkungen oder Analogien konstruiert. Insofern führt der UGR zu einer Reductio ad absurdum: Beispielsweise kann das Characteristic Verletzungsrisiko eines Fahrradschlauchs auch als Sub-Characteristic der fünften Symphonie von Anton Bruckner aufgefasst werden. Die Aufhebung der Grenzen zwischen diesen beiden Gütern könnte etwa folgendermaßen begründet werden: Ein Radfahrer hört unterwegs eine CD mit Bruckners Fünfter. Dadurch beachtet er die mit einem auf der Straße liegenden Nagel verbundene Information hinsichtlich eines durch den Nagel entstehenden Lochs im Fahrradschlauch und eines eventuell daraus resultierenden Sturzes nicht. Damit würde das Characteristic Verletzungsrisiko auch zu einem Sub-Characteristic des Characteristics „Wirkung der Harmonie“ von Bruckners Fünfter¹⁶.

¹⁶ Zu den hier dargestellten fließenden Grenzen zwischen Gütern siehe auch die Abbildung 2-4 auf Seite 17.

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

Das dritte Problem des UGR liegt in seiner aus den beiden obigen Punkten resultierenden Nicht-Operationalisierbarkeit. Mit weder untereinander, noch gegenüber ihrem Umfeld abzugrenzenden Gütern können Individuen keinen Handel betreiben. Dem gegenüber steht jedoch die Tatsache, dass Individuen in der Realität Characteristics aus einem UGR auswählen, diese als Vergleichskriterien heranziehen und darauf aufbauend, nutzenmaximierende Handlungen am Markt setzen. Es muss also eine Brücke zwischen dem an sich logisch stringenten, aber nicht operationalisierenden UGR und der Realität geschlagen werden.

Einen Schritt auf dem Weg zur Operationalisierung des UGR ist die im nächsten Unterkapitel genauer dargestellte Annahme von Partialgütern.

3.3 Partialgüter I – Informationsreduzierte dynamische Partialgüter als Ergebnis einer individuellen Characteristic-Wahl

Die unterschiedliche Auswahl der Characteristics in den beiden Vergleichen des Kapitels 2 lässt auf eine unterschiedliche individuelle Sicht auf die beiden darin betrachteten Güter schließen. Der Akteur hat in seinen beiden Rollen als Citoyen und Bourgeois jeweils ein unterschiedliches Modell – ein Partialmodell – der beiden Güter entwickelt und damit jeweils ein Partialgut konfiguriert, das in Abhängigkeit von der individuellen Sicht in der jeweiligen Rolle nur Teile dieser Güter (im traditionellen Sinne) repräsentiert. Demnach werden nicht die materiellen Güter im Gesamten, sondern nur Teile von diesen – Partialgüter – genutzt. Der traditionelle Begriff der Güternutzung bezieht sich demnach, genau genommen nur auf einen Teil eines Gutes bzw. seiner Characteristics.

Die Formulierung „individuelle Sicht auf Güter“ ist für eine wissenschaftliche Erfassung der Beziehung zwischen Individuen und Gütern natürlich zu unbestimmt. Dem Kapitel 4 vorausgreifend, wird diese individuelle Sicht als individueller Status quo bezeichnet. Von diesem individuellen Status quo ist für die kommenden Betrachtungen nur der jeweilige Informationsstatus relevant¹⁷. Damit wird die oben angesprochene individuelle Sicht auf einen jeweiligen individuellen Informationsstatus reduziert. Unterschiede in der Konfiguration von Partialgütern können damit aus Unterschieden eines individuellen Informationsstatus begründet werden. Veränderungen eines individuellen Informationsstatus haben somit hinsichtlich der Konfiguration von Partialgütern eine zu Veränderungen von materiellen Gütern selbst analoge Wirkung. Um den Nutzen aus einem materiellen Gut zu vergrößern (verringern), kann man daher entweder mehr (weniger) Informationen über positive Eigenschaften der materiellen Güter zur Verfügung stellen bzw. den Zugang zu diesen verbessern (verschlechtern) oder verbunden mit den relevanten Informationen, die materiellen Güter selbst technisch verbessern (verschlechtern) bzw. ihre Menge erhöhen (verringern). In diesem Sinne kann man von einer *Analogie der Wirkungen von Güter- und Informationsveränderungen* sprechen. Was ist damit gemeint?

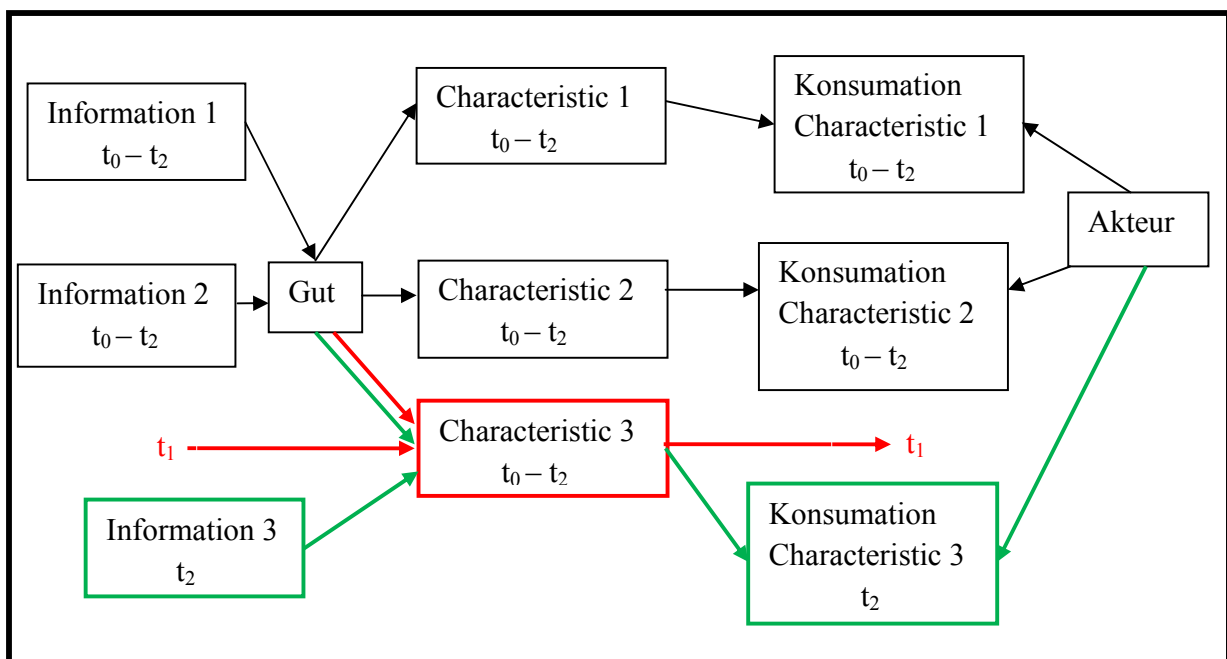
¹⁷ Zur Reduktion des Status quo auf den Informationsaspekt siehe das Unterkapitel 4.1.2.

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

Die folgende Abbildung zeigt, dass materielle Güter alleine keine hinreichende Begründung für eine Konsumation darstellen. Um von Akteuren bewusst genutzt werden zu können, benötigen Characteristics entsprechende relevante Informationen als komplementäre Inputs in den Konsumationsprozess. Die schwarz gezeichneten Characteristics, die dazu komplementären Informationen und die Konsumationen durch einen Akteur repräsentieren die Characteristic-Konsumationen in der Zeitspanne t_0 bis t_2 .

Das rot gezeichnete Characteristic 3 existiert, wie die beiden anderen Characteristics ebenfalls in der Zeitspanne t_0 bis t_2 , was durch die Verbindung über den roten und grünen Pfeil mit dem (materiellen) Gut zum Ausdruck kommt. Zum Zeitpunkt t_1 existiert jedoch keine Information über das Characteristic 3, sodass es auch keine Konsumation durch den Akteur geben kann, was durch die beiden frei stehenden Bezeichnungen t_1 zum Ausdruck kommt. Die zum Characteristic 3 komplementäre Information 3 existiert erst zu t_2 . Erst ab diesem Zeitpunkt ist auch eine Konsumation des Characteristics 3 durch den Akteur möglich.

Abbildung 3-3 Analoge Wirkungen von Güter- und Informationsänderungen.



Quelle: Eigene Darstellung

In der obigen Abbildung wurde davon ausgegangen, dass sich die Konsumation und damit der Nutzen des Akteurs nur durch eine Änderung seines Informationsstatus verändern, ohne das (materielle) Gut an sich zu verändern. Analog dazu kann eine Änderung des Nutzens des Akteurs aus der Konsumation eines Gutes durch seine technische Veränderung oder eine Mengenänderung erreicht werden, wenn die dazu komplementären Informationen gegeben werden.

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

Die in Abbildung 2-1 und Abbildung 2-2 sowie in der obigen Abbildung sichtbar werdende unterschiedliche Auswahl von Characteristics kommt offensichtlich durch verschiedene Informationssituationen des Akteurs zustande.

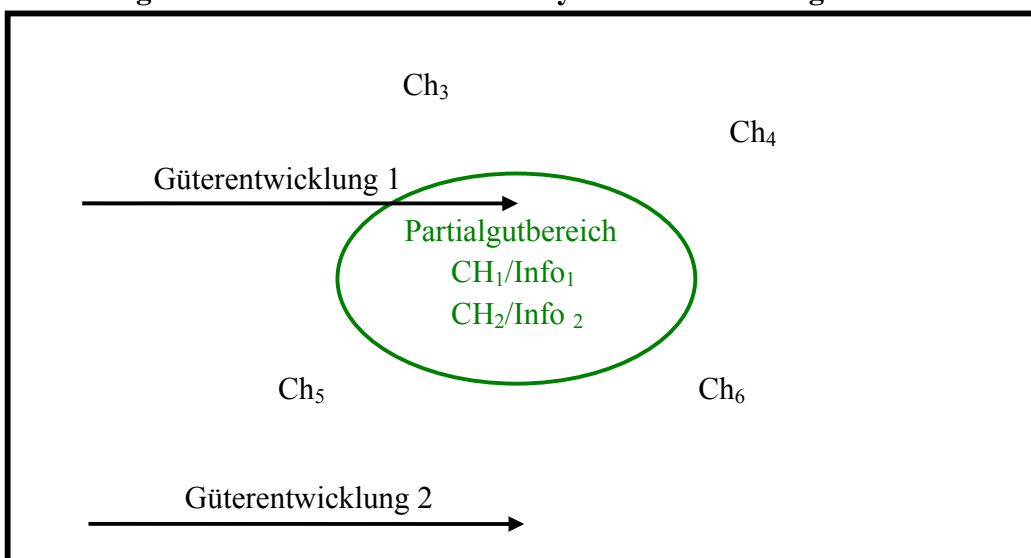
Dabei kann die Unterschiedlichkeit der Informationssituationen auf

1. den individuellen Zugangsmöglichkeiten zu Informationen ,
2. der Anzahl und dem Wahrheitswert von Informationen,
3. den individuellen Konsequenzen aus den Informationen

basieren.

Darüber hinaus gibt es aber natürlich noch viele weitere Faktoren, wie Emotionen, kulturelle, religiöse, historische und andere individuelle Hintergründe, welche die oben angesprochene individuelle Sicht auf Güter und damit die Auswahl von deren Eigenschaften zur individuellen Nutzenmaximierung beeinflussen. Diese Faktoren können in ihrer Komplexität nur unter großen Einschränkungen erfasst und formalisiert werden. Um sie aber wenigstens ansatzweise in diese Untersuchung einbeziehen zu können, werden sie im Folgenden auf einen wichtigen, ihnen allen gemeinsamen Aspekt reduziert: den Aspekt der Information. In diesem Sinne soll der Informationsaspekt des Begriffs Partialgut durch den Begriff *informationsreduziertes dynamisches Partialgut* zum Ausdruck gebracht werden. Die folgende Abbildung illustriert diese Überlegungen:

Abbildung 3-4 Informationsreduziertes dynamisches Partialgut



Quelle: Eigene Darstellung

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

In der obigen Abbildung repräsentieren die Characteristics CH_3 bis CH_6 außerhalb eines bestimmten individuellen Informationsstatus gegebene Characteristics eines Gutes, über die dem Individuum eben nur keine Informationen zugänglich sind. Sie sind für die weiteren Überlegungen nicht relevant. Dafür herangezogen werden nur die Characteristics $CH/Info_1$ und $CH_2/Info_2$. Das sind jene Characteristics, die auf Grund von Informationen, die aus dem rationalen Bereich bzw. dem auf seinen Informationsaspekt reduzierten teilrationalen Bereich¹⁸ eines individuellen Status quo stammen, in das Bewusstsein des Individuums gelangen.

Das in der Abbildung 3-2 angedeutete dynamische Element des UGR wird hier durch die beiden schwarzen Pfeile (Güterentwicklung 1 und 2) ausgedrückt. Die Güterentwicklung 1 wirkt sich auf die Partialgut-Konfiguration bzw. die Zusammenstellung von Vergleichsgrundlagen aus. Die Güterentwicklung 2 hat keinen Einfluss darauf. Sie verfehlt gleichsam den dem Individuum durch Informationen bewusst werdenden Partialgutbereich.

Aus den bisherigen Überlegungen können die folgenden drei Punkte bezüglich des Zusammenhangs zwischen Gütern und Informationen abgeleitet werden:

1. Güter sind nicht von Natur aus eindeutig definiert, sondern durch die Wahrnehmung der Individuen in Form einer informationsbedingten Auswahl ihrer Characteristics bestimmt. In *diesem* Sinne kann man von informationsreduzierten Partialgütern eines Partialmodells sprechen.
2. Güter selbst liefern keine Anhaltspunkte bezüglich irgendwelcher Kriterien für die Auswahl oder Bewertung ihrer Characteristics – sie sind in diesem Sinne nicht selbsterklärend.
3. Auf Grund des Informationen immanenten Zeitparameters beinhaltet auch das Verhältnis zwischen Individuen und Gütern bzw. deren Characteristics einen Zeitparameter.

Die weitere Darstellung der Partialgüterkonfiguration erfolgt in den Kapiteln 4.4, 5.1 und 6.2.

3.4 Resümee des Kapitels 3

1. Die widersprüchlichen Ergebnisse der Vergleiche aus dem Kapitel 2 legen nahe, dass Güter in den realen Markthandlungen nicht als monolithische Einheiten, sondern als Bündel von Characteristics behandelt werden.

¹⁸ Siehe dazu die Erklärung teilrationaler Hintergründe und des informationsreduzierten Status quo bei den Schlüsselbegriffen auf Seite 38.

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

2. Dabei werden in Abhängigkeit von einem gegebenen individuellen Informationsstatus Bündel von Characteristics aus unterschiedlichen Ebenen eines theoretisch unendlichen Güterbündelregresses ausgewählt.
3. In diesem Sinne erscheint es sinnvoll, von informationsreduzierten Partialgütern zu sprechen.
4. Der unendliche Güterbündelregress ist insofern nicht operationalisierbar, als die theoretisch unendlich lange Fortsetzbarkeit der Unterteilung der Güter in Characteristics, Sub-Characteristics usw. die Abgrenzung der Güter untereinander und gegenüber ihrem Umfeld verhindert.
5. Der unendliche Güterbündelregress bzw. die Güter selbst liefern keine Anhaltspunkte bezüglich der Auswahl von Characteristic-Bündeln für zu vergleichende Partialgüter mit denen am Markt gehandelt wird.
6. Da Gütervergleiche und Markthandlungen nur dann stattfinden können, wenn materielle Güter mit individuellen Informationen verbunden sind, scheint es sinnvoll, von einer Analogie der Wirkung von Güter- und Informationsveränderungen zu sprechen.

3.5 Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen

Der Ansatz dieser Arbeit baut teilweise auf traditionellen Modellen auf, teilweise kombiniert er Gedanken aus unterschiedlichen Modellen. Die folgende Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle soll den versuchten eigenständigen Weg dieses Ansatzes verdeutlichen.

3.5.1 Die Stellung der Information in verschiedenen Modellen

Bei William Petty (1623 -1687) treten Informationen in Form von Fähigkeiten auf, die durch entsprechende Lohnsätze abgegolten werden¹⁹. Auch Adam Smith (1723 – 1790) betont die Bedeutung von Informationen in Form von Bildung und Wissenschaft auf der Produktionsseite. Diese Form von Informationen kann sowohl auf die Art der Güterherstellung, als auch auf die Art der Güter selbst Auswirkungen haben.

Der Ansatz dieser Arbeit ergänzt diese produktionsseitigen Informationswirkungen auf Güter durch konsumationsseitige Informationswirkungen auf Güter: Die Güterkonfiguration ist nicht mit der Güterproduktion und den mit ihr verbundenen Informationswirkungen im Sinne Pettys

¹⁹ Die folgende Abgrenzung orientiert sich an den entsprechenden Beiträgen zu den verschiedenen Ökonomen in Kurz, Heinz, Dieter (Hrsg.), Klassiker des ökonomischen Denkens, Band 1 und 2, 2009.

3 Volatile Vergleichsergebnisse durch informationsabhängige Partialgüter

und Smiths abgeschlossen, sondern wird im Rahmen der Güterkonsumation mit auch hier wirkenden Informationen fortgesetzt.

Alfred Marshall (1842 – 1922) betrachtet die Wirkung von Informationen auch auf der Konsumentenseite. Mit seinen „wiser Consumers“ deutet er einen Einfluss von Informationen auf den je individuellen Zusammenhang zwischen Konsumenten und Gütern an. In diesem Sinne wirkt auch das im Ansatz dieser Arbeit um einen Informationsparameter erweiterte Lancaster-Modell mit seiner Konsumtechnologie. Informationen gehen damit sowohl auf der Produzenten- als auch auf der Konsumentenseite in das Gut bzw. in seine Konfiguration ein.

Der Ansatz dieser Arbeit unterscheidet sich von der Annahme vollkommener Information in den meisten neoklassischen Modellen. Diese Annahme inkludiert die Voraussetzung, dass die Anzahl in einem Markt gegebener Informationen mit der Anzahl von einem Individuum erfassbarer und nutzbarer Informationen übereinstimmt. Das in diesem Kapitel beschriebene Auswahldilemma zeigt, dass das nicht der Fall ist und jedes Individuum bei seinen Markthandlungen mit dem Prozess der individuellen Partialgüter-Konfiguration immer wieder aufs Neue einen Ausweg aus diesem Dilemma finden muss.

Friedrich August von Hayek (1899 – 1992) sagt in seinem Aufsatz²⁰ „The Use of Knowledge in Society“: “It is always a question of the relative importance of the particular things with which he [the actor] is concerned, and the causes which alter their relative importance are of no interest to him beyond the effect on those concrete things of his own environment“. Damit spricht Hayek den subjektiven Aspekt der Güterbetrachtung an. Die individuelle Auswahl der Güter wird durch deren (relative) Wichtigkeit für das Individuum beeinflusst. Beide beruhen natürlich auch auf individuellen Informationen.

Hayek bezieht diesen Gedanken auf Güter als monolithische Einheiten. Der Ansatz dieser Arbeit geht insofern eine Etage tiefer, als er diese relative Wichtigkeit für die Individuen darüber hinaus auch als Parameter für die Konfiguration nicht von Gütern, sondern „nur“ von Partialgütern bezieht.

Bei Hayek manifestieren sich die Informationen in Preisen, welche die Marktteilnehmer mit den Marktverhältnissen vertraut machen. Sie wirken also auf der Marktebene. Im Ansatz dieser Arbeit wirken Informationen hingegen auch auf der Characteristic-Ebene, also auf der Ebene „unterhalb“ der Güter.

Hinsichtlich der Einbeziehung des Informationsaspektes in Modelle gibt es einige bedeutende Ansätze, die einen allgemeinen Informationsparameter enthalten, der sich aber nicht auf eine individuelle, sondern eher auf eine Gesamtsituation bezieht. Zu nennen wären hier u. a. das Von Neumann-Morgenstern-Modell, das Arrow-Debreu-Modell und verschiedene Ansätze zu Fragen der unvollkommenen Information von Akerlof, Spence und Stiglitz. Sie enthalten einen gleichsam indirekten Informationsparameter in Form von Wahrscheinlichkeiten über das Eintreten zukünftiger Systemzustände. Dieser beeinflusst jedoch nur den Gesamtzustand von Systemen, nicht aber einzelne Güter.

²⁰ Hayek, Friedrich, August von, The Use of Knowledge in Society, 1945.

3.5.2 Wert und Nutzen

Gemäß Adam Smith und David Ricardo (1772 – 1823) ist der Wert den Gütern in Form des Arbeitswertes immanent. John Stuart Mill (1806 – 1873) geht davon aus, dass der Wert bzw. der Nutzen eines Gutes nur in Relation zu anderen Gütern gemessen werden kann. Er sieht ihn also nicht als einem bestimmten Gut immanent. Noch weiter in diese Richtung geht William Stanley Jevons (1835 – 1882): Er sieht den Nutzen als von Person zu Person unterschiedliche Größe, die auch für die jeweilige Person situationsabhängig ist.

Der Ansatz dieser Arbeit schließt an die Überlegungen u. A. von Vilfredo Pareto (1848 – 1923) an, denen zufolge der Wert bzw. Nutzen von Gütern nicht mehr kardinal zu messen ist, sondern in einem ordinalen Verhältnis der Nutzen verschiedener Güter zum Ausdruck kommt. Es wird also nur mehr gesagt, dass der Wert bzw. Nutzen eines Gutes höher ist, als jener eines anderen. Um wie viel er höher ist, spielt dabei keine Rolle.

Von Jevons wird in diesem Ansatz die Orientierung hin zum unverwechselbaren Individuum übernommen und dabei der Einfluss von Informationen betont. Über Informationen können ordinale Reihungen von Güternutzen verändert werden. Darauf wird im Unterkapitel Kapitel 4.3 und in den Kapiteln 5 und 6 genauer eingegangen.

3.5.3 Offene Fragen

In diesem Kapitel wurde der unendliche Güterbündelregress (UGR), also die Güterseite als Begründung für die unterschiedliche Characteristic-Auswahl bei Vergleichen dargestellt. Damit wurde eine Antwort auf die erste der offenen Fragen des Kapitels 2 skizziert.

Im nächsten Kapitel erfolgt mit der Skizzierung einer Antwort auf die zweite der offenen Fragen des Kapitels 2 die Hinwendung zur Seite des auswählenden Akteurs. Dabei werden einige Parameter für die individuelle Characteristic-Wahl sowie für die in ihr begründete Volatilität von Vergleichsergebnissen beschrieben.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Schlüsselbegriffe

Teilrationale Hintergründe: Emotionen, religiöse, kulturelle Hintergründe usw. können nur teilweise rational und in Informationen erfasst werden. Nur die so erfassbaren Aspekte dieser Hintergründe werden im Ansatz dieser Arbeit berücksichtigt und als teilrationale Hintergründe bezeichnet.

Informationsreduzierter Status quo: Jener Teil eines individuellen Status quo, der rational erfassbar ist und in Form von Informationen weiter gegeben werden kann.

Status quo-basiertes Partialgut: Partialgut, das von einem Akteur in Abhängigkeit von seinem individuellen informationsreduzierten Status quo konfiguriert wird. Verändert sich der individuelle Status quo, verändert sich auch das Partialgut.

Reflektierter informationsreduzierter Status quo (RISQ): Sich aus der Reflexion eines Akteurs heraus ergebender informationsreduzierter Status quo.

Verhandelter informationsreduzierter Status quo (VISQ): Informationsreduzierter Status quo, der sich als Resultat einer Verhandlung zwischen zwei oder mehreren Akteuren ergibt. Der VISQ bildet gleichsam die Schnittmenge der RISQ der Verhandlungspartner. Er bildet deren gemeinsames Umfeld.

Präferenzsplittung: In Anlehnung an das Lancaster-Modell, welches Güter in Characteristics splittet, werden individuelle Präferenzen in verschiedene individuelle Sub-Präferenzen, welche die Characteristics entsprechend ihrem Nutzen für einen bestimmten Akteur ordnen, gesplittet. In Anlehnung an den unendlichen Güterbündelregress (UGR) können die Sub-Präferenzen, wie die Characteristics weiter gesplittet werden.

Joint Consumption: Eine Analogie zur (technisch) erzwungenen joint Production – so, wie die Produktion bestimmter Güter untrennbar mit der Produktion bestimmter anderer Güter verbunden ist (z. B. Kernenergie/radioaktiver Abfall), können manche Güter auch nur zusammen mit bestimmten anderen Gütern konsumiert werden (z. B. PKW/Umweltressourcen).

Erzwungene Präferenz: Ein Akteur nimmt beispielsweise die schlechteren Umweltwerte des PKW in Kauf – er präferiert diese de facto gegenüber den besseren Umweltwerten der S-Bahn – weil er auf den Komfort und die Flexibilität des PKW nicht verzichten will. Formal gesehen

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

handelt es sich dabei um eine Präferenz²¹ für ein Characteristic eines bestimmten Gutes, welche dem Ergebnis eines direkten Vergleichs dieses Characteristics mit einem anderen widerspricht. Eine erzwungene Präferenz bezeichnet also eine Situation, in der ein Individuum, ohne den Kriterien des Homo Oeconomicus-Modells zu widersprechen, gegen eigene Präferenzen hinsichtlich bestimmter Characteristics handeln kann, weil diese durch Präferenzen hinsichtlich anderer Characteristics überstimmt werden. Diese Präferenz unterscheidet sich von der traditionellen (monolithischen) Präferenz, die sich aus Vergleichen monolithischer Güter hinsichtlich ihres Nutzens ableitet.

Erzwungene Verfehlung der Nutzenmaximierung: Situation, in der das Characteristic-Paar (CH₁/CH₂) dem Characteristic-Paar (CH₃/CH₄) vorgezogen wird, wobei gilt $U_{(CH_1/CH_2)} > U_{(CH_3/CH_4)}$ und $U_{(CH_3)} > U_{(CH_1)}$. In diesem Falle wird die Verfehlung der Nutzenmaximierung hinsichtlich der beiden Characteristics CH₁ und CH₃ erzwungen, weil das Individuum sich am Gesamtnutzen der Characteristic-Paare und nicht am Nutzen der einzelnen Characteristics orientiert.

Nachdem im vorigen Kapitel die Güterseite (UGR) hinsichtlich der Auswahlproblematik bei der Erstellung von Vergleichsgrundlagen behandelt wurde, wendet sich dieses Kapitel der Seite des auswählenden Akteurs und damit der Beantwortung der zweiten der offenen Fragen des Kapitels 2 zu.

4.1 Status quo und informationsreduzierter Status quo

Obwohl die beiden Vergleiche im Kapitel 2 augenscheinlich dieselben materiellen Güter betreffen, unterscheiden sich deren Ergebnisse. Würde der Akteur in seinen beiden Rollen als Bourgeois und Citoyen entsprechend einem Homo Oeconomicus-Modell mit exogen gegebenen Präferenzen und einem eindeutig zu bestimmenden nutzenmaximierenden Verhalten bei gegebener vollkommener Information handeln, gäbe es diese widersprüchlichen Vergleichsergebnisse nicht.

Um die am Ende des Kapitels 2 gestellten Fragen zu beantworten, müssen die Gründe für dieses Abweichen vom Homo Oeconomicus-Modell unter Anderem auch im Bereich des Zusammenwirkens von Informationen und materiellen Gütern gesucht werden.

Einige dieser Gründe liegen in einer gewissen Trägheit der Individuen, wenn es um Veränderungen geht. Diese Trägheit wird in der Folge als Status quo-Orientierung der Individuen bezeichnet. Carl Christian von Weizsäcker hat einige Formen dieser Status quo-Orientierung in

²¹ Der Genauigkeit halber müsste im Sinne des in dieser Arbeit entwickelten Konzeptes eines unendlichen Güterbündelregresses auch von einem unendlichen Präferenzprozess gesprochen werden. Es ist allerdings an dieser Stelle nicht notwendig, diesen Gedanken weiter zu verfolgen.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

seinem Aufsatz „Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt“ beschrieben²². Sie seien im Folgenden kurz angeführt.

4.1.1 Status quo-Orientierung nach von Weizsäcker

Zwei der sechs von Weizsäcker beschriebenen Formen der Status quo-Orientierung von Individuen sind für den in dieser Arbeit beschriebenen Gütervergleich auf der individuellen Ebene relevant: der Endowment Effekt und der Framing Effekt:

Der *Endowment Effekt* beschreibt die höhere Bewertung eines Gutes, wenn es im Besitz eines Individuums ist. Der Preis, um den das Individuum dieses Gut verkaufen würde, ist höher, als jener, den es dafür zu bezahlen bereit wäre. Gemäß von Weizsäcker „passen sich [also] die Präferenzen an den Status quo in dem Sinne an, dass das Individuum eine Tendenz hat, den Status quo beizubehalten.“

Der Endowment Effekt ist aber keineswegs bloßer Ausdruck einer (emotionalen) Bindung an ein bestimmtes Gut oder einer Trägheit, die Entwicklungen in einem Markt verzögert oder überhaupt ganz verhindert. Im Zusammenhang mit Gütern bilden sich meist bestimmte individuelle Gewohnheiten heraus. Beispielsweise könnte sich im Zusammenhang mit dem PKW die Gewohnheit herausgebildet haben, auf der Fahrt ins Büro immer an einer bestimmten Tankstelle zu tanken und dort zu frühstücken. Gleichzeitig könnte damit die Möglichkeit zur Anbahnung von Geschäften verbunden sein.

Mit dem Wechsel vom PKW zur S-Bahn müsste Zeit für die Neuorganisation der Fahrt zum Büro aufgewendet und ein Ersatz für das Frühstück an der Tankstelle gesucht werden. Darüber hinaus könnte auch die bisherige Möglichkeit zur Geschäftsanbahnung wegfallen. Die daraus für das Individuum entstehenden Kosten in verschiedenen Formen sind ein beispielhaftes Argument für dessen allgemeine Tendenz, ein in seinem Besitz befindliches Gut höher zu bewerten, als dasselbe Gut, wenn es ihm nicht gehört. Darüber hinaus stellt der Endowment Effekt auch eine gewisse (emotionale) Hürde dar, die ein Individuum vor übereilten Tauschhandlungen am Markt bewahren kann²³.

Damit liefert der Endowment Effekt einen Teil der Erklärung für die unterschiedliche Bewertung der Vergleichsgrundlagen bezüglich des PKW und der S-Bahn und in der Folge für die Entscheidung pro PKW: Das Individuum besitzt den PKW, ist dessen Nutzung samt ihrer Vorteile gewohnt und bewertet ihn daher auch höher als die S-Bahn.

Der *Framing Effekt* drückt gemäß von Weizsäcker aus, dass ein Gut, zu dem ein Individuum hin wechselt, sich jeweils in der Nähe des Ausgangs-Status quo befinden muss, d. h. sich vom Gut, das es ersetzen soll, nicht zu sehr unterscheiden darf. Er kann insofern aus den Argumenten für den Endowment Effekt abgeleitet werden, als ein Individuum bestrebt ist, die Kosten eines Wechsels möglichst gering zu halten. Der Framing Effekt ist in diesem Falle ein Argument dafür,

²² Weizsäcker, Carl Christian von, Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt, Seite 15 ff.

²³ Ebenda Seite 21 ff.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

dass der Akteur in seiner Rolle als Marktteilnehmer den Status quo mit der vermehrten S-Bahn-Benutzung nicht wählt, weil dieser von seinem Status quo mit der PKW-Benutzung seiner Meinung nach zu weit entfernt bzw. im obigen Sinne zu teuer ist²⁴.

Für den Vergleich auf der Delegationsebene ist die *Theorie des Satisficing* von Herbert Simon relevant²⁵. Sie besagt, dass gewählte Ziele stark von jenem Status quo abhängen, von dem aus sie erreicht werden müssen. Auch sie lässt sich im Wesentlichen aus den Argumenten für den Endowment Effekt ableiten.

Die Steiermärkische Landesregierung als Delegationsebene des Akteurs befindet sich aus volkswirtschaftlicher Sicht in einem Status quo, in dem sich die verstärkte Nutzung der S-Bahn als Ziel aufdrängt, weil damit langfristig Umwelt- und Infrastrukturkosten gespart werden können. Damit liefert die Theorie des Satisficing aber nur einen Teil der Argumente pro S-Bahn auf der Delegationsebene.

Die beiden Vergleiche im Kapitel 2 zeigen, dass Akteure oft in die individuelle Konfliktsituation geraten können, aus verschiedenen Rollen bzw. Status quo-Situationen heraus unterschiedlich argumentieren zu müssen.

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass mit unterschiedlichen Status quo-Orientierungen die Frage nach dem Zustandekommen verschiedener Vergleichsergebnisse beantwortet ist. Dagegen lässt sich allerdings einwenden, dass die kurzfristigen Kosten für die Änderung eines Status quo geringer sein können, als die langfristigen Kosten im Falle seiner Beibehaltung. Gegenwärtig erscheinen den Akteuren die Umstiegskosten vom PKW auf die S-Bahn offensichtlich höher, als die längerfristigen Kosten im Falle einer Beibehaltung des Status quo mit einer stärkeren PKW-Nutzung.

In diesem Ansatz wird davon ausgegangen, dass die Individuen auf Grund mangelhafter Informationen bzw. ungenügender Zugangsmöglichkeiten zu diesen auf diese Gegebenheiten nicht reagieren. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass eine Änderung des gegebenen Status quo – und damit auch das dafür notwendige Aushebeln des Endowment Effektes – über zusätzliche Informationen möglich sind.

4.1.2 Informationsreduzierter Status quo

Wie bereits angesprochen, werden der Status quo und die aus ihm heraus vorgenommenen ökonomischen Handlungen über die im vorigen Unterkapitel beschriebenen Faktoren hinausgehend, durch viele weitere Faktoren, wie Emotionen, kulturelle, religiöse Hintergründe usw. bestimmt. Diese Hintergründe werden in der Folge als *teiltrationale Hintergründe* bezeichnet, weil sie teils rationale Elemente, teils außerrationale Elemente, wie Glauben,

²⁴ Der Vollständigkeit halber sei auch noch die Loss Aversion erwähnt, die Tendenz des Individuums, seine Verluste möglichst gering zu halten. Sie könnte hier im Hinblick auf die Verringerung der persönlichen Bewegungsfreiheit im Falle der S-Bahn-Benutzung relevant sein.

²⁵ Siehe dazu Weizsäcker, Carl Christian von, *Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt*, Seite 15 ff.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Dogmen usw. enthalten. Um diese gemeinsam mit dem Status quo – wenigstens indirekt – in Vergleiche einbeziehen zu können, soll auch hier eine ihrer wesentlichen Gemeinsamkeiten herausgegriffen werden: Die bedeutende Rolle von Wissen und seine Übertragung in Form von Informationen.

Es scheint sinnvoll, Informationen als Teilparameter aus zwei komplexen Zusammenhängen herauszugreifen und zu untersuchen:

1. aus dem Zusammenhang zwischen dem Status quo und seinen Entstehungsbedingungen;
2. aus dem Zusammenhang zwischen dem Status quo und einem in ihn eingebetteten Vergleich von Gütern.

Mit diesem Informationsparameter können Unterschiede zwischen verschiedenen Status quo-Situationen quantifiziert und damit auch – wenigstens in Ansätzen – begründet werden. Der aus diesen Überlegungen heraus neu entstehende Status quo wird in der Folge als „*informationsreduzierter Status quo*“ bezeichnet. Dieser Begriff beschreibt die Situation eines Individuums, die ausschließlich durch einen bestimmten Informationsstand bestimmt sind. Aspekte der Kultur, der Emotionen usw. gehen dabei nur indirekt, über ihren Informationsaspekt in den Status quo ein. Unterschiede verschiedener informationsreduzierter Status quo-Situationen können so mit einem unterschiedlichen Ausmaß an Informationen bzw. mit unterschiedlichen individuellen Konsequenzen aus ihnen beschrieben und begründet werden.

Der informationsreduzierte Status quo repräsentiert einen Teilbereich der im Punkt 3 des Unterkapitels 2.3 auf Seite 19 angesprochenen güterrelevanten Informationen. Er umfasst auch Informationsinhalte, die in der welfaristischen²⁶ Informationsauffassung nicht enthalten sind.

4.1.3 Dynamisches Element des Status quo: Entstehungsbedingungen und Weiterentwicklung

In die Beschreibung der Konfiguration von Partialgütern als Vergleichsgrundlagen sind folgende drei Aspekte des Status quo einzubeziehen:

1. seine Entstehungsbedingungen als Teilbegründung seiner bestehenden Form, soweit diese durch Informationen erfassbar sind;
2. seine Abgrenzung zu anderen Status quo-Situationen, soweit diese durch Informationen erfassbar ist;

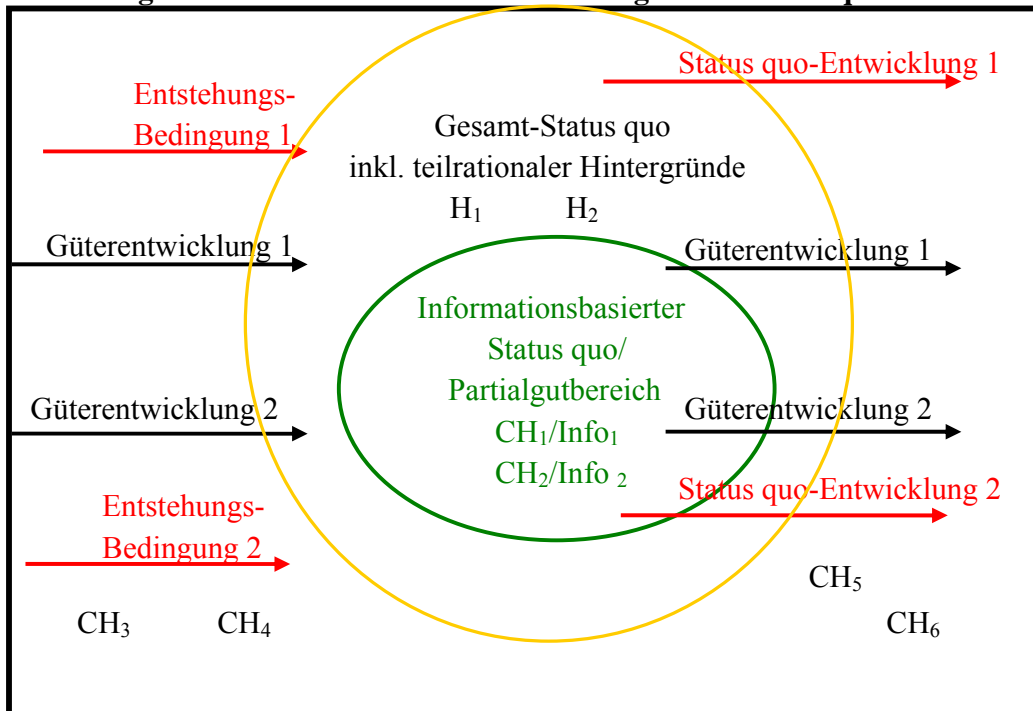
²⁶ Die welfaristische Informationsauffassung reduziert Informationen ausschließlich auf ihre Bedeutung hinsichtlich eines individuellen Nutzens.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

3. die sich aus Informationen ergebenden Möglichkeiten der Veränderung des Status quo.

Die folgende Darstellung zeigt die Einbettung eines informationsreduzierten dynamischen Partialgutes in einen informationsreduzierten Status Quo und seine Entstehungsbedingungen samt der möglichen Weiterentwicklungen auf der Seite des Akteurs und der Seite des Gutes:

Abbildung 4-1 Informationsreduziertes Partialgut und Status quo



Quelle: Eigene Darstellung

Das im grünen Bereich dargestellte Partialgut (die Characteristics $CH_1/Info_1$ und $CH_2/Info_2$) ist ein Teil des in der Abbildung 3-2 auf Seite 29 in ein Zeitkontinuum eingebetteten UGR.

Es wird hier in zwei parallel laufende Entwicklungen eingebettet:

1. in die durch die schwarzen Pfeile dargestellte Entwicklung des materiellen Gutes (technische Entwicklung);
2. in die durch die roten Pfeile dargestellte Veränderung jener Informationen bzw. deren Zugänglichkeit im Status quo, welche auf die Konfiguration eines Partialgutes einwirken.

Die Characteristics CH_3 bis CH_6 repräsentieren, wie in der Abbildung 3-4 auf Seite 33 jene außerhalb des Status quo gegebenen Characteristics, die einem Akteur nicht über Informationen zugänglich und daher für die weiteren Überlegungen nicht relevant sind. H_1 bis H_4 repräsentieren den nicht rational erfassbaren Teil der teiltrationalen Hintergründe im Status quo. Deren rational

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

erfassbarer Teil wirkt im grünen Bereich über Info_1 und Info_2 auf die Konfiguration des Partialgutes.

4.2 Reflektierter Vergleich – Erfordernis eines reflektierten bzw. verhandelten Status quo

In der im Kapitel 2 beschriebenen Ausgangssituation dieser Arbeit, erzielte ein und dasselbe Individuum in zwei verschiedenen Rollen (individuelle und Delegierungsebene) in zwei unreflektierten Vergleichen ein und desselben Güterpaares zwei unterschiedliche sich widersprechende Ergebnisse.

Will man diesen Widerspruch aufheben, muss man die beiden unreflektierten Vergleiche und die beiden Status quo-Situationen zusammenführen. Ein Gesamtmodell der beiden Vergleiche muss also beide Status quo des Individuums enthalten.

Diese Vereinigung kann durch eine Reflexion des Individuums erreicht werden. Im Rahmen dieser Reflexion überlegt das Individuum, welche Informationen bzw. welche Characteristics bei der für den Vergleich nötigen Partialgüterkonfiguration berücksichtigt werden sollen. Es trifft also eine bewusste Auswahl²⁷ bezüglich der Informationen und Characteristics.

Im Unterkapitel 4.1.2 wurde der individuelle Status quo durch die ausschließliche Berücksichtigung von Informationen im Hinblick auf das individuelle Handeln auf das Modell des informationsreduzierten Status quo verkürzt. Das impliziert aber noch nicht, dass die gegebenen Informationen reflektiert werden. Sie bleiben also in einer gewissen Weise ungeordnet. Somit bleibt die Möglichkeit, dass zwei Individuen aus unterschiedlichen informationsreduzierten Status quo unterschiedliche Vergleichsergebnisse erzielen, erhalten.

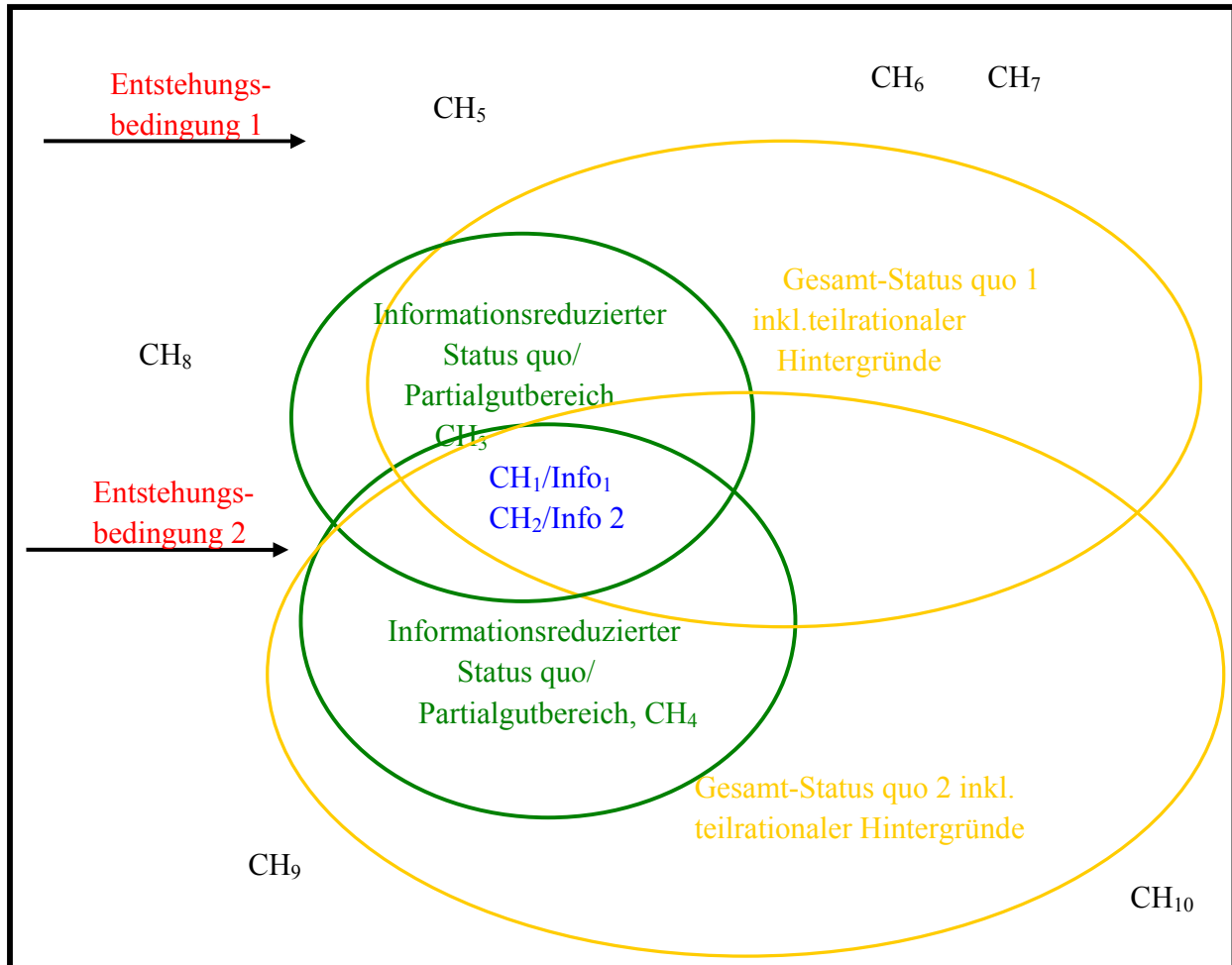
Im Rahmen einer Reflexion können die Informationen im informationsreduzierten Status quo geordnet werden – es entsteht ein „*reflektierter informationsreduzierter Status quo (RISQ)*“. Ist ein einheitliches Ergebnis von Vergleichen, die von verschiedenen Akteuren angestellt werden, das Ziel, müsste die Wahl und Bewertung der Informationen und Characteristics zwischen Akteuren vereinbart werden. Das Ergebnis wäre ein „vereinbarter informationsreduzierter Status quo“ (VISQ).

Dieser VISQ ist in der folgenden Abbildung im Kontext zweier reflektierter informationsreduzierter Status quo (RISQ) und einer Marktsituation dargestellt.

²⁷ Auf diesen Auswahlvorgang wird im Kapitel 5 genauer eingegangen.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Abbildung 4-2 Vereinigung zweier RISQ – Vereinigung zu einem VISQ



Quelle: Eigene Darstellung

Dabei fehlen bezüglich der Characteristics CH₅ bis CH₁₀ die Informationen für beide Akteure. Die Characteristics CH₁/Info₁ bis CH₃/Info₃ befinden sich innerhalb des reflektierten informationsreduzierten Status quo des Akteurs 1 (RISQ₁). Die Characteristics CH₁/Info₁, CH₂/Info₂ und CH₄/Info₄ befinden sich innerhalb des reflektierten informationsreduzierten Status quo des Akteurs 2 (RISQ₂).

Auf Grund von Verhandlungen haben sich beide Akteure auf die beiden Characteristics CH₁/Info₁ und CH₂/Info₂ geeinigt. Diese befinden sich innerhalb des VISQ als Schnittmenge von RISQ₁ und RISQ₂.

Aus einem solchen VISQ heraus soll ein Vergleich ermöglicht werden, der Aspekte der beiden ursprünglich unreflektierten Vergleiche beinhaltet, aber deren unterschiedliche Partialgüter-Konfigurationen beseitigt oder wenigstens minimiert²⁸.

²⁸ In der Folge wird auch eine Situation, in der von einem Akteur auf zwei verschiedenen Ebenen angestellte offene Vergleiche (siehe dazu die beiden Rollen des Akteurs im Kapitel 2) in einem Vergleich zusammengeführt werden, als VISQ bezeichnet, weil die Reflexion – das Abwägen verschiedener eigener Sichtweisen – einem „Verhandeln mit sich selbst“ gleich kommt.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Wenn man davon ausgeht, dass ein VISQ auch ein Gleichgewicht der Meinungen der Individuen darstellt, ist in diesem Zusammenhang auch die folgende Überlegung Buchanans relevant: „It [the equilibrium] is attained when the plans of participants in the economic interaction process are mutually satisfied²⁹“. Das heißt, eine objektive, vollkommene Übereinstimmung hinsichtlich des Status quo zwischen allen Akteuren ist nicht notwendig. Es genügt, wenn in einer bestimmten gemeinsam begrenzten Situation bestimmte Bedürfnisse aller Akteure befriedigt werden können. In diesem Sinne ist auch der bereits auf Seite 36 angesprochene Hinweis Hayeks bezüglich der nur relativen Relevanz von Gütern für Individuen zu verstehen. Bei der Festlegung des VISQ werden also nur bestimmte Aspekte von Gütern und von jeweiligen Gesamt- Status quo-Situationen berücksichtigt. Das heißt, die Güter müssen hinsichtlich im VISQ nicht zur Disposition stehender Characteristics (oder Pläne) nicht identisch sein.

4.3 Änderungen von Präferenzen und Güterkonfigurationen

Die bisherigen Überlegungen lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, dass eine Änderung des individuellen Informationsstatus bei der Heranführung unreflektierter an reflektierte Vergleiche eine wesentliche Rolle spielt. Dabei ist die Veränderung des individuellen Informationsstatus im Rahmen der Veränderung individueller Präferenzen von großer Bedeutung. Das schließt eine Präferenzänderung einfach auf Grund einer Geschmacksänderung nicht aus. Vor der genaueren Analyse der informationsbedingten Präferenzänderung werden beide Formen im folgenden Unterkapitel kurz voneinander abgegrenzt.

4.3.1 Geschmacksbedingte und informationsbedingte Präferenzänderungen

Auf den ersten Blick scheint eine Veränderung des Geschmacks eines Akteurs als Erklärung für eine unterschiedliche Güterwahl ausreichend.

Die Tatsache, dass sich der Geschmack und damit die Präferenzen eines Akteurs natürlich auch ohne erkennbare Ursachen ändern können, wird in diesem Ansatz nicht ausgeschlossen. Eine solche Veränderung ist jedoch prinzipiell nicht vorhersehbar und auch nicht erklärbar. Sie hat den Charakter einer Fulguration³⁰.

Eine solche Geschmacks- und Präferenzveränderung ist nicht Gegenstand dieses Ansatzes. Er behandelt Präferenzveränderungen und deren Folgen, die auf eine Änderung des Informationsstatus der Individuen zurück zu führen sind.

Ausgehend von diesem Ansatz sind die beiden Begründungen von Präferenzänderungen folgendermaßen zu unterscheiden:

²⁹ Buchanan, James M., *Cost and choice, an Inquiry in Economic Theory*, 1969, Seite 50 ff.

³⁰ Der Begriff „Fulguration“ beschreibt nicht vorherzusehende Entwicklungen, die innerhalb eines Systems auftreten, sich aber aus zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenen Systemparametern nicht ableiten lassen.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Die Präferenzänderung auf Grund einer Geschmacksveränderung stellt insofern einen Extremfall dar, als sich bei ihr alle Subpräferenzen ändern. Das heißt die Veränderung der Präferenz zwischen zwei Characteristics ist auf eine Veränderung aller Subpräferenzen bezüglich der diesen Characteristics untergeordneten Sub-Characteristics zurück zu führen.

Mit dieser Form der Präferenzänderung könnte lediglich eine (nominale) Unterschiedlichkeit des Güterwahlverhaltens erklärt werden, jedoch nicht die Wahl eines bestimmten Gutes bzw. Gütereigenschaftsbündels. Auch ein messbarer Unterschied zwischen verschiedenen gewählten Gütern bzw. Gütereigenschaftsbündeln könnte auf diese Weise nicht definiert werden. Damit fehlt von dieser Seite her auch die Begründung für unterschiedliche Vergleichsergebnisse bezüglich zweier auf den ersten Blick „objektiv“ gegebener Güter, die von unterschiedlichen Akteuren erzielt wurden.

Im Unterschied dazu erfolgt die durch einen wechselnden Informationsstatus hervorgerufene Präferenzänderung bezüglich zweier Characteristics über Änderungen der Präferenzmehrheiten im Bereich der diesen Characteristics untergeordneten Sub-Characteristics. Dabei bleiben die Präferenzen bezüglich bestimmter Sub-Characteristic-Bündel konstant, werden aber von den Präferenzen hinsichtlich anderer Sub-Characteristic-Bündel überstimmt (siehe dazu die folgenden Unterkapitel).

Bei dieser Form der Präferenzänderung können unter gewissen Annahmen die Wahl eines bestimmten Gutes oder Güterbündels begründet und ein Unterschied zwischen verschiedenen gewählten Gütern bzw. Gütereigenschaftsbündeln definiert werden. Von dieser Seite her kann also eine Begründung für unterschiedliche Vergleichsergebnisse im obigen Sinne gegeben werden.

4.3.2 Präferenzen und adaptierte Präferenzen

Die folgende Analyse zeigt, dass sich – im Unterschied zur neoklassischen Annahme exogen gegebener unveränderbarer Präferenzen – auch individuelle Präferenzen ändern und damit zur Heranführung unreflektierter an reflektierte Vergleiche beitragen können. Geht man von einem Homo Oeconomicus-Verhalten des Individuums aus, ist anzunehmen, dass sich das Individuum seinen Präferenzen entsprechend verhält. Das heißt, die individuellen Präferenzen sind gleichsam die oberste Instanz bei der individuellen Auswahl von Characteristics aus dem UGR, der darauf aufbauenden Konfiguration der individuellen Partialgüter als Vergleichsgrundlagen sowie bei den daraus resultierenden Markthandlungen.

Es liegt nahe, dass das Zusammenwirken von Informationen und individuellen Präferenzen bei der Erklärung etwaiger Änderungen in der Auswahl von Characteristics aus dem UGR eine zentrale Rolle spielt.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Carl Christian von Weizsäcker beschreibt in seinem Aufsatz „Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt“ adaptive Präferenzen³¹. Dabei weicht er insofern vom neoklassischen Modell ab, als er dessen konstante, exogen gegebene individuelle Präferenzen durch solche ersetzt, die sich über die Zeit hinweg neuen Situationen anpassen. Entsprechend dem Ansatz dieser Arbeit werden in der Folge in diesem Zusammenhang zwei radikale Schritte gesetzt:

1. Wiederum im Bewusstsein einer radikalen Reduktion der Realität, wird aus der großen Anzahl möglicher Gründe für die Adaptierung von Präferenzen eine Änderung des Informationsstatus herausgegriffen.
2. Dem Gedanken des UGR folgend, werden Präferenzen bezüglich monolithischer Güter durch Präferenzbündel bezüglich verschiedener Bündel von Characteristics ersetzt.

Den Ausgangspunkt der folgenden Betrachtung bilden die beiden Axiome der enthüllten Präferenzen. Beide Axiome sowie die Überlegungen von Weizsäckers bezüglich der adaptiven Präferenzen basieren auf Präferenzen bezüglich Gütern als monolithischen Einheiten.

In den beiden folgenden Unterkapiteln werden einige Widersprüche dargestellt, die sich ergeben können, wenn man beide Axiome enthüllter Präferenzen jeweils gleichzeitig auf der Güter- und der Characteristic-Ebene anwendet.

4.3.3 Präferenzsplitting und schwaches Axiom der enthüllten Präferenzen – Widersprüche zwischen der Güter- und der Characteristic-Ebene

Gemäß Mas-Colell, Whinston und Green³² lautet das schwache Axiom enthüllter Präferenzen: If for some $B \in \mathcal{B}$ with $x, y \in B$ we have $x \in C(B)$, then for any $B' \in \mathcal{B}$ with $x, y \in B'$ and $y \in C(B')$, we must also have $x \in C(B')$. Das heißt, wenn x einmal gewählt wurde, wenn auch y erreichbar war, dann gibt es kein Budget, das beide Alternativen enthält, in dem y gewählt wurde, x aber nicht.

Das folgende Beispiel zeigt einen möglichen Widerspruch zwischen dem schwachen Axiom und den Überlegungen von Weizsäckers auf der einen sowie Konsequenzen, die sich aus informationsbasierten Partialgütern (also aus nicht monolithischen Gütern) ergeben, auf der anderen Seite:

Bewertungen von Gütern (Characteristics) und damit auch Vergleichsergebnisse können sich ändern, obwohl sich die diesbezüglichen individuellen Präferenzen nicht ändern. Ein Beispiel dafür wäre folgende Situation: Zu einem Zeitpunkt t_0 vergleicht ein Individuum ein Bündel von Characteristics eines PKW (C_1^{PKW}) mit einem bestimmten Bündel von Characteristics der S-Bahn (C_1^{S-Bahn}). Daraus ergibt sich eine Gesamtpräferenz für den PKW. Zu einem Zeitpunkt t_1 erhält

³¹ Weizsäcker, Carl Christian von, Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt, Seite 19 ff.

³² Mas-Colell, Andreu, Whinston, Michael D., Green, Jerry R., Microeconomic Theory, 1995, Seite 10

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

das Individuum zusätzliche Informationen über weitere Characteristic-Bündel $C_{zus.}^{PKW}$ und $C_{zus.}^{S-Bahn}$ der beiden Güter. Daraus kann sich insgesamt ein neues Vergleichsergebnis pro S-Bahn ergeben. Das bedeutet aber nicht, dass sich die Präferenzen bezüglich der beiden ursprünglichen Characteristic-Bündel C_1^{PKW} und C_1^{S-Bahn} ändern müssen. Diese Entwicklung soll am folgenden Beispiel demonstriert werden:

Der PKW und die S-Bahn weisen dabei folgende Characteristics bzw. Characteristic-Bündel auf:

OW = Ortswechsel, ER = Einsatzradius, FN = Fahrzeitnutzung; UR = Unfallrisiko;

Die individuellen, von den jeweiligen Characteristics der beiden Güter abgeleiteten Präferenzen werden nach der Borda-Rule bewertet. Dabei erhält jenes Gut, das im Zusammenhang mit einem bestimmten Characteristic präferiert wird, einen Punkt, jenes, das im Zusammenhang mit diesem Characteristic nicht präferiert wird, erhält null Punkte. Bei Vorliegen einer diesbezüglichen Indifferenz erhalten beide Güter ebenfalls null Punkte. Das Gut mit den meisten Punkten gilt als präferiert. Diese Punktebewertung impliziert eine gleiche Gewichtung der Characteristics.

Ursprüngliche Characteristic-Bündel zum Zeitpunkt t_0 :

$$C_1^{PKW} = (OW_P, ER_P), C_1^{S-Bahn} = (OW_S, ER_S)$$

Zusätzliche Characteristic-Bündel zum Zeitpunkt t_1 :

$$C_{ges.}^{PKW} = (FN_P, UR_P), C_{ges.}^{S-Bahn} = (FN_S, UR_S)$$

Präferenzen PKW/S-Bahn – Zeitpunkt t_0

$$OW_P \sim OW_S; ER_P \succ ER_S;$$

Borda-Ergebnis: PKW (1), S-Bahn (0) \Rightarrow PKW \succ S-Bahn

Präferenzen PKW/S-Bahn – Zeitpunkt t_1

$$[OW_P \sim OW_S; ER_P \succ ER_S;] FN_S \succ FN_P; UR_S \succ UR_P; \Rightarrow \text{S-Bahn} \succ \text{PKW}$$

Borda-Ergebnis: S-Bahn (2), PKW (1), \Rightarrow S-Bahn \succ PKW

Ein Vergleich der Präferenzbündel zu den Zeitpunkten t_0 und t_1 zeigt:

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

1. Zum Zeitpunkt t_1 ist durch die Änderung des individuellen Informationsstatus bei beiden Gütern das Characteristic-Bündel (FN, UR) zum ursprünglichen Characteristic-Bündel (OW, ER) hinzugetreten.
Indem das Individuum trotz dieser Zusatzinformation zum Zeitpunkt t_1 die gleich bleibenden Präferenzen bezüglich der Characteristic-Bündel $C_1^{PKW} = (OW_P, ER_P)$, $C_1^{S-Bahn} = (OW_S, ER_S)$ zeigt, ist das schwache Axiom der enthüllten Präferenzen bezüglich dieses Characteristic-Bündels erfüllt. Auf Grund des Characteristic-Bündels (OW, ER) gilt nach wie vor die Präferenz-Beziehung $PKW \succ S\text{-Bahn}$
2. Im durch die Änderung des Informationsstatus hinzugetretenen Characteristic-Bündel (FN, UR) zeigt das Individuum jedoch bezüglich beider Characteristics eine Präferenz für die S-Bahn.
3. Bewertet man die hier vorliegenden Präferenzen nach der Borda-Rule, gilt für das ursprüngliche Characteristic-Bündel die Präferenz $PKW \succ S\text{-Bahn}$. Bewertet man beide Characteristic-Bündel zusammen, gilt gemäß der Borda-Rule die Präferenz $S\text{-Bahn} \succ PKW$. Damit ändert sich die Gesamtpräferenz bezüglich der beiden Güter, ohne dass sich die Teilpräferenz für das ursprüngliche Characteristic-Bündel (OW, ER) ändert. Obwohl sich das Individuum zum Zeitpunkt t_1 für ein anderes Gut entscheidet, bleibt das Erste Axiom der enthüllten Präferenzen bezüglich des ursprünglichen Characteristic-Bündels unverletzt.
4. Verzeitlicht man (im Sinne von Weizsäckers) das Erste Axiom der enthüllten Präferenzen und bezieht dabei die Möglichkeit einer Änderung des individuellen Informationsstatus ein, so ist die Nicht-Verletzung dieses Axioms bezüglich bestimmter Teil-Characteristic-Bündel zweier Güter keine hinreichende Bedingung für die Erhaltung einer bestehenden Präferenz-Relation bezüglich zweier Güter im Gesamten.
5. Daraus folgt, dass sich Präferenzrelationen bezüglich eines Güterpaares ändern können, weil
 - a) sich die individuellen Präferenzen bezüglich aller oder einiger Characteristics ändern³³, sodass sich eine neue Präferenzmehrheit ergibt;
 - b) durch die Änderung des individuellen Informationsstatus neue Characteristics entstehen und damit eine neue Präferenzmehrheit gegeben ist.

³³ Präferenzänderungen können aus vielen Gründen erfolgen: Interessensverlagerung aus der Lebensentwicklung heraus, aus emotionalen Gründen usw.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

4.3.4 Präferenzsplitting und starkes Axiom der enthüllten Präferenzen – Widersprüche zwischen der Güter- und der Characteristic-Ebene

Das starke Axiom der enthüllten Präferenzen fordert die Transitivität zweier Präferenzbeziehungen $x \succ y$ und $y \succ z$, für die bereits das schwache Axiom gilt. Es gilt also auch: $x \succ z$.

In diesem Unterkapitel werden die Überlegungen bezüglich des Schwachen Axioms der enthüllten Präferenzen auf das Starke Axiom ausgeweitet.

Um die nötigen Bedingungen für den Test der Wirkung des Starken Axioms auf der Characteristic-Ebene zu schaffen, wird der Güterraum um das Gut „Gehen“ erweitert³⁴. Der Characteristic-Raum umfasst diesmal das Characteristic-Bündel (OW = Ortswechsel; MF = Mobilitätsfinanzierung; FZ = Fahrzeit, FL = Flexibilität, UR = Unfallrisiko; FN = Fahrzeitnutzung).

Dabei wird auf der Characteristic-Ebene wieder die Borda-Rule als Zählverfahren verwendet, wobei die Characteristics des „besten“ Gutes zwei, jene des „zweitbesten“ einen und jene des nicht präferierten Gutes null Punkte erhalten. Entsprechende Indifferenzen zwischen Characteristics werden wieder mit null Punkten für alle Characteristics bewertet.

Der Prozess der Entwicklung des individuellen Informationsstatus wird bis zu einem Zeitpunkt t_3 ausgedehnt. Es wird davon ausgegangen, dass für das Individuum zu allen Zeitpunkten zwar alle (materiellen) Güter vorhanden, aber auf Grund seines beschränkten Informationsbudgets nicht alle Characteristics dieser Güter nutzbar sind.

Zu den drei Zeitpunkten gelten folgende Präferenzbeziehungen:

Präferenzen t_1 /S-Bahn – PKW - Gehen

Zu diesem Zeitpunkt existieren alle drei (materiellen) Güter. Bezüglich der Characteristics, die dem Individuum im Informationsstatus zu t_1 zugänglich sind, herrschen folgende Präferenzrelationen:

$$OW_G \sim OW_S \sim OW_P; \quad MF_S \succ MF_P \succ MF_G$$

Daraus ergibt sich gemäß der Borda-Rule folgende Präferenzrelation auf der Güterebene:

Borda-Ergebnis: S-Bahn (2), PKW (1), Gehen (0) \rightarrow S-Bahn \succ PKW \succ Gehen

³⁴ Auf den ersten Blick verbindet man mit dem Begriff Gehen eine Aktivität. Der Einfachheit halber wird hier die Fähigkeit zu gehen als ein Gut aufgefasst, um die Unterschiedlichkeit der Fortbewegungsarten deutlich zu machen.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Präferenzen t_2 /PKW – S-Bahn – Gehen

Auch zu diesem Zeitpunkt existieren die drei (materiellen) Güter. Bezüglich der Characteristics, die dem Individuum im Informationsstatus zu t_2 zugänglich sind, herrschen folgende Präferenzrelationen:

$$OW_G \sim OW_S \sim OW_P; \quad MF_S \succ MF_P \succ MF_G$$

$$FZ_P \succ FZ_S \succ FZ_G; \quad FL_P \succ FL_S \succ FL_G$$

Daraus ergibt sich gemäß der Borda-Rule folgende Präferenzrelation auf der Güterebene:

Borda-Ergebnis: PKW (5), S-Bahn (4), Gehen (0) \Leftrightarrow PKW \succ S-Bahn \succ Gehen

Dabei sind die Präferenzen bezüglich der Characteristics OW und MF konstant geblieben.

Präferenzen t_3 /S-Bahn – PKW - Gehen

Auch zu diesem Zeitpunkt existieren die drei (materiellen) Güter. Bezüglich der Characteristics, die dem Individuum im Informationsstatus zu t_3 zugänglich sind, herrschen folgende Präferenzrelationen:

$$OW_G \sim OW_S \sim OW_P; \quad MF_S \succ MF_P \succ MF_G$$

$$FZ_P \succ FZ_S \succ FZ_G; \quad FL_P \succ FL_S \succ FL_G$$

Dazu kommen folgende Präferenzrelationen:

$$UR_S \succ UR_P \succ UR_G; \quad FN_S \succ FN_P \succ FN_G$$

Daraus ergibt sich gemäß der Borda-Rule folgende Präferenzrelation auf der Güterebene:

Borda-Ergebnis: S-Bahn (8), PKW (7), Gehen (0) \Leftrightarrow S-Bahn \succ PKW \succ Gehen

Dabei sind die Präferenzen bezüglich der Characteristics OW, MF, FZ und FL konstant geblieben.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Durch die infolge des geänderten Informationsstatus hinzugetretenen Präferenzen wird der Nutzen auf der Characteristic-Ebene weiter maximiert. Auf der Güterebene ergibt sich dabei jedoch ein Regress in den Zustand t_1 – eine bereits überwunden geglaubte Entwicklung wird wieder aufgenommen. Es liegt also ein zirkulärer Prozess vor.

Ein Vergleich der Präferenzen zu den verschiedenen Zeitpunkten ergibt folgendes Bild:

1. Bis zum Zeitpunkt t_2 gilt: Im jeweils folgenden Zeitpunkt bleiben alle Präferenzrelationen bezüglich jener Characteristics bestehen, die auf Grund des jeweiligen Informationsstatus bereits im vorhergehenden Zeitpunkt existierten. Das heißt, sowohl das Schwache, als auch das Starke Axiom werden weder auf der Güter- noch auf der Characteristic-Ebene verletzt.
2. Zum Zeitpunkt t_3 gilt:
 - a) Auch hier bleiben alle Präferenzrelationen bezüglich der in den vorhergehenden Zeitpunkten (auf Grund des jeweiligen Informationsstatus) existierenden Characteristics bestehen. Auch hier werden sowohl das Schwache, als auch das Starke Axiom weder auf der Güter- noch auf der Characteristic-Ebene verletzt.
 - b) Erst mit dem zu diesem Zeitpunkt hinzutretenden Characteristic-Bündel (UR, FN) werden die Verhältnisse umgedreht, sodass sich gemäß der hier angewandten Borda-Rule wieder das Präferenzverhältnis S-Bahn \succ PKW \succ Gehen, wie zum Zeitpunkt t_1 ergibt. Damit wird auf der Characteristic-Ebene keines der beiden Axiome verletzt. Auf der Güterebene wird jedoch wieder der Ausgangspunkt der Entwicklung (Zustand t_1) erreicht, womit beide Axiome verletzt werden. Dies geschieht jedoch nicht durch die direkte Verletzung eines der beiden oder beider Axiome, sondern ausschließlich auf Grund des durch einen geänderten individuellen Informationsstatus bedingten Hinzutretens neuer Characteristics.
3. Es sind daher verschiedene Entwicklungen der Präferenzen auf der Characteristic-Ebene möglich: Beispielsweise kann ein Gut im Hinblick auf das andere bei der Präferenzbewertung durch die Borda-Rule aufholen, ohne dieses zu überholen. Diese Entwicklung hängt davon ab, auf welche Ebene des UGR und auf welchen Informationsstatus man sich bei der Beurteilung von Präferenzen beruft.
4. Verzeitlicht man (im Sinne von Weizsäckers) beide Axiome der enthüllten Präferenzen und bezieht dabei die Möglichkeit einer Änderung des individuellen Informationsstatus ein, so ist die Nicht-Verletzung beider Axiome hinsichtlich bestimmter Teil-Characteristic-Bündel keine hinreichende Bedingung für die Erhaltung einer bestehenden Präferenz-Relation bezüglich der diesen Teil-Characteristic-Bündeln übergeordneten Güter.

Allgemein formuliert: Die Nicht-Verletzung beider Axiome auf einer bestimmten Ebene

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

des UGR ist keine hinreichende Bedingung für die Erhaltung einer bestehenden Präferenz-Relation auf einer anderen Ebene des UGR.

5. Daraus folgt, dass sich Präferenzrelationen bezüglich eines Güterpaares aus folgenden Gründen ändern können:
 - a) weil sich die individuellen Präferenzen bezüglich aller oder einiger Characteristics der Güter ändern, sodass sich eine andere Präferenzmehrheit ergibt;
 - b) weil sich durch die Änderung des individuellen Informationsstatus neue Characteristics und damit neue Präferenzmehrheiten ergeben;
 - c) weil durch die Änderung des individuellen Informationsstatus Characteristics wegfallen (verloren gegangenes Wissen) und sich damit neue Präferenzmehrheiten ergeben.

6. Die Entwicklung der Präferenzrelationen zeigt eine Abhängigkeit vom individuellen Informationsstatus – genauer gesagt
 - a) von der Anzahl der dem Individuum zur Verfügung stehenden Informationen;
 - b) vom Grad der Erfüllung der Voraussetzungen für deren Wirksamwerden;
 - c) vom Grad und der Art und Weise, in dem bzw. in der das Individuum daraus Konsequenzen zieht.

4.3.5 Präferenzsplitting – Konsequenzen für die Adaptivität von Präferenzen

Bei adaptiven Präferenzen wird davon ausgegangen, dass sich Präferenzen an einen neuen Zustand anpassen, wobei sinnvoller Weise anzunehmen ist, dass dieser Zustand „besser“, als der vorhergehende ist. Die Vorzugswürdigkeit dieses Zustandes wird dabei aus der Sicht eines jeweils vorangegangenen Zustandes gesehen, dessen Präferenzen hinsichtlich des Nachfolge-Zustandes adaptiert werden.

Wird die Vorzugswürdigkeit eines Zustandes gegenüber einem anderen anhand der Characteristics bzw. Güter beurteilt, so ergibt sich auf Grund deren Informationsabhängigkeit auch eine Informationsabhängigkeit der Beurteilung. In der Folge sind dann natürlich auch die Präferenzen bzw. die adaptiven Präferenzen informationsabhängig.

Geht man nicht von monolithischen Gütern, sondern von irgendeiner Characteristic-Ebene der Güter aus, gibt es im Sinne der vorangegangenen Unterkapitel für das Zustandekommen adaptiver Güter-Präferenzen mehrere Möglichkeiten³⁵: Die folgenden vier Möglichkeiten gehen von einer Änderung der Characteristic- bzw. Gesamtpräferenzen an sich (Änderung des Geschmacks usw.) aus:

³⁵ Die Anzahl der diesbezüglichen Möglichkeiten lässt sich auf Basis des unendlichen Güterbündelregresses beliebig erweitern.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

1. Alle Characteristic-Präferenzen und damit auch die aus ihnen resultierende Gesamtpräferenz passen sich an die neue Situation an.
2. Die Mehrheit der Characteristic-Präferenzen und damit die Gesamtpräferenz passen sich an die neue Situation an. Dabei ändert sich nur ein Teil der Characteristic-Präferenzen, während der andere unverändert bleibt. In der Folge ändert sich die aus einer Mehrheitsentscheidung resultierende Gesamtpräferenz.
3. Alle Characteristic-Präferenzen und damit die aus ihnen resultierende Gesamtpräferenz passen sich *nicht* an die neue Situation an.
4. Die Mehrheit der Characteristic-Präferenzen und damit die Gesamtpräferenz passen sich *nicht* an die neue Situation an. Dabei ändert sich nur ein Teil der Characteristic-Präferenzen, während der andere unverändert bleibt. In der Folge ändert sich die aus einer Mehrheitsentscheidung resultierende Gesamtpräferenz *nicht*.

Die folgenden vier Möglichkeiten gehen von einer Änderung der Characteristic- bzw. Gesamtpräferenzen auf Grund einer Änderung des individuellen Informationsstatus aus:

1. Zu einem Zeitpunkt t_1 treten durch eine Änderung des individuellen Informationsstatus neue Characteristics und in der Folge neue Präferenzen hinzu, durch welche die bestehenden Characteristic-Präferenzen überstimmt werden. Das hat die Adaptierung der Gesamtpräferenz zur Folge. Diese Situation entspricht dem Übergang vom Zeitpunkt t_2 zum Zeitpunkt t_3 im Beispiel des Kapitels 4.3.4.
2. Zu einem Zeitpunkt t_1 treten durch eine Änderung des individuellen Informationsstatus neue Characteristics und in der Folge neue Präferenzen hinzu, durch welche die bestehenden Characteristic-Präferenzen nicht überstimmt werden. Das hat keine Adaptierung der Gesamtpräferenz zur Folge.
3. Zu einem Zeitpunkt t_1 gehen durch eine Änderung des individuellen Informationsstatus Characteristics und in der Folge Präferenzen verloren, sodass eine bestimmte Mehrheit von Characteristic-Präferenzen kippt und damit zu einer Adaptierung der Gesamtpräferenz führt.
4. Zu einem Zeitpunkt t_1 gehen durch eine Änderung des individuellen Informationsstatus Characteristics und in der Folge Präferenzen verloren, wobei jedoch eine bestimmte Mehrheit von Characteristic-Präferenzen *nicht* kippt und es damit zu *keiner* Adaptierung der Gesamtpräferenz kommt.

Daraus ergeben sich wesentliche Konsequenzen bezüglich der Adaptierung von Präferenzen:

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

1. Begründet man die Verbesserung eines Zustandes mit einer Erhöhung des individuellen Gesamtnutzens aus allen in diesem Zustand vorhandenen Gütern bzw. Characteristics, so muss sich der Nutzen nicht in allen Teil-Characteristic-Bündeln erhöhen. Er kann in einigen Teil-Characteristic-Bündeln auch sinken. Beides ist möglich, wenn sich durch das Hinzutreten neuer Characteristics auf Grund einer Änderung des Informationsstatus der Gesamtnutzen erhöht.
2. Auf Grund der Informationsabhängigkeit der Güter und der Möglichkeit, die Mehrheiten für Präferenzen auf verschiedenen Ebenen des unendlichen Güterbündelregresses zu bilden, können Präferenzen hinsichtlich der Frage „Adaptiv oder nicht adaptiv“ auf vielfältige Weise beeinflusst werden.
3. In diesem Sinne können Güterpräferenzen, je nach Präferenzmehrheiten auf der Characteristic-Ebene hinsichtlich eines gewissen Characteristic-Bündels adaptiv, hinsichtlich eines anderen Characteristic-Bündels nicht adaptiv – also „teiladaptiv“ sein.
4. Wie der Übergang vom Zeitpunkt t_2 auf den Zeitpunkt t_3 im Beispiel des Kapitels 4.3.4 zeigt, können bezüglich bestimmter Characteristic-Bündel adaptive Präferenzen in bestimmten Fällen nicht verhindern, dass ein bereits auf Grund adaptiver Präferenzen überwundener Zustand beim Erscheinen neuer Characteristics infolge einer Änderung des individuellen Informationsstatus nicht wieder auftritt.

Die bisherigen Überlegungen gehen von einer Beziehung zwischen einer sehr kleinen Anzahl von (Partial)gütern – in diesem Falle zwischen maximal drei Partialgütern – aus. Damit wurde das grundlegende Prinzip gesplitteter adaptiver Präferenzen im Zusammenhang mit der Entwicklung einer sehr kleinen Menge von (Partialgütern) erfasst.

Die Ausweitung dieses Prinzips in die Richtung eines allgemeinen Fortschritts erfolgt im Unterkapitel 6.5 „Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 4: Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv“.

4.4 Partialgüterkonfiguration II– Erzwungene Präferenzen und erzwungene Verfehlung der Nutzenmaximierung

An dieser Stelle soll nun die Darstellung der Partialgüterkonfiguration im Kapitel 3.3 unter der Einbeziehung der vorangegangenen Überlegungen fortgesetzt werden. Bisher wurde angenommen, dass die Akteure beim Tausch materieller Güter bzw. bei ihrer individuellen Partialgüterkonfiguration lediglich durch ihr Zeit- und ihr finanzielles Budget bei der Auswahl und Nutzung güterrelevanter Informationen sowie durch ihre Güterausstattung beschränkt sind. In diesem Unterkapitel sollen einige weitere diesbezügliche Beschränkungen erläutert werden.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Der PKW und seine Auswirkungen auf den Umwelt- und Gesundheitsbereich zeigen, dass ein in der individuellen Partialgüter-Konfiguration nicht realisiertes Characteristic sehr wohl zur gleichen Zeit gleichsam auch außerhalb eines (informationsreduzierten) individuellen Status quo – im traditionellen Sinne objektiv realisiert werden kann. Wenn beispielsweise ein Akteur über keine Informationen über die umwelt- und gesundheitsschädigende Wirkung einer intensiven PKW-Konsumation verfügt, konfiguriert er auch die entsprechenden Characteristics nicht. Von einem anderen Status quo her gesehen, treten die beiden Characteristics des PKW „US“ (= umweltschädlich) und „GS“ (= gesundheitsschädlich) also unabhängig von der individuellen Information auf und entfalten ihre Wirkungen.

Der Grund dafür liegt in der *joint Production*, in der Produzierbarkeit bestimmter Characteristics nur in bestimmten Verhältnissen mit anderen Characteristics, also in technischen Restriktionen in der Güterproduktion.

Auf Grund dieser *joint Production* ist in bestimmten Bereichen natürlich nur eine *joint consumption* möglich. Während der Konsument auf der Güterebene, abgesehen von seiner Budgetrestriktion die Zusammensetzung seiner erworbenen Güterbündel frei wählen kann, ist er auf der Characteristic-Ebene durch die technischen Restriktionen bei deren Produktion beschränkt³⁶.

Dieses Beispiel zeigt eine Status quo-interne und eine Status quo-externe – im traditionellen Sinne objektive – Ebene der *joint consumption*: Die individuelle Ebene umfasst die Konsumation der im Rahmen der Güterkonfiguration entstandenen Characteristics. Die die Status quo-externe Ebene umfasst auch die unbewusste Konsumation der Characteristics Umweltschädigung und Gesundheitsschädigung. Sie wurden nicht vom Akteur im Rahmen der Güterkonfiguration geschaffen, sondern entstanden auf Grund technischer Notwendigkeiten bei der PKW-Produktion.

Die technischen Restriktionen erzwingen in diesem Falle beim Akteur Präferenzen für Characteristics (Umwelt- und Gesundheitsschädigung), die er, wären sie einzeln erhältlich, nicht präferieren würde. Die Folge ist eine *erzwungene Verfehlung seiner Nutzenmaximierung*.

Denselben Mechanismus zeigt auch das Beispiel im Kapitel 4.3.4, in dem der Akteur zum Zeitpunkt t_3 die S-Bahn präferiert, obwohl er bezüglich der Characteristics FZ und FL den PKW präferiert. Dadurch verfehlt er bezüglich dieser beiden Characteristics seine Nutzenmaximierung.

³⁶ Hier wurde eine extreme Annahme getroffen, um das Prinzip der *joint production* und der *joint consumption* deutlich herauszuarbeiten. Natürlich gibt es in der Realität technisch veränderbare Güter, sodass der Konsument nicht zwingend bestimmte Kombinationen von Characteristics wählen muss. Andererseits gibt es auf der Güterebene auch Komplementärgüter (PKW/Benzin), welche die Wahlfreiheit des Konsumenten in gewisser Weise einschränken.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Mit der Anwendung der Borda-Rule wird in diesem Beispiel

1. eine *verfehlte Nutzenmaximierung hinsichtlich bestimmter Characteristics* gleichsam durch eine Stimmenmehrheit erzwungen;
2. eine Präferenz³⁷ für ein Characteristic eines bestimmten Gutes erzwungen, welche dem Ergebnis eines direkten Vergleichs dieses Characteristics mit einem anderen widerspricht. Es handelt sich hier also um eine *erzwungene Präferenz* und keine im traditionellen Sinne *monolithische Präferenz die sich aus Vergleichen monolithischer Güter ableitet*.

Eine erzwungene Präferenz bezeichnet also eine Situation, in der ein Individuum, ohne den Kriterien des Homo Oeconomicus-Modells zu widersprechen, gegen eigene Präferenzen hinsichtlich bestimmter Characteristics handeln kann, weil diese durch Präferenzen hinsichtlich anderer Characteristics überstimmt werden.

In diesem Unterkapitel wurden einige Einschränkungen, denen die Individuen bei der Partialgüterkonfiguration unterliegen, dargestellt. Eine Skizzierung des Prozesses der Partialgüterkonfiguration selbst erfolgt im Kapitel 5.1.

4.5 Resümee des Kapitels 4

1. Als wesentliche Ursachen für das Abweichen vom Homo Oeconomicus-Modell im Rahmen von Gütervergleichen werden in Anlehnung an von Weizsäcker verschiedene Ausprägungen des Endowment-Effektes angenommen.
2. Entsprechend dem Ansatz dieser Arbeit wird der individuelle Status quo auf seinen Informationsaspekt reduziert. In diesem Sinne wird von einem reflektierten informationsreduzierten Status quo (RISQ) bzw. von einem vereinbarten informationsreduzierten Status quo (VISQ) als Umfeld für Vergleiche und sonstige Markthandlungen ausgegangen.
3. Auf der Basis dieser modifizierten Form des Status quo kann der UGR durch eine Auswahl bestimmter Characteristic-Bündel als Vergleichsgrundlage bzw. als Grundlage für Markthandlungen operationalisiert werden.
4. Aus der Annahme von Partialgütern folgt die Annahme gesplitteter Präferenzen.

³⁷ Der Genauigkeit halber müsste im Sinne des in dieser Arbeit entwickelten Konzeptes eines unendlichen Güterbündelregresses auch von einem unendlichen Präferenzprozess gesprochen werden. Es ist allerdings an dieser Stelle nicht notwendig, diesen Gedanken weiter zu verfolgen.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

5. Die Einbeziehung eines Status quo samt seiner Entstehungsbedingungen legt die Annahme dynamischer Partialgüter nahe.
6. Die Annahme dynamischer (Partial)güter wird durch die Annahme sich entwickelnder Präferenzen ergänzt. Präferenzen werden, in Anlehnung an die Auffassung von Weizsäckers als adaptiv, sich (möglicherweise) an einen neuen Zustand des Marktes anpassend, aufgefasst. In diesem Ansatz wird eine eventuelle Adaptierung aber nicht mit einer Geschmacksveränderung, sondern mit einem veränderten Informationsstatus begründet.
7. Aus der Annahme gesplitteter Präferenzen folgt, dass sich Präferenzrelationen bezüglich eines Gutes ändern können, weil
 - a) sich die individuellen Präferenzen bezüglich aller oder einiger Characteristics ändern, sodass sich eine andere Präferenzmehrheit ergibt;
 - b) durch die Änderung des individuellen Informationsstatus neue Characteristics entstehen und damit eine neue Präferenzmehrheit gegeben ist.Daraus ergibt sich auf der dieser Präferenzmehrheit übergeordneten Ebene ein Widerspruch zum schwachen Axiom der Enthüllten Präferenzen, der sich auf der Ebene mit den entsprechenden Präferenzmehrheiten jedoch auflöst.
8. Sinngemäß können sich als Konsequenz aus dem vorhergehenden Punkt auch entsprechende Widersprüche hinsichtlich des starken Axioms der enthüllten Präferenzen ergeben.
9. Auf Grund einer produktionstechnisch oft gegebenen joint Production verschiedener Characteristics können Individuen auf Grund von Präferenzmehrheiten auch zu Präferenzen gezwungen werden. Solche erzwungenen Präferenzen führen in der Folge zu verfehlten Nutzenmaximierungen hinsichtlich jener Characteristics, deren Nutzung durch die technisch bedingte joint Production erzwungen wurde.
10. Die Informationsabhängigkeit der Partialgüter und die Widersprüche im Bereich der Präferenzen machen die Hoffnung auf „objektiv wahre“ Ergebnisse reflektierter Vergleiche zunichte, obwohl diese auf einer reflektierten Auswahl der Vergleichsgrundlagen beruhen.

Die Ergebnisse reflektierter Vergleiche sind nicht „richtiger“ als jene unreflektierter Vergleiche. Sie sind auf Grund der vorhergehenden Festlegungen (VISQ) nur „reflektierter“, sodass deren eventuelle negative Konsequenzen eher bewusst werden als die negativen Konsequenzen der Ergebnisse unreflektierter Vergleiche.
11. In diesem Sinne zeitigt auch ein reflektierter Vergleich, der eine vermehrte Nutzung der S-Bahn nahe legt, nur ein temporär „besseres“ Ergebnis. Es können jederzeit zusätzliche

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

Informationen auftreten, welche wieder den PKW als vorzugswürdiges Gut für die individuelle Fortbewegung ausweisen.

4.6 Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen

In der Folge werden die Inhalte dieses Kapitels gegenüber ihnen entsprechenden Aspekten anderer Modelle abgegrenzt.

4.6.1 Präferenzen

Die Annahmen bezüglich der Präferenzen im Ansatz dieser Arbeit unterscheiden sich von diesbezüglichen traditionellen Annahmen in fünf wesentlichen Punkten:

1. In traditionellen Modellen stellen Präferenzen gleichsam eine direkte Verbindung zwischen Individuen und Gütern her.
Durch die Aufgabe der Annahme einer vollkommenen Information im Ansatz dieser Arbeit werden Informationen gleichsam als unabdingbares Bindeglied zwischen die Individuen und die Güter geschaltet.
Nicht nur Güter, sondern auch Informationen sind notwendige Inputs, die individuelle Präferenzordnungen erst wirksam werden lassen.
2. Mit dem Abgehen von der Annahme monolithischer Güter gibt es auch keine eindeutige Verbindung mehr zwischen den Präferenzen eines bestimmten Individuums und einem bestimmten Gut. Die Annahme aus Characteristic-Bündeln bestehender informationsabhängiger Partialgüter bedingt die Annahme informationsabhängiger Präferenzbündel, sodass es kein im traditionellen Sinne objektiv gegebenes, eindeutiges Verhältnis zwischen den Präferenzen eines Individuums und einem Gut (Partialgut) mehr gibt.
3. Der Rational Choice baut auf einer Situation auf, in der Präferenzen bereits geäußert wurden. Diese Präferenzen werden in unterschiedlichen Situationen beibehalten (siehe dazu die beiden Axiome der enthüllten Präferenzen).
Im Unterschied dazu erfordert der Gedanke des UGR gleichsam einen unendlichen Regress in Form einer Abwechslung zwischen der Bildung von Teil-Präferenzen auf einer bestimmten Ebene des UGR und der Bildung einer darauf aufbauenden Gesamt-Präferenz (beispielsweise) mittels der Borda Rule auf der nächst höheren Ebene des UGR.
4. Im Unterschied zu traditionellen Modellen werden im Ansatz dieser Arbeit Präferenzen nicht erst als Ordnungsprinzipien zwischen „fertigen“ Gütern wirksam, sondern wirken

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

bereits „eine Etage tiefer“ bei der Konfiguration der Güter bzw. Partialgüter.

5. Die Annahme von Partialgütern impliziert die Annahme, dass sich Präferenzen immer nur auf einen Teil der Characteristics von (gesamten) materiellen Gütern (im traditionellen Sinne) beziehen.

4.6.2 Statik und Dynamik

Beispielhaft für eine Vielzahl von Konsequenzen aus der Annahme dynamischer anstatt statischer Güter in diesem Ansatz seien die drei folgenden angeführt:

1. Unendlicher Güter-Entwicklungsprozess – Abgrenzung zu Menger:

Bei Menger ist die Information auf das Wissen um die mit einem bestimmten Ding mögliche Bedürfnisbefriedigung fokussiert. In der hier vorgeschlagenen Einbeziehung der Information in den Zusammenhang zwischen Individuen und Gütern sind ursprünglich weder Güter noch Dinge im Sinne Mengers gegeben. Sie werden erst sichtbar, wenn für sie relevante Informationen auftreten. Diese Informationen samt den notwendigen Konsequenzen daraus sind komplementäre Inputs für die den Markthandlungen vorausgehende Güterkonfiguration (Konsumtechnologie im Sinne Lancasters) durch die Individuen. Während bei Menger der Informationsprozess bei der Erkenntnis, dass eine Bedürfnisbefriedigung durch ein bestimmtes Gut möglich ist, endet, kann er sich im hier vorgeschlagenen Modell auf Grund der Annahme dynamischer Güter bzw. Partialgüter darüber hinaus weiter fortsetzen.

So kann gemäß Menger, das Ding S-Bahn durch eine entsprechende Information zu einem Gut werden, welches die Bedürfnisse Ortswechsel und Entspannung befriedigt. Damit ist der Prozess der Güterentstehung bei Menger beendet. Er erfasst damit keine Möglichkeiten einer Weiterentwicklung eines Gutes: Das Gut S-Bahn kann sich beispielsweise durch eine bestimmte Information, zu einem Gut weiterentwickeln, welches zusätzlich noch das Bedürfnis Büroarbeit während des Ortswechsels befriedigt. Sie könnte sich aber beim etwaigen Auftreten von Informationen, dass eine negative Strahlung der Bahn-Oberleitungen zu einer massiven Schädigung der allgemeinen Gesundheit führt, zu einem extrem gefährlichen Gut weiterentwickeln.

2. Die Annahme dynamischer Güter kann auch ohne die Einführung von ad hoc Hypothesen³⁸ einen Beitrag zur Klärung des Zustandekommens und des Andauerns von Tauschprozessen leisten. Auf Grund der Informationsabhängigkeit immer wieder neu konfigurierter individueller Partialgüter tauschen die Individuen keine statischen Wertäquivalente mehr, sodass von dieser Seite her kein Argument gegen ein Zustände-

³⁸ Siehe dazu: Milford, Karl, Carl Menger, in Kurz, Heinz, Dieter, Klassiker der ökonomischen Denkens, 2008, Band 1, Seite 312.

4 Volatile Vergleichsergebnisse durch die individuelle Status quo-Orientierung und adaptive Präferenzen

oder zu Ende kommen von Tauschprozessen gegeben ist. Darüber hinaus ist auch die Einbeziehung sich hinsichtlich ihres Informationsaspekts ständig ändernder Status quo-Situationen mit der Konsequenz sich ständig ändernder (Partial)güter ein Argument für das in Gang- und nicht zu Ende kommen von Tauschprozessen.

4.6.3 Information – Empirismus – Essentialismus

Mit der Informationsabhängigkeit der Partialgüter, der individuellen Präferenzen usw. schließt der Ansatz dieser Arbeit in wesentlichen Punkten an die anti-essentialistische Haltung Carl Mengers an. Eine weitere Parallele zu Mengers wissenschaftlichem Ansatz bildet die Orientierung des eigenen Ansatzes am Status quo: Diese lässt die Annahme einer reinen, empirisch fundierten Erfahrung und darauf deduktiv aufbauender Theorien ebenfalls nicht zu. Der Ansatz dieser Arbeit lehnt sich wie Menger an die klassisch-aristotelische Sichtweise an, dass Universalien nur als den realen Phänomenen immanente Aspekte existieren. Er unterscheidet sich von Menger allerdings dahingehend, dass die Relevanz dieser Universalien für ein wirtschaftliches Handeln auf zwei Voraussetzungen basiert: Erstens, Die Universalien müssen in den realen Phänomenen „erweckbar“ sein. Zweitens, sie müssen von Menschen (in Form von Theorien) erweckt bzw. „erfunden“ werden.

4.6.4 Offene Fragen

Im Kapitel 3 wurde der unendliche Güterbündelregress, im Kapitel 4 wurden als Beitrag zur Beantwortung der ersten beiden offenen Fragen des Kapitels 2 der Status quo und adaptive Präferenzen als Ursachen für volatile Partialgüter-Konfigurationen, volatile Vergleichsgrundlagen und volatile Vergleichsergebnisse beschrieben. All diesen Ursachen ist gemeinsam, dass sie, rein logisch gesehen, eine unendlich große Menge an Auswahlmöglichkeiten zulassen. Sie alle offenbaren aber keine objektiven Kriterien für diese Auswahl bzw. den realen Vorgang einer Güterkonstituierung.

Es muss aber individuelle Entscheidungsregeln geben, an denen sich die Akteure bei der Auswahl eines speziellen Characteristic-Bündels als Vergleichsgrundlage bzw. bei ihren Güterkonstituierungen orientieren. Diese Entscheidungsregeln sollen im nächsten Kapitel identifiziert werden.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Schlüsselbegriffe

Informationsbasiertes Lancaster-Modell: Im ursprünglichen Lancaster-Modell gibt es nur materielle Güter als Inputs in eine individuelle Konsumtechnologie. Im informationsbasierten Lancaster-Modell treten Informationen als komplementäre Inputs dazu.

Interne Nutzenmaximierung: Anwendung des traditionellen Verfahrens der Nutzenmaximierung am Gütermarkt auf die Partialgüterkonfiguration; dabei wird mit einer Nutzenmaximierung als Konsumtechnologie (in Anlehnung an Lancaster) aus jenen Characteristics, welche den individuellen Nutzen maximieren, ein individuelles Partialgut konfiguriert. Diese Nutzenmaximierung ist von der traditionellen (externen) Nutzenmaximierung zu unterscheiden, bei welcher der Nutzen aus fertigen Gütern maximiert wird.

Kompromiss-Gut: Ein (Partial)gut, das aus einer internen Nutzenmaximierung entsteht, für welche die Auswahl und Bewertung der für sie notwendigen güterrelevanten Informationen vorher zwischen zwei oder mehreren Akteuren ausverhandelt wurde. Dieses Kompromiss-Gut ist also in einen VISQ eingebettet.

Informationsreduzierter Subjektivismus: Vereinfacht gesagt, geht der ökonomische Subjektivismus davon aus, dass Markthandlungen durch das jeweilige Subjekt geprägt sind. Der Begriff des „informationsreduzierten Subjektivismus“ im Ansatz dieser Arbeit reduziert den eigenen Einfluss des Subjekts auf die Markthandlungen auf jene Aspekte, die logisch erfasst und in Form von Informationen weitergegeben werden können.

Im Kapitel 3 wurde der unendliche Güterbündelregress (UGR), im Kapitel 4 wurde der individuelle informationsreduzierte Status quo als Basis für die Wahl von Characteristic-Bündeln aus dem UGR als Vergleichsgrundlage dargestellt.

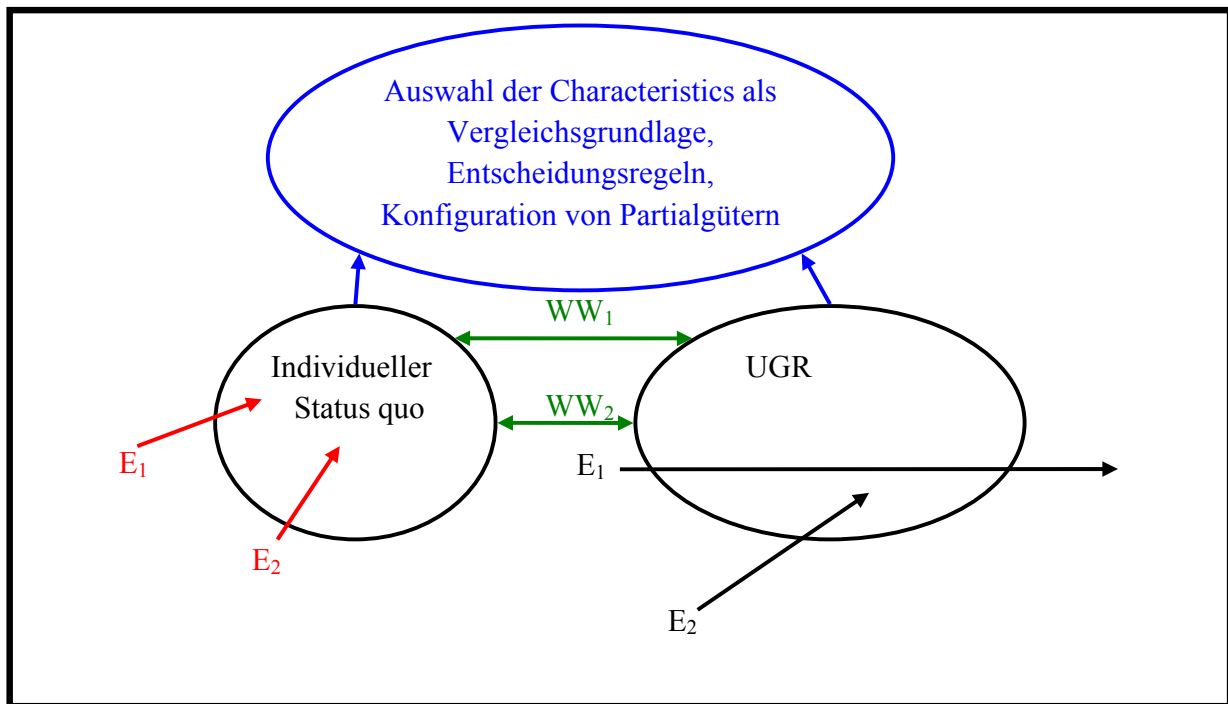
In diesem Kapitel soll nun, eingehend auf die dritte der offenen Fragen des Kapitels 2 die Nutzenmaximierung als Entscheidungsregel beschrieben werden, an der sich die Akteure orientieren, wenn sie aus ihrem individuellen Status quo heraus bestimmte Characteristic-Bündel aus dem UGR als Vergleichsgrundlagen auswählen.

Die folgende Abbildung verdeutlicht die Zusammenhänge zwischen dem Status quo, dem UGR und dem Auswahlverfahren bei der Konfiguration von Vergleichsgrundlagen: Die roten Pfeile repräsentieren die Entwicklungsmöglichkeiten für den Status quo, die schwarzen jene für den

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

UGR. Die grünen Doppelpfeile stellen die Wechselwirkungen und die gegenseitige Abhängigkeit des UGR und des Status quo in Form von Informationen dar. Die blauen Pfeile repräsentieren die Einflüsse des Status quo und des UGR auf die Konfiguration von Vergleichsgrundlagen bzw. auf die individuelle Konfiguration von Partialgütern.

Abbildung 5-1 Status quo und UGR als Basis für die Erstellung von Vergleichsgrundlagen



Quelle: Eigene Darstellung

Die hier als Entscheidungsregel hinsichtlich der Informations- und Characteristicauswahl herangezogene Nutzenmaximierung ist ein allgemein bekanntes Prinzip der Wirtschaftswissenschaften. Eventuell ungewohnt ist der Informationskontext, in dem sie angewandt wird. Dabei sollen nicht, wie gewohnt, direkt Güterallokationen, sondern gleichsam um eine Etage tiefer, informationsbasierte (Partial)güter konfiguriert werden. Die Schaffung von Güterallokationen im traditionellen Sinne erfolgt erst in zweiter Linie.

5.1 Partialgüterkonfiguration III – Entscheidungsprobleme bei der Informations- und Characteristic-Auswahl

Nach der Begründung des Gedankens der Partialgüterkonfiguration aus dem an sich nicht operationalisierbaren unendlichen Güterbündelregress (UGR) im Unterkapitel 3.3 und der Darstellung einiger dabei gegebener Einschränkungen im Unterkapitel 4.4, soll hier nun der eigentliche Prozess der Partialgüterkonfiguration skizziert werden.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Bisher wurde nur behauptet, dass Individuen durch die informationsabhängige Auswahl bestimmter Characteristics *informationsreduzierte Partialgüter*³⁹ für ihre Markthandlungen konfigurieren. Da es grundsätzlich möglich ist, eine unendlich große Menge an Informationen über ein Gut bzw. seine Characteristics zu produzieren, müssen die Individuen eine Auswahl aus diesen Informationen treffen. Angesichts der unendlichen Menge möglicher Informationen geraten sie dabei in ein Dilemma.

Die Frage nach dem Einfluss von Informationen auf individuelle Markthandlungen bzw. die Nutzenmaximierung wird in den traditionellen Modellen mit der Annahme der vollkommenen Information gelöst bzw. „neutralisiert“. Vor diesem Hintergrund erfolgt in diesem Unterkapitel der eigene Versuch, dieses Dilemma aufzulösen.

5.1.1 Informationsdilemma – drei unterschiedliche Annahmen

Bezüglich des Zusammenhanges zwischen Individuen, Informationen und Gütern lassen sich drei Situationsannahmen unterscheiden. Sie beschreiben auch das diesbezügliche Informationsdilemma:

1. Die in der Neoklassik gegebene, operationalisierbare, jedoch empirisch nicht zu rechtfertigende Annahme vollkommener Information aller Marktteilnehmer.
2. Die sich aus einer rein logischen Analyse ergebende Möglichkeit der Anhäufung unendlich vieler Informationen bezüglich eines Gutes, jedes seiner Characteristics oder Sub-Characteristics usw. Diese Situationsannahme ist jedoch nicht operationalisierbar.
3. Die Situation, in der Individuen auf Basis einer begrenzten Informationsmenge eine ihren Nutzen maximierende Auswahl von Characteristics, Sub-Characteristics usw. aus einem UGR treffen.

Entsprechend dem Ansatz dieser Arbeit wird bei der Beantwortung der Frage nach der Entstehung bzw. der Zusammensetzung von Partialgütern der Informationsaspekt herausgegriffen. Dieses Herausgreifen des Informationsaspektes bedeutet natürlich eine radikale Reduktion der Zusammenhänge auf einen einzelnen Aspekt.

Die dritte Situation scheint eine Möglichkeit zur Operationalisierbarkeit des UGR zu bieten. Sie repräsentiert jedenfalls einen in der Realität tatsächlich ablaufenden Vorgang. Im Ansatz dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass der Operationalisierung des UGR, also der individuellen Auswahl bestimmter Characteristics, eine Nutzenmaximierung zugrunde liegt.

³⁹ Der Begriff informationsreduziertes Partialgut soll ausdrücken, dass bei der Konfiguration der Partialgüter ausschließlich der Informationsaspekt berücksichtigt wird.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Die individuellen Entscheidungen und damit die Auswahl der Characteristics aus dem UGR sind natürlich auch von den bereits erwähnten historischen, emotionalen, religiösen, kulturellen usw. Einflüssen abhängig. Über deren radikale Reduktion auf ihren gemeinsamen Aspekt der Information sollen auch sie in die folgende Betrachtung einbezogen werden.

Das im folgenden Unterkapitel vorgestellte, um einen Informationsparameter erweiterte Lancaster-Modell ist eines der Hauptinstrumente dieser Betrachtung.

5.1.2 Ausweg aus dem Informationsdilemma: Nutzenmaximierung gemäß einem informationsbasierten Lancaster-Modell

Das Lancaster-Modell in seiner ursprünglichen Form beschreibt die Annahme, dass Individuen ihre Nutzenmaximierung nicht in erster Linie auf Gütern, sondern auf deren Eigenschaften, den Characteristics aufbauen. Vereinfacht gesagt, stellen sie zuerst aus den Gütern (im traditionellen Sinne) Characteristic-Bündel zusammen. Erst danach werden aus diesen Characteristic-Bündeln jene ausgesucht, die bei gegebener Budgetrestriktion den individuellen Nutzen maximieren. Die Zusammenstellung der Characteristics erfasst Lancaster mit dem Begriff der Konsumtechnologie. Er geht von (im traditionellen Sinne) objektiven Gütern als Inputs in die Konsumtechnologie aus, ohne jedoch den Zusammenhang zwischen Individuen und Gütern bzw. Characteristics weiter zu hinterfragen.

Hier setzt die Erweiterung des Lancaster-Modells im Ansatz dieser Arbeit an: Ausgehend von den unterschiedlichen Ergebnissen der beiden im Kapitel 2 beschriebenen Vergleiche, scheint die Annahme gerechtfertigt, dass die Inputauswahl für die Konsumtechnologie vom jeweiligen Informationsstatus des Akteurs abhängt.

In diesem Sinne scheinen Güter für die individuelle Nutzenmaximierung nur dann relevant zu sein, wenn dem Akteur die entsprechenden Informationen über sie bzw. ihre Characteristics zur Verfügung stehen. Damit sind Güter alleine keine hinreichende Bedingung für die individuelle Nutzenmaximierung. Sie sind untrennbar mit Informationen verbunden. Dazu kommen als weitere Bedingungen noch die Zugangsmöglichkeit zu diesen Informationen sowie die entsprechenden individuellen Konsequenzen aus ihnen.

Damit Individuen aus Characteristics einen Nutzen ziehen können, müssen vier Bedingungen erfüllt sein:

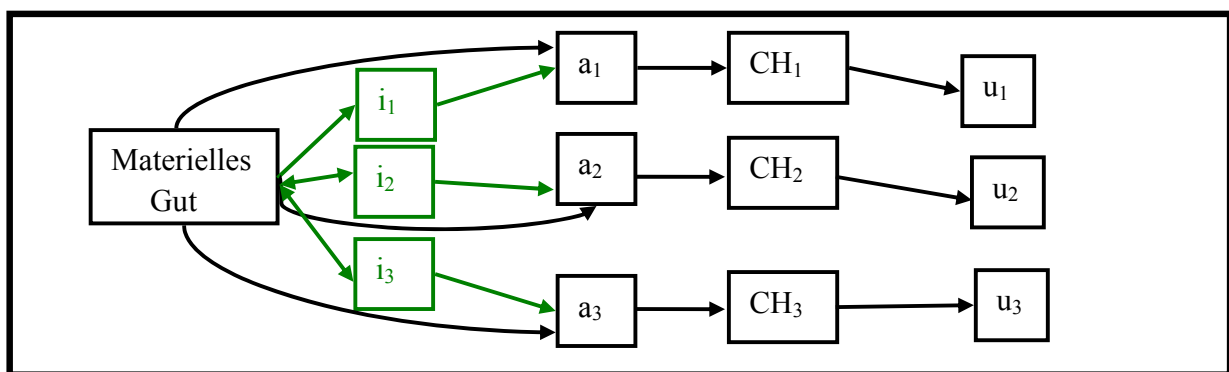
1. die Existenz der entsprechenden materiellen Güter;
2. die individuellen Informationen über diese Güter;
3. der individuelle Zugang zu den Informationen über diese Güter;
4. die entsprechenden individuellen Konsequenzen aus diesen Informationen.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Während im ursprünglichen Lancaster-Modell bereits die materiellen Güter als alleinige Inputs in die Konsumtechnologie eine hinreichende Bedingung für die Characteristic-Produktion darstellen, benötigt die Konsumtechnologie des um einen Informationsparameter erweiterten Lancaster-Modells die in den vorhergehenden Punkten beschriebenen vier Inputs gleichzeitig. Erst wenn diese zusammen wirken, sind die Voraussetzungen dafür gegeben, dass die Individuen ihre Characteristic-Auswahl aus dem UGR treffen und darauf aufbauend, jene individuellen informationsreduzierten Partialgüter konfigurieren können, mit denen sie schließlich ihren Nutzen maximieren.

Die folgende Darstellung zeigt das um einen Informationsparameter erweiterte Lancaster-Modell.

Abbildung 5-2 Lancaster-Modell - Erweiterung um einen Informationsparameter



Quelle: Eigene Darstellung

Gemäß dem ursprünglichen Lancaster-Modell erzeugt der Akteur mit den Activities a_1 bis a_3 mit seiner Konsumtechnologie aus dem materiellen Gut die Characteristics CH_1 bis CH_3 und zieht daraus die Nutzen u_1 bis u_3 . Gemäß dem um einen Informationsparameter erweiterten Lancaster-Modell können Activities erst auf Grund von Informationen wirksam werden. Das materielle Gut und die Informationen treten als komplementäre Inputs für die Konsumtechnologie des Akteurs auf. Das ist durch die grünen Doppelpfeile zwischen dem materiellen Gut und den Informationen ausgedrückt.

Auch die mittels der Konsumtechnologie im Sinne Lancasters mit Gütern als alleinigen Inputs produzierten Characteristic-Bündel können als Partialgüter aufgefasst werden. Lancaster spricht diesen Aspekt jedoch nicht explizit an. Der Begriff informationsreduziertes Partialgut erfasst auch die zusätzlich zu den materiellen Gütern als Inputs in die Konsumtechnologie notwendigen Informationen.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

5.2 Partialgüterkonfiguration IV – Nutzenmaximierung als Entscheidungsregel für die individuelle Partialgüterkonfiguration

Im Kapitel 5.1.1 wurde in den Punkten 2 und 3 bereits angesprochen, dass ein Individuum in der Praxis nicht die gesamte unendliche Menge denkbarer Informationen über ein materielles Gut nützen kann, sondern eine entsprechende Auswahl daraus treffen muss. Es liegt nahe, dass es diese Auswahl auf der Basis einer Nutzenmaximierung hinsichtlich der Informationen trifft. Diese ist einer zeitlichen und finanziellen Budgetrestriktion bezüglich der Beschaffung und Nutzung von Informationen unterworfen.

Mit dieser Nutzenmaximierung im Informationsbereich treten auch die mit den ausgewählten Informationen verbundenen Characteristics in das Bewusstsein des Individuums. Aus ihnen werden in Form einer zweiten Nutzenmaximierung die für das Individuum nutzenmaximierenden Characteristics ausgewählt, bzw. die individuellen Partialgüter konfiguriert. Diese zweite Nutzenmaximierung im Bereich der Characteristics ist einer Budgetrestriktion (im traditionellen Sinne) von der Güterseite her unterworfen.

Beide Nutzenmaximierungen können als interne Nutzenmaximierung bezeichnet werden, weil sie gleichsam einen inneren persönlichen Auswahlvorgang des Individuums in Form einer (doppelten) Nutzenmaximierung beschreiben. Dieser innere persönliche Auswahlvorgang liegt gleichsam eine Etage unterhalb der traditionellen Nutzenmaximierung, die man in Abgrenzung zur internen auch als externe Nutzenmaximierung bezeichnen kann.

Bezug nehmend auf das Lancaster-Modell soll diese interne Nutzenmaximierung gleichsam den Vorgang darstellen, der abläuft, wenn das Individuum die Konsumtechnologie anwendet. Im Rahmen dieses Vorganges reduziert das Individuum die (materiellen) Marktgüter im traditionellen Sinne mit Hilfe von güterrelevanten Informationen durch die Nutzenmaximierung als Konsumtechnologie zu Partialgütern. Die Konfiguration von Partialgütern stellt also im Wesentlichen einen Reduktionsvorgang dar⁴⁰. Mit dieser kurzen Skizzierung des eigentlichen Prozesses der individuellen Partialgüterkonfiguration ist die im Kapitel 3.3 begonnene und in den Kapiteln 4.4 und 5.1 fortgesetzte Darstellung der Idee der Konfiguration eines individuellen Partialgutes durch ein Individuum abgeschlossen

5.3 VISQ und reflektierter Vergleich: Entscheidungsregeln zur Partialgüterveränderung – Konfiguration von Kompromissgütern

Im vorigen Unterkapitel wurde die Konfiguration eines Partialgutes durch ein einzelnes Individuum beschrieben. Hier sollen nun die Möglichkeiten zur Veränderung dieser individuellen Partialgüterkonfiguration bzw. die Abstimmung mehrerer individueller Partialgüterkonfigurationen zwischen mehreren Akteuren skizziert werden.

⁴⁰ Die formale Darstellung der Partialgüterkonfiguration erfolgt im Rahmen der weiteren Vertiefung dieses Ansatzes.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Im Kapitel 2 wurden die Probleme beschrieben, die sich ergeben, wenn augenscheinlich ein und dasselbe Güterpaar (PKW und S-Bahn) von zwei Akteuren mit unterschiedlichen Ergebnissen verglichen wird und daraus unterschiedliche, teilweise auch einander widersprechende Konsequenzen gezogen werden. Als möglicher Ausweg daraus wurde im Kapitel 4.2 der reflektierte Vergleich im Zusammenhang mit einem vereinbarten informationsreduzierten Status quo (VISQ) dargestellt. Dieser Gedanke soll im folgenden Unterkapitel fortgesetzt werden.

5.3.1 Der VISQ als Basis für die Konfiguration von Kompromissgütern

In der individuellen Konfiguration eines Partialgutes spielt die eventuelle Unreflektiertheit von Vergleichen eher eine geringe Rolle, weil eine daraus folgende Fehlbeurteilung von Vergleichsergebnissen im individuellen Bereich bleibt. Wie die Vergleichsproblematik PKW/S-Bahn zeigt, kann eine Fehlbeurteilung jedoch weit reichende Folgen haben, wenn mehrere Akteure aus zwei Gütern jeweils zwei individuelle Partialgüter konfigurieren und bei deren Vergleich unterschiedliche Ergebnisse erzielen. In diesem Falle kann ein Individuum die Vorzugswürdigkeit eines Gutes nicht mehr unreflektiert, alleine auf Grund seines persönlichen Empfindens beurteilen. Es muss in seiner Reflexion auf andere Akteure reagieren, also gemeinsam mit diesen, ausgehend von mehreren RISQ, einen VISQ erarbeiten.

In Fortsetzung der Überlegungen im Kapitel 4.2 geht es dabei konkret um die Schaffung einer Basis für die Zusammenführung zweier individueller Partialgüterkonfigurationen von zwei Akteuren, die sich ursprünglich in unterschiedlichen (informationsreduzierten) Status quo befinden. Auf dieser Basis vollziehen die Akteure dann eine gemeinsame Güterkonfiguration. Die beiden im Kapitel 2 angesprochenen unterschiedlichen Güterpaare (PKW/S-Bahn) werden dabei zu einem ausverhandelten „*Kompromiss-Güterpaar*“ zusammengeführt, wobei, genau gesagt, zuerst die Auswahl und die Bewertung der güterrelevanten Informationen ausverhandelt werden. Erst aus dem Vergleich der beiden Kompromissgüter PKW und S-Bahn wird dann das nutzenmaximierende Gut ausgewählt.

Die im Kapitel 6 angestrebte Schaffung langfristig wohlfahrtsmaximierender Gesamtallokationen von Gütern und Informationen erfordert solche reflektierte, auf einem VISQ aufbauende Vergleiche. Andernfalls würden diese Gesamtallokationen keine gesellschaftliche Akzeptanz erfahren.

5.3.2 VISQ und reflektierter Vergleich PKW/S-Bahn

Auf Grund der vorhergehenden Überlegungen kann die im Kapitel 2 angestrebte Schaffung eines Kompromiss-Güterpaares PKW/S-Bahn also durch eine Veränderung des Informationsstatus und einer daraus resultierenden Veränderung der individuellen (Partial)güter erreicht werden. In Anlehnung an das Kapitel 2 läuft die Konfiguration der neuen Kompromissgüter PKW/S-Bahn theoretisch gesehen, folgendermaßen ab:

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Durch zusätzliche Informationen von der Delegierungsebene her ändert sich der individuelle Informationsstatus des Konsumenten, der vorwiegend seinen PKW benutzt.

Darauf aufbauend, konfiguriert der Konsument die Güter PKW und S-Bahn neu. Das Güterpaar $PKW_1/S\text{-Bahn}_1$ mit dem Präferenzverhältnis $PKW_1 \succ S\text{-Bahn}_1$ im alten Informationsstatus wird so zum Güterpaar $PKW_2/S\text{-Bahn}_2$ mit dem neuen Präferenzverhältnis $S\text{-Bahn}_2 \succ PKW_2$ im neuen Informationsstatus⁴¹. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass der Konsument dabei seine ursprünglichen Präferenzen nicht zu verändern braucht, da er nur auf den ersten Blick in beiden Informationsstatus dieselben Güter vergleicht. Tatsächlich werden in beiden Informationsstatus unterschiedliche Güter verglichen. Das Güterpaar $PKW_2/S\text{-Bahn}_2$ unterscheidet sich vom Güterpaar $PKW_1/S\text{-Bahn}_1$ durch die andere Konfiguration der Gütereigenschaften. In beiden Informationsstatus liegen also insgesamt vier verschiedene Güter vor. Für sie gelten folgende Präferenzverhältnisse:

$S\text{-Bahn}_2 \succ PKW_2$;

$S\text{-Bahn}_2 \succ PKW_1$;

$S\text{-Bahn}_2 \succ S\text{-Bahn}_1$;

$PKW_2 \succeq PKW_1 \vee PKW_2 \preceq PKW_1$;

$PKW_2 \succeq S\text{-Bahn}_1 \vee PKW_2 \preceq S\text{-Bahn}_1$;

$PKW_1 \succ S\text{-Bahn}_1$;

$S\text{-Bahn}_2 \succ S\text{-Bahn}_1$.

Dabei repräsentieren die Präferenzverhältnisse $S\text{-Bahn}_2 \succ PKW_2$, $S\text{-Bahn}_2 \succ PKW_1$ und $S\text{-Bahn}_2 \succ S\text{-Bahn}_1$ den zweiten Informationsstatus, das Präferenzverhältnis $PKW_1 \succ S\text{-Bahn}_1$ den ersten Informationsstatus. Das Präferenzverhältnis $PKW_2 \succeq PKW_1 \vee PKW_2 \preceq PKW_1$ drückt aus, dass unerheblich ist, ob der PKW_2 besser, gleich oder schlechter als der PKW_1 bewertet wird. Das Präferenzverhältnis $PKW_2 \succeq S\text{-Bahn}_1 \vee PKW_2 \preceq S\text{-Bahn}_1$ drückt aus, dass es unerheblich ist, ob der PKW_2 besser, gleich oder schlechter als die $S\text{-Bahn}_1$ bewertet wird. Entscheidend ist, dass die $S\text{-Bahn}_2$ besser als alle anderen drei Güter bewertet wird. Das Präferenzverhältnis $PKW_1 \succ S\text{-Bahn}_1$ bleibt bei diesen Annahmen in jedem Fall erhalten. Der Akteur verstößt also nicht gegen das erste Axiom der enthüllten Präferenzen.

Dieser Veränderungsprozess besteht in einer gemeinsamen Festlegung beider Akteure (Delegierungsebene und Konsument), welche Informationen hinsichtlich des PKW und der S-Bahn verwendet und wie diese bewertet werden sollen. Im Rahmen dieser Festlegung werden also zuerst der Wert einer intakten Umwelt, einer effizienten Infrastruktur, der Wert der Flexibilität, der Bequemlichkeit usw. sowie die diesbezüglich zu berücksichtigenden Informationen festgelegt. Darauf aufbauend, wird dann die Konsumationsform mit einer

⁴¹ Die Veränderung des Güterpaares verläuft entsprechend der Darstellung in Kapitel 2.1.2.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

gegenüber der PKW-Nutzung stärkeren S-Bahn-Nutzung entsprechend der Präferenz S-Bahn \succ PKW als mittel- und langfristig nutzenmaximierend erkannt.

Um das mit diesem Ansatz verbundene Veränderungspotenzial hinsichtlich eines Umstiegs vom PKW auf die S-Bahn bzw. allgemein hinsichtlich der Schaffung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güterallokationen herauszuarbeiten, sei hier auf den Zusammenhang zwischen diesen Überlegungen und jenen des Kapitels 4 verwiesen. Die hier dargestellte Form einer Konsumationsänderung beinhaltet eine gleichzeitige Güterveränderung auf Grund einer informationsbedingten Veränderung der Auswahl bzw. der Menge von Characteristics samt deren dazugehöriger Präferenzrelationen. Dabei repräsentiert eine Präferenzrelation auf einer bestimmten Ebene des unendlichen Güterbündelregresses eine Präferenzmehrheit auf einer dieser Ebene untergeordneten Ebene. In diesem Sinne ändert sich eine bestimmte Präferenzrelation bzw. in der Folge dann eine gewählte Güterallokation nicht, weil sich der Geschmack des Akteurs hinsichtlich bestimmter Characteristics ändert, sondern auf Grund informationsbedingt wechselnder Mehrheiten von Präferenzrelationen auf einer diesen bestimmten Characteristics untergeordneten Ebene von Characteristics.

Mit diesem komplexen Prozess kann nachvollzogen werden, warum auch noch so klare und nachvollziehbare Informationen beispielsweise hinsichtlich einer angestrebten vermehrten Nutzung der S-Bahn relativ wenig bewirkten: Man konzentriert sich zu sehr auf die Veränderung des individuellen Geschmacks hinsichtlich bestimmter Characteristics, also die Veränderung von Präferenzen direkt, anstatt die Präferenzen und damit den individuellen Geschmack hinsichtlich bestimmter Characteristics unverändert zu lassen und diese einfach durch die Schaffung neuer Characteristics zu „überstimmen“.

Gerade die Möglichkeit der Überstimmung unveränderter (Sub)präferenzen stellt ein erhebliches Veränderungspotenzial hinsichtlich des Umstiegs vom PKW auf die S-Bahn dar.

5.3.3 Reflektierter Vergleich PKW/S-Bahn – temporäre Lösung

Die bisherigen Überlegungen hinsichtlich der Informationsabhängigkeit aus bestimmten Status quo-Situationen heraus konfigurierter Partial- und Kompromissgüter zeigen, dass auch bei einem reflektierten Vergleich zwischen PKW und S-Bahn kein objektiv „richtiges“ Ergebnis möglich ist. Beispielsweise waren in den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts im Unterschied zu heute die damals möglichen Höchstkonzentrationen an PKWs kein besonderes Umweltproblem. Eine ähnliche Entwicklung wäre in der Zukunft im Zusammenhang mit der S-Bahn möglich: Heute sind wesentliche Konsumsteigerungen bei diesem Fortbewegungsmittel denkbar, ohne die Umwelt nennenswert zusätzlich zu belasten. Es ist aber auch vorstellbar, dass in der Zukunft Erkenntnisse auftreten, die eine Umweltschädigung bei einer stark erhöhten Nutzung der S-Bahn sichtbar machen.

Grundsätzlich ist weder eine im traditionellen Sinne objektiv adäquate Form noch eine objektiv adäquate Menge von Informationen über diese beiden Güter bestimmbar. Beide müssen immer

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

im Rahmen einer Einigung der Akteure zustande kommen. Im Rahmen einer Einigung werden aber immer situationsbedingte subjektive Selektionen und Abwägungen der Informationen vorgenommen. Beide sind von individuellen bzw. Gruppeninteressen durchwirkt und wiederum von einem jeweils gegebenen, sich jedoch ständig ändernden Informationsstatus abhängig. Bestimmte Vergleichsergebnisse stellen daher immer nur eine temporäre, wissensstands-, situations- und interessenbezogene Lösung dar – mit allen darin enthaltenen Manipulationsmöglichkeiten. Es bedeutet jedoch zweifellos einen Fortschritt, wenn das Konsumverhalten aller Akteure sich möglichst stark an einem temporären Wissensstand orientiert. In diesem Sinne könnte die hier vorgeschlagene Vorgangsweise zur Änderung der Präferenzen, weg vom PKW, hin zur S-Bahn, einen Fortschritt bedeuten.

5.4 Resümee des Kapitels 5

1. Bezüglich des Zusammenhanges zwischen Individuen, Informationen und Gütern lassen sich drei verschiedene theoretische Annahmen unterscheiden:
 - a) die Annahme vollkommener Information;
 - b) die logisch mögliche Annahme einer unbegrenzten Anzahl von Informationen bezüglich bestimmter Güter oder Characteristics;
 - c) die Annahme, dass Individuen in Abhängigkeit von ihrer Informationssituation eine ihren Nutzen maximierende Auswahl von Characteristics aus dem UGR treffen.
2. Zur formalen Darstellung dieses individuellen Auswahlverfahrens wird das um einen Informationsparameter erweiterte Lancaster-Modell verwendet. Damit kann auch die Analogie der Wirkung von Güter- und Informationsveränderungen erfasst werden.
3. Die individuelle Auswahl von Characteristics aus dem UGR kann mit einer individuellen Nutzenmaximierung begründet werden.
4. Die Nutzenmaximierung für die Konfiguration von Characteristic-Bündeln in Form eines informationsabhängigen Partialgutes wird als interne Nutzenmaximierung bezeichnet. Dabei werden in einem ersten Schritt die nutzenmaximierenden Informationen ausgewählt. In einem zweiten Schritt wird der Nutzen der mit diesen ausgewählten Informationen verbundenen Characteristics maximiert. Diese zweistufige Nutzenmaximierung ist das Instrument der individuellen (Partial)güterkonfiguration.
5. Diese interne Nutzenmaximierung beschreibt die Aktivitäten im Rahmen der Konsumtechnologie im Sinne Lancasters.
6. Auf der internen individuellen Nutzenmaximierung aufbauend, setzt die externe traditionelle Nutzenmaximierung auf der Güterebene an.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

7. Der verhandelte informationsreduzierte Status quo (VISQ) bezeichnet das zwischen Akteuren ausverhandelte Ergebnis hinsichtlich der Auswahl und Bewertung von Gütereigenschaften. In diesem Sinne können etwa die beiden im Kapitel 2 angesprochenen unterschiedlichen Güterpaare (PKW/S-Bahn) zu einem ausverhandelten „**Kompromiss-Güterpaar**“ zusammengeführt werden, wobei, genau gesagt, die Auswahl und die Bewertung der güterrelevanten Informationen ausverhandelt werden.
8. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sind ein „Kompromiss-Pkw“ und eine „Kompromiss-S-Bahn“, jeweils in Form eines Partialgutes.
9. Dieser erzielte Kompromiss stellt keine „objektiv richtige“, sondern nur eine temporäre, von einem VISQ abhängige Lösung dar.
10. Nur aus diesem Kontext heraus kann gesagt werden, dass die Allokation zwischen PKW und S-Bahn mit einer im Verhältnis zur PKW-Nutzung stärkeren S-Bahn-Nutzung vorzugswürdig und damit eine anzustrebende Allokation ist.
11. Von bestehenden Modellen werden unter Anderem übernommen:
 - a) die subjektivistische Sichtweise;
 - b) die Auffassung, dass der Wert bzw. Nutzen von Gütern diesen nicht immanent ist, sondern von individuellen Präferenzen hinsichtlich verschiedener Güter bestimmt wird.
12. Von traditionellen Modellen unterscheidet sich dieser Ansatz unter Anderem in folgenden wesentlichen Punkten:
 - a) hinsichtlich der Stellung der Informationen im Modell;
 - b) durch die Setzung von Partialgütern an die Stelle von Gütern.
 - c) Der Ansatz führt Allokationsänderungen nicht auf Preisänderungen, sondern auf Änderungen von Informationsstatus zurück.
 - d) In diesem Zusammenhang werden die individuellen Präferenzen und deren Veränderungen auf einen jeweiligen Informationsstatus bzw. dessen Veränderung zurückgeführt.

5.5 Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – Offene Fragen

Der in diesem Kapitel skizzierte Weg von einem unendlichen Güterbündelregress, einem unreflektierten Status quo und einer daraus resultierenden unreflektierten Güterkonfiguration mittels unreflektierter Vergleiche zu einer reflektierten Konfiguration von Partialgütern anhand einer Nutzenmaximierung und eines reflektierten Vergleichs als Entscheidungsregeln ist der Versuch, den von Menger beschriebenen Weg eines Dinges zu einem Gut formal darzustellen. Die Abgrenzung des Ansatzes dieser Arbeit zu entsprechenden Aspekten anderer Modelle in dieser Hinsicht kann besonders deutlich anhand der alternativen Anwendung des Lancaster-

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Modells, welche den Informationsmarkt und den Status quo in die Güterkonfiguration und die Erstellung anzustrebender Allokationen einbezieht, vorgenommen werden.

5.5.1 Das Lancaster-Modell: Schritt in die Richtung eines Subjektivismus – Bindeglied zwischen unendlichem Güterbündelregress und Realität

Mit der Einführung der individuellen Auswahl der Characteristics durch den Konsumenten geht Lancaster einen bedeutenden Schritt hin zum Subjektivismus. Dabei sind für ihn die Güter– nicht zuletzt wegen der Annahme einer vollkommenen Information – jedoch objektiv gegeben.

Durch die Informationsbasierung der Güter bzw. der Konsumtechnologie Lancasters im Ansatz dieser Arbeit benötigen die Konsumenten nun nicht mehr ausschließlich Güter, sondern zusätzlich Informationen als Inputs, um ihren Nutzen zu maximieren. Güter können im Unterschied zu Lancaster nur im Zusammenspiel mit Informationen wirksam werden.

Durch die Aufsplitterung der Güter in Characteristics im Lancaster-Modell ergibt sich eine Analogie zum UGR der sich ja ebenfalls – wenn auch in komplexerer Weise – aus Characteristics zusammensetzt. Damit kann das Lancaster-Modell eine Brücke zwischen dem an sich nicht operationalisierbaren UGR und der real gegebenen Handhabung von Gütern bilden.

Da im Lancaster-Modell die Nutzenmaximierung auf der Basis ausgewählter Characteristic-Bündel erfolgt, kann auch in diesem Modell von Partialgütern gesprochen werden, was Lancaster allerdings nicht explizit tut. Diese Partialgüter werden von Lancaster als objektiv gegebene Basis für die individuelle Nutzenmaximierung betrachtet.

Im Ansatz dieser Arbeit hingegen konfigurieren die Akteure durch die Auswahl der Characteristics nach den beiden Entscheidungsregeln zuerst ihre individuellen Partialgüter, bevor sie mit diesen ihren Nutzen maximieren.

5.5.2 Das Lancaster-Modell: Ausschluss des Status quo-Aspekts auf Grund der Beschränkung durch die Rationalwahltheorie

Als Modell der Rationalwahltheorie kann das Lancaster-Modell in seiner ursprünglichen Form nur das Verhältnis zwischen Güterbündeln, Gütern und Gütereigenschaften innerhalb eines bestimmten Status quo beschreiben. Der Grund, warum es keine Parameter für die Entstehungsbedingungen von Status quo-Situationen und deren eventuelle Veränderung beschreiben⁴² kann, liegt in der Modellstruktur der Rationalwahltheorie, welche die Entstehungsbedingungen und damit auch die von ihnen beeinflusste Güterwahrnehmung nicht erfasst.

Da das Lancaster-Modell von einem Zustand vollkommener Information ausgeht, erfasst es auch keine unterschiedlichen Status quo-Situationen, auch wenn diese bereits auf den

⁴² Ruprecht, Wilhelm, Konsumverhalten in evolutionsökonomischer Perspektive, in Walter, Rolf, Geschichte des Konsums, 2004, Seite 44.

5 Entscheidungsregeln für die Konfiguration von Partialgütern und Vergleichsgrundlagen

Informationsaspekt reduziert wurden. Bezüglich des Informationsaspektes haben bei Lancaster alle Individuen also denselben Status quo.

Lancaster umgeht damit die Frage nach der Entstehung von Gütern aus Dingen im Sinne Mengers. Das Modell erfasst die Vergangenheit von Gütern nicht. Es macht auch keine Aussagen über deren Zukunft und in der Folge auch keine Aussagen über eine mögliche Zusammenführung von unreflektierten in reflektierten Vergleichen. Mit dem eingeführten Informationsparameter kann das erweiterte Lancaster-Modell jedoch auch diese Bereiche teilweise erfassen. In diesem Sinne vertritt dieser Ansatz einen „informationsreduzierten Subjektivismus“: Die Akteure und ihr jeweiliger Status quo werden nur hinsichtlich ihrer in Informationen fassbaren güterrelevanten Aspekte diskutiert.

5.5.3 Offene Fragen

Da in den bisherigen Überlegungen nur maximal zwei Akteure auftraten, genügten die Nutzenmaximierung und der reflektierte Vergleich als Entscheidungsregeln zur Schaffung einer (im normativen Sinne) für diese Akteure optimalen (Partial)güterallokation. Sie genügten auch, um Veränderungen solcher Allokationen zu beschreiben und damit die dritte und vierte der offenen Fragen des Kapitels 2 teilweise zu beantworten.

Bezüglich einer gesellschaftlich anzustrebenden langfristig wohlfahrtsmaximierenden Allokation der Gesamtheit aller Güter eines Marktes greifen die beiden Entscheidungsregeln allerdings zu kurz, weil sie u. A. den gesellschaftlichen und technischen Fortschritt sowie den Nachhaltigkeitsaspekt von Allokationen nur bedingt erfassen können. Im nächsten Kapitel werden daher einige zusätzliche Entscheidungsregeln vorgeschlagen, welche auch diesen Anforderungen genügen.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Schlüsselbegriffe

Partieller Rückschritt: Entscheidung zu einem Zeitpunkt t_3 für ein bereits zum Zeitpunkt t_1 gewähltes (Partial)gut, demgegenüber im Rahmen eines Fortschrittsprozesses zu einem Zeitpunkt t_2 ein anderes (Partial)gut präferiert wurde. Dabei verändert sich das (Partial)gut auf Grund der Änderung eines individuellen Informationsstatus im Fortschrittsprozess so, dass auf einer bestimmten Characteristic-Ebene bestehende Präferenzverhältnisse gleich bleiben, aber durch neu hinzutretende überstimmt werden. Diese neu hinzutretenden Präferenzverhältnisse rufen auf der dieser bestimmten Characteristic-Ebene übergeordneten Ebene den falschen Eindruck eines Wechsels der Präferenzen hervor. Dieser falsche Eindruck entsteht dadurch, dass das Partialgut zum Zeitpunkt t_3 mit jenem des Zeitpunktes t_1 gleichgesetzt wird. Das Partialgut zum Zeitpunkt t_3 ist jedoch auf Grund der durch den geänderten individuellen Informationsstatus neu hinzutretenden Characteristics ein anderes als jenes zum Zeitpunkt t_1 .

Teilzirkulärer Fortschrittsfad: Fortschrittsfad, mit einem Rückschritt auf einer oder mehreren Characteristic-Ebenen.

Relativierte Rationalität: Rationalität die nicht objektiv gegeben ist, sondern jeweils aus einem bestimmten Informationsstatus bzw. VISQ heraus definiert wird.

Minimierte Hegemonie: Minimierung verschiedener empirisch gegebener Hegemonie-Aspekte, beispielsweise einer „natürlich gegebenen“ Ungleichverteilung von Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.

In der bisherigen Analyse wurden von einem Informationsstatus abhängige Allokationen zweier Güter aus der Sicht zweier Akteure (individuelle Ebene – mehr PKW, Delegierungsebene – mehr S-Bahn) behandelt. Aus der Sicht eines Gesamtmarktes gesehen, gibt es dabei vier Aspekte des Partial-Charakters der Analyse in den vorhergehenden Kapiteln:

1. den Partialaspekt, dass nur Teile der Gesamtheit aller Characteristics des PKW und der S-Bahn zur Konsumation bzw. Nutzenmaximierung herangezogen werden;
2. den Partialaspekt, dass der PKW und die S-Bahn als Güter in der Gesamtheit aller Güter eines Marktes zu sehen sind;

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

3. den Partialaspekt, dass im Rahmen der theoretischen Erfassung der realen Markthandlungen auf Grund deren Reduktion auf den Informationsaspekt trotz der Annahme dynamischer Güter und adaptiver Präferenzen immer nur Teilaspekte des in der Realität gegebenen Güterentwicklungs- und Status quo-Entwicklungsprozesses herausgegriffen werden können;
4. den Partialaspekt, dass nur maximal zwei Akteure aus der Gesamtheit aller Marktakteure herausgegriffen werden.

Will man allgemein – also für mehrere Akteure – wünschenswerte Allokationen mehrerer Güter eines Marktes schaffen, kann man das über verschiedene Zwangs- und steuerliche Lenkungsmaßnahmen erreichen.

Eine zusätzliche Möglichkeit bildet die Schaffung von für eine langfristig wohlfahrtsmaximierende Güterallokation notwendigen Zugangsmöglichkeiten zu güterrelevanten Informationen am Informationsmarkt mit Hilfe gesellschaftlicher Entscheidungsregeln. Sie soll in diesem Kapitel genauer beschrieben werden. Hierbei geht es um die Beantwortung der fünften der offenen Fragen des Kapitels 2.

6.1 Gesellschaftlich anzustrebende Gesamtallokationen – Probleme traditioneller Modellannahmen und Entscheidungsregeln

Soll der in den bisherigen Kapiteln begonnene Weg auch für eine Politikberatung relevant sein, darf er nicht nur eine Allokation zu einem bestimmten Zeitpunkt als Ziel haben. Der gesellschaftliche und technische Fortschritt erfordern, dass Entscheidungsregeln auch für eine gesellschaftlich wünschenswerte Entwicklung dieser Allokation gelten.

Auf den ersten Blick scheint es nahe zu liegen, in diesem Zusammenhang von einer Güterverteilung anstatt von einer Allokation zu sprechen. Im Sinne des Ansatzes dieser Arbeit, der davon ausgeht, dass gesellschaftlich verteilte Güter gemäß dem Lancaster-Modell den Input für die individuelle Produktion von Characteristics zur Nutzenmaximierung darstellen, sind diese Güter zusammen mit den Informationen Produktionsmittel für die Konsumtechnologie. Insofern ist der Begriff Allokation in diesem Falle gerechtfertigt.

6.2 Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 1: minimale Hegemonie am Informations- und Gütermarkt

Wie bereits im Unterkapitel 4.4 angesprochen, wirken Hegemonieformen⁴³ u. A. in Form einer joint Production, also von der Güterseite her, auch auf der individuellen Ebene der

⁴³ Diktatur- oder Hegemonie-Positionen (staatliche Monopole) haben jedoch nicht ausschließlich negative Auswirkungen. Sie können auch dazu beitragen, ein Marktversagen zu verhindern oder wenigstens zu minimieren.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Partialgüterkonfiguration. Diese Hegemonieformen werden durch die gewinnmaximierende Gestaltung von Zugängen zu Informationen seitens der Produzenten oftmals verstärkt.

Diese empirische Gegebenheit verschiedener Hegemonieformen legt nahe, dass es nicht möglich und daher auch nicht sinnvoll ist, zu versuchen, sie im Marktgeschehen ganz auszuschalten. Vielmehr ist es sinnvoll, sie zu beobachten, um sie im Zaum zu halten.

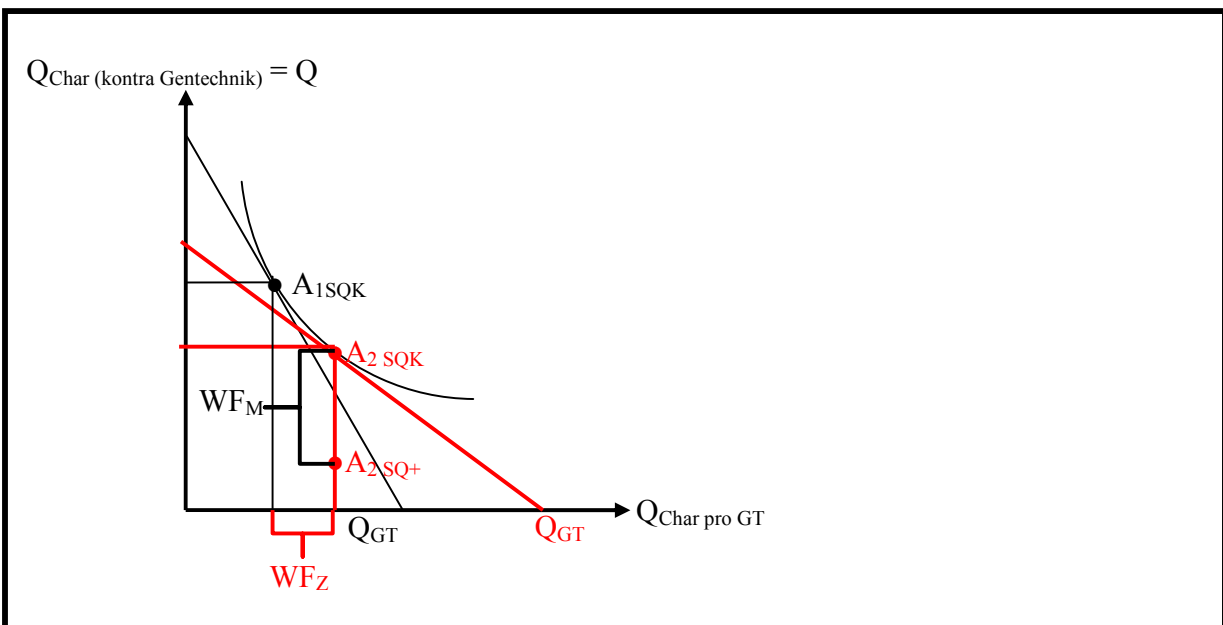
Viele traditionelle Modellannahmen und Entscheidungsregeln basieren auf der bereits im Unterkapitel 5.1.1 angesprochenen Annahme vollkommener Information bzw. einer gleichmäßigen Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen. Diese für die Formalisierung von Modellen sehr wirksame Annahme erweist sich in der Praxis jedoch als sehr restriktiv. Die Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen ist in der Realität oftmals sehr ungleich.

Mögliche Konsequenzen daraus sollen in der folgenden Abbildung dargestellt werden:

In diesem Falle kann eine relativ kleine Gruppe mit der (hegemonialen) Steuerung von Informationszugängen die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Vor- und Nachteilen gentechnischer Produkte, also die Ergebnisse der Anwendung von Entscheidungsregeln lenken und damit nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die zukünftige Marktsituation (z. B. Kosten zur Beseitigung von Gen-Schäden usw.) stark beeinflussen.

Die folgende Abbildung beschreibt eine solche hegemoniale Einflussnahme über die Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen⁴⁴:

Abbildung 6-1 Einfluss über die Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen



Quelle: Eigene Darstellung

⁴⁴ An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass sich die Begriffe Verteilung, Ungleichverteilung, Allokation und das Adjektiv zusätzlich im Zusammenhang mit Informationen auf die Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen beziehen.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Die obige Abbildung zeigt drei Allokationen der Verwendung von Gentechnik- und nicht Gentechnik-Produkten. Wichtig dabei ist die Annahme unveränderlicher Nominalpreise. Auf der Abszisse der Grafik ist die Menge der konsumierten Gentechnik-Produkte, auf deren Ordinate die konsumierte Menge der Nicht-Gentechnik-Produkte abgebildet. Die Indifferenzkurve bezeichnet alle Mengenverhältnisse beider Produktarten, zwischen denen die Akteure indifferent sind. Die Allokation A_{1STK} ergibt sich aus einer bestimmten Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen. Dabei steht SQK für einen bestimmten informationsreduzierten Status quo der Konsumenten im Unterschied zu SQ^+ , das für einen anderen Status quo mit anderen bzw. darüber hinaus gehenden Informationen steht.

Nun erhalten die Akteure auf Grund einer Veränderung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen eine größere Vielfalt (z. B. mehrere Maisarten) und/oder eine größere Menge von Characteristics (mehr Mais) von Gentechnikprodukten – deren reale Preise sinken. Gleichzeitig erhalten die Akteure Informationen über negative (weniger positive) Characteristics der gentechnikfreien Produkte – deren reale Preise steigen. Diese Entwicklung beschreibt die Drehung der schwarzen Budgetgeraden in die rote und die Allokation A_{2SQK} .

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass der durch die Informationswirkungen bedingte Allokationswechsel von zwei verschiedenen Status quo her gesehen werden muss: vom Status quo der Konsumenten (SQK) und vom Status quo der Gentechnik-Produzenten (SQ^+) mit zusätzlichen Informationen über die eventuelle Schädlichkeit von Gentechnik-Produkten. Vom Status quo SQK her gesehen wird die Veränderung durch den Allokationswechsel $A_{1STK} \Rightarrow A_{2STK}$ beschrieben. Die Akteure bleiben dabei auf ihrer Indifferenzkurve.

Aus der Sicht des Status quo SQ^+ fallen sie langfristig gesehen durch die von der Gentechnik verursachten Schäden aber unter das Nutzenniveau ihrer Indifferenzkurve, indem sie zur Allokation A_{2SQK^+} wechseln. Dabei bleibt die Menge genutzter Gentechnikprodukte gleich, der Nutzenverlust wird in Einheiten von Nicht-Gentechnikprodukten ausgedrückt. Er ist proportional zu den nachteiligen hegemonialen Informationswirkungen. Hier liegt also eine (den Akteuren mehr oder weniger bewusste) Zwangssituation vor.

Dieser Prozess der Allokationsverschiebung hat eine Steigerung der individuellen Wohlfahrt Weniger (Gentechnik-Produzenten) auf Kosten der Wohlfahrt Vieler zur Folge. In der obigen Abbildung wird die Wohlfahrtszunahme für die Gentechnik-Produzenten durch die rote Klammer WF_Z , die Wohlfahrtsminderung für die Mehrheit der Bürger durch die schwarze Klammer WF_M repräsentiert.

Im Kapitel 8 wird eine Möglichkeit skizziert, wie mit Hilfe einer Informationsagentur als überstaatlicher Institution bzw. als wohlmeinendem Hegemon, Akteure ohne Zwang zu einer Reallokation von Gütern animiert und gegen Hegemonen weitgehend geschützt werden können.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

6.3 Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 2: Umgang mit einer relativierten Rationalität

Eine demokratische Vorgangsweise bei der Schaffung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen erfordert in jedem Falle ein bestimmtes Maß an Rationalität in der Gesellschaft. In diesem Unterkapitel wird die Beurteilbarkeit der Rationalität der Individuen vor dem Hintergrund informationsbasierter Güter und Characteristics diskutiert. Den Ausgangspunkt dabei bildet Carl Christian von Weizsäckers Relativierung des Homo Oeconomicus-Modells.

6.3.1 Rationalität und Homo Oeconomicus-Modell – Relativierung durch von Weizsäcker

Quasi-Präferenzen, welche die gegenseitige Erreichbarkeit von Warenkörben über die Zeit hinweg um Ausdruck bringen, sind gemäß von Weizsäcker „ein für allemal fix, wie es die Präferenzen bezüglich verschiedener Warenkörbe im herkömmlichen Homo Oeconomicus-Modell sind.“

Die Adaptivität von Präferenzen drückt laut von Weizsäcker auch einen Aspekt der Situationsgebundenheit von Präferenzen aus. Da die Rationalität per definitionem nicht situationsgebunden ist und Präferenzen, wenn sie den beiden Enthüllungs-Axiomen entsprechen, ein starkes rationales Element aufweisen, eignet sich deren adaptive Form als Modell für die Darstellung einer menschlichen Mindestrationalität, als einem Bindeglied zwischen Rationalität und A-Rationalität. Von Weizsäcker verbindet mit seinen beiden Theoremen diesen Bereich der Mindestrationalität mit dem Homo Oeconomicus Modell als einem Modell der vollen Rationalität.

Aus dem Ansatz dieser Arbeit heraus sind auch die Quasi-Präferenzen auf Grund ihrer notwendigen Einbettung in einen UGR und in verschiedene Informationssituationen als Argument für ein Homo-Oeconomicus-Verhalten zu relativieren.

Von Weizsäcker sagt auf Seite 28: „Nun beachte man, dass der Pfad der allmählichen Anpassung ein Fortschrittspfad ist: denn die Person wählt ja frei den Warenkorb $[x_1]$ im Rahmen der neuen Budgetbeschränkung, die es ihr auch ermöglicht hätte, am alten Warenkorb x_0 zu verharren. Jede Veränderung ihrer Nachfrage als Ausdruck der sich allmählich verändernden Präferenzen muss daher immer als Verbesserung verstanden werden.“

Was eine Verbesserung ist, kann gemäß dem Ansatz dieser Arbeit aber nur vor dem Hintergrund einer bestimmten Güterebene und hinsichtlich eines bestimmten Informationsstatus bestimmt werden. Daher kann hinsichtlich einer bestimmten Characteristic-Allokation und einer bestimmten Informationsallokation ein Homo Oeconomicus- Verhalten vorliegen, hinsichtlich derselben Characteristic-Allokation und einer anderen Informationsallokation jedoch nicht.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Von Weizsäcker sieht die Theorie adaptiver Präferenzen als eine Theorie des eingeschränkt rationalen Individuums, das bei konstant bleibender Umwelt – etwa einer konstant bleibenden Budgetbeschränkung – lernt. Er spricht dabei von einem Lernprozess des Individuums bezüglich verschiedener Güter oder bezüglich seiner eigenen Präferenzen. Gerade das Ergebnis eines Lernprozesses ist aber stark von den gegebenen Informationen, auf denen dieser ja aufbaut, abhängig. Das gilt natürlich auch für Lernprozesse im Sinne einer Anpassung des Individuums an seine Umwelt. „... der Entfaltungsprozess der Rationalität, der immer rationaler werdenden Anpassung an die Umwelt“ wird in diesem Sinne nicht nur, wie von Weizsäcker sagt, durch die Umwelt selbst, sondern beispielsweise auch durch die Informationsvoraussetzungen (Zugänglichkeit der Informationen usw.) und die Form der individuellen Konsequenzen aus Informationen beeinflusst.

6.3.2 Ausdehnung von Weizsäckers Relativierung der Rationalität und des Homo Oeconomicus-Modells – Konsequenzen

Von Weizsäcker sagt weiters: „[Aus der ständigen Veränderung der Umwelt] ... ist zu schließen, dass man in der Realität eine jeweils recht unvollkommene Anpassung an die Umwelt beobachtet und dass in der realen Welt die jeweils vorgefundenen Präferenzen weit entfernt sind von den Präferenzen, die schon optimal an die vorgefundene Umwelt angepasst sind.“

Wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, sind Präferenzen Ergebnisse von nur beschränkt gültigen, weil informationsabhängigen Vergleichen. Will man also von Weizsäckers „jeweils vorgefundene Präferenzen“ mit „den Präferenzen, die schon optimal an die vorgefundene Umwelt angepasst sind“ vergleichen, kann man auf Grund der beschränkten Gültigkeit von Vergleichsergebnissen gar nicht entscheiden, wieweit eine Anpassung von Präferenzen an diese Umwelt tatsächlich erfolgt ist⁴⁵.

Die notwendige Einbettung der Präferenzen in verschiedene Informationssituationen und damit auch in deren Abhängigkeit von jenen Instanzen, die für die Bereitstellung und Allokation von Informationen verantwortlich sind, bedeutet eine starke Abhängigkeit von Faktoren, auf die das Individuum keinen oder nur einen geringen Einfluss hat.

Diese Relativierungen der Präferenzen implizieren damit natürlich auch eine weit über von Weizsäcker hinausgehende Relativierbarkeit der individuellen Rationalität mit vielen daraus resultierenden Manipulationsmöglichkeiten für Hegemonen. Vor allem aber haben diese Relativierungen der Präferenzen über die Relativierung der individuellen Rationalität auch weit reichende Konsequenzen hinsichtlich der persönlichen Intimsphäre, der Wertschätzung von Individuen und hinsichtlich des freien demokratischen Menschen- und Weltbildes überhaupt. Die rein formal eher harmlos erscheinende Ausweitung der Wirkungen eines Marktversagens in Form

⁴⁵ Siehe dazu auch der Hinweis auf Wittgenstein und Lorenz hinsichtlich der allgemeinen erkenntnistheoretischen Fragestellung Erkenntnis/objektiv gegebene Umwelt in Fußnote **Fehler! Textmarke nicht definiert.** auf Seite 34.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

von Hegemonien auf den internen Bereich der Güter und den intimen individuellen Bereich der Marktakteure zeigt mögliche, sehr dramatische Folgen dieses Marktversagens auf.

All diese Relativierungsmöglichkeiten machen darüber hinaus auch Irrwege in der ökonomischen (und im weiteren Sinne der gesellschaftlichen) Entwicklung möglich – beispielsweise extrem ineffiziente und ungerechte Fehlallokationen, die nur für wenige Individuen, Firmen oder Institutionen wünschenswert sind.

Solche Entwicklungen können von staatlichen Institutionen natürlich nicht gänzlich vermieden, aber doch erheblich minimiert werden. Dafür bedarf es unter anderem der im Kapitel 8 beschriebenen Informationsagentur als institutioneller Unterstützung.

6.3.3 Von Weizsäckers zweites Fortschrittsfad-Theorem und informationsbasierte Güter – informationsbasierte Definition der Rationalität

In seinem zweiten Theorem zum Fortschrittsfad sagt von Weizsäcker: „Unter bestimmten realistischen Bedingungen gilt: Sind Fortschrittsfade nicht-zirkulär, dann gibt es im Güterraum eine Quasi-Präferenz-Struktur, die dem Homo Oeconomicus Modell entspricht. Diese Quasi-Präferenz-Struktur ist ein Indikator dafür, welcher Güterkorb von welchem anderen Güterkorb mithilfe eines Fortschrittsfadens erreicht werden kann. Ferner sind die Präferenzen dann adaptiv.“ Die im Unterkapitel 4.3.5 angesprochenen teiladaptiven Präferenzen erfordern auch eine Neubetrachtung des von Weizsäcker angesprochenen engen Zusammenhanges zwischen der Adaptivität von Präferenzen und der Nicht-Zirkularität von Fortschrittsfadern als Rationalitätskriterium.

Die auf monolithische Güter gerichteten „rein adaptiven“ Präferenzen werden durch ihre Aufsplitterung in verschiedene (nicht-, teiladaptive oder adaptive) Sub-Präferenzen und deren Zuordnung zu verschiedenen Güterebenen relativiert⁴⁶. Daraus ergibt sich die bereits angesprochene Relativierung der Zirkularität von Fortschrittsfadern.

In der Folge muss aber auch die aus dem Zusammenhang zwischen adaptiven Präferenzen und nicht-zirkulären Fortschrittsfadern abgeleitete Definition der Rationalität relativiert werden:

Eine solche Relativierung alleine hätte eine nicht zu operationalisierende Vielfalt nebeneinander existierender, informationsabhängiger Rationalitäten zur Folge. Wie bei der Schaffung einheitlicher Vergleichsgrundlagen, liegt es daher auch in diesem Falle nahe, einen VISQ zu schaffen, aus dem heraus rationales Verhalten eindeutig, wenn auch nur temporär und nicht im traditionellen Sinne objektiv definiert wird.

Dafür müssen bestimmte Vereinbarungen bezüglich der in die Rationalitätsbewertung einzubeziehenden Güterebenen sowie bezüglich der mit ihnen zusammenhängenden Präferenzen

⁴⁶ In diesem Zusammenhang sei auch auf den tautologischen Charakter der Begründung der Nicht-Zirkularität von Fortschrittsfadern aus dem Vorhandensein adaptiver Präferenzen hingewiesen: Adaptive Präferenzen beschreiben die Anpassung von Präferenzen an „bessere“ Zustände, wobei das „Besser-sein“ dieser Zustände auch damit begründet wird, dass sich die Präferenzen an sie anpassen. Demnach sind neue Zustände besser, wenn sich Präferenzen an sie anpassen und Präferenzen passen sich an neue Zustände an, wenn diese besser sind.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

und Informationen getroffen werden. Der Begriff Rationalität umfasst dann eine Abfolge individueller Markthandlungen, die in einen VISQ eingebettet sind.

Erst innerhalb eines VISQ kann etwa anhand einer Zeitreihe von Präferenzen entschieden werden, ob ein ökonomisches Verhalten rational ist oder nicht. Unter diesem Aspekt gibt es also kein im traditionellen Sinne objektiv und absolut zu definierendes rationales Verhalten. Vor dem Hintergrund der Informationsabhängigkeit der Rationalitätsdefinition ist jedenfalls die bloße Beobachtung der Nicht-Verletzung der beiden Axiome der enthüllten Präferenzen keine hinreichende Bedingung für ein Homo Oeconomicus-Verhalten. Umgekehrt ist auch eine bloß beobachtete Verletzung der beiden Axiome der enthüllten Präferenzen keine hinreichende Bedingung für das Vorliegen eines Nicht-Homo Oeconomicus-Verhaltens.

6.4 Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 3: Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens

In traditionellen Auffassungen wird die Steigerung der Wohlfahrt sehr eng mit einer Steigerung der Güterproduktion verbunden. Die Informationsbasierung von Gütern bzw. deren Characteristics bietet eine zusätzliche Möglichkeit für die Steigerung der Wohlfahrt in Form einer Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.

Beispielsweise kann die Wohlfahrt gesteigert werden, indem man die Akteure über Entspannungs- oder Arbeitsmöglichkeiten während der Fahrt mit der S-Bahn informiert. Dabei werden die Zugänge zu bereits vorhandenen Informationen verbessert oder neue Informationen geschaffen. In beiden Fällen ist die Steigerung sowohl der individuellen als auch der allgemeinen Wohlfahrt möglich, ohne die Produktion materieller Güter zu steigern oder zu verändern. Die Akteure werden dabei über die bessere Nutzbarkeit eines Gutes informiert. Diese Information über die bessere Nutzbarkeit von Gütern kann als Fortsetzung eines produktionstechnischen Fortschritts auf der Konsumentenseite aufgefasst werden.

Damit können die Schaffung von Informationen und die bessere Verteilung von Zugangsmöglichkeiten zu diesen den technischen Fortschritt und die Steigerung der Produktion wenigstens teilweise ersetzen. Unter diesem Aspekt ist (unter der Ausklammerung einer eventuell entstehenden Arbeitsplatzproblematik) sogar eine Produktionssenkung ohne einen Wohlfahrtsverlust möglich.

In der Folge geraten die Wohlfahrtssteigerung durch Verbesserungen auf dem Produktionsmarkt und die Wohlfahrtssteigerung durch Verbesserungen am Informationsmarkt in ein Spannungsfeld. Für den Staat stellt sich folgende Frage: Soll die gesamte Wohlfahrt (Sie korrespondiert mit gesellschaftlich anzustrebenden Allokationen von Gütern und Informationen) mehr über Investitionen am Produktionsmarkt oder mehr über Investitionen am Informationsmarkt gesteigert werden?

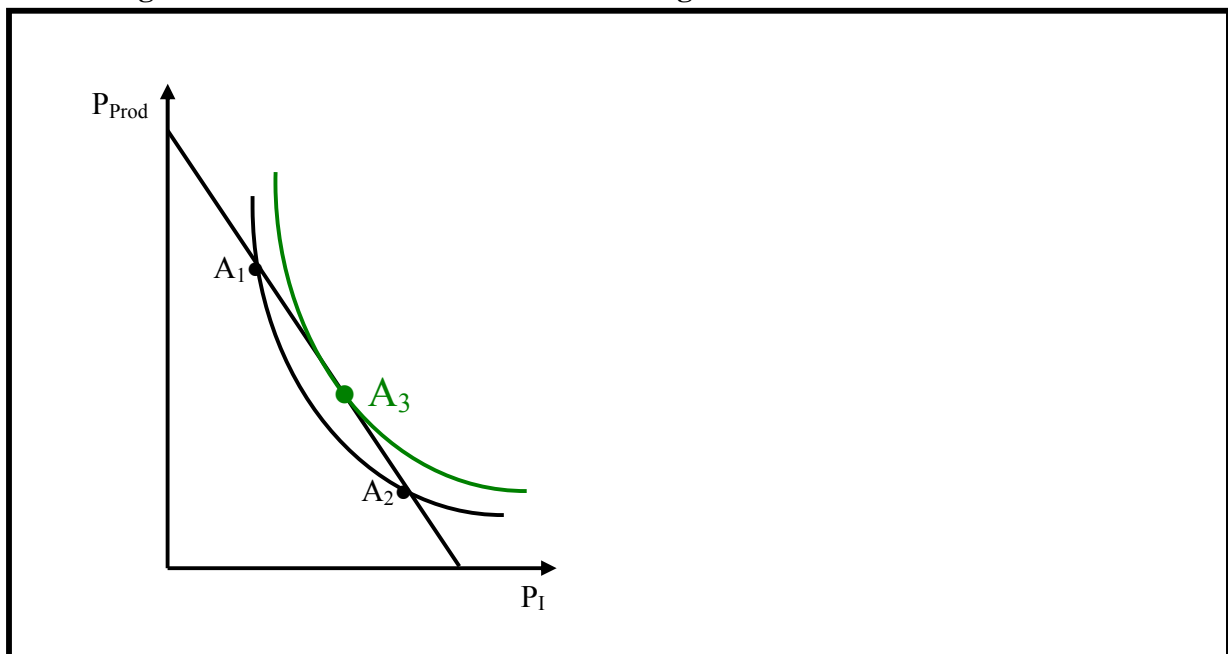
Die Antwort auf diese Frage hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab:

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

1. vom Verhältnis der Preise auf dem Produktions- und dem Informationsmarkt (Kosten der Schaffung von Informationen und der Schaffung ausgewogen verteilter Zugangsmöglichkeiten zu diesen);
2. von den individuellen Indifferenzkurven bezüglich der Erreichung der gesellschaftlichen Wohlfahrt durch mehr güterrelevante Informationen und weniger Güter oder durch weniger güterrelevante Informationen und mehr Güter.

Die folgende Abbildung zeigt drei verschiedene Allokationen hinsichtlich der Erreichung einer gesellschaftlichen Wohlfahrt:

Abbildung 6-2 Drei Allokationen von Gütern und güterrelevanten Informationen



Quelle: Eigene Darstellung

In der obigen Abbildung sind die Realpreise am Informationsmarkt auf der Abszisse (P_1), die Realpreise am Produktionsmarkt auf der Ordinate (P_{Prod}) dargestellt. Die Allokationen A_1 und A_2 sind nicht optimal. In beiden Allokationen ist das gesellschaftliche Gesamtbudget zwar ausgeschöpft, es wird jedoch keine Nutzenmaximierung erreicht⁴⁷. Dabei wird in der Allokation A_1 zu viel für die Güterproduktion und zu wenig für die Informationsbeschaffung bzw. die Informationsverteilung aufgewendet. In der Allokation A_2 liegt hinsichtlich der Aufwendungen das umgekehrte Verhältnis vor.

Optimal hinsichtlich der Nutzenmaximierung ist die Allokation A_3 : In ihr entspricht das Verhältnis der Grenznutzen einer marginalen genutzten Güter- bzw. Informationseinheit dem

⁴⁷ Die hier der Einfachheit halber gewählte Budgetbeschreibung durch eine Gerade repräsentiert eine utilitaristische Wohlfahrtsfunktion.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Verhältnis zwischen den jeweiligen marginalen zusätzlichen Aufwendungen im Produktions- bzw. im Informationsbereich. Es gilt also:

$$\frac{Mu_{prod}}{Mu_{info}} = \frac{P_{info}}{P_{prod}} \Rightarrow Mu_{prod} \times P_{prod} = Mu_{info} \times P_{info}$$

Der Staat wird also die Allokationen von materiellen Gütern am Produktionsmarkt und die Allokation von Informationen am Informationsmarkt solange verändern, bis er genau diese Allokation A_3 mit genau diesem Verhältnis zwischen den dafür notwendigen Aufwendungen am Güter- und Informationsmarkt erreicht hat.

Damit eröffnen sich neben Gesetzen, Steuern und Abgaben für den Staat neue Lenkungsmaßnahmen über Eingriffe am Informationsmarkt.

Durch solche Eingriffe werden natürlich die Beziehungen zwischen dem Produktions- und dem Informationsmarkt sowie zwischen dem Arbeits- und Geldmarkt beeinflusst. Darauf wird im Kapitel 8.4, das die mögliche Rolle einer Informationsagentur beim Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Interessen behandelt, nochmals eingegangen.

6.5 Gesellschaftlich anzustrebende Allokationen – Entscheidungsregel 4: Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv

Die Nachhaltigkeit und Fortschrittlichkeit eines Wirtschaftssystems ist durch verschiedene Parameter, beispielsweise wieder verwertbare Materialien, erneuerbare Energie usw. bestimmt. Allgemein formuliert, ist sie unter anderem auch definiert:

1. durch die Vermeidbarkeit negativer Characteristics;
2. durch die Vermeidbarkeit negativer Characteristics, die in Zukunft tatsächlich oder möglicherweise entstehen.

6.5.1 Partieller Rückschritt - Korrektiv zur Vermeidung von Fehlentwicklungen

Ist schon die vollständige Erfassung gegenwärtiger Informationen zur Maximierung positiver Characteristics bei gleichzeitiger Minimierung negativer Characteristics in einer Wirtschaft kaum möglich, so gilt das natürlich noch mehr für zukünftige Informationen in diese Richtung. In der Zukunft erst in das Bewusstsein der Marktteilnehmer tretende Informationen über (negative) Characteristics können ex ante natürlich nur in den seltensten Fällen vorweggenommen werden. Die einzige in dieser Hinsicht verbleibende Möglichkeit für eine wohlfahrtsmaximierend agierende staatliche Institution ist also, möglichst dafür zu sorgen, dass bereits entstandene

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

(negative) Allokationen von Characteristics wieder rückgängig gemacht werden können. Das muss im Bedarfsfall auf zwei Ebenen geschehen:

1. auf der materiellen Ebene durch die Möglichkeit der Beseitigung negativer Characteristics, was derzeit beispielsweise bezüglich der Atomenergie und bezüglich gentechnisch manipulierter Lebensmittel nicht gegeben ist;
2. auf der Informationsebene durch die Möglichkeit, Informationshegemonien, welche Allokationen mit negativen Characteristics ermöglichen und erhalten, aufzubrechen.

Es gibt natürlich immer einen bestimmten informationsreduzierten Status quo, von dem aus die Beseitigung negativer Characteristics und die Neutralisierung mit ihnen verbundener unausgewogener Informationen als Rückschritt dargestellt werden kann. Beispielsweise gingen ja mit der Nichtverwendung der Atomenergie und gentechnisch veränderter Lebensmittel tatsächlich bestimmte Vorteile, wie etwa große Energie- und Lebensmittelmengen – jede für sich zweifellos ein partieller Fortschritt – verloren.

Das Zurückweichen hinter die Linie eines bereits erreichten Standards, in diesem Falle einer sehr hohen Energie- und Nahrungsmittelproduktivität wäre ein partieller Rückschritt. Dieser (freiwillige) Rückschritt wäre der Preis, der für die sichere Vermeidung eines noch größeren Rückschritts – beispielsweise durch eine Atomkatastrophe – zu zahlen wäre.

Damit stellt sich die Frage, wie ein Fortschritt aussehen kann, die eventuell notwendigen partiellen Rückschritte zulässt.

6.5.2 Partiemer Rückschritt als Teil eines generellen Fortschritts

Bevor ein partieller Rückschritt in einen generellen Fortschritt eingegliedert werden kann, ist es notwendig, die (theoretischen) Kriterien für einen generellen Fortschritt zu definieren. Den Ausgangspunkt dafür bildet Carl Christian von Weizsäckers Definition eines Fortschrittspfades⁴⁸.

Von Weizsäckers Fortschrittspfad beschreibt eine Reihe von Zuständen, die von Individuen jeweils als Verbesserung gegenüber dem vorhergehenden Zustand bewertet werden. Die Präferenzen der Individuen passen sich dabei den verschiedenen Zuständen an. Die Präferenzen des Zustandes t_n dienen jeweils als Vergleichsmaßstab für den Zustand t_{n+1} . Diese Form der Präferenzen wird als adaptiv bezeichnet. In von Weizsäckers Ansatz sind allerdings auch über die verschiedenen Zustände hinweg konstante Präferenzen möglich.

Von Weizsäcker geht davon aus, dass die Verbesserungen in den jeweiligen Zuständen an den Präferenzen der Individuen gemessen werden und nicht exogen gegeben sind. Ein Fortschrittspfad liegt dann vor, „... wenn die Summe der Veränderungen, von denen jede

⁴⁸ In der Folge beziehen sich alle Erwähnungen von Weizsäckers auf seinen bereits zitierten Aufsatz „Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt“.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

einzelne als Verbesserung angesehen wird, nicht dazu führt, dass man sich schlussendlich wieder im Ausgangspunkt befindet.“ Sein erstes Theorem bezüglich des Fortschrittspfades lautet: „Unter bestimmten als realistisch anzusehenden Bedingungen gilt: Sind die Präferenzen adaptiv, dann sind Fortschrittspfade nicht-zirkulär.“ Damit besteht gemäß von Weizsäcker ein enger Zusammenhang zwischen der Adaptivität der Präferenzen und dem Rationalitätskriterium der Nicht-Zirkularität von Fortschrittspfaden. Von Weizsäckers zweites Theorem bezüglich des Fortschrittspfades lautet: „Unter bestimmten realistischen Bedingungen gilt: Sind Fortschrittspfade nicht-zirkulär, dann gibt es im Güterraum eine Quasi-Präferenz-Struktur⁴⁹, die dem Homo Oeconomicus Modell entspricht. Diese Quasi-Präferenz-Struktur ist ein Indikator dafür, welcher Güterkorb von welchem anderen Güterkorb mithilfe eines Fortschrittspfades erreicht werden kann. Ferner sind die Präferenzen dann adaptiv.“ Diese adaptiven Präferenzen sind gleichsam ein Schutz gegen sich im Einzelnen als Fortschritt, in der Summe aber als zirkulär erweisende Veränderungen. Die Quasi-Präferenzstruktur stellt auch eine Verzeitlichung des starken Axioms der enthüllten Präferenzen mit seiner gleichsam in der Gegenwart geltenden Transitivität bezüglich der Warenkörbe a , b und c ($c \succ b \succ a$) dar, wobei diese Transitivität in den zeitlichen Ablauf der Zustände $c(t_3) \succ b(t_2) \succ a(t_1)$ übergeführt wird.

6.5.3 Exkurs: Fortschrittspfad und gesplittete adaptive Präferenzen

Wie bereits im Unterkapitel 4.3 angesprochen, können sich Präferenzen an neue Situationen anpassen, wobei grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass diese neuen Situationen vom Standpunkt gegenwärtiger Situationen aus als vorzugswürdig empfunden werden. Um die Frage nach der Adaptierung von Präferenzen diskutieren zu können, müssen zuerst einmal deren Grenzen festgelegt werden.

Wie Güter, müssen auch Präferenzen bewusst abgegrenzt werden. Es muss festgelegt werden, welche Characteristics und welche Ebenen des UGB in die Bildung der Präferenzen mit einbezogen werden. Es stellt sich also die Frage, welche „**Subpräferenzen**“ in den Vergleich zweier Güter einbezogen werden, aus dem sich dann die Präferenzen ergeben.

Prinzipiell ist die Präferenzbildung vom Ansatz dieser Arbeit her ebenfalls ein nicht operationalisierbarer unendlicher Regress, der erst durch die bewusste Abgrenzung – etwa durch die Einbettung in einen VISQ – operationalisierbar gemacht werden muss. Damit kann die Brücke zwischen dem an sich nicht operationalisierbaren UGR und dem in der Realität gegebenen wissenschaftlich-technischen Fortschritt, bzw. einem Fortschrittspfad, wie in Carl Christian von Weizsäcker beschrieben hat, geschlagen werden.

⁴⁹ Der Begriff „Quasi-Präferenz“ ist hier gleich bedeutend mit dem Begriff „Meta-Präferenz“.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

6.5.4 Weizsäckers erstes Fortschrittsfad-Theorem und informationsbasierte Güter

Von Weizsäckers erstes Theorem bezüglich eines Fortschrittsfadens legt eine eindeutige Unterscheidbarkeit zwischen zirkulären und nicht-zirkulären Fortschrittsfadens nahe.

Er geht dabei von folgenden Annahmen aus:

1. der Annahme von Gütern oder Güterbündeln als monolithischen Einheiten;
2. der Annahme, dass sich eine Präferenz auf ein bestimmtes Gut oder ein bestimmtes Güterbündel richtet;
3. der Annahme, dass sich Güter im Verlauf des Fortschrittsfadens nicht ändern.

Die Analyse in den vorhergehenden Kapiteln zeigt, dass diese Annahmen mit der Informationsbasierung der Güter, also der unauflösbaren Einheit von individuellen Informationen und (materiellen) Gütern sowie dem damit verbundenen Splitting der Präferenzen nicht vereinbar sind.

Eine Möglichkeit, diesen Gegensatz aufzuheben, wäre, den Fortschrittsfadens bezüglich seiner Zirkularität oder Nicht-Zirkularität ebenfalls zu splitten und in den Entwicklungsprozess eines informationsreduzierten Status quo einzubetten. In Analogie zur Unterscheidung von monolithischen Gütern und Characteristic-Bündeln wird dabei von Weizsäckers monolithischer Fortschrittsfadens durch ein Sub-Fortschrittsfadens-Bündel ersetzt. Dieses Splitting könnte durch die Zuordnung eines eigenen informationsbasierten (Sub)fortschrittsfadens zu jeder Ebene des UGB erreicht werden.

In diesem Sinne wäre die im Kapitel 4.3 dargestellte Entwicklung vom Zeitpunkt t_1 bis zum Zeitpunkt t_3 unter der Einbeziehung des sich ändernden Informationsstatus auf der Ebene der Characteristics und der sich auf sie beziehenden Sub-Präferenzen insgesamt ein Fortschrittsfadens. Dabei haben sich die individuellen Präferenzen den jeweils neuen Gütern, genauer gesagt, den jeweils neuen unauflösbaren Informations-Güter-Kombinationen angepasst.

Ex post betrachtet, erweist sich jedoch auf der Güterebene die Bestbewertung des PKW zum Zeitpunkt t_2 als Umweg auf einem Fortschrittsfadens.

Eine Zusammenführung des Konzeptes informationsbasierter Güter und des Fortschrittsfadens-Konzeptes sollte folgende Punkte berücksichtigen:

1. Das Konzept informationsbasierter Güter ist mit jenem des Fortschrittsfadens vereinbar, wenn jeder Güter- bzw. UGR-Ebene eine eigene Ebene von Sub-Präferenzen zugewiesen wird.
2. Diese Sub-Präferenzen können im Sinne des Unterkapitels 4.3 adaptiv, teiladaptiv oder nicht adaptiv sein.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

3. In der Folge muss jeder Güter- bzw. UGR-Ebene ein Fortschrittspfad zugewiesen werden, wobei diese Zuweisung im Vorhinein zu vereinbaren ist, um eine sinnvolle Unterscheidung zwischen zirkulären und nicht-zirkulären Fortschrittspfaden bzw. Fortschrittspfad-Bündeln zu ermöglichen. Dabei sind auch teil zirkuläre Fortschrittspfade bzw. Fortschrittspfads-Bündel möglich. Sie enthalten entsprechend dem Unterkapitel 4.3 sowohl zirkuläre, als auch nicht-zirkuläre Fortschrittspfade.
4. Die Entscheidung über die Zirkularität oder Nicht-Zirkularität von Fortschrittspfaden bzw. Fortschrittspfad-Bündeln kann mit Sicherheit erst ex post und nur bezüglich eines bestimmten VISQ getroffen werden.
5. Ein Pfad wird auch dann als Fortschrittspfad bezeichnet, wenn er Teil-Rückschritte gemäß dem Unterkapitel 4.3 enthält.

6.5.5 PKW, S-Bahn und Gehen – Beispiele für informationsbasierte Güter als Ursache für teil-zirkuläre Fortschrittspfade

Im Weiteren stellt sich nun die Frage, welche Bedeutung die Informationsabhängigkeit des individuellen Güternutzens und der Indifferenzkurven für von Weizsäckers Quasi-Indifferenzkurven hat.

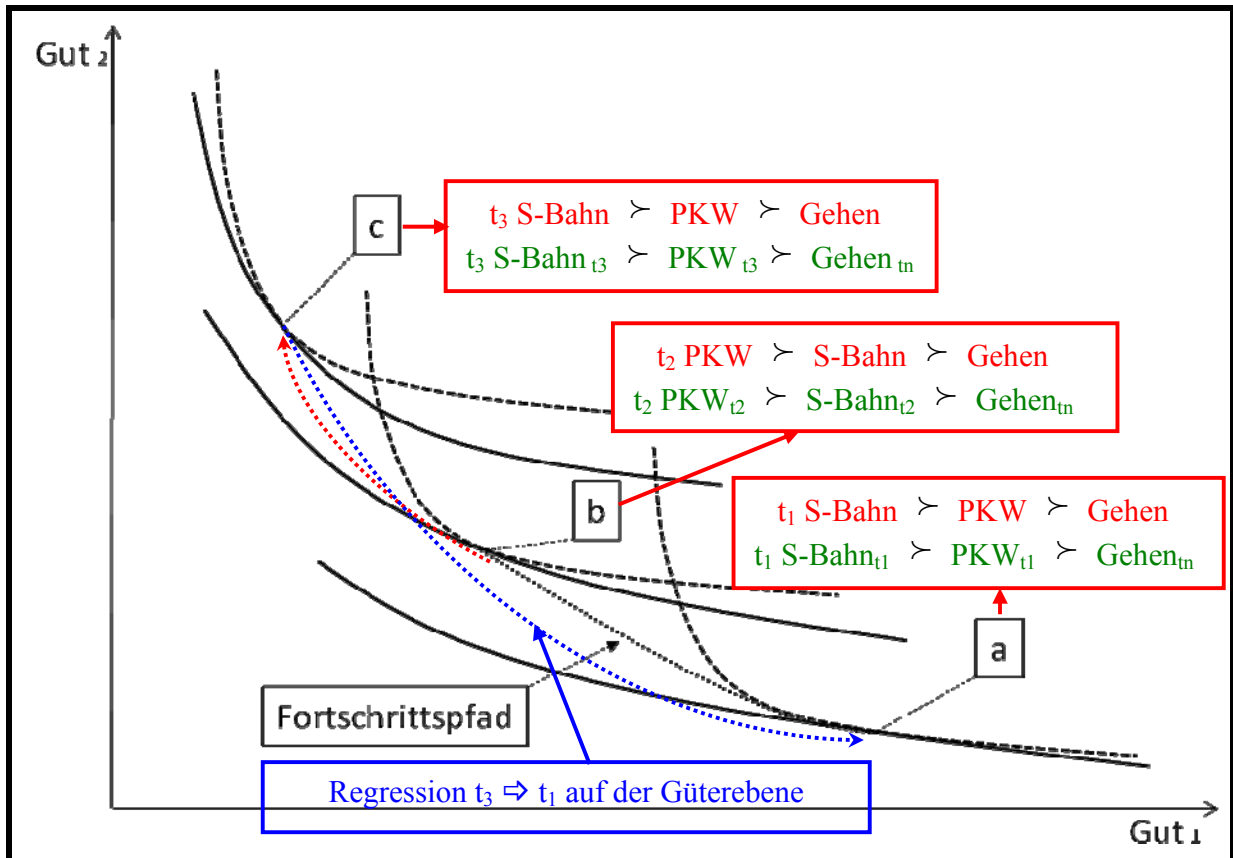
Auch diese müssen nahe liegender Weise als informationsabhängig aufgefasst werden. In diesem Sinne repräsentiert eine Quasi-Indifferenzkurven-Schar immer nur verschiedene auf einen bestimmten Informationsstatus bzw. VISQ bezogene Nutzenniveaus. Sie können daher keine im traditionellen Sinne objektive, allgemeine Gültigkeit haben.

Damit können sich, wie bereits im Kapitel 4.3 angesprochen, Widersprüche zwischen der Güter- und der Characteristic-Ebene hinsichtlich der Zirkularität von Fortschrittspfaden ergeben.

Zur Darlegung dieses Gedankens wird in der Folge von Weizsäckers Abbildung 3 mit den verschiedenen im Kapitel 4.3.4 beschriebenen Präferenzen zu den Zeitpunkten t_1 , t_2 und t_3 bezüglich der Güter Gehen, S-Bahn und PKW in Beziehung gesetzt.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Abbildung 6-3 Quasi-Indifferenzkurven – Widersprüche zwischen verschiedenen Ebenen



Quelle: Von Weizsäcker 2010, Seite 25, adaptiert

In der obigen Abbildung entspricht von Weizäckers Güterbündel a dem Zustand t_1 mit einer Präferenz $\text{S-Bahn} \succ \text{PKW} \succ \text{Gehen}$, das Güterbündel b entspricht dem Zustand t_2 mit einer Präferenz $\text{PKW} \succ \text{S-Bahn} \succ \text{Gehen}$, das Güterbündel c entspricht dem Zustand t_3 mit einer Präferenz $\text{S-Bahn} \succ \text{PKW} \succ \text{Gehen}$. Bezüglich des Informationsstatus gilt für alle drei Zustände im Sinne von Weizäckers: $I(a) = I(b) = I(c)$.

Die Zustände a, b und c repräsentieren gemäß von Weizäcker die (eine!) Ebene von Güterbündeln, wobei diese Güterbündel als monolithische Einheiten aufgefasst werden. Diese Ebene ist hinsichtlich der drei Güter PKW, S-Bahn und Gehen in der obigen Abbildung durch die rote Schrift dargestellt.

Entsprechend den Quasi-Indifferenzkurven gilt $u(c) \succ u(b) \succ u(a)$, wobei natürlich in allen drei Zuständen von einer individuellen Nutzenmaximierung bei einem konstanten Informationsstatus auszugehen ist.

Geht man von einer Ordnung nach dem jeweils höheren Nutzen bezüglich der Zeit aus, so gilt

$$u(t_3) \succ u(t_2) \succ u(t_1).$$

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Auf der Güterebene zeigt sich hier ein Widerspruch: Offensichtlich ein und dieselbe Allokation der Güter PKW, S-Bahn und Gehen erscheint auf zwei verschiedenen Nutzenniveaus. Damit sind beide Axiome der enthüllten Präferenzen klar verletzt.

Wie bereits im Kapitel 4.3 angesprochen verschwindet dieser Widerspruch auf der Characteristic-Ebene, wenn man die Informationsabhängigkeit der Anzahl der Characteristics und der Präferenzen in die Betrachtung mit einbezieht. Die Characteristic-Ebene ist in der obigen Abbildung durch die grüne Schrift dargestellt.

Bezüglich des Informationsstatus gilt hier für alle drei Zustände auf der *Characteristic-Ebene*:

$$I(t_1) \neq I(t_2) \neq I(t_3).$$

Auf der Characteristic-Ebene sind die Nutzenunterschiede auf die unterschiedlichen Informationszustände zurückzuführen, wobei auf Grund der Informationswirkungen auf die Characteristics gilt:

$$u_C[I(t_3)] \succ u_C[I(t_2)] \succ u_C[I(t_1)].$$

Diese Ordnung gilt jedoch nur auf der Characteristic-Ebene. Es sei hier betont, dass die Beurteilung des durch die verschiedenen Informationszustände beeinflussten Nutzens ex post erfolgt, das heißt, die Beurteilung des Nutzen von t_n erfolgt zum Zeitpunkt t_{n+1} . Ein Nutzen kann natürlich meist auch ex ante erhoben werden – allerdings nur mit einer gewissen Unsicherheit. Informations-, Wechselwirkungs- und Nutzenfulgurationen können nicht (oder nur in Ansätzen) ex ante berücksichtigt werden.

Die ex post-Nutzenbewertung zum Zeitpunkt t_3 zeigt in diesem Falle, dass das Individuum zwar von den vorhergehenden Informations- und Präferenzstatus $I(t_1)$ und $I(t_2)$ aus, nicht aber vom Informations- und Präferenzstatus $I(t_3)$ aus gesehen nutzenmaximierend gehandelt hat. Der Grund liegt darin, dass dem Individuum die zu t_3 gegebenen Informationen vorher nicht zugänglich waren, wohl aber zu diesem Zeitpunkt außerhalb seines Status quo bereits existierten. Zum Zeitpunkt t_3 geht die Entwicklung auf der Güterebene wieder auf den Zustand zum Zeitpunkt t_1 zurück.

Somit können die obigen Quasi-Indifferenzkurven hinsichtlich der drei Güter PKW, S-Bahn und Gehen auf der Characteristic-, nicht aber auf der Güterebene gelten. Geht man, wie im Kapitel 6.5.4 bereits angesprochen, entsprechend dem unendlichen Güterbündelregress, von einem Bündel von Fortschrittspfaden bzw. von verschiedenen Fortschrittspfad-Ebenen aus, zeigen sich innerhalb dieses Bündels widersprüchliche Ergebnisse bezüglich der Nutzenmaximierung und wie bereits im Kapitel 4.3.5 dargelegt, bezüglich der Frage, ob Präferenzen adaptiv sind oder nicht.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Für die gegenseitige Erreichbarkeit von t_1 , t_2 und t_3 über einen Fortschrittspfad gilt auf der Characteristic-Ebene:

t_2 erreichbar von t_1 , jedoch nicht umgekehrt

t_3 erreichbar von t_2 , jedoch nicht umgekehrt

Für die gegenseitige Erreichbarkeit von t_1 , t_2 und t_3 über einen Fortschrittspfad gilt auf der Güterebene:

t_2 erreichbar von t_1 , jedoch nicht umgekehrt

t_3 entspricht einer Regression auf t_1 – hier ist der Fortschrittspfad zirkulär

Daraus folgt eine wesentliche Zirkularitätseigenschaft von Fortschrittspfad-Bündeln bzw. von Bündeln verschiedener Fortschrittspfad-Ebenen. Ihre Elemente können

- a) nicht-zirkuläre Fortschrittspfade,*
- b) zirkuläre Fortschrittspfade oder*
- c) teil-zirkuläre Fortschrittspfade*

sein.

Vor der Beurteilung der Zirkularität von Fortschrittspfadbündeln sind jene Ebenen festzulegen, nach denen diese Beurteilung erfolgen soll.

Ad a) Beispiele für nicht zirkuläre Fortschrittspfade sind die Zustände a, b und c von Weizsäckers und die Zustände t_1 , t_2 und t_3 auf der Characteristic-Ebene.

Ad b) Ein Beispiel für einen zirkulären Fortschrittspfad wäre die im Kapitel 4.3.4 dargestellte Entwicklung auf der Güterebene vom Zeitpunkt t_1 bis zum Zeitpunkt t_3 , in der ein Regress auf den Zeitpunkt t_1 stattfindet.

Ad c) Beispiele für teil-zirkuläre Fortschrittspfade wären solche, die etwa über n Zeitpunkte einen Fortschritt zeigen, danach einen Regress über $(n - a)$ Zeitpunkte aufweisen, um von dort aus wieder über n Zeitpunkte einen Fortschritt zu zeigen. Hier gibt es viele weitere Kombinationsmöglichkeiten.

Der Aspekt teil-zirkulärer Fortschrittspfade ist im von Weizsäcker-Modell nicht enthalten.

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Die zwischen den verschiedenen Ebenen der Präferenzen und der Fortschrittspfade auftretenden Widersprüche, können mit der vorher beschriebenen Einbettung der einzelnen Quasi-Indifferenzkurven in verschiedene Informationsstatus und verschiedene Ebenen des UGR erklärt, aber nicht „objektiv“ beseitigt werden. Die Frage, ob zwei Warenkörbe (in eine bestimmte Richtung) mit einem (teil-zirkulären) Fortschrittspfad verbunden werden können, ist nur im Hinblick auf eine bestimmte Güterebene und hinsichtlich einer bestimmten Reihe von Informationsstatus zu beantworten.

6.6 Resümee des Kapitels 6

1. Auf Basis der im Kapitel 5 erarbeiteten Kriterien für reflektierte Vergleiche zweier Güter durch zwei Akteure wurden in diesem Kapitel vier Entscheidungsregeln zur Erreichung einer langfristig wohlfahrtsmaximierenden Allokation aller Güter eines Marktes erarbeitet.
2. Der positive Aspekt dieser Entscheidungsregeln liegt in ihrer Basierung auf real gegebenen Markthandlungen der Individuen.
Ihr normativer Aspekt ist in der Annahme informationsabhängiger dynamischer individueller Partialgüter und Präferenzen und einer daraus resultierenden Indeterminiertheit des Modells begründet. Damit wird die Setzung normativ wirkender Annahmen u. Ziele notwendig.
3. Entscheidungsregel 1 für langfristig wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen – Minimiere Hegemonie am Informations- und Gütermarkt: Diese Entscheidungsregel bezieht sich auf die Minimierung unvermeidbarer Hegemonieaspekte. Von der Güterseite her gegebene Hegemonieaspekte (joint production, joint consumption, erzwungene Präferenzen, erzwungene verfehlte Nutzenmaximierung) sollten nicht durch ein hegemoniales Verhalten von Individuen und Gruppen verstärkt werden.
4. Auf Grund der Informationsbasierung der Partialgüter erstrecken sich die Beeinflussungsmöglichkeiten durch Lobbies über die gesellschaftlichen Märkte hinaus bis weit in den Bereich der individuellen Güterkonfiguration und die zutiefst persönliche Sphäre der Definition von Rationalität hinein.
5. Entscheidungsregel 2 für langfristig wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen – Umgang mit einer relativierten Rationalität: Von Weizsäcker leitet aus der Adaptivität von Präferenzen eine eingeschränkte Rationalität des Individuums ab. Im Ansatz dieser Arbeit erfolgt die Einschränkung bzw. Relativierung der Rationalität durch deren Einbettung in einen VISQ.
6. Entscheidungsregel 3 für langfristig wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen – Optimierung des Produktions- und Informationsnutzens: Informationen über die bessere

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Nutzbarkeit von Gütern können als Fortsetzung eines produktionstechnischen Fortschritts aufgefasst werden. Damit ergibt sich ein Gegensatz zwischen Wohlfahrtssteigerungen über eine Produktionssteigerung und Wohlfahrtssteigerungen über eine Optimierung güterrelevanter Informationen bzw. der Zugänge zu diesen. Das optimale Verhältnis zwischen beiden Wohlfahrtssteigerungen ist dann erreicht, wenn das Verhältnis zwischen dem Grenznutzen im Produktionsbereich und dem Grenznutzen im Informationsbereich dem Verhältnis der jeweiligen Kosten einer marginalen zusätzlichen Einheit eines genutzten materiellen Gutes bzw. einer genutzten marginalen zusätzlichen (oder marginal „besser“ zugänglichen) Information, also deren Preisverhältnis entspricht.

7. Entscheidungsregel 4 für langfristig wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen – Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv: Ein Fortschritt muss die Möglichkeit zu einem partiellen Rückschritt bieten, mit dem auftretende negative Characteristics wieder beseitigt bzw. neutralisiert werden können. Im Rahmen der diesbezüglichen Überlegungen werden die Präferenzen auf der Güterebene in Sub-Präferenzen auf der Characteristic-Ebene gesplittet. Damit kann sich durch verschiedene Mehrheitsverhältnisse bei den Präferenzen auf der Characteristic-Ebene ein Fortschrittspfad ergeben, der auf der Güterebene einen durch Rückschritte unterbrochenen Fortschritt generiert. Dieser Fortschritt kann als teil-zirkulärer Fortschritt bezeichnet werden.
8. Dabei zeigt sich, dass die Erfüllung beider Axiome der enthüllten Präferenzen ohne die Einbeziehung eines Informationsstatus keine hinreichende Bedingung für nicht zirkuläre Fortschrittspfade im Sinne von Weizsäckers ist.
9. Wie bereits im Unterkapitel 4.4 im Punkt 3 auf Seite 56 angedeutet, ergibt sich aus der Informationsbasierung von Gütern die zusätzliche Kategorie teil-adaptiver Präferenzen, welche bezüglich einer bestimmten Ebene des UGR adaptiv, bezüglich einer anderen jedoch nicht adaptiv sein können.

6.7 Abgrenzung zu Aspekten anderer Modelle – offene Fragen

Die Abgrenzung des eigenen Ansatzes gegen andere Modelle, wie von Weizsäckers Überlegungen zu einem Fortschrittspfad oder die enge Bindung einer Wohlfahrtssteigerung an eine Produktionssteigerung erfolgte in diesem Kapitel bereits im Verlauf der Darstellung der eigenen Überlegungen.

Eingehend auf die fünfte der offenen Fragen des Kapitels 2 wurden in diesem Kapitel vier Entscheidungsregeln für langfristig wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Informationen und Gütern dargestellt. Dabei wurde auch auf die starken Einflussmöglichkeiten von Firmen und Institutionen mittels Informationen auf Fortschrittspfade, also die Entwicklung von Märkten hingewiesen. Darüber hinaus wurden auch deren Einflussmöglichkeiten über

6 Entscheidungsregeln für wohlfahrtsmaximierende Gesamtallokationen von Gütern und Informationen

Informationen auf einen sehr intimen individuellen Bereich dargestellt: die Rationalität und die Bildung von Präferenzen im Rahmen der Partialgüter-Konfiguration.

Die in der Realität immer deutlicher sichtbar werdende Abhängigkeit einflussreicher Institutionen im Regierungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereich von kurzfristige Interessen einer Minderheit legt den Schluss nahe, dass sich die Gesellschaft von langfristig für eine Mehrheit wohlfahrtsmaximierenden Güter- und Informationsallokationen eher entfernt, als sich diesen anzunähern.

Es gibt jedoch einige Institutionen, die aus verschiedenen Ansätzen heraus versuchen, dieser Entwicklung entgegen zu wirken, indem sie güterrelevante Informationen schaffen und versuchen, die Zugangsbarrieren zu diesen zu minimieren. Dabei genügen sie teilweise auch den in diesem Kapitel skizzierten Entscheidungsregeln zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen.

Im folgenden Kapitel 7 werden die Vorteile und Unzulänglichkeiten einiger dieser Institutionen beschrieben, bevor im Kapitel 8 eine diesen zur Seite zu stellende unabhängige Institution in Form einer „Informationsagentur“ dargestellt wird.

7 Am Informationsmarkt wirkende Institutionen

Die im Kapitel 8 skizzierte Informationsagentur (IA) wäre natürlich nicht die erste Institution, die sich mit der Generierung, Emission und Kontrolle güterrelevanter Informationen beschäftigt und versucht, die Zugangsbarrieren zu Informationen zu minimieren. In den folgenden Unterkapiteln sollen zwei bereits bestehende Institutionen, die sich aus verschiedenen Ansätzen und Zielsetzungen heraus mit güterrelevanten Informationen sowie mit langfristig für die Gesellschaft wohlfahrtsmaximierenden Güter- und Informationsallokationen beschäftigen, dargestellt werden. Dabei geht es vor allem um die Vor- und Nachteile dieser Institutionen hinsichtlich der im Kapitel 6 skizzierten vier Entscheidungsregeln⁵⁰.

Eingehend auf die fünfte der offenen Fragen des Kapitels 2 werden aus der Vielzahl solcher Organisationen die deutsche Stiftung Warentest als halböffentliche Institution sowie die EU-Wettbewerbskommission⁵¹ als politische Institution herausgegriffen und etwas ausführlicher betrachtet.

7.1 Die Stiftung Warentest und die vier Entscheidungsregeln

Die Stiftung Warentest⁵² (SWT) wurde von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Wirtschaft, am 4. Dezember 1964 als Stiftung bürgerlichen Rechts errichtet.

Die Stiftung Warentest

1. unterrichtet die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes sowie der Umweltverträglichkeit von Waren und privaten sowie individuell nutzbaren öffentlichen Leistungen,
2. stellt der Öffentlichkeit Informationen zur Verfügung, die zur Verbesserung der Marktbeurteilung beitragen,
3. klärt die Verbraucher über Möglichkeiten und Techniken der optimalen privaten Haushaltsführung, über eine rationale Einkommensverwendung sowie über von ihr als

⁵⁰ Die im Kapitel 6 dargestellten vier Entscheidungsregeln zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen werden im Folgenden nur mehr kurz als „die vier Entscheidungsregeln“ bezeichnet.

⁵¹ Neben den in diesem Kapitel dargestellten Institutionen, die sich aus verschiedenen Ansätzen heraus mit güterrelevanten Informationen beschäftigen gibt es natürlich noch zahlreiche andere Institutionen (TÜV, Konsumentenschutz der Österreichischen Arbeiterkammer usw.), die sich mit güterrelevanten Informationen beschäftigen.

⁵² <http://www.test.de/unternehmen/stiftungsgremien/satzung/>.

7 Am Informationsmarkt wirkende Institutionen

fundiert erkannte wissenschaftliche Erkenntnisse des gesundheits- und umweltbewussten Verhaltens auf.

Die SWT beleuchtet die Vor- und Nachteile von Gütern und bringt diese allgemein zur Kenntnis. Dabei steht die Betrachtung einzelner Güter im Vordergrund. Deren Zusammenwirken hinsichtlich einer langfristig zu maximierenden Wohlfahrt kommt nur indirekt (siehe die obigen Punkte) zum Ausdruck. Prinzipiell steht es allen Marktteilnehmern frei, sich an den Informationen der SWT zu orientieren oder selbst andere Informationsziele zu verfolgen.

Die Aufgabenerfüllung der SWT deckt sich mit jener der im Kapitel 8 dargestellten Informationsagentur insofern, als beide Institutionen in die individuelle Güterkonfiguration eingreifen und damit in der Folge auch die darauf aufbauende Nutzenmaximierung der Akteure beeinflussen.

7.1.1 Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 1 – Minimiere Hegemonie am Informations- und Gütermarkt

Hinsichtlich des Kriteriums der Vermeidung hegemonialer Einflussnahmen hat die SWT keine Kompetenzen. Wie die Realität zeigt, können Firmen oder Institutionen die ausschließlich eigene, die allgemeine langfristige Wohlfahrt mindernde Ziele verfolgen, über ihre Marktmacht die positiven Effekte der SWT neutralisieren. Insofern steht die SWT als starker Marktakteur zwischen den *Informationspolypolisten* (beispielsweise der Atom-, Gen- und Erdölindustrie) und jenen Akteuren, die keinen Einfluss auf den Informationsmarkt ausüben.

Im Gegensatz zur Informationsagentur hat sie jedoch keine Kompetenz, gegen hegemoniale Einflussnahmen vorzugehen.

7.1.2 Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 2 – Umgang mit einer relativierten Rationalität

Mit ihren Informationen über bestimmte Gütereigenschaften greift die STW natürlich auch in die informationsabhängige Beurteilung der Rationalität des Verhaltens der Akteure ein.

Im Unterschied zur IA, die bei ihren Informationsaktivitäten auch die direkte Gegenüberstellung positiver und kritischer Informationen bezüglich eines Gutes erzwingen kann, tut sie dies allerdings in abgeschwächter Form.

7.1.3 Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 3 – Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens

Die im folgenden Kapitel 8 beschriebene IA hat gegebenenfalls auch die Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass eine allgemeine Wohlfahrtssteigerung durch eine Optimierung der

7 Am Informationsmarkt wirkende Institutionen

Informationssituation und nicht durch eine Produktionssteigerung erreicht werden kann. In diesem Falle muss sie gegen die Interessen der Wirtschaft und damit oft auch gegen bestehende Allokationen agieren.

Im Unterschied dazu reagiert die SWT mit ihren Informationsaktivitäten lediglich auf Güterallokationen, die von der Wirtschaft bereits geschaffen wurden, ohne diese explizit zu beeinflussen.

7.1.4 Die Stiftung Warentest und die Entscheidungsregel 4 – Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv

Im Sinne des vorhergehenden Punktes agiert die SWT auch nicht explizit in die Richtung der Ermöglichung eines partiellen Rückschritts als Fortschrittskorrektiv (siehe dazu das Kapitel 6.5). Mit ihren Hinweisen auf die Umweltverträglichkeit von Gütern und ihren Informationen über eine rationale Einkommensverwendung beeinflusst sie vorwiegend die Konsumentenseite, damit indirekt natürlich auch die Produzentenseite. Die im folgenden Kapitel 8 beschriebene IA beeinflusst mit ihren Informationsaktivitäten sowohl die Konsumenten- als auch die Produzentenseite in einem ungleich stärkeren Ausmaß. Damit kann sie auch stärker in die Richtung der Ermöglichung eines partiellen Rückschritts als Fortschrittskorrektiv agieren

7.2 Die Stiftung Warentest – institutionelle Defizienzen

Die Stiftung Warentest erfüllt sowohl von ihrer Zielsetzung als auch von ihrer institutionellen Organisation her viele Voraussetzungen, um einen Betrag zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen leisten zu können. In diesem Unterkapitel sollen diesbezügliche Defizienzen, welche die Schaffung einer Informationsagentur sinnvoll erscheinen lassen, kurz skizziert werden.

7.2.1 Kompetenzen der SWT – Kontrolle durch unabhängige Instanzen

Im Paragraph 15 der Satzung der SWT sind eine externe Prüfung durch den Bundesrechnungshof sowie eine interne Prüfung durch den Verwaltungsrat vorgesehen. Damit sind zwei wesentliche Voraussetzungen für ein Wirken der SWT im Sinne einer Verfassung der Freiheit gegeben.

Dasselbe gilt für den Vorstand und den Verwaltungsrat als Organe der SWT.

Auch wenn sie vom Stiftungszweck her gesehen durchaus sinnvoll sind, scheinen der Aufbau und die Befugnisse des Kuratoriums als Organ der SWT unter dem Aspekt der Schaffung und Erhaltung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen etwas problematisch: Sechs der insgesamt 18 Mitglieder müssen so ausgewählt sein, dass die

7 Am Informationsmarkt wirkende Institutionen

Unabhängigkeit des Gremiums gewährt ist. Je weitere sechs Mitglieder werden von den Anbieter- und den Verbraucherorganisationen gestellt.

Hier besteht die Gefahr, dass von den Interessensverbänden Vereinbarungen beispielsweise bezüglich zu untersuchender Güter bzw. bestimmter Untersuchungsergebnisse getroffen werden, die für beide kurzfristig vorteilhaft, langfristig aber für die gesamte Gesellschaft, vor allem für zukünftige Generationen von Nachteil sind. Theoretisch gesehen besteht die Gefahr, dass hier auf Grund der institutionellen Organisation den Anforderungen eines partiellen Rückschritts als Fortschrittskorrektiv nicht genügt wird.

7.2.2 Fehlende Zwangskompetenz der Stiftung Warentest zur Schaffung bestimmter Informationsallokationen

In den Absätzen zwei und drei des Paragraphen 2 der Satzung der SWT ist festgehalten, dass diese nicht die politische Vertretung der Verbraucherinteressen anstrebt und der Stiftungszweck bereits mit der Durchführung von Kontrollen und der Veröffentlichung von deren Ergebnissen erreicht ist. Die im Absatz vier dieses Paragraphen angesprochene wünschenswerte Mitwirkung der SWT in normgebenden Institutionen ermöglicht zwar ihre Beteiligung an der Schaffung wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen, beinhaltet jedoch keine Zwangskompetenz in diese Richtung. In diesem Zusammenhang wäre ein Zusammenwirken mit der zu schaffenden IA wünschenswert.

7.2.3 Stiftung Warentest – Wahrung der Interessen zukünftiger Generationen

Die bereits in den vorhergehenden Unterkapiteln sichtbar gewordene Unterrepräsentation künftiger Generationen sowohl in der Zielsetzung, als auch in der institutionellen Struktur der SWT könnte durch die Ergänzung ihrer Gremien mit Persönlichkeiten bzw. Untergremien, welche die Interessen künftiger Generationen vertreten, beseitigt werden. Speziell den Interessensgruppen im Kuratorium, die vor allem kurz- und mittelfristige Ziele verfolgen, könnte in Form von Wirtschafts- und Technikexperten eine Interessensgruppe ergänzend zur Seite gestellt werden, die vor allem langfristige Ziele verfolgt und damit die Möglichkeit eines partiellen Rückschritts als Fortschrittskorrektiv offen hält.

Die Möglichkeiten eines entsprechenden Zusammenwirkens zwischen der SWT und der IA werden im Kapitel 8.6.4 skizziert.

7 Am Informationsmarkt wirkende Institutionen

7.3 Die EU-Wettbewerbskommission

Die Aktivitäten der EU-Wettbewerbskommission richten sich gegen hegemoniale Stellungen von Firmen am Gütermarkt⁵³ (Entscheidungsregel 1). Dabei geht es um die Vermeidung marktbeherrschender Stellungen zum Nachteil von Konsumenten oder von Mitbewerbern bzw. potenziellen Mitbewerbern. Hegemoniale Stellungen werden hier von der Gütermarktseite her bekämpft. Am Informationsmarkt gegebene oder entstehende hegemoniale Stellungen werden dabei nur hinsichtlich ihrer eventuellen Schädigung des Prinzips des freien Wettbewerbs berücksichtigt⁵⁴.

Bezüglich der Entscheidungsregel 2 Umgang mit einer relativierten Rationalität, der Entscheidungsregel 3 Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens und der Entscheidungsregel 4 Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv setzt die EU-Wettbewerbsbehörde keine expliziten Maßnahmen.

Auch wenn die EU-Wettbewerbsbehörde und die Stiftung Warentest einen wichtigen Beitrag zur Maximierung einer langfristigen Wohlfahrt leisten, fehlt ihnen für einen noch effizienteren Beitrag die stärkere Orientierung an den vier Entscheidungsregeln. Die ihnen zur Verfügung stehenden Zwangskompetenzen sind immer nur gegen bestehende hegemoniale Marktstellungen (Entscheidungsregel 1) gerichtet. Sie beziehen sich nicht auf die Entscheidungsregeln 2 bis 4 – ein weiteres Argument für die Einrichtung einer Informationsagentur.

7.4 Resümee des Kapitels 7

1. Unter anderen Institutionen leisten die deutsche Stiftung Warentest und die Europäische Wettbewerbskommission einen wesentlichen, jedoch zu geringen Beitrag zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen, wie sie mittels der vier im Kapitel 6 beschriebenen Entscheidungsregeln angestrebt werden.
2. Die im Kapitel 6 beschriebenen vier Entscheidungsregeln sind von kaum nennenswerter Wirkung, wenn sie bloß als selbst auferlegte, freiwillige Regeln gehandhabt werden. Sie müssen daher auch in Form gesetzlicher Rahmenbedingungen implementiert werden.
3. Darüber hinaus bedarf es besonders am Güter-, Finanz- und Informationsmarkt einer entsprechenden Bewusstseinsbildung, damit eine Situation erreicht wird, in der die Gewinnmöglichkeiten aus Anlagen im Nachhaltigkeitsbereich bzw. in einem Bereich mit teil-zirkulären Fortschrittspfaden die Gewinne im Bereich der Anlagen, die für eine Minderheit auf Kosten einer Mehrheit vorteilhaft sind, übersteigen bzw. wenigstens gleich groß, wie diese sind.

⁵³ Siehe dazu das EU-Amtsblatt Nr. 15 vom 9. Mai 2008, Seite 89.

⁵⁴ Siehe dazu die Leitlinien bezüglich der Gestaltung von Franchise-Vereinbarungen (Rdnrn 42-45 und 199-201).

7 Am Informationsmarkt wirkende Institutionen

4. Da die bisherigen gesetzlichen und institutionellen Initiativen in diese Richtung nicht den notwendigen Erfolg gebracht haben, scheint es sinnvoll, eine mit bestimmten Zwangskompetenzen ausgestattete Informationsagentur zu implementieren, welche vom Informationsmarkt aus im Zusammenwirken mit den in diesem Kapitel kurz skizzierten Institutionen die Voraussetzungen zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen schafft.

7.5 Offene Fragen

Eingehend auf die fünfte der offenen Fragen des Kapitels 2 wurden in diesem Kapitel kurz einige Institutionen skizziert, die sich aus verschiedenen Ansätzen und Zielsetzungen heraus direkt oder indirekt mit der Schaffung und Verteilung güterrelevanter Informationen bzw. der Zugangsmöglichkeiten zu diesen beschäftigen. Dabei zeigte sich, dass diese in jeweils verschiedenem Ausmaß bereits einen Beitrag zur Erreichung der mit den vier Entscheidungsregeln angestrebten Ziele leisten.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung darf nicht übersehen werden, dass die Möglichkeiten dieser Institutionen bei der Durchsetzung der vier Entscheidungsregeln zu begrenzt sind, um hier eine rasche Wende zu erzielen, die nicht nur hinsichtlich der Umwelterfordernisse rechtzeitig erfolgt, sondern auch eine langfristig höhere wirtschaftliche und soziale Sicherheit schafft.

Wie die diesbezüglichen Möglichkeiten mittels eines Zusammenspiels zwischen bestehenden Institutionen und einer neu zu schaffenden Informationsagentur erweitert werden können, wird im folgenden Kapitel 8 dargestellt

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Schlüsselbegriffe

Überstaatliche Informationsagentur (IA): Eine von Regierungen unabhängige, zur Nationalbank bzw. zur EZB analoge Institution, die durch die Emission und Kontrolle güterrelevanter Informationen sowie die Optimierung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen für einen Ausgleich am Informationsmarkt sorgt, Informationsmonopole verhindert und damit indirekt auch den Güter-, Finanz- und Arbeitsmarkt positiv beeinflusst. Ein kategorialer Unterschied zwischen dem Bankenbereich und der IA besteht jedoch darin, dass die Maßnahmen im Bankensektor über die Geldpolitik nur indirekt auf den Gütermarkt und die Wohlfahrtsentwicklung wirken, während die Maßnahmen der Informationsagentur am Informationsmarkt direkt die Güterwerte und damit auch die Wohlfahrtsentwicklung direkter beeinflussen.

Informationsnehmer: In Analogie zu den Preisnehmern am Gütermarkt sind das jene Marktteilnehmer, welche auf die Emission und den Wahrheitswert von Informationen sowie auf die Zugangsmöglichkeiten zu diesen keinen Einfluss haben.

Informationspolypolist: Starker Marktteilnehmer (Atom-, Gen- und Ölindustrie im negativen Sinne, u. A. die deutsche Stiftung Warentest im positiven Sinne) der zusammen mit anderen starken Marktteilnehmern einen wesentlichen Einfluss auf den Markt güterrelevanter Informationen ausübt und mit diesen zusammen einen Mainstream schafft. Die Informationen und Haltungen dieses Mainstreams werden von den Informationsnehmern vielfach nicht akzeptiert, aber auch nicht offen bekämpft.

Die seit dem Jahr 2008 herrschende, vom Finanzmarkt ausgelöste Wirtschaftskrise ist ein Symptom dafür, dass den am Güter- und Arbeitsmarkt weitgehend funktionierenden Gesetzen und Kontrollen analoge Mechanismen am Finanzmarkt fehlen.

Die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellte Analogie der Wirkungen von Güter- und Informationsveränderungen legt nahe, dass zum Versagen des Güter- und Finanzmarktes noch ein Versagen des Informationsmarktes hinzu tritt. Neben staatlichen Rahmenbedingungen für den Güter- und Finanzmarkt bedarf es daher auch Rahmenbedingungen für den Informationsmarkt⁵⁵.

⁵⁵ Es gibt natürlich bereits Rahmenbedingungen für den Umgang mit Informationen, wie Datenschutz, Werberichtlinien, die Verpflichtung zur Wahrheit im Allgemeinen usw. Die Realität zeigt jedoch, dass diese zu kurz greifen und von allen in der Gesellschaft relevanten Gruppierungen und Personen leicht umgangen werden können.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

In diesem Kapitel soll eine Informationsagentur als Institution nach dem Vorbild der EZB skizziert werden, welche im Zusammenwirken mit den im Kapitel 7 skizzierten Institutionen diese Rahmenbedingungen am Informationsmarkt schafft und damit auch die vier Entscheidungsregeln im realen Marktgeschehen implementiert und wirksam werden lässt.

Analog zur Ausgleichsfunktion der EZB am Geldmarkt (Inflationsrate im Verhältnis zur Arbeitslosenrate), könnte diese Informationsagentur einen Ausgleich zwischen langfristig wohlfahrtsmaximierenden Güter- und Informationsallokationen einerseits und andererseits den kurzfristigen Interessen von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen sowie von Firmen erreichen. Damit soll ein Beitrag zur Beantwortung der fünften der offenen Fragen des Kapitels 2 geleistet werden.

8.1 Informationsagentur als Regulativ am Informationsmarkt – in Analogie zur EZB als Regulativ am Finanzmarkt

Die verschiedenen Nationalbanken und ihre im Laufe der Entwicklung der Europäischen Union erfolgte Zusammenführung im System der Europäischen Zentralbanken (EZB) bilden hinsichtlich der Geldpolitik einen (mehr oder weniger) unabhängigen Machtgegenpol zu den nationalen Regierungen und zur gesamteuropäischen Regierung. Ziel dieser Einrichtungen ist vor allem die Unabhängigkeit der Geldpolitik von kurzfristigen politischen Überlegungen bzw. von Anliegen, die einer langfristigen Währungsstabilität und damit einer langfristigen positiven Wirtschaftsentwicklung entgegenstehen.

In diesem Unterkapitel werden die institutionelle Organisation und die Wirkungsweise der Informationsagentur anhand des Vorbildes der EZB skizziert⁵⁶.

8.1.1 IA-Zwangskompetenz am Informations- und Gütermarkt – in Analogie zur EZB-Zwangskompetenz hinsichtlich der EU-Konvergenzkriterien

Die Wirkungsweise des europäischen Währungsraumes und der Maßnahmen der EZB sind natürlich stark von einem mit diesem Währungsraum korrespondierenden Wirtschaftsraum bzw. einem Gütermarkt, der bestimmten Kriterien – unter anderem den Konvergenzkriterien – genügen muss, abhängig. Erfüllt der Gütermarkt diese Kriterien nicht, kann der Währungsraum die von ihm erwarteten Wirkungen nicht erzielen.

Die EZB verfolgt daher ihre geldpolitischen Ziele in enger Abstimmung mit langfristigen makroökonomischen Zielen, wobei die von EUROSTAT laufend erhobenen wirtschaftlichen, sozialen und soziodemographischen Daten berücksichtigt werden.

⁵⁶ Die diesbezüglichen Informationen entstammen der Internetseite der EZB <http://www.ecb.int>.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Dabei kann sie – soweit sie von der Politik nicht daran gehindert wird – gegenüber einzelnen Staaten oder Institutionen ihre Zwangskompetenz hinsichtlich der Einhaltung der Konvergenzkriterien einsetzen.

Die EU-Konvergenzkriterien⁵⁷ umfassen im Wesentlichen ein höchstzulässiges tatsächliches öffentliches Defizit von drei Prozent des BIP sowie einen maximal zulässigen Schuldenhöchststand von 60 Prozent des BIP. Sie beinhalten keine expliziten Anforderungen hinsichtlich der Entscheidungsregeln 2 bis 4 (Umgang mit einer relativierten Rationalität, Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens, partieller Rückschritt als Fortschrittspfadkorrektiv). Die Einhaltung der Entscheidungsregel 1 (Minimierte Hegemonie am Informations- und Gütermarkt) wird von der EU-Wettbewerbskommission abgedeckt, wobei die Problematik am Informationsmarkt nur teilweise erfasst wird.

Die EZB beschäftigt sich also nur sehr indirekt mit der Einhaltung der vier Entscheidungsregeln. Fasst man diese vier Entscheidungsregeln als Konvergenzkriterien für einen langfristig wohlfahrtsmaximierenden Wirtschafts- und Währungsraum auf, ergibt sich eine weitere Analogie zwischen den Anforderungen an eine Institution am Finanzmarkt⁵⁸ und den Anforderungen an eine Institution am Informationsmarkt. In diesem Sinne sollte eine Informationsagentur über Zwangskompetenzen hinsichtlich der Einhaltung der vier Entscheidungsregeln verfügen, die jenen der EZB bezüglich der Einhaltung der Konvergenzkriterien analog sind.

Sie könnte damit in Ergänzung zur EZB und zur EU-Wettbewerbskommission jene Agenden hinsichtlich der vier Entscheidungsregeln wahrnehmen, die von diesen nicht abgedeckt werden.

8.1.2 IA-Ziel: langfristige Wohlfahrt dominiert kurzfristige Interessen – analog zu EZB-Ziel: geringe Inflation dominiert geringste mögliche Arbeitslosigkeit

„Das vorrangige Ziel der EZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. ... Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen. ... Die Ziele der Union (Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union) sind ein hohes Beschäftigungsniveau und ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum“, beschreibt die EZB auf ihrer Internetseite den Rahmen ihres Zusammenwirkens mit der Wirtschaft.

In der Praxis forciert die EZB dabei die Erreichung langfristiger Ziele, wie etwa die Preis- und Währungsstabilität gegenüber kurzfristigen, von tagespolitischen Opportunitäten bestimmten Zielen, wie diversen Förderungen usw. Sie verfügt auch weitgehend über die Zwangskompetenz, ihre Prioritäten gegenüber bestimmten Interessensgruppen durchzusetzen. In Analogie dazu wäre

⁵⁷ Nähere Informationen zu den EU-Konvergenzkriterien finden sich auf der Internetseite der EZB unter <http://www.ecb.int>.

⁵⁸ Der Einfachheit halber wird hier angenommen, dass der Währungsraum und der Raum, in dem dieselben Finanzgesetze gelten, identisch sind. In diesem Sinne haben die Begriffe Währungsraum und Finanzmarkt dieselbe Bedeutung.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

es die Aufgabe einer IA, beispielsweise partielle Rückschritte als Korrektive für einen langfristigen Fortschritt auch gegen den Willen bestimmter Interessensgruppen durchzusetzen, um damit langfristig wohlfahrtsmaximierende Informations- und Güterallokationen für eine Mehrheit gegenüber kurzfristigen Wohlfahrtsüberlegungen einer Minderheit durchzusetzen.

8.1.3 Die Unabhängigkeit und Transparenz der IA in Analogie zur Unabhängigkeit und Transparenz der EZB

Gemäß den EU-Verträgen verfügt die EZB über ein erhebliches Maß an Unabhängigkeit von Einflüssen politischer, wirtschaftlicher oder anderer gesellschaftlicher Institutionen. Diese Unabhängigkeit wird durch ein hohes Maß an Transparenz der Organisationsstruktur und der Aktivitäten der EZB unterstützt.

Im Rahmen der Wirtschaftskrise wurde diese Unabhängigkeit jedoch seit dem Jahr 2008 in erheblichem Ausmaß eingeschränkt. Ein Beispiel dafür ist der von der Politik forcierte Ankauf von „Ramsch-Papieren“ durch die EZB – eine Maßnahme, die mit den EZB-Grundsätzen kaum vereinbar ist.

Auch diese Zwangssituation ist ein Argument für die Einrichtung einer zur EZB analogen, am Informationsmarkt wirkenden IA: Mit ihrer Emission, Kontrolle und Verteilung güterrelevanter Informationen bzw. der Zugangsmöglichkeiten zu diesen hätte eine IA die Entstehung derart massiver hegemonialer Stellungen am Informations- und Finanzmarkt verhindern oder zumindest abschwächen und damit einen Beitrag zur Vermeidung dieser Zwangssituation leisten können.

8.2 Weitere Argumente für die Einführung einer Informationsagentur

Neben dem theoretischen Argument der Analogie der Wirkungen von Güter- und Informationsveränderungen gibt es unter anderen drei wesentliche, eher praktische Argumente für die Implementierung einer Informationsagentur:

1. die starke Verzerrung des Informationsmarktes;
2. die zersplitterte Zielsetzung bereits bestehender, Institutionen, die sich aus verschiedenen Ansätzen heraus mit der Schaffung langfristig wohlfahrtsmaximierender Allokationen von Gütern und Informationen beschäftigen;
3. das teilweise zu geringe Ausmaß, sowie die zu geringe Orientierung der Zwangskompetenzen dieser Institutionen an den vier Entscheidungsregeln.

Diese Argumente werden in den folgenden Unterkapiteln etwas näher ausgeführt.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

8.2.1 Argument für die Einführung der IA: Verzerrung des Informationsmarktes

Wie die in den vorigen Unterkapiteln beschriebenen Beispiele (PKW versus S-Bahn, Atom- und Gentechnik) zeigen, gibt es in Analogie zu den Konflikten zwischen kurz- und langfristigen Interessen im Bereich der Geldpolitik (niedrige Inflations- versus niedrige Arbeitslosenquote) auch auf den Märkten der Characteristics und der Informationen Interessenskonflikte.

Der technische Fortschritt und die gesellschaftliche Entwicklung haben eine Situation geschaffen, in welcher auf dem Markt nicht nur zwischen Preisgestaltern und Preisnehmern, sondern auch zwischen Informationsproduzenten bzw. Informationsverteilern (Gestaltern der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen) einerseits und andererseits in – Analogie zu den Preisnehmern – „**Informationsnehmern**“ unterschieden werden muss. Dabei sind die Informationsnehmer jene Akteure, die selbst keine über ihren eigenen Status quo hinausgehenden güterrelevanten Informationen produzieren und auf die Informationsemission und Informationsverteilung anderer Marktteilnehmer angewiesen sind, jedoch auf diese keinen Einfluss haben.

Diese Situation resultiert im Wesentlichen aus folgenden Entwicklungen:

1. Wissenskumulation durch immer größere Firmen und Institutionen;
2. Wissenskumulation durch Spezialisierung;
3. Wissenssegmentierung durch starken Wissenszuwachs

Diese Effekte werden in zwei gegensätzlichen Allokationen sichtbar: Einer für wenige Marktteilnehmer kurzfristig vorteilhaften Allokation (ja zu Atomenergie und gentechnisch veränderten Lebensmitteln) und einer für eine Mehrheit der Marktteilnehmer langfristig vorteilhaften Allokation (nein zur Atomenergie und zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln). Da staatliche Institutionen offensichtlich am Ausgleich dieser beiden Interessen scheitern, könnte es sich als sinnvoll erweisen, neben dem System der Europäischen Zentralbanken, das unter anderem über die Allokation der Währungsreserven für eine langfristig sinnvolle Währungs- und Wirtschaftspolitik sorgt, auch ein System von Informationsagenturen zu installieren. Diese Informationsagenturen könnten, unberührt von kurzfristigen Interessen, für eine langfristig sinnvolle Allokation güterrelevanter Informationen sorgen. Dabei könnten sie in Analogie beispielsweise zum Inflations- oder Geldwertziel einer Notenbank gesellschaftliche mittel- und langfristige, so genannte „Informationsziele“ verfolgen.

Auf die Frage, inwieweit die Struktur des Systems der Europäischen Zentralbanken auch in den Bereich der Informationsagenturen zu übernehmen wäre, wird im Kapitel 8.6 weiter eingegangen.

So, wie die Aktivitäten der EZB auf den Markt, die Individuen und den Fortschritt wirken, würden auch Aktivitäten einer IA auf diese drei Aspekte eines Wirtschaftssystems Einfluss

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

nehmen. Form und Ausmaß dieser Einflüsse der IA unterscheiden sich zwar von jenen der EZB, trotzdem gibt es zahlreiche Analogien zwischen den Wirkungsmechanismen beider.

8.2.2 Argument für die Einführung der IA – Missverhältnis zwischen Zielsetzungen und Zwangskompetenzen bei bestehenden Institutionen

Allen Zielsetzungen der im Kapitel 7 dargestellten Institutionen ist gemeinsam, dass sie von verschiedenen Ansätzen ausgehend, einen Beitrag zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen leisten.

Die Erreichung dieses Gesamtzieles leidet jedoch am Missverhältnis zwischen den Zielsetzungen dieser Institutionen und den ihnen zur Verfügung stehenden Zwangskompetenzen:

Beispielsweise kommt die langfristige Wohlfahrtsmaximierung für die gesamte Gesellschaft in der Zielsetzung der EU-Wettbewerbskommission explizit überhaupt nicht vor. Sie verfügt jedoch über explizite Zwangsmöglichkeiten in Form von Gesetzen und möglichen Zwangsmaßnahmen.

Umgekehrt orientieren sich beispielsweise verschiedene Umweltinstitution sehr stark am Ziel der Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Güter- und Informationsallokationen. Sie appellieren jedoch hauptsächlich an die Freiwilligkeit ihrer Netzwerk-Mitglieder und verfügen daher in Form einer medialen Präsenz und in Form einer ökologischen und sozialen Compliance bzw. CSI (Corporate Social Responsibility) oder einer ESG (Environment Social Governance) nur über einen beschränkt wirkenden Zwangsmechanismus.

Auch diese Missverhältnisse zwischen Zielsetzungen und zur Verfügung stehenden Zwangskompetenzen legen die Einführung einer mit bestimmten Zwangskompetenzen hinsichtlich der vier Entscheidungsregeln ausgestatteten Informationsagentur als koordinierende Stelle nahe, die mit bestehenden Institutionen zusammenarbeitet.

8.3 Einflüsse der Informationsagentur auf die Individuen im Rahmen der Entscheidungsregeln 1 und 2

Über den Einfluss der IA auf den Markt ist natürlich auch in verschiedener Form deren indirekter Einfluss auf die Individuen gegeben. Einige Möglichkeiten dafür werden in den folgenden Abbildungen beschrieben.

8.3.1 Effekt einer Informationsemission durch die IA – Schutzwirkung im Sinne der Entscheidungsregel 1

In der folgenden Abbildung ist eine Situation dargestellt, die sich von der in Abbildung 6-1 auf Seite 78 beschriebenen Situation folgendermaßen unterscheidet:

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

1. Es wird ein wohlmeinender Hegemon in Form der Informationsagentur angenommen.
2. Die IA strebt im Unterschied zum Hegemon eine maximale Gleichverteilung der Zugangsmöglichkeiten zu güterrelevanten Informationen an.
3. Es liegt keine Zwangssituation für die Akteure vor.
4. Auf Grund der fehlenden Manipulationsabsicht der Informationsagentur gibt es einheitliche Informationsstatus für alle Akteure.
5. Die Individuen können nicht gezwungen werden, ein (von außerhalb ihres Informationsstatus betrachtet) unterhalb ihrer Indifferenzkurve liegendes Nutzenniveau zu wählen.

Als Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen dient die Abbildung 6-1. Anhand ihrer Adaptierung soll die Wirkung einer gegensteuernden Informationsemission⁵⁹ der IA beschrieben werden. Dabei bringen die Budgetgeraden und Allokationen folgende Entwicklung zum Ausdruck:

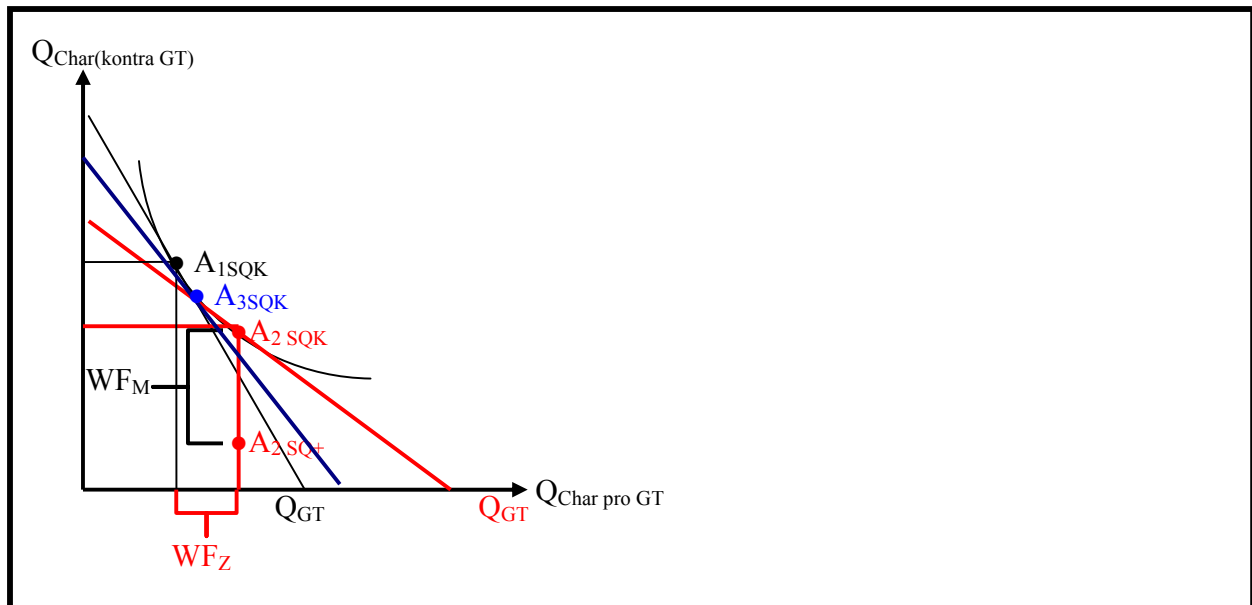
1. Da die Konsumenten von den Gentechnik-Produzenten Informationen über eine größere Vielfalt und/oder eine größere Menge von Characteristics von Gentechnikprodukten erhalten haben und diese (manipulative) Information negative Characteristics der gentechnikfreien Produkte zutage förderte, dreht sich die schwarze Budgetgerade in die rote. Die Realpreise für die Characteristics gentechnikfreier Güter werden höher, jene für Gentechnik-Produkte geringer.
2. Die Entwicklung verläuft, wie auf Seite 78 beschrieben und mündet, vom Status quo der Konsumenten (SQK) her gesehen vorläufig von der Allokation A_{1SQK} in die Allokation A_{2SQK} . Die Gegensteuerung der IA mit einer die einseitige Information der Gentechnik-Produzenten relativierenden Information mildert deren Wirkungen, sodass die Konsumenten nun von ihrem Status quo her gesehen die zwischen den Allokationen A_{1SQK} und A_{2SQK} liegende Allokation A_{3SQK} wählen.
3. Entscheidend ist nun die oben erwähnte Position der Informationsagentur als wohlmeinender Hegemon, der nicht gegen die Interessen der Bürger handelt: Aus diesem Grund gibt es keinen Unterschied zwischen dem aus dem Status quo der Konsumenten heraus erfolgenden Allokationswechsel und jenem aus einem Status quo (SQK+), in dem zusätzliche negative Characteristics von Gentechnik-Produkten bekannt sind. Die Konsumenten fallen daher **nicht**, wie vor der Emission der Information durch die IA,

⁵⁹ Dieselbe Schutzwirkung ergäbe sich auch ohne die Emission einer Zusatzinformation, wenn die IA lediglich die Zugangsbarrieren zu vorhandenen Informationen beseitigt oder wenigstens minimiert.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

unter ihre Indifferenzkurve in eine Allokation A_{2SQ+} entsprechend der Abbildung 6-1 auf Seite 78.

Abbildung 8-1 Nach Abbildung 6-1 Gegensteuerung der Informationsagentur



Quelle: Eigene Darstellung

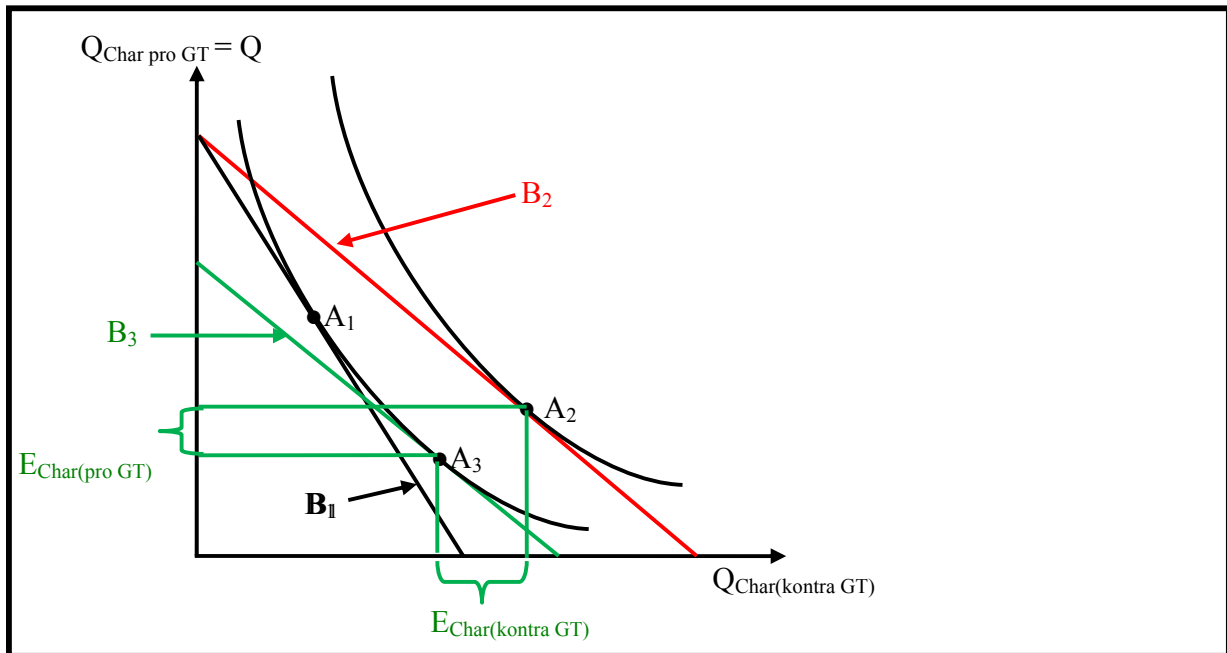
Diese Aktivität der IA wirkt im Rahmen der Entscheidungsregel 1 „Minimale Hegemonie am Informations- und Gütermarkt“: Die IA kann in diesem Falle die hegemoniale Stellung der Gentechnik-Produzenten am Informationsmarkt zwar nicht ganz beseitigen, aber wenigstens minimieren.

8.3.2 Die IA als wohlmeinender Hegemon gemäß der Entscheidungsregel 1 – individuelle Indifferenzkurven als Begrenzung für institutionelle Eingriffe

Die folgende Abbildung beschreibt die maximale Gestaltungsmöglichkeit der IA bei gleich bleibendem Nutzenniveau der Akteure:

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Abbildung 8-2 Maximale Gestaltungsmöglichkeit durch Informationsemissionen



Quelle: Eigene Darstellung

In der obigen Abbildung wird eine Situation dargestellt, in welcher auf Grund geänderter Informationssituationen der Nutzen von Nicht-Gentechnikprodukten steigt und jener der Gentechnikprodukte konstant bleibt. Das heißt, die Budgetgerade der Akteure (B_1) dreht sich entsprechend nach außen in die rote Budgetgerade (B_2). Auf Grund dieser Drehung wechselt die genutzte Allokation von der Position A_1 in die Position A_2 , also auf ein höheres Nutzenniveau.

Hier könnte die Delegierungsebene finanzielle Mittel für bestimmte Investitionen lukrieren. Dafür darf sie aber ein bestimmtes Ausmaß an Abgaben nicht überschreiten, will sie die Akteure nicht unter das Nutzenniveau ihrer ursprünglichen Indifferenzkurve zwingen. Der wesentliche Unterschied zur traditionellen Hicks'schen Kompensation liegt in der Begründung der Drehung der Budgetgeraden nicht durch eine Preisänderung, sondern durch eine geänderte Informationssituation, welche einen höheren Nutzen aus einer bestimmten Menge materieller Güter ermöglicht. Dieser höhere Nutzen resultiert aus einer durch Informationen bewirkten Erhöhung der Anzahl unterschiedlicher Characteristics und/oder einer durch Informationen bewirkten größeren Menge bestehender Characteristics einer unveränderten Gütermenge.

Die von der Delegierungsebene zu erzielenden Mittel ergeben sich aus den beiden Einsparungen $E_{Char(kontra GT)}$ und $E_{Char(pro GT)}$. In diesem Falle sind die zu lukrierenden Mittel auf der Seite kontra GT höher, als auf der Seite pro GT.

Auch in diesem Zusammenhang wirkt die Informationsagentur im Sinne der Entscheidungsregel 1, indem sie dafür sorgt, dass die Delegierungsebene in ihrer hegemonialen Stellung den veränderten Informationsstatus der Individuen nicht dazu nutzt, diese schlechter zu stellen und in eine Position unterhalb ihrer Indifferenzkurve zu drängen.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

8.3.3 Informationsziel der IA im Sinne der Entscheidungsregel 2: Transparente Adaptierung individueller Präferenzen

Durch die bereits angesprochene Informationsabhängigkeit der Beurteilung rationalen Verhaltens und der Bildung von Präferenzen ist natürlich auch für die IA eine diesbezügliche hinsichtlich einer Verfassung der Freiheit heikle Einflussmöglichkeit gegeben. Wie in den vorhergehenden Kapiteln dargelegt, werden Präferenzen (im traditionellen Sinne) hinsichtlich bestimmter Güter aus Mehrheiten von Subpräferenzen bezüglich deren Characteristics gebildet, die aus einer Sequenz des UGR ausgewählt wurden. Die Informationsbasierung des UGR ermöglicht es der IA, mit der Emission von Informationen oder der Beeinflussung deren Zugänglichkeit in eventuelle Änderungen bzw. Adaptierungen⁶⁰ der Präferenzen⁶¹ und damit in die individuelle Güterkonfiguration einzugreifen.

Wie im Zusammenhang mit der Rationalität, kann der Eingriff der IA auch im Zusammenhang mit den Präferenzen auf den ersten Blick einige Unsicherheit hervorrufen. Aber auch hier wirkt die IA im Sinne einer Verfassung der Freiheit, indem sie die längst gegebenen, in hohem Maße totalitären Wirkungen von Zugangsbeschränkungen zu Informationen, die von zu wenig kontrollierten Firmen, staatlichen oder nicht staatlichen Institutionen geschaffen wurden, transparent macht und damit mindert. Dabei sorgt sie für die Einhaltung der Entscheidungsregel 2, welche eine besondere Sorgfalt im Umgang mit der Relativierbarkeit der Rationalität erfordert. Eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist auch hier die Glaubwürdigkeit der IA.

8.3.4 Informationsziel der Informationsagentur: Erweiterung individueller Budgets durch güterrelevante Informationen

Durch eine Emission, eine bessere Kontrolle güterrelevanter Informationen oder durch eine Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu diesen können individuelle Budgets auf unterschiedliche Weise beeinflusst werden.

Beispielsweise können eine von der IA emittierte Information über die erhöhte Nutzungsmöglichkeit eines dem Individuum zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits bekannten

⁶⁰ In diesem Zusammenhang sei noch ein Kritikpunkt hinsichtlich von Weizsäckers Auffassung bezüglich des Ausmaßes möglicher Adaptierungen von Präferenzen erwähnt:

Er schränkt (auf Seite 32) die Adaptierbarkeit von Präferenzen mit der Annahme ein, dass Individuen nur in der näheren Umgebung eines Status quo nach besseren Möglichkeiten suchen. Man kann allerdings prinzipiell keine „Entfernung“ und damit auch keine Nähe bezüglich eines Status quo definieren, weil es kein eindeutiges Maß dafür gibt. Eine der Begründungen dafür liegt in der Beeinflussung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status quo durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung: Das Erfinden von Theorien ist für die Entwicklung der Wissenschaft und Technik und damit für verschiedene Status quo-Situationen mindestens ebenso bedeutend, wie deren rationale Erfassung und Formalisierung. Es ist die a-rationale Komponente dieses Erfindungsprozesses, welche es unmöglich macht, in diesem Zusammenhang von einer „Entfernung“ zwischen verschiedenen Status quo-Situationen zu sprechen.

⁶¹ Andere Ursachen für Präferenzänderungen wurden bereits im Kapitel 4.1.2 angesprochen.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Characteristics oder die Information über die Nutzungsmöglichkeit eines ihm zu einem bestimmten Zeitpunkt noch nicht bekannten Characteristics das Budget dieses Individuums erhöhen. Entsprechende Informationen über verminderte Nutzungsmöglichkeiten können sein Budget vermindern.

8.3.5 Hohe Effizienz der IA für die Individuen durch hohe Glaubwürdigkeit

Die Glaubwürdigkeit einer IA und deren erfolgreiches Wirken im Rahmen einer Verfassung der Freiheit beruhen auf den folgenden Grundpfeilern:

1. der Richtigkeit der emittierten Informationen;
2. der ständigen Überprüfung der Informationen;
3. der Bereitschaft der IA, emittierte falsche Informationen zu korrigieren;
4. dem Bestreben der IA, den Aufwand der Individuen für die Beschaffung und Nutzung von Informationen möglichst gering zu halten (Minimierung der Zugangsbeschränkungen zu Informationen);
5. der Bereitschaft der IA, neutralisierende Informationen unabhängig und eventuell auch gegen den Widerstand von Einzelnen oder Gruppen zu emittieren, wenn sie damit die Umsetzung von deren Interessen, die einen allgemeinen wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Rückschritt zur Folge hätten, vermeiden könnte;
6. der tatsächlich gegebenen Maximierung des Nutzes positiver Characteristics bei gleichzeitiger Minimierung des Schadens durch eventuell im Zusammenhang mit den positiven Characteristics auftretende negative Characteristics.

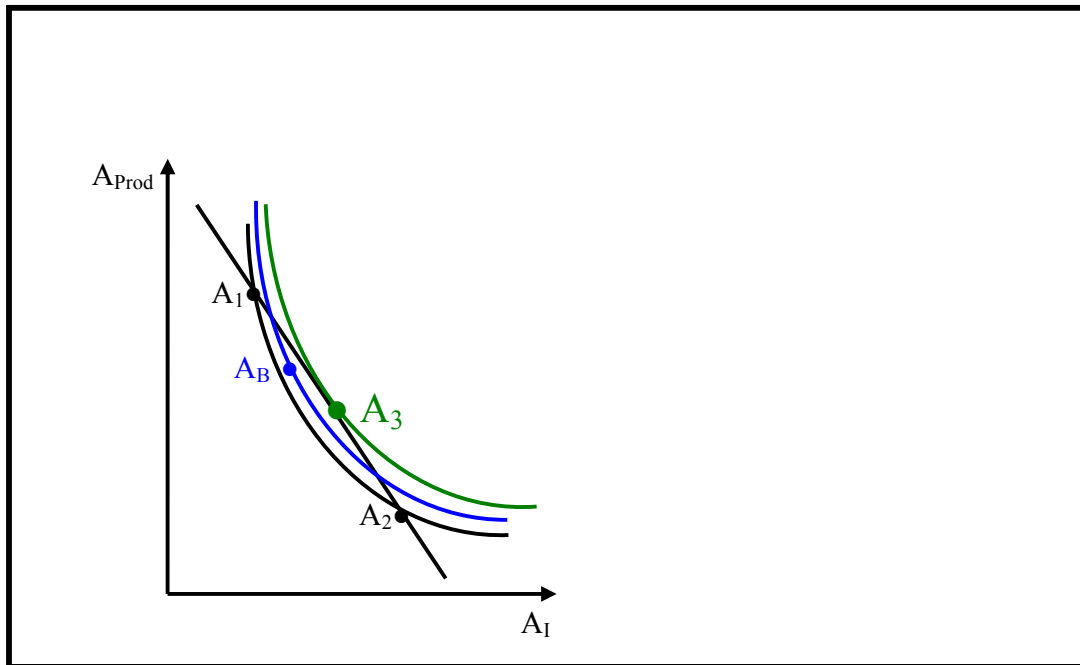
8.4 Die IA und die Entscheidungsregel 3 – das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftswachstum und Informationsoptimierung

Im Kapitel 6.4 wurde die Möglichkeit einer Wohlfahrtssteigerung mittels einer Veränderung von Informationssituationen dargestellt. In der folgenden Analyse des aus dieser Wohlfahrtssteigerung resultierenden Spannungsfeldes zwischen einer Wohlfahrtssteigerung durch ein Wirtschaftswachstum und einer Wohlfahrtssteigerung durch eine Informationsoptimierung wird der Einfachheit halber der Finanzmarkt ausgeklammert und nur der Zusammenhang zwischen dem Produktions- und Informationsmarkt einerseits und dem Arbeitsmarkt andererseits betrachtet.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Den Ausgangspunkt dabei bilden die drei bereits im Kapitel 6.4 besprochenen Allokationen gemäß der folgenden Abbildung:

Abbildung 8-7 Drei Allokationen von Gütern und Informationen



Quelle: Eigene Darstellung

Um von der Allokation A_1 aus die optimale Allokation A_3 zu erreichen, könnte viel von den Aufwendungen für die Güterproduktion (A_{Prod}) aufgegeben werden. Gleichzeitig müssten sich die Aufwendungen für die Information der Akteure (A_1) erhöhen.

Um von der Allokation A_2 aus die optimale Allokation A_3 zu erreichen, könnte einiges von den Aufwendungen für die Information der Akteure aufgegeben werden. Gleichzeitig müssten sich die Aufwendungen für die Güterproduktion erhöhen.

Betrachtet man die beiden Allokationen A_1 und A_3 nochmals, ist folgende Entwicklung nahe liegend: Die zur Erreichung von A_3 notwendige Umschichtung der Aufwendungen vom Produktions- in den Informationsbereich also weg von den Produzenten hin zu den Konsumenten, wird den Widerstand der Wirtschaft hervorrufen. Im Sozialbereich hingegen wird man diese Umschichtung begrüßen. Die Institutionen werden sich auf die Allokation A_B (Allokation mit vereinbartem, zu erhaltendem Beschäftigungsausmaß) einigen, weil beide das volle Ausmaß der Beschäftigungsverringerung, das mit der ursprünglichen Reduktion der Aufwendungen im Produktionsbereich verbundenen wäre, nicht in Kauf nehmen wollen.

Die Differenz zwischen den Nutzenniveaus von A_3 und A_B drückt aus, dass die gesamte, nur durch eine geänderte Informationssituation erreichbare gesellschaftliche Wohlfahrt in der Realität prinzipiell nur teilweise erreichbar ist, weil jeder Ersatz einer Wohlfahrtssteigerung auf der Basis einer Produktionssteigerung mit einem Verlust an Arbeitsplätzen verbunden ist, der die gesamte Wohlfahrt mindert.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen den Repräsentanten des Wirtschafts- und des Sozialbereichs kann die Informationsagentur eine wesentliche Rolle spielen, indem sie für die Zugänglichkeit der relevanten Informationen sorgt. Dabei geht es nicht nur um die Zugänglichkeit der Informationen für die Verhandlungspartner, sondern vor allem auch um deren Zugänglichkeit für alle Akteure des Marktes. Damit kann die IA die Voraussetzung dafür schaffen, dass informierte Akteure einerseits die Verhandlungspartner hinsichtlich eines überzeugenden Verhandlungsergebnisses unter Druck setzen und andererseits auch eher bereit sind, für sie kurzfristig nicht vorteilhafte Verhandlungsergebnisse zu akzeptieren⁶². Ein Beispiel dafür wären von der Informationsagentur – auch gegen den Widerstand von Interessensgruppen – emittierte Informationen über die Umwelt- und Gesundheitsschädlichkeit einer Produktionsausweitung.

Diese Mechanismen zeigen, dass Sozial-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsprobleme nicht nur das Zeichen eines Marktversagens des Produktionsmarktes sind, sondern zu einem wesentlichen Teil auch auf einem Versagen des Informationsmarktes beruhen und damit auch auf diesem Markt zu bekämpfen sind⁶³. In diesem Sinne kann die Informationsagentur einen wesentlichen Beitrag zur Einhaltung der Entscheidungsregel 3 dem ausgewogenen Verhältnis zwischen einer Wohlfahrtssteigerung durch eine Produktionssteigerung und einer Wohlfahrtssteigerung durch Optimierungen am Informationsmarkt leisten.

8.5 Einflüsse der Informationsagentur auf den Fortschrittsfad – Beiträge zu Einhaltung der Entscheidungsregel 4

Von Weizsäcker beschreibt die Adaptierung von Präferenzen im Zusammenhang mit einem von ihm nicht näher definierten Fortschritt. Auf Grund der Informationsbasierung von Gütern ist jedoch kein zwingender Zusammenhang zwischen der Adaptierung von Präferenzen und einem bestimmten Fortschritt bzw. Fortschrittsfad gegeben. Das lässt Raum für eine Einflussnahme der IA auf die Adaptierung von Präferenzen, sodass diese einen teilzirkulären Fortschrittsfad im Sinne der Entscheidungsregel 4 generieren. Sie wird im folgenden Unterkapitel beschrieben.

8.5.1 Spannungsfeld zwischen adaptierten Präferenzen und Fortschrittsfad

Grundsätzlich ist eine Entwicklung am Angebotsmarkt der materiellen Güter denkbar, die auf Grund einer ungünstigen Informationsallokation keine oder eine zu geringe Entsprechung am Nachfragemarkt findet. Ein Beispiel dafür wäre wiederum das Angebot zur Nutzung der S-Bahn, das jedoch u. A. aus folgenden Gründen zu wenig angenommen wird:

⁶² Langfristig kann dadurch auch ein höheres Maß an Gleichheit der Akteure einer Gesellschaft erreicht werden.

⁶³ Informationen beeinflussen die individuellen Möglichkeiten, Güter zu nutzen. Insofern berühren die Überlegungen dieses Ansatzes Amartya Sens Capabilities, welche ebenfalls die individuellen Möglichkeiten der Güternutzung beeinflussen.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

1. Die Zugänge zu Informationen über die Nutzung zusätzlicher S-Bahn Characteristics sind suboptimal verteilt.
2. Stark vereinfacht gesagt, bewirkt diese Verteilung eine niedrige Nachfrage, in der Folge ein niedriges Angebot mit hohen Preisen und damit im Weiteren einen zu geringen technischen Fortschritt, sodass die Produktionskosten und damit die Angebotspreise nicht gesenkt werden können.

In diesem Falle findet im Gegensatz zu von Weizsäcker eine Adaptierung der Präferenzen gegen eine fortschrittliche Technologie – weg von der S-Bahn, hin zum PKW – statt⁶⁴. Diese Beurteilung erfolgt von einem stark umweltbetonten Status quo aus.

Vom Status quo der Autoindustrie hingegen sind diese auf Präferenzen basierende gesteigerte Nachfrage nach PKWs und die relativ dazu sinkende Nachfrage nach der S-Bahn Ausdruck einer Adaptierung von Präferenzen in die Richtung einer fortschrittlichen Technologie, weil sie die Entwicklung umweltfreundlicherer Verbrennungsmotoren unterstützt. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass es sich dabei auf Grund der Umweltsituation und knapper werdender Erdölreserven nur um einen kurzfristigen Fortschritt handelt. Langfristig wird sich dieser Fortschritt wahrscheinlich aus vielen Gründen als (unfreiwillig) teil-zirkulär oder gar als zirkulär erweisen. Zwei Gründe davon seien hier angeführt: Man wird die individuelle Mobilität einschränken müssen. Die Entwicklung der Bahn-Infrastruktur wird durch die Fehlallokation der Forschungsressourcen stark verzögert.

Allgemein betrachtet, gibt es vier mögliche Auswirkungen der Adaptierung von Präferenzen auf Entwicklungen:

1. Die Adaptierung von Präferenzen wirkt in die Richtung eines speziell definierten Fortschrittspfades.
2. Die Adaptierung von Präferenzen wirkt entgegen einem speziell definierten Fortschrittspfad.
3. Die Adaptierung von Präferenzen verhält sich hinsichtlich eines speziell definierten Fortschrittspfades neutral.
4. Die Adaptierung von Präferenzen generiert einen teil-zirkulären Fortschrittspfad.

Ein wesentliches Ziel der IA sollte die Adaptierung von Präferenzen im Sinne dieses letzten Punktes sein. Damit sollte ein teilzirkulärer Fortschritt geschaffen werden, der von den anderen in der folgenden Aufzählung angeführten Fortschrittstypen zu unterscheiden ist:

⁶⁴ Bei der S-Bahn-Nutzung gibt es beachtliche Zuwachsraten. Die Zuwachsraten bei der PKW-Nutzung sind jedoch erheblich höher, sodass sich, im Großen gesehen, eine Tendenz weg von der S-Bahn hin zum PKW zeigt.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

1. allgemeiner Fortschritt ohne Differenzierung in Fortschrittsebenen;
2. fortschrittsneutrale Entwicklung;
3. allgemeiner Rückschritt mit partiellem Fortschritt;
4. allgemeiner Rückschritt ohne Differenzierung in Fortschrittsebenen.

Welche Ausprägung vorliegt, wird wesentlich von der gegebenen Informationsallokation und den Interessen der Beurteilungsinstanz beeinflusst. Die IA kann die Chancen einer allgemeinen positiven Entwicklung durch entsprechende Informationsemissionen oder die Schaffung verbesserter Zugangsmöglichkeiten zu Informationen stark erhöhen. Damit wirkt sie im Sinne der Entscheidungsregel 4, der Schaffung bzw. Erhaltung teilzirkulärer Fortschrittspfade.

8.5.2 Fortschrittspfad und IA-Bereitschaft zum Konflikt mit kurzfristigen Firmeninteressen – ein Beispiel

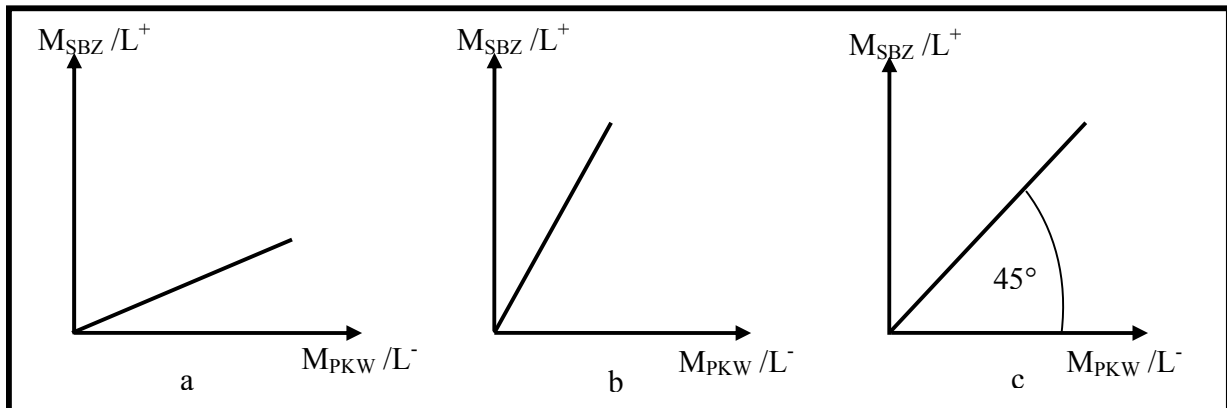
Ein Beispiel für einen Konflikt mit kurzfristigen Firmeninteressen wäre die Emission von Informationen, welche die Präferenz für den PKW gegenüber der S-Bahn hin zu einer Präferenz der S-Bahn gegenüber dem PKW adaptieren. Der Aspekt des Rückschritts läge dabei in einer Einschränkung der Mobilität der Individuen und einem Verlust von Arbeitsplätzen in der Autoproduktion. Ein diesem Rückschritt übergeordneter allgemeiner Fortschritt könnte in einer umweltfreundlichen, die Straßeninfrastruktur schonenden und die Lebensqualität steigernden S-Bahnnutzung liegen.

Die Produktionsbereiche für PKWs und für S-Bahn-Garnituren repräsentieren dabei zwei Fortschrittspfade innerhalb eines Bündels von Fortschrittspfaden. Aufgabe der IA wäre es in diesem Falle, die individuellen Präferenzen so zu adaptieren, dass die Individuen von einem Fortschrittspfad zu einem anderen wechseln. Dabei müsste sie etwaige von der PKW-Industrie herbeigeführte, an kurzfristigen Gewinnen orientierte Informationsallokationen durch die Emission eigener Informationen beseitigen und damit gegen den Willen der PKW-Industrie handeln.

Die folgende Abbildung zeigt die möglichen Auswirkungen einer Emission von Informationen durch die IA auf zwei Märkte, beispielsweise den Produktionsmarkt für PKWs (M_{PKW}) und den Produktionsmarkt für S-Bahn-Züge (M_{SBZ}):

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Abbildung 8-3 Wirkungen einer Informationsemission der IA auf zwei Märkte



Quelle: Eigene Darstellung

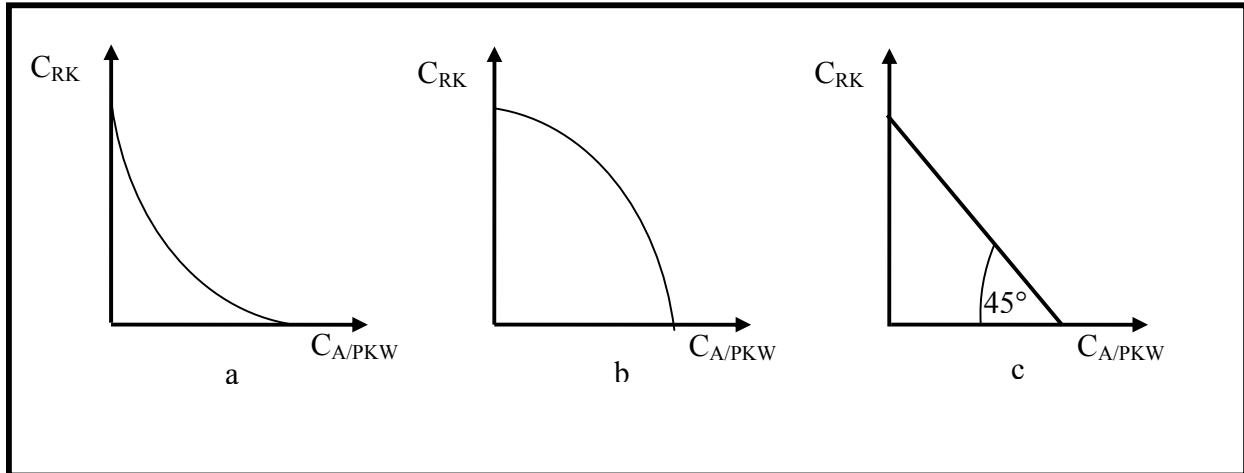
Die beiden Koordinaten in den obigen Abbildungen repräsentieren jeweils gleiche Zeitverläufe. Im System a bewirkt die Informations-Emission der IA, dass im Zeitverlauf die Anzahl möglicher neuer Arbeitsplätze im Produktionsmarkt für S-Bahn-Garnituren M_{SBZ} / L^+ in geringerem Ausmaß steigt, als die Anzahl frei werdender Arbeitskräfte im Produktionsmarkt für PKWs M_{PKW} / L^- . Im System b verläuft die Entwicklung umgekehrt. Im System c können über die Zeit hinweg im Markt M_{SBZ} genauso viele Arbeitskräfte verwendet werden, wie im Markt M_{PKW} frei werden.

Die folgende Abbildung zeigt die möglichen Auswirkungen einer Emission von Informationen durch die IA auf die Beziehung zwischen den Kosten der Arbeitslosigkeit am PKW-Markt $C_{A/PKW}$ und den Kosten zur Erhaltung der Reversibilität von Klimaentwicklungen C_{RK} . Der Einfachheit halber wird dabei angenommen, dass eindeutig festgestellt werden kann, in welchem Ausmaß die Kosten C_{RK} im Falle einer Erhöhung der PKW-Produktion steigen und wie hoch sie im Falle einer Totalauslastung der PKW-Produktion sind. Eine friktionelle und eine freiwillige Arbeitslosigkeit werden ausgeschlossen.

Verfügt die IA auch über die Zwangskompetenz, Konsequenzen aus den von ihr emittierten Informationen am Markt durchzusetzen, würde jeder auf der Auswirkungskurve gewählte Punkt auch die Konfliktbereitschaft der IA symbolisieren: Die Steigung der Kurve in jedem Punkt würde aussagen, welche Kostensteigerung $C_{A/PKW}$ die IA mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen bereit wäre um eine bestimmte Senkung von C_{RK} zu erreichen.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

Abbildung 8-4 Informationsemission – Arbeitslosigkeits- und Klima-Reversibilitätskosten



Quelle: Eigene Darstellung

Im System a steigen die Kosten für die Erhaltung der Reversibilität von Klimaentwicklungen C_{RK} langsamer, dann schneller als die Kosten der Arbeitslosigkeit am Automarkt $C_{A/PKW}$ zurückgehen⁶⁵. Im System b verläuft die Entwicklung umgekehrt. Im System c verläuft die Entwicklung ausgeglichen. Je nach dem tatsächlichen Kurvenverlauf müsste sich die IA für Konflikte mit den Autoherstellern entscheiden. Das Ausmaß dieser eventuellen Konflikte ist auch ein Maß für die Bereitschaft der IA, die Entscheidungsregel 4 durchzusetzen.

8.6 Die Rolle der Informationsagentur als Institution im Sinne einer Verfassung der Freiheit

Die Gemeinsamkeit der Zielsetzungen der EZB und der IA im Rahmen einer Verfassung der Freiheit könnte folgendermaßen formuliert werden: Analog zum (offiziellen) EZB-Ziel eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Inflationsrate und Arbeitslosigkeit besteht das IA-Ziel in einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen einer Wohlfahrtssteigerung durch ein Produktivitätswachstum und einer Wohlfahrtssteigerung durch eine optimale Zugänglichkeit von Informationen.

In diesem Unterkapitel sollen die bereits im Unterkapitel 8.1 angesprochenen Analogien zwischen der EZB und einer zu implementierenden IA nochmals kurz im Hinblick auf eine Verfassung der Freiheit betrachtet werden.

⁶⁵ Der Verlauf der Kurve im System a der Abbildung 9-7 ist ähnlich jenem der Phillips-Kurve, die in ihrer modifizierten Form das Verhältnis zwischen der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate beschreibt. Jeder Punkt darauf repräsentiert eine Bereitschaft der EZB, eine bestimmte Arbeitslosenquote für die Erhaltung einer bestimmten Inflationsrate in Kauf zu nehmen. Zur Phillips-Kurve: Bofinger Peter, Reischle, Julian, Schächter, Andrea, Geldpolitik – Ziele, Institutionen, Strategien und Instrumente, 1996, Seite 22 ff.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

8.6.1 Kompetenzen der IA – Kontrolle durch unabhängige Instanzen

Ähnlich wie die EZB müsste auch die IA in ökonomischer Hinsicht von den Interessen dominanter Marktteilnehmer und in politischer Hinsicht von den an Wahlterminen orientierten Interessen der Regierungen unabhängig sein⁶⁶. Die mit dieser Position verbundene Machtkonzentration bei der IA bedarf natürlich einer Kontrolle durch eine Instanz, die von der IA selbst, den Regierungen und den Marktteilnehmern unabhängig ist.

Eine der Hauptaufgaben der IA als „kontrolliertem Kontrollor“ ist es, die Interessen einzelner marktbeherrschender Gruppen aus der Auswahl und der Verteilung bzw. Zugänglichkeit von Informationen herauszufiltern und damit – bedingt durch die Analogie der Wirkungen von Güter- und Informationsveränderungen – eine gerechte und gleichzeitig effiziente Allokation von güterrelevanten Informationen und materiellen Gütern in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei leistet die IA auch einen Beitrag dazu, dass alle Marktteilnehmer beim Contracting eines Status quo (VISQ) von einem jeweils gleichen Informationsstatus ausgehen können. Sie erfüllt damit neben der Kontrollfunktion gegenüber mächtigen Marktteilnehmern auch gleichsam eine „Vermittlungsfunktion“ zwischen der im Kapitel 2.1.2 angesprochenen Delegierungsebene und dem Bürger in seinen beiden Rollen als Citoyen und Bourgeois.

8.6.2 Zwangskompetenz der IA zur Schaffung bestimmter Informationsallokationen

Zur Erfüllung dieser Kontroll- und Vermittlungsfunktion genügt es nicht, Informationen zu schaffen und nur prinzipiell allgemein zugänglich zu machen. Damit ist auf Grund der im Kapitel 5.2 angesprochenen individuellen Budgetrestriktion bei der Beschaffung und Nutzung von Informationen keineswegs garantiert, dass die Individuen die entsprechenden Informationen nutzen. Teilweise wird von Produzenten die Taktik verfolgt, Informationen zwar prinzipiell zugänglich zu machen, diese aber so zu „verstecken“ und damit den individuellen Aufwand für ihre Beschaffung und Nutzung so groß zu machen, dass die Individuen damit hinsichtlich ihres Informationsbudgets überfordert sind. In diesem Sinne müssen Informationen daher – notfalls durch gesetzlichen Zwang – auch so verteilt bzw. zugänglich sein, dass die Akteure positive und negative Informationen hinsichtlich eines bestimmten Gutes einander gegenüberstellen und gegeneinander abwägen können. Nur so kann auch in der Realität erreicht werden, dass die Akteure bei der Beschaffung und Nutzung der entsprechenden Informationen innerhalb der Grenzen ihres Informationsbudgets bleiben können.

Solche gesetzlich erzwungenen Informationsallokationen bzw. Zugangsmöglichkeiten gibt es bereits beispielsweise für Zigaretten oder Medikamente. Sie beziehen sich allerdings in erster Linie auf Wechselwirkungen zwischen einzelnen Gütern und einzelnen Akteuren.

Auch hinsichtlich des PKWs gibt es bereits in Ansätzen eine direkte Gegenüberstellung positiver und kritischer Informationen, wenn auf Vorteile, beispielsweise einen geringen Schadstoffausstoß

⁶⁶ Bofinger Peter, Reischle, Julian, Schächter, Andrea, Geldpolitik – Ziele, Institutionen, Strategien und Instrumente, 1996, Seite 181 ff.

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

hingewiesen wird. Dabei wird die kritische Information über den Schadstoffausstoß allerdings positiv formuliert. Es fehlt der Hinweis auf die allgemeinen negativen Auswirkungen vieler PKWs, auch wenn jeder einzelne nur wenig Schadstoffe ausstößt. In diesem Zusammenhang fehlt die notwendige Information darüber, dass die technische Entwicklung weg von den Verbrennungsmotoren forciert werden müsste. In diesem Sinne müsste die IA auch die Kompetenz haben, Informationen über langfristige volkswirtschaftliche bzw. ökologische Notwendigkeiten an den entsprechenden Stellen – in diesem Falle in einer Betriebsanleitung eines PKW – zu erzwingen.

8.6.3 Wahrung der Interessen zukünftiger Generationen

Im Sinne des deutschen Altbundeskanzlers Helmut Schmidt gilt für eine wirtschaftliche Entwicklung auf demokratischer Basis, dass „jedem gestaltenden Schritt ein Mehrheiten schaffender Prozess vorausgehen muss.“ Darin muss auch die Entwicklung von Informationsallokationen bzw. von entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu Informationen einbezogen werden.

Gerade hinsichtlich der notwendigen Reversibilität von Fortschrittspfaden liegt es an der IA, die Interessen jener zukünftigen Generationen zu vertreten, die sich an dem von Schmidt angesprochenen Mehrheiten schaffenden Prozess nicht beteiligen können. Die Beispiele der Atomkatastrophen von Tschernobyl im Jahr 1986 und von Fukushima im Jahr 2011 zeigen, dass langfristig wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen von den im Kapitel 7 dargestellten Institutionen, im Bereich der Atom-Industrie (wie in vielen anderen Bereichen) trotz teilweise intensiver Bemühungen nicht durchgesetzt werden können. Beide Katastrophen hätten im Sinne der vier Entscheidungsregeln den sofortigen Ausstieg oder zumindest kurzfristige Ausstiegsstrategien zur Folge haben müssen. Keine der beiden Varianten konnte jedoch von den oben erwähnten Organisationen durchgesetzt werden.

Die tatsächliche Vorgangsweise von Regierungen, deren Abhängigkeit von dominanten Marktteilnehmern, die immer stärkere Machtverschiebung hin zu diesen dominanten Marktteilnehmern und die bereits im Unterkapitel 8.1 angesprochenen Defizite bestehender öffentlicher, halböffentlicher und privater Institutionen hinsichtlich der Wahrung der Interessen zukünftiger Generationen machen eine IA als ausgleichende Instanz, welche die Bürger gegen diese Tendenzen wappnet, zu einer wichtigen institutionellen Voraussetzung für das Funktionieren einer Verfassung der Freiheit und für deren Erhalt auch für künftige Generationen.

8.6.4 Kompetenzverschiebungen – Zusammenarbeit zwischen bestehenden Institutionen und der IA

Eine Möglichkeit zur Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Allokationen von Gütern und Informationen im Sinne des Ansatzes dieser Arbeit wäre der Ersatz aller derzeit bestehenden,

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

in diese Richtung wirkenden Organisationen durch die IA. Ein Vorteil dieser Lösung wäre eine Vereinheitlichung der diesbezüglichen institutionellen Struktur.

Der Aufbau einer solchen Struktur würde allerdings viel wertvolle Zeit in Anspruch nehmen. Darüber hinaus würde viel Know-how verloren gehen, das erst wieder in einer Kompetenzstelle geschaffen und zusammengeführt werden müsste. Beides würde hohe kurz- und langfristige Kosten verursachen. Darüber hinaus ergäben sich dadurch Lücken in der Kontrolle der Güter und Informationen, was wiederum kurz- und langfristige Fehlentwicklungen (u. A. in Form von irreversiblen Fortschrittpfaden) mit den entsprechenden Kosten zur Folge hätte.

Es scheint daher sinnvoll, in Analogie zum Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) die bestehenden Institutionen in ein als Verbund zur Beschaffung, Kontrolle und Verteilung güterrelevanter Informationen organisiertes europäisches System von Informationsagenturen einzugliedern, das mit Zwangskompetenzen ausgestattet ist.

8.7 Resümee des Kapitels 8

1. Vor allem drei wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen machen eine Segmentierung der Gesellschaft und der Märkte in Informationsgestalter und Informationsnehmer notwendig:
 - a) die Wissensakkumulation durch immer größere Firmen und Institutionen;
 - b) die Wissensakkumulation durch Spezialisierung;
 - c) die Wissenssegmentierung durch einen starken Wissenszuwachs.Diese Entwicklung schafft Ungleichverhältnisse und Möglichkeiten für Hegemonien am Güter-, Informations-, Finanz- und Arbeitsmarkt.
2. Die Informationsbasierung von Gütern legt nahe, neben der Regierung als einer Instanz, welche zusammen mit den Marktkräften für eine effiziente und gerechte Allokation am Markt der materiellen Güter sorgt und einem Zentralbankensystem, welches die Regierung durch entsprechende Aktivitäten am Geldmarkt dabei unterstützt, mit einer entsprechenden Institution am Informationsmarkt ein weiteres Regulativ zur Unterstützung der Regierung zu schaffen. Diese Institution könnte durch bestimmte Verteilungen von Zugangsmöglichkeiten zu güterrelevanten Informationen das Entstehen dominanter Marktkräfte verhindern, bzw. eine eventuelle Verzerrung des Marktes durch diese Kräfte minimieren.
3. Für den institutionellen Aufbau der dafür zu implementierenden überstaatlichen Informationsagentur sind die Unabhängigkeit und die Transparenz der EZB relevant.
4. In Analogie zur Zwangskompetenz der EZB hinsichtlich der Einhaltung der EU-Konvergenzkriterien ist eine Zwangskompetenz der zu implementierenden IA hinsichtlich

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

der Einhaltung der vier Entscheidungsregeln anzustreben.

5. In Analogie zur Dominanz des Interesses an der Preisstabilität (niedrige Inflationsrate) über eine niedrigste mögliche Arbeitslosenrate bei der EZB ist eine Dominanz des Interesses an der Durchsetzung partieller Rückschritte über kurzfristige Interessen bestimmter Gruppen bei der IA anzustreben.
6. Die Aktivitäten der IA beziehen sich auf drei Bereiche: Den Markt, die Individuen und den Fortschritt als gleichsam zeitlicher Dimension des Marktes. In diesen drei Bereichen muss die IA über die Emission und ein Monitoring von Informationen die Einhaltung der im Kapitel 6 beschriebenen vier Entscheidungsregeln zur Erreichung wohlfahrtsmaximierender Allokationen von materiellen Gütern und Informationen unterstützen.
7. Mit ihren Marktaktivitäten kann die IA durch die Veränderung von Informationszuständen Preisänderungen, die zu einer effizienteren und gerechteren Verteilung von Gütern führen, erreichen. Darüber hinaus kann sie mit der Emission von Informationen einen Beitrag zur Freiheit von Hegemonien (Hegemonieminimierung) des Informations- und Gütermarktes leisten und damit die Entscheidungsfreiheit der Bürger fördern (Entscheidungsregel 1).
8. Auf Grund der Informationsabhängigkeit der Bildung individueller Präferenzen und der Beurteilung rationaler Handlungen greift die IA mit ihren Aktivitäten sehr stark in die persönliche Sphäre der Individuen ein (Entscheidungsregel 2).
9. Auf Grund ihrer Informationsabhängigkeit können individuelle Budgets durch Aktivitäten der IA stark beeinflusst werden.
10. Mit ihrer Beeinflussung des Informationsmarktes befindet sich die Informationsagentur im Spannungsfeld zwischen einer Wohlfahrtssteigerung durch eine Produktivitätssteigerung am Gütermarkt und einer Wohlfahrtssteigerung über eine optimierte Informationsverteilung. Sie muss hier zwei Interessen zum Ausgleich bringen:
 - a) das Interesse der Wirtschaft an einer Wohlfahrtssteigerung durch ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum;
 - b) das Interesse des Sozialbereichs an einer Wohlfahrtssteigerung durch eine Informationsoptimierung im Konsumentenbereich.Ein wesentliches Teilziel beim Interessensausgleich zwischen diesen beiden Gesellschaftsgruppen ist dann erreicht, wenn das Verhältnis zwischen dem Grenznutzen im Produktionsbereich und dem Grenznutzen im Informationsbereich dem Verhältnis der jeweiligen Kosten einer marginalen zusätzlichen Einheit eines materiellen Gutes bzw. einer marginalen zusätzlichen (oder „marginal besser“ zugänglichen) Information entspricht (Entscheidungsregel 3).

8 Informationsagentur: Institutionelle Voraussetzung für wohlfahrtsmaximierende Güter- und Informationsallokationen

11. Die Glaubwürdigkeit der IA wird sehr wesentlich von ihrer Bereitschaft bestimmt, von ihr emittierte Informationen zu prüfen, im Sinne langfristiger gesellschaftlicher Interessen auch gegen kurzfristige Interessen von Regierungen oder von dominanten Marktteilnehmern zu agieren sowie ihrer Bereitschaft, partielle Rückschritte einzuleiten, um einen langfristigen Fortschritt der Gesellschaft zu ermöglichen (Entscheidungsregel 4).
12. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, muss die Informationsagentur mit weit reichenden (Zwangs)kompetenzen hinsichtlich der Vermeidung hegemonialer Marktstellungen ausgestattet werden. Im Gegenzug dazu ist sie aber einer strikten Kontrolle durch unabhängige Instanzen zu unterwerfen. Nur so kann die Einführung einer eventuell von der IA dirigierten Planwirtschaft gleichsam über den Informationsmarkt als Hintertür vermieden werden.
13. Durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Zwangskompetenzen und der Orientierung an langfristigen wohlfahrtsmaximierenden Informations- und Güterallokationen unterscheidet sich die Informationsagentur von bereits bestehenden Einrichtungen am Informationsmarkt, wie u. A. der deutschen Stiftung Warentest oder der EU-Wettbewerbskommission (Siehe dazu das Kapitel 7). Es scheint sinnvoll, eine Vernetzung zwischen der zu implementierenden IA und diesen Institutionen zu schaffen.
14. Begleitend zur Implementierung der Informationsagentur sollte eine einheitliche Rahmengesetzgebung hinsichtlich der Erreichung langfristig wohlfahrtsmaximierender Informations- und Güterallokationen forciert werden..
15. Im Sinne einer Verfassung der Freiheit kann die IA einen Betrag dazu leisten, dass alle Marktteilnehmer, unabhängig von ihrer Größe von einem ähnlichen Informationsstatus ausgehen können und damit auch einen gerechten Anteil an wohlfahrtsmaximierenden Allokationen von Informationen und Gütern erhalten.

9 Zusammenfassung

Der Ansatz dieser Arbeit geht von der folgenden einfachen Fragestellung aus: Wie kann eine Regierung die Bürger ohne Zwang dazu bewegen, beispielsweise die Strecke von Bruck an der Mur nach Graz anstatt mit dem PKW mit der S-Bahn zurückzulegen?

Vereinfacht dargestellt, lautet die Antwort auf diese Frage aus dem Ansatz dieser Arbeit heraus: Die Bürger fahren mit dem PKW, weil sie dessen Eigenschaften, wie Komfort, Flexibilität usw. für wichtig erachten. Für sie überwiegen diese Vorteile gegenüber den Nachteilen des PKW, wie Benzin-, Wartungskosten usw. Bei der S-Bahn überwiegen für sie die Nachteile, wie eventuelle Unpünktlichkeit und Inflexibilität gegenüber deren Vorteilen, wie Entspannung oder Büroarbeit beim Reisen. Für die Bürger gilt: Nutzen des PKW > Nutzen der S-Bahn.

Die Regierung strebt die Nutzung der S-Bahn an, weil sie deren Eigenschaften wie Entlastung der Straßeninfrastruktur, Umweltfreundlichkeit usw. für wichtig erachtet. Für sie überwiegen diese Vorteile der S-Bahn gegenüber deren Nachteilen, wie Erhaltungskosten, Personalaufwand usw. Für sie überwiegen auch die Nachteile des PKW dessen Vorteile. Für die Regierung gilt: Nutzen der S-Bahn > Nutzen des PKW.

In diesem Sinne sind der PKW und die S-Bahn für die Bürger etwas anderes, als für die Regierung. Es existieren hier also zwei unterschiedliche PKWs und zwei unterschiedliche S-Bahnen.

Für die Regierung gibt es drei Möglichkeiten, den Umstieg der Bürger vom PKW auf die S-Bahn zu erreichen:

1. Die Regierung kann die Bürger zum Umstieg auf die S-Bahn und damit gleichzeitig zum Handeln gegen ihre eigenen Präferenzen zwingen.
2. Die Regierung kann versuchen, die Präferenzen der Bürger zu ändern. Wie die Realität zeigt, hat dieser Versuch kaum Erfolg: Die Präferenzen der Bürger haben sich durch Informationskampagnen nicht in der Weise verändert, dass sie die umweltfreundliche Reise mit der S-Bahn gegenüber einer Reise mit dem flexiblen PKW präferieren.
3. Die Regierung kann den Bürgern durch Informationen so viele Vorteile der S-Bahn aufzeigen, dass für diese das Ausmaß, in dem die Vorteile der S-Bahn deren Nachteile überwiegen, größer ist, als das Ausmaß, in dem die Vorteile des PKW dessen Nachteile überwiegen, sodass die Bürger ihre Entscheidung ändern.
Ein Beispiel für zusätzliche Vorteile der S-Bahn wäre etwa ein hohes Maß an Flexibilität in Form von Entspannungs-, Büroarbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten während

9 Zusammenfassung

der S-Bahn-Fahrt, das bei der Fahrt mit dem PKW nicht gegeben wäre.

Mit dieser Möglichkeit kann ein Änderungspotenzial, das bei bisherigen Informationskampagnen ungenutzt blieb, aktiviert werden.

Entscheidend dabei ist, dass die Regierung mittels ihrer Informationen den Bürgern eine S-Bahn bietet, die sie vorher nicht gekannt haben und die sich auch von deren ursprünglicher S-Bahn-Vorstellung unterscheidet. Diese neue S-Bahn ist dann auch aus der Überzeugung der Bürger heraus ihrem PKW überlegen. Sie können dabei auf diese „neue“ S-Bahn umsteigen, ohne ihre Präferenzen zu ändern, weil für sie ihre Präferenz des PKW gegenüber der „alten“ S-Bahn trotz dieser Informationen erhalten bleibt.

Entscheidende Punkte dieses Ansatzes sind:

1. Um den Umstieg zu erreichen, werden nicht die Präferenzen der Bürger, sondern die zur Disposition stehenden konsumierten Güter verändert. Den vier auf Grund der unterschiedlichen Ausgangssituationen der Bürger und der Regierung existierenden Gütern (PKW und S-Bahn der Bürger, PKW und S-Bahn der Regierung) wird durch die zusätzlichen Informationen ein fünftes Gut in Form einer neuen S-Bahn mit den durch die Informationen vermittelten zusätzlichen Eigenschaften hinzugefügt. Dieses neue Gut wird durch die Status quo und Präferenzen der Bürger einerseits und der Regierung andererseits geformt.
2. Die Präferenzen der Regierung in Form der wirtschaftlichen und ökologischen Gründe für den von ihr angestrebten Umstieg der Bürger scheinen in der Argumentation für den Umstieg überhaupt nicht auf. Die Regierung erreicht die Berücksichtigung ihrer eigenen Argumente bzw. Präferenzen durch die Bürger, indem sie sich ausschließlich deren Präferenzen annimmt. Sie setzt ihre eigenen Präferenzen dabei gleichsam durch die Hintertür durch.

Populärwissenschaftlich formuliert, lauten die Ausgangsfragen dieses Ansatzes:

Warum können zwei Akteure beim Vergleich zweier Güter unterschiedliche Ergebnisse hinsichtlich ihres Nutzens erzielen, obwohl sie augenscheinlich dasselbe Güterpaar vergleichen?

Wie kann ohne Zwang erreicht werden, dass beide Akteure beim Vergleich des Nutzens dieser beiden Güter zum selben Ergebnis kommen?

Populärwissenschaftlich formuliert, lautet die Antwort auf diese beiden Fragen: Es kann bewiesen werden, dass die unterschiedlichen Vergleichsergebnisse darauf zurückzuführen sind, dass die beiden Akteure nicht ein und dasselbe Güterpaar, sondern auf Grund unterschiedlicher Präferenzen und Informationen auch unterschiedliche Güterpaare vergleichen. Einheitliche Vergleichsergebnisse können entweder mit einem Zwang der Akteure

9 Zusammenfassung

zur Negierung ihrer eigenen Präferenzen oder durch die Veränderung der konsumierten Güter mittels Informationen erreicht werden.

Die zweite Variante geht davon aus, dass Konsumenten ihren Nutzen aus Gütern nur dann maximieren können, wenn sie über die relevanten Informationen bezüglich deren Eigenschaften verfügen. Daraus folgt weiters: Von Akteuren konsumierte Güter verändern sich in Abhängigkeit von den güterrelevanten Informationen, die dem jeweiligen Akteur zugänglich sind sowie von deren Bewertung durch den Akteur. Durch eine Änderung des individuellen Informationsstatus können konsumierte Güter hinsichtlich ihrer Konsumierbarkeit also verändert werden, ohne das materielle Gut als Konsumationsgrundlage an sich zu verändern.

Für eine etwas fundiertere Zusammenfassung muss die Eingangsfragestellung in zwei weitere Fragen aufgeschlüsselt werden:

1. Gibt es eine einheitliche Gesetzmäßigkeit, mit der jedes dieser Vergleichsergebnisse, auch wenn es (wie beispielsweise die PKW-Nutzung) mittel- und langfristig nicht allgemein wohlfahrtsmaximierend ist, begründet und sein Unterschied zum anderen Vergleichsergebnis (beispielsweise der S-Bahn-Nutzung) messbar gemacht werden kann?
2. Gibt es eine auf dieser Gesetzmäßigkeit beruhende Möglichkeit der Veränderung des allgemeinen Güterwahlverhaltens der Bürger, mit der mittel- und langfristig nicht wohlfahrtsmaximierende Güterwahlergebnisse ohne Zwang vermieden werden können?

Auf den ersten Blick scheint eine Veränderung des Geschmacks eines Akteurs als Erklärung für eine unterschiedliche Güterwahl ausreichend.

Die Tatsache, dass sich der Geschmack und damit die Präferenzen eines Akteurs natürlich auch ohne erkennbare Ursachen ändern können, wird in diesem Ansatz nicht ausgeschlossen. Eine solche Veränderung ist jedoch prinzipiell nicht vorhersehbar und auch nicht erklärbar. Sie hat den Charakter einer Fulguration:

Eine solche Geschmacks- und Präferenzveränderung ist nicht Gegenstand dieses Ansatzes. Ausgehend von diesem Ansatz sind die beiden Begründungen von Präferenzänderungen folgendermaßen zu unterscheiden:

Die Präferenzänderung auf Grund einer Geschmacksveränderung stellt insofern einen Extremfall dar, als sich bei ihr alle Subpräferenzen ändern. Das heißt die Veränderung der Präferenz zwischen zwei Characteristics ist auf eine Veränderung aller Subpräferenzen bezüglich der diesen Characteristics eigenen Sub-Characteristics zurück zu führen.

Mit dieser Form der Präferenzänderung könnte lediglich eine (nominale) Unterschiedlichkeit des Güterwahlverhaltens erklärt werden, jedoch nicht die Wahl eines bestimmten Gutes bzw. Gütereigenschaftsbündels. Damit fehlt von dieser Seite her auch die Begründung für unterschiedliche, von verschiedenen Akteuren erzielte Vergleichsergebnisse bezüglich zweier auf den ersten Blick „objektiv“ gegebener Güter.

9 Zusammenfassung

Im Unterschied dazu erfolgt die durch einen wechselnden Informationsstatus hervorgerufene Präferenzänderung bezüglich zweier Characteristics über Änderungen der Präferenzmehrheiten im Bereich der diesen Characteristics eigenen Sub-Characteristics. Dabei bleiben die Präferenzen bezüglich bestimmter Sub-Characteristic-Bündel konstant, werden aber von den Präferenzen hinsichtlich anderer Sub-Characteristic-Bündel überstimmt.

Mit dieser Form der Präferenzänderung können unter gewissen Annahmen die Wahl eines bestimmten Gutes oder Güterbündels begründet und ein Unterschied zwischen verschiedenen gewählten Gütern bzw. Gütereigenschaftsbündeln definiert werden. Von dieser Seite her kann also eine Begründung für unterschiedliche Vergleichsergebnisse im obigen Sinne gegeben werden.

Dabei müssen allerdings zwei Probleme gelöst werden:

Sowohl hinsichtlich eines bestimmten Gutes, als auch hinsichtlich der Situation eines Akteurs sind prinzipiell unendlich viele Informationen denkbar, aber weder Güter an sich, noch individuelle Situationen an sich geben eine Begründung für etwaige relevante oder nicht relevante Informationen. Weder Güter, noch Situationen sind in diesem Sinne selbsterklärend. Die Akteure sind also gezwungen, aus einer prinzipiell unendlich großen Menge an Gütereigenschaften (unendlicher Güterbündelregress) und einer prinzipiell unendlich großen Menge von güterrelevanten Informationen eine Auswahl zu treffen. Dabei unterliegen sie einer zeitlichen und finanziellen Restriktion hinsichtlich der Auswahl und Nutzung der Informationen.

Ausgehend von dieser Problemstellung kann der Konsumationsprozess folgendermaßen theoretisch beschrieben werden:

Die Konsumenten müssen auf Grund ihrer finanziellen und zeitlichen Beschränkung aus einer prinzipiell unendlichen Menge güterrelevanter Informationen jene auswählen, die ihnen auf Grund von Vergleichen nutzenmaximierend erscheinen. Dabei wenden sie die Nutzenmaximierung als Entscheidungsregel an.

Bei dieser Vorgehensweise wählen die Akteure in einem ersten Schritt die für sie nutzenmaximierenden güterrelevanten Informationen aus und konfigurieren damit aus ihrem Status quo einen informationsreduzierten Status quo. Mit diesen Informationen wählen sie in einem zweiten Schritt aus dem unendlichen Güterbündelregress (UGR) – der unendlich groß denkbaren Anzahl von Characteristics, Sub-Characteristics usw. eines Gutes – die für sie nutzenmaximierenden Characteristics bzw. Sub-Characteristics usw. aus. Mit dieser Auswahl konfigurieren sie die von ihnen konsumierten, in ihren informationsreduzierten Status quo eingebetteten Partialgüter.

Die Vorzugswürdigkeit eines Partialgutes gegenüber einem anderen kann auf zwei Arten ermittelt werden:

9 Zusammenfassung

1. Auf unreflektierte Weise wird einfach die angenehmer erscheinende Alternative gewählt. In diesem Ansatz wird der Einfachheit zuerst davon ausgegangen, dass das Individuum bei der Festlegung einer Vorzugswürdigkeit unreflektiert vorgeht, solange es die entsprechenden Entscheidungen ausschließlich für sich selbst trifft.
2. Ausgehend von der Überlegung in diesem Ansatz, dass eine Vorzugswürdigkeit immer nur hinsichtlich eines individuellen (informationsreduzierten) Status quo zu definieren ist, werden die Beurteilungskriterien für diese durch eine Reflexion festgelegt. Reflektiert ein Individuum solche Kriterien alleine, ergibt sich ein reflektierter informationsreduzierter Status quo (RISQ). Führen zwei oder mehrere Individuen diese Reflexion gemeinsam durch, ergibt sich daraus ein vereinbarter informationsreduzierter Status quo (VISQ). Durch beide Vorgehensweisen wird eine Norm für die Vorzugswürdigkeit einer Alternative gesetzt. Hier äußert sich der normative Charakter dieses Ansatzes.

Hinsichtlich der Rolle der Characteristics ist der Ansatz dieser Arbeit dem Lancaster-Modell, nach dem die Konsumenten ihren Nutzen nicht aus einem gesamten Gut, sondern nur aus bestimmten Eigenschaften dieses Gutes ziehen, sehr ähnlich. Diese nutzenstiftenden Bündel von Gütereigenschaften bzw. Characteristics werden in diesem Ansatz in Anlehnung an die Idee der Partialmodelle als Partialgüter bezeichnet.

Der Unterschied dieses Ansatzes zum Lancaster-Modell liegt darin, dass

1. materielle Güter als Input für die Konsumtechnologie nicht ausreichen. Sie bedürfen der güterrelevanten Informationen als komplementärem Input in die Konsumtechnologie im Sinne Lancasters – Gütereigenschaften können nur einen Nutzen stiften, wenn die Konsumenten über ihre Existenz informiert sind;
2. im Ansatz dieser Arbeit der von Lancaster auf traditionelle Weise abgehandelten Nutzenmaximierung der Prozess einer individuellen Güterkonfiguration vorangestellt wird, der wiederum auf einer Nutzenmaximierung basiert.

Im Sinne dieses Ansatzes bestimmt der individuelle Status quo nicht nur die Sichtweise auf Güter, sondern auch die Güter selbst, indem die materiellen Güter jeweils in Abhängigkeit von ihm mittels der Konsumtechnologie zu konsumierten Partialgütern verarbeitet werden. Dabei stellt die Entscheidungsregel „Maximiere deinen Nutzen“ die Technik der von Lancaster eher allgemein beschriebenen Konsumtechnologie dar.

Die jeweils individuell konfigurierten Partialgüter bilden die Basis für die Nutzenmaximierung im traditionellen Sinne, bei der gleichsam auf einer nächst höheren Ebene nun nicht mehr nutzenmaximierende monolithische Güterbündel, sondern nutzenmaximierende Partialgüterbündel zusammengestellt werden. Damit einher geht auch die Zusammenstellung nutzenmaximierender Bündel güterrelevanter Informationen.

9 Zusammenfassung

Mit dem bisherigen Prozess können die eingangs erwähnten unterschiedlichen Ergebnisse der von zwei Akteuren angestellten Vergleiche hinsichtlich des PKW und der S-Bahn begründet werden.

Aus deren Informationsabhängigkeit ergibt sich auch die Möglichkeit ihrer Veränderung. Diese ist wichtig, wenn es, wie in der Ausgangssituation dieses Ansatzes dargelegt, darum geht, einheitliche Vergleichsergebnisse zu erzielen.

Auf Grund der vorhergehenden Überlegungen kann diese Übereinstimmung also durch eine Veränderung der individuellen (Partial)güter über eine Änderung des Informationsstatus bzw. des informationsreduzierten Status quo erreicht werden.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass der Konsument im Rahmen einer Veränderung seines Informationsstatus seine ursprünglichen Präferenzen nicht zu verändern braucht, da er nur auf den ersten Blick in beiden Informationsstatus dieselben Güter vergleicht. Tatsächlich werden in beiden Informationsstatus unterschiedliche Güter verglichen.

Dieser Prozess der Veränderung von Informationsstatus bzw. des Verhandeln zwischen dem Individuum und der Delegierungsebene besteht in einer gemeinsamen Festlegung beider Akteure, welche Informationen hinsichtlich des PKW und der S-Bahn verwendet und wie diese bewertet werden sollen. Im Rahmen dieser Festlegung werden also zuerst der Wert einer intakten Umwelt, einer effizienten Infrastruktur, der Wert der Flexibilität, der Bequemlichkeit usw. sowie die diesbezüglich zu berücksichtigenden Informationen festgelegt. Darauf aufbauend, wird dann die Konsumationsform mit einer gegenüber der PKW-Nutzung stärkeren S-Bahn-Nutzung entsprechend der Präferenz $S\text{-Bahn} \succ \text{PKW}$ als mittel- und langfristig nutzenmaximierend erkannt. Das Ergebnis dieses Überzeugungsprozesses ist ein geänderter Informationsstatus und ein geändertes Konsumationsverhalten des Akteurs A_1 . Dabei können sich beide natürlich auch beim Akteur A_2 verändern. Jedenfalls entsteht ein neuer, zwischen beiden Akteuren vereinbarter, gemeinsamer Status quo (VISQ).

Mit diesem Prozess kann nachvollzogen werden, warum auch noch so klare und nachvollziehbare Informationen beispielsweise hinsichtlich einer angestrebten vermehrten Nutzung der S-Bahn usw. relativ wenig bewirken: Man konzentriert sich zu sehr auf die Veränderung des individuellen Geschmacks hinsichtlich bestimmter Characteristics, also die Veränderung von Präferenzen direkt, anstatt die Präferenzen und damit den individuellen Geschmack hinsichtlich bestimmter Characteristic unverändert zu lassen und diese einfach durch die Schaffung neuer Characteristic zu „überstimmen“.

Gerade die Möglichkeit der Überstimmung unveränderter (Sub)präferenzen stellt ein erhebliches Veränderungspotenzial hinsichtlich des Umstiegs vom PKW auf die S-Bahn dar.

Als Ergänzung zu den Entscheidungsparametern und den daraus abgeleiteten Veränderungsmöglichkeiten auf der individuellen Ebene mit einem bzw. zwei Akteuren und einem bzw. zwei [Partial]gütern sind die folgenden Entscheidungsregeln und Veränderungsmöglichkeiten auf der gesellschaftlichen Ebene und der Ebene des gesamten Marktes relevant:

Eher statisch orientierte Entscheidungsregeln

1. Die Minimierung hegemonialer Einflussnahmen am Informations- und Gütermarkt: Auf Grund der Informationsabhängigkeit von Gütern und deren Eigenschaften können verschiedene Lobbies und Institutionen nicht nur über den Güter-, sondern auch über den Informationsmarkt hegemoniale bzw. Monopolstellungen erlangen, indem sie die Emission, Verteilung bzw. Zugänglichkeit und Bewertung von güterrelevanten Informationen steuern. Dieser Tendenz kann mit einer Informationsagentur, welche die Emission und Verteilung von Informationen kontrolliert, entgegengewirkt werden.
2. Der Umgang mit einer relativierten Rationalität: Grundsätzlich verhalten sich Konsumenten dann rational, wenn sie sich in einem unveränderten Informationsstatus immer für dieselben Güter bzw. Bündel von Gütereigenschaften entscheiden. Ihr Verhalten kann hinsichtlich eines bestimmten Informationsstatus rational, hinsichtlich eines anderen jedoch als irrational erscheinen. Beispielsweise erscheint eine verstärkte PKW-Konsumation in einem Informationsstatus ohne Informationen hinsichtlich einer umweltschädigenden Wirkung des PKW nicht irrational. Hinsichtlich eines Informationsstatus mit Informationen über diese Wirkung jedoch schon.
Die im vorhergehenden Punkt beschriebene hegemonialer Einflussnahme am Informations- und Gütermarkt kann sich daher über den Markt hinausgehend, bis in den sehr intimen individuellen Bereich der Definition von Rationalität erstrecken.
3. Eher dynamisch orientierte Entscheidungsregeln
4. Maximierung des Produktions- und Informationsnutzens: In der traditionellen Sicht ist die Steigerung der Wohlfahrt untrennbar mit einer Produktivitäts- und Beschäftigungssteigerung sowie einem technischen Fortschritt als Parametern eines Wirtschaftswachstums verbunden. Dieses Wirtschaftswachstum ist gleichsam der Input für ein Wohlfahrtswachstum.
Im Ansatz dieser Arbeit werden güterrelevante Informationen als vom Wirtschaftswachstum (weitgehend) unabhängiger zweiter Input für ein Wohlfahrtswachstum dargestellt. Das Wohlfahrtswachstum besteht dabei in einer besseren Nutzung der in einem Markt gegebenen Güter auf Grund zusätzlicher oder besser zugänglicher güterrelevanter Informationen.
5. Möglichkeit zirkulärer Fortschrittspfade – Partieller Rückschritt als Fortschrittskorrektiv: Grundsätzlich wird die Fortbewegung mit dem PKW unter anderem auf Grund dessen höherer Flexibilität, seines größeren Komforts usw. als Fortschritt gegenüber der Fortbewegung mit der Bahn gewertet. Diesbezüglich gilt $\text{PKW} \succ \text{Bahn}$. Diese Bewertung und die damit verbundene Präferenz basieren auf einem bestimmten Informationsstatus. Wie bereits besprochen, generieren zusätzliche Informationen (unter anderem hinsichtlich

9 Zusammenfassung

der Umweltschädlichkeit des PKW) einen neuen Informationsstatus, aus dem sich eine neue Bewertung des PKW und der S-Bahn mit einer daraus resultierenden neuen Präferenz $S\text{-Bahn} \succ \text{PKW}$ ergibt. Rein auf der Güterebene betrachtet, bedeutet das einen Rückschritt, da der Konsument wieder zu einem Gut bzw. Güterbündel zurückkehrt, das er im Rahmen einer Fortschrittsentwicklung bereits einmal durch ein anderes ersetzt hat. Das gilt jedoch nur, wenn die Eigenschaften Flexibilität und Komfort alleine herausgegriffen werden. Auf der Ebene der Gütereigenschaften bedeutet dieser Rückgriff auf ein bereits abgelegtes Gut bzw. Güterbündel jedoch einen Fortschritt, weil nun auch die Informationen über die Umweltschädlichkeit des PKW genutzt werden. Der hier sichtbar werdende scheinbare Widerspruch verschwindet, wenn man den PKW in beiden Status quo als unterschiedliches Gut betrachtet. Dabei entspricht der PKW im ersten Informationsstatus dem PKW_1 , jener im zweiten Informationsstatus dem PKW_2 . Der durchgehende Fortschritt findet auf der Ebene der Gütereigenschaften, der partielle Rückschritt auf der Güterebene statt. Aufgabe einer Regierung bzw. der im folgenden Punkt näher erläuterten Informationsagentur ist es nun, die Konsumenten mit beiden Fortschrittsebenen vertraut zu machen. Im konkreten Falle bedeutet das, mittels güterrelevanter Informationen bei den Konsumenten den bereits beschriebenen Prozess in Gang zu setzen.

Informationsagentur als institutionelle Voraussetzung

Wie die Realität eindringlich zeigt, stehen der Schaffung langfristig wohlfahrtsmaximierender Allokationen die (hegemonialen) Interessen von Lobbies oder diversen Institutionen sowie oft auch politische Interessen entgegen. Wissenskumulationen, Spezialisierung usw. segmentieren die Gesellschaft und die Märkte in mächtige Informationsgestalter und stark abhängige Informationsnehmer. Als Gegenpol zu dieser Entwicklung ist daher eine von hegemonialen Einflussnahmen unabhängige Informationsagentur anzustreben, die für alle Individuen dieselben Zugangs- und Kontrollmöglichkeiten bezüglich aller güterrelevanten Informationen schafft. Sie erfüllt ihre Aufgabe in Analogie zur EZB, die bei ihrem Auftrag der Abwägung zwischen einer gewünschten Inflations- und einer gewünschten Arbeitslosenquote ebenfalls von diesen hegemonialen Einflussnahmen (wenigstens teilweise) unabhängig ist. So, wie die EZB von der Finanzmarktseite her, kann die Informationsagentur als Ergänzung zu Einrichtungen, wie u. A. der deutschen Stiftung Warentest oder der EU-Wettbewerbskommission von der Informationsmarktseite her einen Beitrag zum langfristigen Funktionieren des Güter- Finanz- und Arbeitsmarktes leisten. Ein Teil dieses Beitrages wären eine Emission und Allokation (bzw. Zugänglichkeit) von Informationen, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der PKW- und der S-Bahn-Nutzung – dem Ausgangspunkt der Überlegungen dieser Arbeit – bewirken. Im Hinblick auf die Beantwortung der offenen Fragen des Kapitels 2 könnte die IA einen Beitrag dazu leisten, dass alle Marktteilnehmer, unabhängig von ihrer Größe von einem ähnlichen Informationsstatus ausgehen können und damit auch einen gerechten Anteil an wohlfahrtsmaximierenden Allokationen von Gütern und Informationen erhalten.

10 Ausblick

Eine der wesentlichsten Konsequenzen des Ansatzes dieser Arbeit ist die funktionale Abhängigkeit konsumierter Güter von individuell gegebenen und bewerteten Informationen sowie vom individuellen Status quo der Konsumenten. Diese Abhängigkeit wurde hier nur ansatzweise dargestellt. Eine diesbezügliche Vervollständigung und formale Darstellung erfolgt an anderer Stelle.

Änderungen der Güterkonfiguration und des Güterkonsums der Akteure wurden ausschließlich mit Änderungen des individuellen Informationsstatus bzw. mit Änderungen der Budgetrestriktion hinsichtlich der Beschaffung und Nutzung von Informationen begründet. Preise und preisbedingte Änderungen wurden ausgeklammert.

Bereits in der von William Petty (1623 – 1687) begründeten, von Adam Smith (1723 – 1790) und David Riccardo (1772 – 1823) weiterentwickelten Arbeitswerttheorie erfüllen Preise eine wesentliche Funktion in der Information der Marktteilnehmer über den vom Arbeitsanteil konstituierten Wert von Gütern. In seinem Artikel⁶⁷ von 1945 bezeichnet Hayek das Preissystem als „a system of telecommunications“. Insofern wurden wesentliche Informationsaspekte, nämlich das Auftreten und die Wirkung von Informationen in Form von Preisen in diesem Ansatz nicht berücksichtigt. Diese wären in weitere Überlegungen hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Informationen, Individuen und Gütern unbedingt einzubeziehen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit Preise angesichts der Informationsabhängigkeit von Gütern ihre Informationsfunktion überhaupt erfüllen können. Die zahlreichen Relativierungen als Ergebnisse dieser Arbeit legen nahe, dass Preise die ihnen zugedachte Informationsfunktion nur unzulänglich erfüllen. Weitere Überlegungen in diese Richtung wären sicher lohnenswert.

Auch eine Auseinandersetzung mit dem Grossman-Stiglitz-Paradoxon (GSP) wäre in diesem Zusammenhang interessant⁶⁸. Dieses Paradoxon besagt: Wenn die Beschaffung von Informationen mit Kosten verbunden ist und die Preise ihre Informationsfunktion vollständig erfüllen, ist es für niemanden mehr interessant, die entsprechenden Informationen, die in die Preise einfließen, zu beschaffen – womit die Informationswirkung der Preise zum Erliegen kommt. Daraus schließen Grossman und Stiglitz, dass Preise niemals eine vollständige Informationsfunktion erfüllen können. Dafür müssen sie allerdings annehmen, dass innerhalb eines Systems eine prinzipiell begrenzte Menge güterrelevanter Informationen gegeben ist. Die Überlegungen in dieser Arbeit legen aber nahe, dass es keine prinzipielle, wohl aber eine budgetäre Restriktion in dieser Hinsicht gibt. Daraus ergeben sich zwei Argumente dafür, dass sich das Beschaffen von Informationen immer lohnt – auch wenn die Preise ihre Informationsfunktion vollständig erfüllen könnten:

⁶⁷ Hayek, Friedrich A., *The Use of Knowledge in Society*, 1945.

⁶⁸ Grossman, Stanford J., Stiglitz, Joseph E., *On the Impossibility of Informally Efficient Markets*, 1975, in *THE AMERICAN ECONOMIC REVIEW*, Juni 1980, Seite 393 bis 408.

10 Ausblick

1. die prinzipiell unbegrenzte Anzahl möglicher Informationen über ein bestimmtes Gut bzw. seine Eigenschaften;
2. die budgetäre und zeitliche Restriktion der Individuen bezüglich der Beschaffung und Nutzung von Informationen, welche die Beschaffung immer weiterer Zeit- und Kosten sparender Informationen sinnvoll macht.

Ein weiteres interessantes Untersuchungsfeld könnten spieltheoretische Aspekte von Verhandlungen zwischen Akteuren zur Erzielung eines VISQ bieten.

Die Informationsbasierung von Gütern und damit auch der Anfangsausstattungen der Marktteilnehmer könnten interessante Perspektiven hinsichtlich des Zweiten Hauptsatzes der Wohlfahrtsökonomie ergeben, wo es ja um die Veränderungen dieser Anfangsausstattungen geht. Der zweite Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomie besagt, dass bei gegebenen konvexen Präferenzen der Haushalte, konvexen Produktionssets der Firmen, vollkommenen Märkten mit allgemein bekannten Preisen sowie bei gegebenem Preisnehmerverhalten mit geeigneten lump-sum-Transfers jede Pareto-optimale Allokation als Wettbewerbsgleichgewicht erreicht werden kann. Die im Ansatz dieser Arbeit vorgestellte Analogie der Wirkungen von Güter- und Informationsveränderungen legt nahe, dass mit Hilfe von Informationen Güter so manipuliert werden können, dass jede Allokation dieser Güter als Pareto-optimal gewertet werden kann.

All diese Überlegungen sind aber nur ein kleiner Teil noch ausstehender Untersuchungen über die ökonomischen Einflüsse eines (auf den Informationsaspekt reduzierten) individuellen Status quo und seiner Entstehungsbedingungen auf individuelle Güterkonfigurationen und darauf aufbauende wohlfahrtsmaximierende Güterallokationen. Diese Untersuchungen könnten dazu beitragen, nicht nur ökonomische Prozesse, sondern auch solche der Manipulation weiter offen zu legen.

Literaturverzeichnis

Bofinger Peter, Reischle, Julian, Schächter, Andrea, (1996) Geldpolitik – Ziele, Institutionen, Strategien und Instrumente, München: Verlag Franz Vahlen GmbH.

Buchanan, James M. (1969) Cost and Choice, an Inquiry in Economic Theory, Chicago and London: The University of Chicago Press.

EU-Amtsblatt Nr. 15 vom 9. Mai 2008.

EU-Leitlinien bezüglich der Gestaltung von Franchise-Vereinbarungen (Rdnrn 42-25 und 199-201).

EZB-Internetseite <http://www.ecb.int>, abgerufen am 08.12.2011.

Gaertner, Wulf, Amartya Sen in Kurz, Heinz Dieter (Hrsg.) (2009) Klassiker des ökonomischen Denkens, Band 2, München: Verlag C. H.Beck OHG.

Grossman, Stanford J., Stiglitz, Joseph E. (1975) On the Impossibility of Informally Efficient Markets, in THE AMERICAN ECONOMIC REVIEW, Juni 1980, Seite 393 bis 408.

Hayek, Friedrich A., (1945) The Use of Knowledge in Society, American Economic Review. XXXV, No. 4, Seite 519 bis 530.

Kurz, Heinz Dieter (Hrsg.) (2009) Klassiker des ökonomischen Denkens, Band 1 und 2, München: Verlag C. H.Beck OHG.

Kemetmüller, Wolfgang, Bogensberger, Stefan, (2004) Handbuch der Kostenrechnung, 8. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wien: Service Fachverlag.

Lancaster, Kelvin (1966) A New Approach to Consumer Theory, in: Journal of Political Economy 74, Seite 132 – 157.

Mas-Colell, Andreu, Whinston, Michael D., Green, Jerry R., (1995) *Microeconomic Theory*, New York, Oxford: University Press.

Milford, Karl, Carl Menger, in Kurz, Heinz, Dieter (Hrsg), (2009) *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Band 1, München: Verlag C. H. Beck OHG.

Ruprecht, Wilhelm, *Konsumverhalten in evolutionsökonomischer Perspektive*, in Walter, Rolf (2004) *Geschichte des Konsums*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Stiftung Warentest: <http://www.test.de/unternehmen/stiftungsgremien/satzung/>, abgerufen am 08.12.2011.

Thommen, Jean-Paul, Achleitner, Ann-Kristin, (2003) *Allgemeine Betriebswirtschaftslehre*, 4. Auflage, Wiesbaden, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/GWV Fachverlage GmbH.

von Weizsäcker, Carl Christian, (2010) *Ökonomik – Changieren zwischen Krise und Fortschritt* in Held Martin, Kubon-Gilke, Gisela, Storn, Richard (Herausgeber), (2010) *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Seite 263 – 298 Marburg: Metropolis Verlag